

| |
|---|
| <i>Betreff:</i> Haushaltssatzung 2018 |
|---|

| | |
|---|-----------------------------|
| <i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen | <i>Datum:</i> 11.01.2018 |
|---|-----------------------------|

| | | |
|---|-------------------------------------|--------------------|
| <i>Beratungsfolge</i> Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung) | <i>Sitzungstermin</i> 18.01.2018 | <i>Status</i> Ö |
|---|-------------------------------------|--------------------|

Beschluss:

„Zur Vorbereitung der Haushaltslesung des Rates am 6. Februar 2018 wird der Finanz- und Personalausschuss um folgende Beschlussempfehlung gebeten:

1. Der **Verwaltungsentwurf** der Haushaltssatzung 2018 nach dem derzeitigen Stand mit
 - a) dem Haushaltsplan 2018 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2017 - 2021
 - b) den Haushaltsplänen 2018 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogramm 2017 - 2021 für
 - die Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
 - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
 - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft
 - c) dem Haushaltsplan 2018 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“

wird beschlossen, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Beschlusspunkten eine andere Empfehlung ergibt.

2. Die finanzunwirksamen Anträge der **Fraktionen** einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 2).
3. Die finanzwirksamen Anträge der **Fraktionen** einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.1 und 5.1).
4. Die Ansatzveränderungen der **Verwaltung** werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.2 und 5.2).
5. Die haushaltsneutralen Umsetzungen und die Haushaltsvermerke der **Verwaltung** (Anlagen 4.3 und 5.3) sowie die Änderungen an Wesentlichen Produkten und Maßnahmen sowie sonstigen Anpassungen (Anlage 3) werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen.

6. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen im Enddruck des Haushaltsplanes 2018 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen.“

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 27. September 2017 hat die Verwaltung den **Entwurf des Haushaltsplans 2018 und des Investitionsprogramms 2017 - 2021** vorgelegt.

Die Anhörung der **Stadtbezirksräte** hat in der Zeit vom 16. bis 27. Oktober 2017 stattgefunden. In den Sitzungen der Stadtbezirksräte haben diese auch über die gemäß § 93 NKomVG in Verbindung mit der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig mögliche Bildung von Bezirksratsbudgets beraten. Alle Stadtbezirksräte haben für eine Budgetbildung gestimmt.

Dem Rat sind mit mehreren Mitteilungen im November und Dezember 2017 die Anträge der Ratsfraktionen und der Stadtbezirksräte vorgelegt worden.

Der Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2018/Investitionsprogramm 2017 - 2021 ist auf diesen Grundlagen in der Zeit vom 28. November bis zum 11. Dezember 2017 in den **Fachausschüssen** beraten worden. Der Jugendhilfeausschuss und der Schulausschuss haben den Haushaltsplanentwurf 2018 sowie das Investitionsprogramm 2017 - 2021 insgesamt passieren lassen. Die übrigen Fachausschüsse haben der Beschlussempfehlung zugestimmt.

In der Anlage 1 - Anfragen/Anregungen - sind die gestellten Anfragen bzw. deren Beantwortung enthalten. Darüber hinaus sind am Ende Stellungnahmen der Verwaltung zu einigen finanzwirksamen Anträgen angefügt.

In der Anlage 2 - Finanzunwirksame Anträge -, Anlage 4.1 (Ergebnishaushalt) und Anlage 5.1 (Finanzhaushalt inkl. IP) sind die Ergebnisse der Ausschussberatungen aufgeführt.

Die Anlage 3 enthält gegenüber dem Haushaltsentwurf notwendig gewordene Anpassungen an Wesentlichen Produkte und Maßnahmen hierzu sowie an anderen Teilen von Teilhaushalten.

In den Anlagen 4.2 und 5.2 sind die Ansatzveränderungen der Verwaltung im Ergebnis- und im Finanzhaushalt aufgeführt. Nach Abschluss der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen haben sich im Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt noch Ansatzveränderungen ergeben, die in den Anlagen mit „neu“ gekennzeichnet sind.

In den Anlagen 4.3 und 5.3 sind die sich nach der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes 2018 ergebenden neutralen Mittelumsetzungen (inkl. Haushaltsvermerke) im Ergebnis- und im Finanzhaushalt aufgelistet.

1. Finanzierung von Haushaltsresten

In die Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2021 ist der vorgesehene Abbau der Haushaltsreste folgendermaßen aufgenommen worden:

Ergebnishaushalt

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|-----------|------|------|------|------|
| In Mio. € | 1,0 | 3,7 | 1,5 | 0,2 |

Finanzhaushalt

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|-----------|------|------|------|------|
| In Mio. € | 7,6 | 5,7 | 1,6 | 0,3 |

Wie im Haushaltsplan 2017 wird unverändert davon ausgegangen, dass die Haushaltsreste im Planungszeitraum 2018 bis 2021 nur teilweise abgebaut werden können.

In den folgenden Ausführungen wird bei den Darstellungen zum Ergebnis- und zum Finanzhaushalt der vorgenannte Abbau der Haushaltsreste berücksichtigt.

2. Ansatzveränderungen der Verwaltung gegenüber dem Haushaltsentwurf

2.1 Ergebnishaushalt

Der Entwurf des Ergebnishaushaltes 2018 wies für das Planjahr 2018 beim Versand an die Ratsmitglieder (Stand: September 2017) einen Fehlbetrag inkl. Haushaltsresten in Höhe von rd. 29,2 Mio. € aus. Aufgrund der vorgelegten Ansatzveränderungen ergibt sich ein Fehlbetrag von 34,1 Mio. €.

2.1.1 Ansatzveränderungen im Ergebnishaushalt

Die **wesentlichen Ansatzveränderungen**, die gegenüber dem im September 2017 versandten Haushaltsplanentwurf zur Veränderung des Ergebnisses für das Jahr 2018 führen, werden nachstehend näher erläutert:

2.1.1.1 Allgemeine Finanzwirtschaft

Beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** werden im Jahr 2018 und auch in den Jahren der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nach den regionalisierten Daten der Steuerschätzung höhere Steigerungen als ursprünglich erwartet geplant. Ebenfalls positiv für die Stadt Braunschweig wirkt sich ein ab 2018 geltender aktualisierter Verteilungsschlüssel für den gemeindlichen Einkommensteueranteil aus. Für das Jahr 2018 ergeben sich daraus Mehrerträge von rd. 2,6 Mio. €. In den Jahren 2019 und 2021 belaufen sich die Mehrerträge auf rd. 2,7 Mio. €, im Jahr 2020 auf rd. 2,8 Mio. €.

Eine ähnliche Entwicklung ist auch beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** zu verzeichnen. Höhere Steigerungen sowie ein ebenfalls aktualisierter Verteilungsschlüssel führen im Jahr 2018 zu Mehrerträgen von rd. 1,3 Mio. €. Die Mehrerträge belaufen sich im Jahr 2019 auf 1,4 Mio. € sowie in den Jahren 2020 und 2021 auf jeweils 1,3 Mio. €.

Deutliche Mindererträge ergeben sich hingegen bei den **Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich**. Zwar steigt die Verteilungsmasse für den kommunalen Finanzausgleich aufgrund der positiven Steuerentwicklung beim Land Niedersachsen weiter an, was zu einer Nachzahlung für die Kommunen im Rahmen der Steuerverbundabrechnung für das Jahr 2017 führt. Jedoch führen die erheblich gestiegene Steuerkraft Braunschweigs durch die hohen Gewerbesteuererträge im zugrunde zu legenden Zeitraum sowie die gesunkene Einwohnerzahl Braunschweigs aufgrund der geringeren Belegung der Landesaufnahmebehörde für Asylsuchende zu geringeren Schlüsselzuweisungen als im Haushaltsplanentwurf 2018 berücksichtigt worden sind. Für das Jahr 2018 wird trotz Berücksichtigung einer positiven Steuerverbundabrechnung für das Jahr 2017 von Mindererträgen in Höhe von 4,7 Mio. € ausgegangen, die für den Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2021 fortgeschrieben wurden.

Unter Inanspruchnahme der **Experimentierklausel** nach § 181 Abs. 1 NKomVG ist vorgesehen, im Haushaltsjahr 2018 eine **Kreditaufnahme** in Höhe von 43,65 Mio. € einzuplanen, um entsprechende Finanzmittel an städtische Gesellschaften (Braunschweiger Verkehrs-GmbH, die Grundstücksgesellschaft mbH Braunschweig sowie für das Städtische Klinikum gGmbH Braunschweig) auszuleihen. Im Ergebnishaushalt schlägt sich dies in Form von Zinsaufwendungen und -erträgen nieder, wobei die von den Gesellschaften zu vereinnahmenden Zinsen um einen Aufschlag über den seitens der Stadt zu zahlenden Zinsen liegen. Ab 2019 sind hierfür um **1,19 Mio. €** erhöhte Aufwendungen und um **1,22 Mio. €** erhöhte Erträge als Ansatzveränderungen berücksichtigt.

2.1.1.2 Personalkosten

Nach dem derzeitigen Stand der Personalkostenplanung werden gegenüber den bisher im Haushaltsentwurf für 2018 veranschlagten Mitteln aufgrund weiterer notwendiger Stellenschaffungen rd. 1.349 T€ mehr benötigt. Der Personalaufwand beläuft sich im Jahr 2018 somit auf rd. 210,8 Mio. €. Für 2019 und die Folgejahre ergibt sich hieraus ein Mehrbedarf von rd. 1.491 T€. Zu den konkreten Stellenschaffungen wird auf die Stellenplanvorlage des FB 10 - Haushalt 2018 Stellenplan (DS 17-06026) - verwiesen

2.1.1.3 Sozialhilfe

Gegenüber dem Haushaltsentwurf zeichnen sich Entlastungen bei der Sozialhilfe ab. Grund sind u. a. geringere Fallzahlen, aber auch eine erhöhte Erstattung der Wohnkosten für Personen im Fluchtkontext durch den Bund. Die Entlastung beträgt für das Planjahr 2018 saldiert rd. 1,15 Mio. €.

Im Haushaltsentwurf sollte pauschal mit 18.000 € je Flüchtling geplant werden. Hierfür wurden zunächst die Gebäude- und die Personalkosten überschlagen und der verbleibende Differenzbetrag als Transferaufwendungen nach dem AsylBG eingeplant. Diese Einplanungen waren Grundlage für die dann folgenden Personalkostenverrechnungen und -umlagen. Nachdem diese als letzter Schritt der Planung durchgeführt wurden, waren die Personalkosten höher als zunächst angenommen. Eine Absenkung der Transferaufwendungen war zu diesem Zeitpunkt der Planung nicht mehr möglich. Die Kosten je geflüchteter Person lagen somit oberhalb von 18.000 €. Um diesen Betrag planerisch zu erreichen, müssen die Transferaufwendungen nunmehr um 700.000 € abgesenkt werden.

2.1.1.4 Sonstige Änderungen/Fachbereiche

Im Teilhaushalt **Fachbereich 20** sind aufgrund der voraussichtlich geringer ausfallenden Ausschüttung nach dem Nord/LB-Staatsvertrag sowie eines Urteils zur Veranstaltung von Sonntagsflohmärkten Ertragsreduzierungen im Umfang von insgesamt rd. 160 T€ vorzunehmen.

Daneben sind die sich aus den aktuellen Wirtschaftsplanungen der städtischen **Gesellschaften** ergebenden Veränderungen zu berücksichtigen. Im Saldo ergibt sich für 2018 ein Mehrbedarf in Höhe von rd. 2,0 Mio. €, der sich größtenteils aus dem Wirtschaftsplan der SBBG ergibt. Bei der SBBG wirkt sich zudem in den Jahren 2020 und 2021 eine Verschiebung der Auflösung der Drohverlustrückstellung bei BS|Energy aus. Zu Einzelheiten wird auf die Drucksache 17-05729 verwiesen.

Als Ergebnis einer in Kürze abzuschließenden Organisationsuntersuchung der **Grundstücks- und Gebäudewirtschaft** zeichnet sich u. a. ein Personalmehrbedarf innerhalb der Sonderrechnung FB 65 ab. Der genaue Umfang kann zz. noch nicht benannt werden. Zum weiteren Vorgehen wird auf die Ziffer 6 dieser Beschlussvorlage verwiesen. Die finanziellen Auswirkungen sind diesen Ansatzveränderungen dann noch hinzuzurechnen.

Für den Zeitraum 2011 bis 2017 sind **Umsatzsteuernachzahlungen für die Schülerbeförderung** zu leisten, da die Abrechnung der Verkehrs-GmbH gegenüber der Stadt Braunschweig nach Abstimmung mit dem Finanzamt Wilhelmstraße netto erfolgte und dieser Sachverhalt vom Betriebsprüfer im Nachgang anders beurteilt wurde. Gegen die Bescheide wird Einspruch eingelegt werden. Die für 2011 bis 2017 geforderten Nachzahlungen sollen jedoch Anfang 2018 ohne Anerkennung einer Rechtspflicht geleistet werden, um Zinszahlungen auf die Steuerschuld zu vermeiden (0,5% pro Monat). Für 2011 bis 2016 kann diese Zahlung über eine zu diesem Zweck gebildete Rückstellung finanziert werden. Für die auf 2017 entfallende Nachzahlung von voraussichtlich etwa 320 T€ reicht diese Rückstellung jedoch nicht aus. Um eine erhöhte Rückstellung zum Jahresabschluss 2017 bilden zu können, hätte zunächst eine überplanmäßige Mittelbereitstellung durch den Rat bewilligt werden müssen. Ein entsprechender Ratsbeschluss konnte allerdings nicht mehr in 2017 herbeigeführt werden, da die Bescheide erst im Dezember eingegangen sind. Deshalb muss im Haushaltsplan 2018 eine entsprechende Ansatzerhöhung im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft vorgenommen werden.

Die laufenden Erstattungen der Schülerbeförderungskosten an die Verkehrs-GmbH wurden im Haushaltsentwurf 2018 ohne Umsatzsteuer veranschlagt. Hierfür entsteht ein jährlicher Mehrbedarf beim Fachbereich 40 von zunächst 336 T€.

Beim Teilhaushalt **Fachbereich 41** ergeben sich Änderungen wie folgt:

Aus dem Staatstheatervertrag entsteht eine erhöhte Zahlungsverpflichtung für Instandhaltungen und Personalkosten einmalig in 2018 in Höhe von ca. 99 T€. Aufgrund der fortgeltenden Tarifierhöhung müssen die laufenden Vorauszahlungen ab 2018 um 80 T€ angepasst werden.

Für den Braunschweiger Karnevalsanzug entsteht aus Sicherheitsgründen ein um ca. 25 T€ erhöhter Bedarf.

Die Fördersumme der Projektförderung im Bereich der Bildenden Kunst soll von 13.200 € pro Jahr auf 48.200 € erhöht werden. Grund ist u. a., dass ab 2018 die "halle267" als städtische Galerie Braunschweig dauerhaft bespielt werden soll.

Im Teilhaushalt des **Fachbereichs 50** schlagen sich einerseits die o. g. Entlastungen bei der Sozialhilfe nieder. Andererseits werden auch Mehrbedarfe für das

Aufwandsbudget von rd. 0,2 Mio. € geltend gemacht, u. a. für die Weiterführung des Projektes "**streetwork**".

Der **Fachbereich 51** beantragt eine Ausweitung des Aufwandsbudgets um rd. 2,4 Mio. €.

Dies resultiert unter anderem aus Mindererträgen von rd. 1,7 Mio. € durch eine Korrektur der Erträge im Bereich der **Tageseinrichtung für Kinder**.

Dem gegenüber stehen Minderaufwendungen in Höhe von insgesamt rd. 0,8 Mio. €. Der **Neubau der Kitas** Mitgaustraße, Mittelweg-Südwest sowie Heinrich-der-Löwe-Kaserne wird auf 2019 verschoben, so dass die eingeplanten Betriebskosten nicht bereits 2018 benötigt werden. Zudem werden die Mittel des Ansatzes für **Praxisklassen** (0,2 Mio. €) zum Teilhaushalt FB 20 verschoben. Ab dem Jahr 2018 erfolgt die Durchführung der Praxisklassen durch die VHS Arbeit und Beruf GmbH im Rahmen ihrer Betrauungsaufgaben. Entsprechende Ausgleichsleistungen werden der Gesellschaft aus dem Teilhaushalt FB 20 gewährt. Die Durchführung einer zusätzlichen Praxisklasse ist auch im Wirtschaftsplan der VHS Arbeit und Beruf GmbH abzubilden.

Im Bereich des **Unterhaltungsvorschussgesetzes** müssen aufgrund von Neuberechnungen gemäß der erfolgten Gesetzesänderung sowie der Aktualisierung der Fallzahlerwartung Anpassungen der Einplanung gegenüber dem Haushaltsentwurf erfolgen. Hieraus ergeben sich Mindererträge von jährlich rd. 2,8 Mio. € sowie Minderaufwendungen von jährlich rd. 3,3 Mio. €, mithin eine Haushaltsentlastung um rd. 0,5 Mio. €.

Im Teilhaushalt **Fachbereich 61** werden für ein Lärmgutachten und weitere Rechtsberatung im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan TH 24 Gieselweg/Harxbütteler Str. (Eckert und Ziegler) zusätzliche Mittel von 50 T€ benötigt. Es ist vorgesehen, diese Aufwandserhöhung mit einer entsprechenden Zweckbindung zu versehen.

Aufgrund der durch den Rat am 26. September 2017 beschlossenen Einrichtung eines Baustellen-Fonds sind bei der **Stabsstelle 0800** zusätzlich 100 T€ zu veranschlagen.

2.1.2 Investitionsmanagement

Das **Investitionsmanagement** beinhaltet auch Aufwandsmaßnahmen (z. B. Festwertbeschaffungen, Vorplanungen, Instandhaltungsmaßnahmen), die sich nicht nur auf den Finanzhaushalt, sondern auch auf den Ergebnishaushalt auswirken. Für das Haushaltsjahr 2018 ergibt sich aufgrund der Ansatzveränderungen der Verwaltung eine zusätzliche Ergebnisbelastung in Höhe von rd. **1,9 Mio. €**.

Hierbei nicht berücksichtigt wurde, dass der Ansatzveränderung der Verwaltung auf Verschiebung der Finanzrate 2018 für die Sanierungsplanung des Gesundheitsamtes auf 2019 in den Fachausschüssen nicht zugestimmt wurde. Sollte diese Entscheidung im Finanz- und Personalausschuss bestätigt werden, so würde sich die Haushaltsbelastung 2018 um 0,3 Mio. € erhöhen.

Durch die Bereitstellung von zusätzlichen Containern am Lessinggymnasium (voraussichtliche Anmietung) ist eine zusätzliche Ergebnisbelastung in Höhe von 1,4 Mio. € für 2018 zu erwarten.

Auch die Mehrkosten bei der Einrichtung von Ganztagsbetrieben an Grundschulen (z.B. GS Comeniusstraße und GS Lamme) werden durch anteilig geplante

Mobiliarbeschaffungen (Bewertungsvereinfachungsverfahren „Festwert“) zu Belastungen des Ergebnishaushaltes 2018 aber auch der Folgejahre führen.

Darüber hinaus wurden ergebniswirksam zusätzliche Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen eingeplant. Es sind Maßnahmen mit einem höheren Kostenvolumen an der GS Altmühlstraße, an der BBS Johannes-Selenka-Schule als auch an dem Gebäude der Südwache durchzuführen. Diese Maßnahmen gehen auch über das Haushaltsjahr 2018 hinaus.

Um die Sanierung der Fassade an der Petzvalstraße 50 B zu gewährleisten, sind hierfür ebenfalls zusätzliche Instandhaltungsmittel aufgenommen worden.

In 2017 hat die Stadt Anträge zur Teilnahme an den Förderprojekten „Biodiversität“ und „Klimaschutz mit urbanem Grün“ gestellt. Nach Vorliegen von Zuwendungszusagen sind für diese Förderprojekte zusätzliche Aufwandsmittel mit entsprechenden anteiligen Erträgen für die Jahre 2018 ff. in den Haushalt eingeplant worden.

Sowohl bei den Ansatzveränderungen der Verwaltung als auch bei den Anträgen der Fraktionen wird ein Mittelbedarf für die Sanierung der WC/Duschanlagen auf dem Madamenweg 94 (Wohnwagenabstellplatz) deklariert. Die Verwaltung sieht eine Instandhaltungsmaßnahme (Ertüchtigung der vorhandenen Anlagen) mit einem Kostenvolumen in Höhe von 26.400 € vor. Die Anträge der Fraktionen belaufen sich auf jeweils 90.000 €.

2.1.3 Zusammenfassung

Die für das Jahr 2018 insgesamt vorgesehenen Ansatzveränderungen wirken sich wie folgt aus:

| Veränderungen durch: | Erträge - € - | Aufwand - € - | Saldo - € - |
|--|------------------|------------------|----------------|
| a) die Ansatzveränderungen zum Ergebnishaushalt | - 6.400.200 | - 3.325.700 | - 3.074.500 |
| b) die ergebniswirksamen Ansatzveränderungen im Investitionsmanagement | + 998.500 | + 2.865.200 | - 1.866.700 |
| Saldo Ergebnishaushalt | - 5.401.700 | - 460.500 | - 4.941.200 |

Die Ansatzveränderungen und die haushaltsneutralen Umsetzungen sowie Änderungen von Haushaltsvermerken sind in den Anlagen 4.2 und 4.3 sowie 5.2.1 und 5.3 zusammengestellt.

2.2 Finanzhaushalt

Im Entwurf des Finanzhaushaltes 2018 (Stand: September 2017) waren Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 74,9 Mio. € vorgesehen. Die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit beliefen sich auf rd. 18,2 Mio. €, so dass sich ein **Finanzierungsbedarf aus der Investitionstätigkeit** in Höhe von rd. **56,7 Mio. €** ergeben hat.

Unter Berücksichtigung des Überschusses aus der **laufenden Verwaltungstätigkeit** in Höhe von rd. **23,2 Mio. €**, des Saldos aus der **Finanzierungstätigkeit** in Höhe von rd. **15,0 Mio. €** sowie des geplanten **Resteabbaus** von **8,6 Mio. €** ergab sich somit ein **Fehlbedarf im Gesamtfinanzhaushalt** in Höhe von rd. **27,1 Mio. €**.

Aufgrund der hiermit vorgelegten Ansatzveränderungen erhöht sich dieser Fehlbedarf auf rd. 31,0 Mio. €. Hierin enthalten sind die finanzwirksamen Anteile der unter 2.1 dargestellten Veränderungen des Ergebnishaushaltes. Für die Investitionstätigkeit haben sich zusätzliche Einplanungen ergeben, die unter Ziffer 2.2.1 erläutert werden.

2.2.1 Investitionstätigkeit

Die **Ansatzveränderungen** für Investitionstätigkeit wirken sich **im Jahr 2018** im Einzelnen wie folgt aus:

| | Einzahlungen - € - | Auszahlungen - € - | Saldo - € - |
|---------------------|-----------------------|-----------------------|----------------|
| Ansatzveränderungen | + 2.384.500 | +43.207.500 | - 40.823.000 |

Insgesamt ergeben sich durch die Ansatzveränderungen Belastungen des Finanzhaushalts in Höhe von rd. **40,8 Mio. €**.

Diese hohe Haushaltsbelastung resultiert im Wesentlichen aus den Ausleihungen in Höhe von rd. 43,65 Mio. € an städtische Gesellschaften unter Anwendung der **Experimentierklausel** (siehe hierzu auch Ziffer 2.1.1.1). Demgegenüber stehen entsprechende Einzahlungen aus der Aufnahme der Kreditsumme, die unter 2.2.2 „Finanzierungstätigkeit“ näher beschrieben werden.

Ohne die Ausleihungen in Höhe von rd. 43,65 Mio. € hätte sich bei dem Investitionssaldo eine Haushaltsentlastung in Höhe von rd. 2,8 Mio. € ergeben. Diese Entlastung ist im Wesentlichen auf die zusätzlich eingeplanten Fördergelder aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KIP II) als auch auf die Verschiebung von Finanzraten für einige Projekte auf die Folgejahre (z. B. Neubauten Berufsfeuerwehr, Straßenerneuerungsmaßnahmen) zurückzuführen. In den Folgejahren werden trotz weiterer Einzahlungen aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KIP II) Mehrbelastungen u. a. wegen der Nachholung der verschobenen Finanzraten bzw. der Mehrkosten bestehender Projekte (z. B. Einführung Ganztagsbetrieb GS Lamme) erwartet.

In den Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes sind auch Mehrbedarfe bei einzelnen Projekten berücksichtigt worden. Ein zusätzlicher Mittelbedarf ist auch im Ansatz für den Grunderwerb (beispielsweise für den Erwerb von Grundstücken für im Feuerwehrbedarfsplan vorgesehene zusätzliche Standorte) erforderlich geworden. Auch die Förderprojekte „Biodiversität“ und „Klimaschutz mit urbanem Grün“ haben eine Ausweitung der Investitionseinzahlungen aber auch verstärkt der Investitionsauszahlungen erzeugt (siehe auch Ziffer 2.1.2).

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** erhöht sich durch die Ansatzveränderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf von bisher 99.478.900 € auf 108.260.500 €.

2.2.2 Finanzierungstätigkeit

Im Haushaltsplanentwurf sind für das Jahr 2018 Kreditaufnahmen von 19,8 Mio. € veranschlagt, hier haben sich keine Veränderungen ergeben. Unter Inanspruchnahme der **Experimentierklausel** nach § 181 Abs. 1 NKomVG (siehe Ziffer 2.1.1.1 – Ansatzveränderungen im Ergebnishaushalt/Allgemeine Finanzwirtschaft) ist jedoch zusätzlich vorgesehen, **im Haushaltsjahr 2018** eine Kreditaufnahme in Höhe von 43,65 Mio. € einzuplanen, um diese Finanzmittel an städtische Gesellschaften auszuleihen.

Zur Vermeidung eines negativen Liquiditätsstandes ist es darüber hinaus notwendig, im Jahr 2019 zusätzliche Kreditaufnahmen von 10,0 Mio. € (Kreditermächtigung insgesamt 35,1 Mio. €) sowie 25,0 Mio. € im Jahr 2020 (Kreditermächtigung insgesamt 31,0 Mio. €) einzuplanen. Die in den Haushaltsplänen 2016 und 2017 eingeplanten Kreditermächtigungen in Höhe von insgesamt 39,0 Mio. € mussten bislang nicht in Anspruch genommen werden.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Kreditaufnahmen und der ordentlichen Tilgung. Hierbei ist die obengenannte Kreditaufnahme in Höhe von 43,65 Mio. € im Haushaltsjahr 2018 zur Ausleihe an städtische Gesellschaften sowie die sich hieraus ergebende Tilgung enthalten.

| Jahr | Kredit- aufnahmen | ordentliche Tilgung | Saldo |
|--------------|------------------------------|--------------------------------|--------------|
| 2018 | 63,5 Mio. € | 4,8 Mio. € | 58,7 Mio. € |
| 2019 | 35,1 Mio. € | 6,4 Mio. € | 28,7 Mio. € |
| 2020 | 31,0 Mio. € | 7,9 Mio. € | 23,1 Mio. € |
| 2021 | 6,4 Mio. € | 9,5 Mio. € | -3,1 Mio. € |
| Summe | 136,0 Mio. € | 28,6 Mio. € | 107,4 Mio. € |

2.3 Investitionsprogramm 2019 - 2021

Das Investitionsprogramm wird sich gegenüber dem Haushaltsplanentwurf aufgrund der Ansatzveränderungen in den Planungsjahren 2019 bis 2021 um folgende Beträge ausweiten (zu den Veränderungen 2018 s. Ziffer 2.1.2 und 2.2.1):

| | 2019 - € - | 2020 - € - | 2021 - € - |
|------------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| Ansatzveränderungen | - 7.057.400 | - 8.262.900 | - 2.526.600 |
| davon ergebniswirksam | - 5.138.700 | - 2.315.600 | - 884.300 |
| davon werterhöhend | - 1.918.700 | - 5.947.300 | - 1.642.300 |

Wie bereits unter Ziffer 2.1.2 dargestellt, ist der Ansatzveränderung der Verwaltung auf Verschiebung der Finanzrate 2018 auf 2019 für die Sanierungsplanung des Gesundheitsamtes in den Fachausschüssen nicht zugestimmt worden. Sollte sich dies auch im Finanz- und Personalausschuss bestätigen, so würde sich für 2019 eine geringere Haushaltsbelastung in Höhe von 0,3 Mio. € ergeben.

Trotz der auch für 2019 und 2020 erwarteten Einzahlungen aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KIP II) und den jährlichen Rückzahlungsbeträgen der städtischen Gesellschaften im Rahmen der **Experimentierklausel** (siehe hierzu auch Ziffer 2.1.1.1 und Ziffer 2.2.1) sind für 2019 bis 2021 Haushaltsbelastungen zu erwarten, die im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen sind:

Im Zusammenhang mit der Altlastensanierung der Feldstraße haben sich für 2019 Mehrkosten in Höhe von rd. 1,1 Mio. € ergeben, so dass sich die Gesamtkosten jetzt auf rd. 7,9 Mio. € belaufen. Demgegenüber stehen aber auch geplante Fördergelder in Höhe von rd. 3,4 Mio. €. Es wird versucht, auch für die Mehrkosten weitere Fördergelder einzuwerben.

Da die Rückzahlung eines Wohnbaudarlehens entgegen der bisherigen Planung bereits in 2017 erfolgt ist, muss die Planung für 2020 korrigiert werden. Hieraus ergibt sich eine Haushaltsbelastung in Höhe von rd. 2,3 Mio. €.

Gemäß der Ergänzungsvorlage zu der Ratsvorlage „Projekt Sanierung Stadthalle“ (17-05844) wird die Partnerschaft Deutschland – Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD) beauftragt, die Sanierung der Stadthalle zu den in der Vorlage genannten Konditionen zu begleiten. Die ursprünglich vorgesehene investive Ansatzveränderung in Höhe von rd. 6 Mio. € ist aufgrund der Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für 2017 in dieser Höhe nicht mehr notwendig. Für die Planungsleistungen der Sanierung der Stadthalle sind nunmehr nur noch zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von rd. 1,6 Mio. € ab 2019 vorgesehen.

Weiterhin haben Mehrkosten bei verschiedenen Schulprojekten ebenfalls zu Haushaltsbelastungen in den Jahren 2019 bis 2021 geführt. Es handelt sich hierbei z. B. um die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Lamme und der GS Comeniusstraße als auch der Erweiterung der GS Edith Stein und des Gymnasiums Neue Oberschule.

Auch für Brandschutzmaßnahmen sieht die Verwaltung zusätzliche Haushaltsmittel vor, die Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung haben. Hierbei handelt es sich u. a. um Brandschutzmaßnahmen an der GS Altmühlstraße und an der BBS Johannes-Selenka-Schule sowie an dem Gebäude der Südwestschule.

Durch den geplanten Anbau an die Kindertagesstätte Schölkestraße, um zusätzliche Krippenplätze zu schaffen, hat sich ein weiterer Mittelbedarf für die Jahre 2018 bis 2020 in Höhe von 2 Mio. € ergeben.

Wie bereits unter Ziffer 2.1.2 dargestellt, erzeugt auch die Fassadensanierung an dem Gebäude „Petzvalstraße“ 50B eine zusätzliche Haushaltsbelastung. Für 2019 sind hierfür weitere Haushaltsmittel eingeplant worden.

Nennenswert sind auch die Mittelbedarfe für die Schaffung der E-Radwege. Es wird mit Gesamtkosten von rd. 14,2 Mio. € gerechnet. Demgegenüber stehen erwartete Gesamteinnahmen in Höhe von rd. 10,6 Mio. €. Es sind Finanzraten für 2019 bis 2021 und darüber hinaus vorgesehen.

Dies gilt im Übrigen auch für den geplanten Stadtbahnausbau. Für die ersten beiden städtischen Umsetzungsschritte der Stadtbahn nach Volkmarode und Rautheim als auch der Trasse Salzdahlumer Straße und der Campusbahn sind zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 0,37 Mio. € für 2018 bis 2021 vorgesehen. Die eigentlichen Umsetzungskosten der städtischen Folgemaßnahmen werden ab 2022 erwartet. Planungskosten für die genannten vorgesehenen Ausbaustufen, die in der Verantwortung der Verkehrs-GmbH liegen, sind in deren Wirtschaftsplan 2018 sowie in deren mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 enthalten.

Die Ansatzveränderungen und die haushaltsneutralen Umsetzungen des Investitionsmanagements sind in den Anlagen 5.2.1 und 5.3 zusammengestellt.

2.4 Ergebnisse

2.4.1 Ergebnishaushalt

Insgesamt führen die Ansatzveränderungen zu folgenden Jahresergebnissen inkl. des geplanten Resteabbaus:

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|-------------------------------|--------|--------|--------|-------|
| Jahresergebnis in Mio. € | - 34,1 | - 28,2 | - 15,8 | 13,5 |
| Überschussrücklagen in Mio. € | 186,8 | 158,6 | 142,8 | 156,3 |

Die finanziellen Auswirkungen der erforderlichen Änderungen am Haushaltsplan der Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement auf den Haushalt der Kernverwaltung sind dabei noch nicht berücksichtigt (vgl. Ziffer 6).

Gemäß dem vorgelegten Stand der Planung und unter Berücksichtigung der Jahresergebnisse werden sich die Überschussrücklagen zum Ende des Jahres 2021 auf rd. 156,3 Mio. € reduzieren.

2.4.2 Finanzhaushalt

Die Ergebnisse des Finanzhaushalts zeigen unter Berücksichtigung der Ansatzveränderungen inkl. des geplanten Resteabbaus folgendes Bild:

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|--|--------|--------|-------|------|
| Finanzmittelveränderung in Mio. € | - 31,0 | - 15,7 | - 4,3 | 0,0 |
| Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (rund) in Mio. € | 40,8 | 25,2 | 20,9 | 20,9 |

3. Ergebnisse der Ausschussberatungen einschließlich Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Hinweis:

Bei den nachfolgenden Berechnungen sind die Ansatzveränderungen aus Ziffer 2 berücksichtigt worden. Die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte, zu denen positive Beschlussvorschläge bzw. zu denen bisher noch keine bzw. gegensätzliche Empfehlungen der Fachausschüsse vorliegen, sind entsprechend der üblichen Verfahrensweise als Haushaltsbelastungen gewertet worden. Zu berücksichtigen ist weiter, dass die Fraktions- und Stadtbezirksratsanträge, die die gleichen Sachverhalte abbilden, mit der jeweils weitestgehenden Belastung eingerechnet wurden. Anträge, die die gleichen Sachverhalte wie Ansatzveränderungen der Verwaltung abbilden, sind nur einmal einberechnet worden.

Im Rahmen der Fachausschussberatungen haben sich Anforderungen von Stellungnahmen und Mitteilungen ergeben, die dem Finanz- und Personalausschuss vorgelegt werden sollen. Diese waren zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage noch nicht fertig und werden bis zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses nachgereicht.

3.1 Ergebnishaushalt

Die bisherige Beschlusslage zu den **Anträgen der Fraktionen** und den **Vorschlägen der Stadtbezirksräte** führt nach dem gegenwärtigen Beratungsstand saldiert zu folgenden Veränderungen gegenüber dem Entwurf des Ergebnishaushaltes 2018:

| Veränderungen durch: | Erträge - € - | Aufwand - € - | Saldo - € - |
|---|-------------------------|-------------------------|-----------------------|
| a) die Anträge der Fraktionen zum Ergebnishaushalt | + 22.600 | + 1.330.700 | - 1.308.100 |
| b) Anträge der Fraktionen im Investitionsmanagement, die ergebniswirksam sind | 0 | + 546.600 | - 546.600 |
| c) die Anträge der Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt | 0 | + 47.300 | - 47.300 |
| d) die ergebniswirksamen Anträge der Stadtbezirksräte im Investitionsmanagement | 0 | + 53.000 | - 53.000 |
| Saldo Ergebnishaushalt | + 22.600 | + 1.977.600 | - 1.955.000 |

Die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind in den Anlagen 4.1 und 5.1 zusammengestellt.

Wie bereits unter den Ansatzveränderungen der Verwaltung (siehe Ziffer 2.2.1) dargestellt, ist der Antrag zur Verschiebung der Planungsrate zur Sanierung des Gesundheitsamtes auf das Jahr 2019 von den Fachausschüssen abgelehnt worden. Die sich daraus ergebenden Haushaltsveränderungen wurden bei den Ergebnissen der Fraktionen und der Stadtbezirksräte eingerechnet.

In den Anträgen der Stadtbezirksräte und Fraktionen sind auch gleichlautende Anträge enthalten. Dies gilt z. B. für die Bedarfsermittlung für Gemeinschaftshäuser/ Gemeinschaftseinrichtungen mit einem Kostenvolumen von 73.000 € als auch für die Instandhaltungsmaßnahmen an den WC/Duschanlagen am Madamenweg 94 (Wohnwagenaufstellplatz) in Höhe von 90.000 €. Der Antrag zu den Instandhaltungsmaßnahmen am Madamenweg 94 wurde durch einen interfraktionellen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion nachträglich auf 63.600 € abgeändert. Dieser Antrag stellt eine Ergänzung zu der Ansatzveränderung der Verwaltung dar und ist daher damit zusammenhängend zu betrachten.

Sofern Anträge mit gleichlautendem Inhalt vorliegen, wurden diese - wie bereits oben dargestellt - nur einmalig in die Haushaltsveränderungen eingerechnet.

In den Haushaltsveränderungen konnten die Kosten für die Bedarfsermittlung von Gemeinschaftshäusern/Gemeinschaftseinrichtungen als auch für die Aufstellung von Fahrradabstellanlagen an Schulen jedoch nicht einbezogen werden, da hierfür Kostenschätzungen noch ausstehen.

Divergierende Beschlüsse liegen für den Antrag des Stadtbezirksrates 321 zum Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel vor. Für den Neubau sind sowohl der Grundstückskauf als auch die eigentlichen Baumaßnahmen erforderlich. Der Jugendhilfeausschuss hat lediglich dem Grundstückskauf zugestimmt. Die Baumaßnahmen sind dagegen im Jugendhilfeausschuss abgelehnt worden. Es wird empfohlen, über diesen Antrag nochmals im Finanz- und Personalausschuss ganzheitlich zu entscheiden. Die Kosten sind insgesamt mit 1,02 Mio. € in den Haushaltsveränderungen berücksichtigt worden.

3.2 Finanzhaushalt

Die bisherige Beschlusslage zu von den Fraktionen gestellten Anträgen und zu den Vorschlägen der Stadtbezirksräte für die **Investitionen** führt in 2018 saldiert zu folgenden Veränderungen:

| Veränderungen durch | Einzahlungen - € - | Auszahlungen - € - | Saldo - € - |
|-------------------------------------|-----------------------|-----------------------|----------------|
| a) die Anträge der Fraktionen | 0 | + 1.650.000 | - 1.650.000 |
| b) die Anträge der Stadtbezirksräte | 0 | + 1.112.500 | - 1.112.500 |
| Ergebnis Investitionen | 0 | + 2.762.500 | - 2.762.500 |

Die Investitionsauszahlungen würden sich somit um **rd. 2,8 Mio. €** erhöhen.

Bei den Mehrauszahlungen ist das Vorziehen der Finanzraten für den Bau der Sporthalle der 4. IGS, der Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel als auch der barrierefreie Umbau des Altstadtmarktes hervorzuheben.

Hierbei sind noch nicht die Kosten für den Neubau einer Mehrzweckhalle in Kralenriede berücksichtigt. Es fehlt hier noch die Kostenschätzung der Verwaltung.

Durch die einberechneten Fraktions- und Stadtbezirksanträge würden sich die **Verpflichtungsermächtigungen** nicht verändern.

Hinweis:

Durch die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zu den Investitionsauszahlungen werden sich im Ergebnishaushalt bei den Haushaltsansätzen „Auflösungserträge aus Sonderposten“, „aktivierte Eigenleistungen“ und „Abschreibungen“ **weitere Veränderungen** ergeben. Die Höhe dieser Veränderungen kann erst nach den Beschlussempfehlungen durch den Finanz- und Personalausschuss über die vorliegenden Anträge bestimmt werden.

3.3 Investitionsprogramm 2019 - 2021

Das Investitionsprogramm würde sich gegenüber dem Verwaltungsentwurf unter Berücksichtigung der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte in den **Jahren 2019 bis 2021** um folgende Beträge verändern (zu den Veränderungen 2018 s. Ziffer 3.2):

| | Planungsjahr - € - | | |
|--|-----------------------|--------------------|------------------|
| | 2019 | 2020 | 2021 |
| Veränderungen im Investitionsprogramm durch die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte | - 3.200.000 | + 3.100.000 | + 200.000 |
| davon ergebniswirksam | - 380.000 | + 640.000 | + 60.000 |
| davon werterhöhend | - 2.820.000 | + 2.460.000 | + 140.000 |

In den dargestellten Haushaltsveränderungen wurde die in den Fachausschüssen abgelehnte Ansatzveränderung der Verwaltung für die Sanierungsplanung des Gesundheitsamtes eingerechnet (siehe auch Ziffer 3.1)

Die Belastung für 2019 und die Entlastung 2020 ist insbesondere auf den Fraktionsantrag auf Vorziehen der Finanzraten für den Neubau einer Sporthalle für die 4. IGS Volkmarode zurückzuführen.

Eine weitere Belastung hat sich durch den Antrag auf Bereitstellung von jährlich 100 T€ ab 2019 für die Aufstellung von Fahrradabstellanlagen an Schulen ergeben.

Der noch nicht mit Kosten bezifferte Antrag auf Neubau einer Mehrzweckhalle in Kralenriede könnte zu weiteren Haushaltsbelastungen ab 2019 ff. führen.

3.4 Gesamtergebnisse

3.4.1 Ergebnishaushalt

Die Ansatzveränderungen und die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte führen zu folgenden Jahresergebnissen:

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|-------------------------------------|---------------|---------------|---------------|--------------|
| Jahresergebnis in Mio. € | - 36,0 | - 30,4 | - 17,2 | 11,4 |
| Überschussrücklage in Mio. € | 184,9 | 154,5 | 137,2 | 148,6 |

Die finanziellen Auswirkungen der erforderlichen Änderungen am Haushaltsplan der Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement auf den Haushalt der Kernverwaltung sind dabei noch nicht berücksichtigt (vgl. Ziffer 6).

3.4.2 Finanzhaushalt

Die Ergebnisse des Finanzhaushalts ergeben sich wie folgt:

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|---|---------------|---------------|--------------|--------------|
| Finanzmittelveränderung in Mio. € | - 35,6 | - 20,7 | - 3,2 | - 2,0 |
| Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (rund) in Mio. € | 36,2 | 15,4 | 12,2 | 10,2 |

5. Schulden

Wie bereits unter Ziff. 2.2.2 dargestellt, ist eine Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgesehen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie den Stand der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften:

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Stand Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Mio. € am Ende des Haushaltsjahres | 120,4 | 149,1 | 172,2 | 169,1 |
| Stand Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften in Mio. € am Ende des Haushaltsjahres | 80,3 | 76,9 | 73,4 | 69,8 |

6. Haushaltspläne der Sonderrechnungen Stadtentwässerung, Abfallwirtschaft sowie Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

Die Haushaltsplanentwürfe der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft sind dem Rat mit dem Entwurf des Haushaltsplans übersandt worden (Schreiben vom 27. September 2017). Diese sind am 5. Dezember 2017 im Bauausschuss behandelt worden.

Der Entwurf des Haushaltsplans der Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement, der dem Haushaltsplanentwurf 2018 beilag, wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 5. Dezember 2017 ebenfalls beraten. Aufgrund der Organisationsuntersuchung zur Grundstücks- und Gebäudewirtschaft werden sich Änderungen ergeben. Am 16. Januar 2018 im Bauausschuss soll ein entsprechend aktualisierter Haushaltsplan der Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement beraten werden. Er wird zur Sitzung des FPA am 18. Januar 2018 nachgereicht. Die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt der Kernverwaltung werden in einer Ergänzung zu dieser Beschlussvorlage dargestellt werden.

7. Pensionsfonds

Durch Beschluss des Rates vom 5. Oktober 1999 wurde der rechtlich unselbständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ mit Wirkung vom 1. Januar 2000 errichtet. Es handelt sich hierbei um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 des NKomVG, für das ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt werden kann. Gemäß § 6 der am gleichen Tage vom Rat beschlossenen Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds ist für jedes Jahr ein Haushaltsplan aufzustellen.

Der in Abschnitt XIII. des Haushaltsplanentwurfs 2018 dargestellte Haushaltsplan 2018 für das Sondervermögen „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ ist gemäß § 130 Abs. 4 NKomVG anstelle einer Haushaltssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei diesem zur Beschlussfassung vorgelegten Haushaltsplan lediglich um die rechtliche Ausformung des Sondervermögens handelt. Die aus dem städtischen Haushalt bereitzustellenden Mittel sind bereits im Finanzhaushalt und dem Investitionsprogramm des Haushaltsplanentwurfs 2018 enthalten.

8. Änderung der Teilhaushalte und der Produktdarstellungen

Hinsichtlich einiger Veränderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf wird auf die Anlage 3 verwiesen.

9. Beteiligungsbericht

Nach § 1 Abs. 2 Ziff. 10 GemHKVO ist der „Bericht der Gemeinde über die Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und ihre Beteiligungen daran sowie über ihre kommunalen Anstalten (Beteiligungsbericht)“ eine Anlage zum Haushaltsplan. Der Beteiligungsbericht 2017 für die städtischen Gesellschaften wird mit separatem Schreiben versandt.

Geiger

Anlage/n:

- Anlage 1 Anfragen
- Anlage 2 Finanzunwirksame Anträge
- Anlage 3 Wesentliche Produkte und Maßnahmen sowie sonstige Anpassungen
- Anlage 4 Ergebnishaushalt
- Anlage 4.1 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte
- Anlage 4.2 Ansatzveränderungen der Verwaltung
- Anlage 4.3 Haushaltsneutrale Umsetzungen
- Anlage 5 Finanzhaushalt (inkl. IP)
- Anlage 5.1 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte
- Anlage 5.2.1 Ansatzveränderungen der Verwaltung
- Anlage 5.2.2 Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Investitionstätigkeit)
- Anlage 5.3 Haushaltsneutrale Umsetzungen
- Anlage 6 Haushaltsplan Sonderrechnung FB 65

Anfragen/Anregungen zum Haushalt 2018

und

Stellungnahmen zu den
finanzwirksamen Anträgen

Nrn. 52, 57, 58, 63, 70, 74, 106 bis 115, 120 bis 123,
127, 128, 131, 150, 154, 155, 157 und 166

Die Beantwortungen der Anfragen/Anregungen
Nr. 1, 4, 7 und 35 werden nachgereicht.

Stand: 08. Januar 2018

Zu Nr. A 002:

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 der Fraktion AFD

Text:

Aus welchem Grund steigen die Ausgaben für „Aktivierbare Zuwendungen“ um 1.500.000 EUR? Was verbirgt sich hinter dem Begriff?

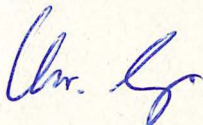
Begründung:

Auf S.562, Zeile 29 sind für 2017 250.000 EUR angegeben, für 2018 1.750.000 EUR.

Antwort:

Aktivierbare Zuwendungen sind geleistete Investitionszuweisungen und –zuschüsse an Dritte, die als immaterielles Vermögen aktiviert werden. Im Detail handelt es sich um Finanzhilfen für Investitionen Dritter, die die Kommune zur Erfüllung ihrer Aufgaben an diese leistet.

Die auf Seite 562 dargestellten aktivierbaren Zuwendungen betreffen den Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft. In Höhe von 1.500.000 € handelt es sich dabei um den Baukostenzuschuss an den Investor zur Errichtung eines neuen Soziokulturellen Zentrums am Westbahnhof 13. Die übrigen 500.000 € stehen der Kulturverwaltung zur Ausstattung der angemieteten Räumlichkeiten zur Verfügung. Ich verweise ergänzend auf den zugrundeliegenden Ratsbeschluss vom 13.09.2016 (Drs. Nr. 16-02129).



Geiger

Zu Nr. A 003:

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 der Fraktion AfD

Text:

Nach welchen Kriterien werden manuelle AfA für Gebäude vorgenommen?

Begründung:

Auf S. 377, Position 471230 sind für 2017 4,842 Mio. EUR AfA angegeben, für 2018 0,634 Mio. = Differenz von 4,2 Mio. EUR. Auch für die Folgejahre sind stark unterschiedliche Beträge angesetzt.

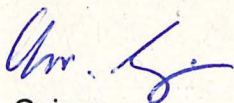
Antwort:

Das Sachkonto 471230 manuelle AfA Gebäude gehört zu dem Sachkonto 471130 AfA Gebäude und ist mit diesem zusammen auszuwerten.

Das Haushaltsplanungsverfahren setzt sich aus einzelnen und zeitlich abgrenzbaren Planungsschritten zusammen. In einem ersten Schritt erfolgen zur Erstellung des Haushaltsplanentwurfes die Bedarfsanmeldungen der Fachbereiche und Referate für Investitionen. Diese Anmeldungen bilden die Grundlage für die Vornahme einer ersten Planung der entstehenden Abschreibungen. Dies geschieht auf dem Sachkonto 471130.

In weiteren Schritten des Planungsverfahrens zur Erstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die weiteren Aufwandsarten geplant. Dabei werden ggf. auch Anpassungen beim Investitionsprogramm erforderlich. Diese Anpassungen wurden dann nicht auf dem Sachkonto 471130 AfA Gebäude sondern auf dem Sachkonto 471230 manuelle AfA Gebäude vorgenommen.

Im Rahmen der Haushaltsplanung 2017 sind diverse Hochbaumaßnahmen u.a. zum Abbau der Haushaltsreste auf die Jahre 2018 ff verschoben worden. Dadurch ist davon auszugehen, dass verstärkt Projekte erst in 2018 ff. fertiggestellt werden und dann erst zu erhöhten Abschreibungen führen. Die eingeplanten Abschreibungen unterliegen durch die skizzierten Planungsschritte zum Teil starken Schwankungen.


Geiger

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 005 der BIBS-Fraktion**Text:**

Nachdem 2009 der geplante Teilabriss des Rathaus-Neubaus nicht realisiert werden konnte, sollte der Bau ursprünglich ab 2015 und Folgejahre für rund 15 Mio. Euro saniert werden. Die Summe wurde in den Haushalt eingestellt, aber die Planungsdaten wurden nunmehr immer weiter nach hinten geschoben. Wir bitten um Sachstandsbericht:

1. Hat die Verwaltung nunmehr Abstand von den Sanierungsplänen genommen?
2. Wenn nein, welche Maßnahmen zur Sanierung des Rathaus-Neubaus erachtet die Verwaltung als am dringlichsten?
3. 2015 wurde mit dem Beschluss 17488/15 die Sanierung von Teildachflächen in die Wege geleitet. Trifft es zu, dass damit auch die letzten verbliebenen Dachflächen saniert wurden?
4. Auf wievielen und auf welchen Flächen wurde die energetische Sanierung mittels Dachbegrünung (wie vom Bauausschuss 2004 beschlossen) umgesetzt?

Begründung:

ohne

Antwort:

Zu 1: Die Verwaltung verfolgt weiterhin perspektivisch die Sanierung des Rathaus-Neubaus. Aufgrund drängender Prioritäten, vor allem im Kita- und Schulbereich, musste die Sanierung jedoch verschoben werden. Zurzeit ist im Investitionsprogramm eine erste Planungsrate i. H. v. 300.000 € für das Finanzplanungsjahr 2021 vorgesehen.

Zu 2: Vordringlichste Maßnahmen, die in Teilschritte untergliederbar sind und so in den laufenden Betrieb integrierbar sind, wurden in den vergangenen Jahren bereits durchgeführt. Hierzu zählt die Sanierung weiterer Dachflächen, der WC's in mehreren Abschnitten, des Aufzugs und einzelner sanierungsbedürftiger Installationsstränge. Von zentraler Bedeutung ist weiterhin die Fassadensanierung. Da diese nur im Rahmen der Gesamtsanierung in einigen Jahren erfolgen kann, werden zurzeit Sofortmaßnahmen wie Überprüfen und Erneuerung von Fensterdichtungen, Austausch blinder Scheiben und Dämmung der geschlossenen Brüstungspaneele aus laufenden Instandhaltungsmitteln durchgeführt.

Zu 3: Die Sanierungen der Dachflächen über dem 9. OG und dem Treppenhaus Nord (Zugang Bohlweg 30) stehen noch aus.

Zu 4: Auf den Dächern über dem 5. und 7. OG wurde eine Dachbegrünung durchgeführt.

gez.

Leuer

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 006 der BIBS-Fraktion

Text:

Am 15.06.2017 teilte die Stadt in einer Pressemitteilung mit, dass die ursprünglich für 2019 geplante Sanierung der Stadthalle nicht mehr erfolgen solle. Aufgrund der Höhe der sich abzeichnenden Summe sollten "nun zusätzlich die Kosten eines Neubaus in gleicher Größe wie der bestehende betrachtet werden, um die Wirtschaftlichkeit einer Sanierung zu prüfen".

Die Ergebnisse der Untersuchungen sollten bis Oktober 2017 vorgestellt werden. In der Mitarbeiterzeitung "WIR" war bzgl. des Stadthallenprojektes zu lesen: "Zu diesem Zweck erstellte die ÖPP Deutschland AG, die zwischenzeitlich in die Partnerschaft Deutschland - Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD) umgewandelt wurde, im Rahmen eines kostenlosen Beratungsangebotes eine kurze Machbarkeitsstudie zur Umsetzung alternativer Beschaffungsvarianten für dieses Projekt."

1. Welche "alternativen Beschaffungsvarianten" hat die Studie der PD erarbeitet?
2. Zu welchem Ergebnis ist die allgemeine Prüfung ("Sanierung vs. Neubau") gekommen bzw. wenn noch keine Ergebnisse vorliegen: Wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?
3. Inwieweit soll die PD an der Sanierung / dem Abriss / Neubau der Stadthalle künftig beteiligt werden?
4. Soll der Neubau / die Sanierung mittels eines PPP-Projektes erfolgen?

Begründung:

nicht vorhanden

Antwort:

Zur Sanierung der Stadthalle wird auf die Vorlagen 17-05842 und 17-05844 verwiesen, die in der Ratssitzung am 19. Dezember 2017 beschlossen wurden.

Geiger

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 008 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Im IP ist die Vergabe von Vorplanungsleistungen an Dritte zur Sanierung des Gesundheitsamtes neu aufgeführt. Es gibt aber nur eine Rate von 300.000 Euro im Jahr 2018. Im gesamten Planungszeitraum stehen keine weiteren Mittel zur Verfügung. Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Für welche Maßnahme soll eine Vorplanung erfolgen?
2. Warum gibt es keine Anschlussfinanzierung für Planung und Umsetzung?

Begründung:

ohne

Antwort:

Zu 1: Die Vorplanung umfasst die Gesamtsanierung des Gebäudekomplexes einschließlich der Barrierefreiheit und brandschutztechnischer Maßnahmen. Integriert ist in einem ersten Schritt eine grundlegende Bestandserfassung.

Zu 2: Die Sanierungskosten können erst nach differenzierter Bestandserhebung und Ermittlung des Sanierungsstaus und darauf aufbauender Maßnahmen ermittelt werden. Die Planungsrate schafft dazu die notwendige Voraussetzung.

gez.

Leuer

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 009 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Text:****Strategisches Ziel 3 Kulturelle Lernorte****Begründung:**

Das Strategische Ziel 3 lautet:

„Ausbau von Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche; Sicherung und Ausbau außerschulischer Lernorte und Initiierung eines Bildungsnetzwerks gemeinsam mit anderen Bildungs- und Kultureinrichtungen in Stadt und Region, insbesondere im Hinblick auf die gesetzlich geänderten Rahmenbedingungen im Bildungssystem“

Dieses Ziel ist zunächst sehr abstrakt formuliert, aber ein auch aus unserer Sicht wichtiges kulturpolitisches Ziel für Braunschweig, mit dem sich der AfKW intensiver beschäftigen sollte.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Ist jede öffentliche Kultureinrichtung auch ein außerschulischer Lernort?
2. Was wird im Einzelnen unternommen, um die Funktion als außerschulische Lernorte auszubauen und zu sichern?
3. Welche Schritte sind zur Initiierung eines Bildungsnetzwerks schon vorgenommen worden oder geplant?

Antwort:

Vorausgeschickt sei, dass das niedergelegte strategische Ziel des Dezernats für Kultur und Wissenschaft eines Ausbaus von Kulturangeboten für Jugendliche und Kinder und der Sicherung des Ausbaus außerschulischer Lernorte ebenso wie die Initiierung eines Bildungsnetzwerkes zu den grundsätzlichen Zielstellungen des Dezernats gehört. Dabei ist zu beachten, dass es sich um einen strategischen Entwicklungsprozess handelt, der regelmäßig in einschlägigen Projekten und Veranstaltungen mitgedacht wird, der aber immer auch an den vorhandenen Ressourcen auszurichten und daher bewusst als abstrakter Handlungsrahmen angelegt ist und dergestalt fortgeschrieben werden sollte. Hinzu kommt, dass, ebenso wie bei den anderen strategischen Zielen, sich dessen konkrete Ausgestaltung fortwährenden Veränderungsprozessen anpassen muss – z.B. den Digitalisierungsentwicklungen oder Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung.

Dies vorangestellt werden Ihre Fragen wie folgt beantwortet:

Zur Frage 1:

Ja, im weitesten Sinne kann jede öffentliche Einrichtung mithin auch Kultureinrichtungen ein außerschulischer Lernort sein. Dabei orientiert sich das Dezernat IV zunächst dem Grunde nach an den Kriterien des Niedersächsischen Kultusministeriums (MK), die es für die

Anerkennung von außerschulischen Lernorten im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bereich der Naturwissenschaften bereits gibt. Weiter sagt die Definition eines außerschulischen Lernorts, dass jede Einrichtung, so der Besuch dieser die Lerninhalte stützt, ein außerschulischer Lernort ist.

„Das Land Niedersachsen hat seit Beginn der 90er Jahre ein Netz außerschulischer Umweltlernstandorte aufgebaut. Es handelte sich um Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft, die sich in ihrer pädagogischen Konzeption ausdrücklich an einer erlebnis- und handlungsorientierten, interdisziplinär ausgerichteten Umweltbildung orientierten. Diese Zentren waren und sind vom Land als "Regionales Umweltbildungszentrum" förmlich anerkannt. Im Zuge der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung haben die Zentren ihre Angebote zunehmend an Konzepten einer "Bildung für nachhaltige Entwicklung" ausgerichtet. Daher sprechen wir heute von anerkannten Lernstandorten in einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).“

(Quelle: http://www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/schuelerinnen_und_schueler_eltern/nachhaltigkeit/regionale_umweltzentren/regionale-umweltbildungszentren-ruz-6341.html)

Darüber hinaus gibt es je nach Definition zahlreiche weitere außerschulische Lernorte, die nicht in der vom MK erstellten Liste erfasst sind. Hierzu gehören z. B. viele Museen und Archive, aber auch Schullandheime zählen dazu. Bei einer sehr weiten Definition fallen viele Orte, an denen non-formales und informelles Lernen außerhalb von Schule möglich ist, darunter. Festzustellen ist, dass in dem Bereich der kulturellen Einrichtungen bisher keine Anerkennungen von außerschulischen Lernstandorten durch das MK existieren. Die Kriterien aus den Naturwissenschaften geben jedoch einen Grundleitfaden, an dem eine Orientierung möglich ist. Überdies prüft das Dezernat IV die Vernetzungsfähigkeit im Sinne der Arbeit des Didacta Verbands e.V./Verband der Bildungswirtschaft.

In diesem Sinne werden im Rahmen der Umsetzung des strategischen Ziels „Kulturelle Lernorte“ durch das Dezernat für Kultur und Wissenschaft bereits heute vielfältige Bildungsangebote offeriert. Solche Bildungsangebote sind exemplarisch z. B. Folgende:

Die *Stadtbibliothek* ist der kulturelle und außerschulische Lernort schlechthin. Seit Langem gibt es eine enge Zusammenarbeit mit den Braunschweiger Schulen, die z. B. in den Projekten "Schulstart" oder "Auf dem Weg zum Buch" münden. So besuchten im Jahr 2016 326 Schulklassen mit 6.529 Schülern die Stadtbibliothek. Außerdem bietet die Stadtbibliothek für die einzelnen Schüler/innen Projekt wie die "Sprechstunde für Referate und Facharbeiten" oder "Oberstufenhandapparat" zur gezielten Abiturvorbereitung an.

Kern der Bildungs- und Vermittlungsprogramme des *Städtischen Museums* für Kinder und Jugendliche sind mehrstündige Kreativwerkstätten, die sich thematisch unmittelbar auf die Inhalte der Wechselausstellungen beziehen, gleichzeitig mit den Curricula verschiedener Schulfächer kompatibel sind. Für den Ausstellungsbesuch von Kindern und Jugendlichen werden didaktische Materialien "zum Anfassen" und ein spezieller Audioguide für Kinder angeboten, Schulklassen werden ausstellungsbegleitende Arbeitsmaterialien zur Verfügung gestellt. Schließlich bietet das Museum eigens entwickelte Führungen für Schülergruppen an. Aber auch unabhängig davon kann ein Museum ein kontinuierlicher Anlaufpunkt für Lehrkräfte und deren Schülerinnen und Schüler sein.

Das *Stadtarchiv* versteht sich als außerschulischer Bildungsort und macht in diesem Bereich Angebote. Z.B. werden Schüler höherer Jahrgänge im Rahmen von Projektarbeiten unterstützt. Zudem werden seit 10 Jahren die am Stolperstein-Projekt teilnehmenden Schulen bei der Recherche und Auswertung von Archivgut zu jüdischen Familien in Braunschweig intensiv begleitet.

Zu den zentralen Bildungsangeboten des *Kulturinstituts* zählt das Kinderfilmfest „Sehpferdchen“. Mit ca. 1.400 Besuchern ist es die wichtigste Kinderkulturveranstaltung der Region im Bereich Film. Neben Filmvorführungen werden insbesondere auch Workshops rund

um das Thema Medienproduktion angeboten. Darüber hinaus werden regelmäßig auch im Rahmen der Projekte/Großprojekte des Kulturinstituts kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche konzipiert.

Die *Gedenkstätte Schillstraße* ist ein Ort des Erinnerns und des Lernens sowie der aktiven und lebendigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Mit dem *Raabe-Haus-Literaturzentrum* und dem *Kulturpunkt West* werden zudem dezentrale Einrichtungen betrieben, die außerschulische Lernangebote in unterschiedlichen Formaten und mit bildungsimplanter Ausrichtung anbieten. Überdies bietet die *Stadtteilkulturarbeit* projektbezogen mit wechselnden Kooperationspartnern Kultur- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche an. Für 2017 sei hier exemplarisch das Projekt „Groovement“ genannt, das musikinteressierten deutschen und geflüchteten Jugendlichen in Form von Songslam-Workshops, über die Projektpräsentation vor Publikum und durch die Produktion einer CD, eine Plattform der Begegnung und des Austausches mit erfahrenen Musikern und Slammern geboten hat.

Auch die *Städtische Musikschule* hält ein Angebot an außerschulischen Lernorten vor. Sie bietet seit Oktober 2017 das neue Angebot „Ein Tag - tausend Töne“ in Kooperation mit dem Staatstheater/Konzertpädagogik/Staatsorchester Braunschweig an. Grundschulklassen begegnen in der Musikschule allen Streich- und Blasinstrumenten eines Sinfonieorchesters. Sie dürfen unter Anleitung jedes Instrument anfassen, ausprobieren - es kennenlernen. Es folgt der Besuch einer Probe des Staatsorchesters. Resonanz: Nach drei Wochen lagen Anmeldungen von 35 Klassen mit etwa 550 SchülerInnen vor. Es werden daher weitere 29 Termine und eine Finanzierung von etwa 20 Terminen zu organisieren sein.

Zur Frage 2:

Um die Statusqualität als außerschulische Lernorte auszubauen und zu sichern, wird bereits im Städtischen Museum und in der Gedenkstätte Schillstraße (durch den Arbeitskreis Andere Geschichte e. V.) Personal mit pädagogischer Qualifikation eingesetzt. Ziel des Dezernats IV ist es, sukzessive in allen Kultureinrichtungen zusätzlich pädagogisch qualifiziertes Personal einzusetzen. Aus Sicht des Dezernats IV ist der Einsatz von pädagogisch geschultem Personal eine essentielle Voraussetzung, um den Sprung von einer „Kultureinrichtung“ hin zu einem „außerschulischen Lernort“ mit erforderlichem Qualitätsstandard zu schaffen. Allein die vorhandenen kulturellen und fachlichen Qualifikationen werden für diesen ergänzenden Aufgabenkanon nicht ausreichen bzw. nicht den qualitativen Anforderungen genügen können, da sie hierauf auch nicht ausgerichtet sind.

Zur Frage 3:

Das Bildungsbüro der Stadt Braunschweig als Stabsstelle des Fachbereichs Schule hat sich im Rahmen der Bundesförderprogramme „Bildung integriert“ und „Kommunales Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ und mit der Teilnahme am Landesprogramm „Bildungsregionen Niedersachsen“ auch zum Ziel gesetzt, ein umfassendes Bildungsnetzwerk aufzubauen, dabei aber vorhandene Netzwerke zu nutzen um Doppelstrukturen zu vermeiden. Kulturelle Bildung als wichtiger Teil des non-formalen und informellen Lernens sollte dabei ebenso im Fokus liegen wie die formale Bildung. Ziel ist es, mit allen relevanten PartnerInnen Strukturen zu schaffen, die allen BraunschweigerInnen einen gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem ermöglichen.

Derzeit findet eine Bestandsaufnahme der Bildungsangebote und die Vernetzung mit vielen Bildungsakteuren in Braunschweig statt. Auf dieser Grundlage soll ein Bildungsnetzwerk entstehen, mit dessen Hilfe die bereits vorhandenen aber auch fehlenden Strukturen und Angebote identifiziert sowie folglich geeignete Maßnahmen in Abstimmung mit den relevanten Akteuren entwickelt werden können.

In dieser Entwicklung spielt das Dezernat für Kultur und Wissenschaft für den Bereich der kulturellen Bildung eine wichtige Rolle und seine Prozessintegration ist durch den Kontakt zum FB Schule sichergestellt.

Wie bereits im Rahmen der Beantwortung zu Frage 1 dargestellt, ist die Netzwerkbildung ein essentieller Teil der Arbeit des Dezernats IV. Exemplarisch wird z.B. auf das Projekt der Musikschule „Ein Tag - tausend Töne“ verwiesen. Dieses steht beispielhaft für das Vorgehen aller Einrichtungen des Dezernats. Es handelt sich um eine Bildungsvernetzung, die am jeweiligen originären Auftrag der Einheiten ansetzt und proaktiv dieses Netzwerk im Sinne eines sich ausbauenden Bildungsnetzes erweitert. Dabei werden sachgerechte Partner gefunden, die jeweils passend den Bildungsort flankieren und unterstützen. Dies wird als ein zielführendes Vorgehen im Sinne der Erreichung des strategischen Ziels erachtet – ohne die originären Aufgaben des Dezernats IV zu vernachlässigen.

gez.
Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 010 der AfD-Fraktion**Text:**

Aus welchem Grund steigen die Ausgaben für "Kontinuitätsförderung sonstige Volksbildung" um über 120.000,-EUR?

Begründung:

Auf S.548, Produkt 1.25.2733.09 sind für 2017 315 TEUR angegeben, für 2018 438 TEUR.

Antwort:

Wesentlich für die Steigerung der Sachaufwendungen auf diesem Produkt sind die im Haushaltsjahr 2018 erstmals (anteilig für das Jahr 2018) berücksichtigten gebäudebezogenen Kosten für die Eröffnung des neuen soziokulturellen Zentrums am Westbahnhof (80 T€ / Miet- und Nebenkosten). Darüber hinaus wurden die anteiligen Gebäudekosten für die kulturelle Nutzung des Brunsviga-Gebäudes in der Karlstraße, in Abweichung zum Vorjahr, auch in der Planung konkret dem zugehörigen Produkt zugeordnet (rd. 42 T€). Im Vorjahr waren diese Kosten in der Planung nur der zugehörigen Kostenstelle „Kulturinstitut“ zugeordnet worden.

gez.

Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 011 der AfD-Fraktion**Text:**

Der Defizitausgleich für das Staatstheater war bereits 2017 um weitere 400.000,-EUR gestiegen. Für 2018 ist dieser zusätzliche Betrag ebenfalls eingeplant. Da Braunschweig nur ein Drittel des jeweiligen Defizits ausgleicht, sind Mehrkosten von ca. 1,2 Mio EUR entstanden. Welche Ursachen liegen zugrunde?

Begründung:

Auf S.104, in Produkt 1.25.2610.08 ist für 2018 ein Zuschußbedarf von 10,316 Mio EUR enthalten.

Antwort:

Die Erhöhung der Beteiligung der Stadt Braunschweig an den nicht durch Einnahmen gedeckten laufenden Betriebskosten des Staatstheaters Braunschweig basiert auf die in den Landeshaushalt eingepflegten Tarifierpassungen für die Beschäftigten des Staatstheaters. Über den Mehrbedarf wurden die Mitglieder des AfKW per Mitteilung (Drucksache 16-03491) vom 15. Dezember 2016 informiert. Anschließend teilte das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) im Januar 2017 mit, dass der Entwurf des Doppelhaushalts des Landes für 2018 nunmehr eine Beteiligung Stadt Braunschweig in Höhe von 10.316.000 € vorsieht. Auch diese Erhöhung um 28.000 € beruht nach Auskunft des MWK auf Tarifkostensteigerungen.

Nach Nr. 3 Satz 3 der Klarstellungsvereinbarung, vom 3./10. Februar 2011 (die zur Klarstellung der Regelungen der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig über den Betrieb des Staatstheaters Braunschweig von 1955/56 abgeschlossen wurde; siehe Drucksache 11627/11) stellen Kostensteigerungen infolge von Tarifabschlüssen unabweisbare Mehrkosten dar.

gez.

Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 012 der BIBS-Fraktion**Text:**

Im Beirat des "Braunschweigischen Geschichtsvereins e.V." sitzen auch Angestellte der Stadt Braunschweig. Wir bitten um Auskunft darüber, ob der Verein finanzielle Unterstützung durch die Stadt Braunschweig erfährt und wenn ja, in welcher Höhe.

Begründung:**Antwort:**

Der Braunschweigische Geschichtsverein wurde 1901 als „Geschichtsverein für das Herzogtum Braunschweig“ gegründet. Der gemeinnützige Geschichtsverein, der heute etwa 450 Mitglieder zählt, verfolgt den Zweck die Landesgeschichte, das historische Bewusstsein und die regionale Identität unserer Region zu fördern. Diesen Zweck erfüllt der Verein, in dem er mit dem Braunschweigischen Jahrbuch für Landesgeschichte die einzige wissenschaftliche Zeitschrift zur braunschweigischen Landesgeschichte (wissenschaftliche Aufsätze und Rezensionen) herausgibt, im Rahmen der Quellen und Darstellungen zur Braunschweigischen Landesgeschichte relevante landesgeschichtliche Forschungsergebnisse publiziert sowie Tagungen, Vorträge und weitere Veranstaltungen mit landesgeschichtlichem Inhalt organisiert und durchführt. Bei seiner Arbeit kooperiert der Braunschweigische Geschichtsverein mit zahlreichen wissenschaftlichen Institutionen der Region (z. Bsp. TU Braunschweig oder Braunschweigisches Landesmuseum). Im Rahmen dieser Kooperationen arbeitet der Verein seit seiner Gründung vor mehr als 110 Jahren auch eng mit der Stadt Braunschweig, v.a. mit dem Stadtarchiv und dem Städtischen Museum zusammen. Seine Geschäftsstelle befindet sich im Niedersächsischen Landesarchiv - Standort Wolfenbüttel. Der Vorsitzende ist zur Zeit der Leiter dieser Institution, Herr Dr. Brage Bei der Wieden. Dies vorausgeschickt beantworte ich die Anfrage wie folgt.

Im Beirat des Geschichtsvereins sind derzeit neben anderen Persönlichkeiten auch Frau Dr. Annette Boldt-Stülzebach und Herr Dr. Henning Steinführer vertreten. Beide sind persönliche Mitglieder des Vereins und nicht als Vertreter der Stadt Braunschweig in dieses Gremium entsandt. Die Stadt Braunschweig ist seit Vereinsgründung Mitglied des Braunschweigischen Geschichtsvereins und zahlt (über das Stadtarchiv und die Stadtbibliothek) den in der Satzung festgelegten Jahresbeitrag von derzeit 25,00 Euro. Dafür erhalten beide Institutionen das Braunschweigische Jahrbuch für Landesgeschichte, in welchem auch regelmäßig wichtige Beiträge zu allen Epochen der Stadtgeschichte erscheinen. Das Jahrbuch kann sowohl in der Stadtbibliothek als auch im Stadtarchiv während der Öffnungszeiten eingesehen werden. Im Falle der Stadtbibliothek kann das Jahrbuch auch ausgeliehen werden. Darüber hinaus finden

ebenfalls seit Jahrzehnten in Kooperation mit dem Stadtarchiv und dem Städtischen Museum wissenschaftliche Vortragsveranstaltungen zu einem breiten landes- und stadtgeschichtlichen Themenspektrum statt. Für diese Veranstaltungen, bei dem Archiv bzw. Museum Mitveranstalter sind, wurden und werden städtische Räumlichkeiten (Lichthof Städtisches Museum, Roter und Blauer Saal im Schloss) genutzt. Der Braunschweigische Geschichtsverein war darüber hinaus in den letzten Jahren auch Kooperationspartner im Rahmen des Themenjahres „1913 – Braunschweig zwischen Monarchie und Moderne“. Eine direkte finanzielle Unterstützung im Rahmen der Projekt- oder Kontinuitätsförderung hat der Braunschweigische Geschichtsverein in den letzten zehn Jahren von der Stadt Braunschweig nicht erhalten. Es liegen derzeit auch keine Anträge vor.

gez.

Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 013 der Fraktion DIE LINKE**Text:**

Bereits zum vergangenen Haushalt wurde der Ansatz für die Beschaffung von höherwertigen Mobiliar für das städtische Museum erhöht. Im Entwurf 2018 erfolgt einer weitere Erhöhung um rund 156.000 Euro. Warum?

Begründung:**Antwort:**

Zusätzliche Finanzmittel werden für nachstehend aufgeführte Investitionsmaßnahmen (einmalig) benötigt:

1. Erweiterung/Installation eines Temperatur- und Luftfeuchtigkeitmesssystems in den Ausstellungsräumen und Depotbereichen Steintorwall 14 (Galeriegebäude) und Altstadtrathaus (100 T€)

Das Messsystem wird dringend benötigt, um Schäden an wertvollen Objekten (u.a. Zerfall und somit Verlust einzelner Objekte) zu verhindern. Darüber hinaus können Folgekosten (z. B. aufwendige Restaurierungserfordernisse durch unsachgemäße Lagerung) minimiert werden.

2. Neuanschaffung von Vitrinen für die Einrichtung eines Münzkabinetts (30 T€)

Die numismatische Sammlung des Städtischen Museums ist von außerordentlich hohem Rang und weist eine enorme historische und topographische Vielfalt auf, wie noch jüngst von Expertenseite bestätigt wurde. Besondere Bedeutung kommt hierbei auch der Geschichte Braunschweigs und des Geschlechts der Welfen zu. Die Sammlung, die mit hoher Wahrscheinlichkeit ein interessiertes Publikum anziehen wird, wird derzeit in der Dauerausstellung nicht präsentiert. Es ist vorgesehen, im 2. Obergeschoss des Museums ein eigenes Münzkabinett einzurichten. Durch die Vielseitigkeit der numismatischen Sammlung ließen sich in diesem Kabinett in regelmäßigem Turnus Wechselausstellungen zu kulturhistorisch relevanten Themen ausrichten. Um das Münzkabinett einzurichten, müssen geeignete Sicherheitsvitrinen für ca. 12 lfd. Meter angeschafft werden. Des Weiteren ist die Anschaffung von Hängevitrinen für ca. 4 lfd. Meter erforderlich.

Für beide Maßnahmen wurden in 2018 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 130 T€ bereitgestellt.

gez.
Dr. Hesse

Beantwortung von Anfragen zum Haushalt 2018 – Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 014 der Fraktion BIBS

Text:

Am 06.12.2017 wird feierlich das zehnjährige Jubiläum des Präventionsnetzwerks und des Beirats Kinderarmut gefeiert. Im Bericht über die Umsetzung des Kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut von Oktober 2017 heißt es, dass sich beide Gremien nach zehn Jahren Arbeit eine Geschäftsordnung gegeben und eine SprecherIn gewählt haben. Zur wirksamen Bekämpfung von Kinderarmut dürfte dies nicht ausreichen. Wir bitten deshalb um Sachstandsbericht:

1. Wie hat sich seit der Gründung der Gremien im Jahre 2007 die Kinderarmut in Braunschweig entwickelt, d.h. wieviel Prozent der Kinder und Jugendlichen in Braunschweig beziehen Leistungen nach dem SGB II (Bitte um Auflistung nach Jahren)?
2. Wieviel Geld stand den beiden Gremien pro Jahr für die Bekämpfung der Kinderarmut in Braunschweig zur Verfügung und welche Maßnahmen konnten damit verwirklicht / umgesetzt werden?
3. Welche im kommunalen Handlungskonzept Kinderarmut erarbeiteten Handlungsempfehlungen erachtet die Verwaltung für am dringlichsten (Bitte um Priorisierung)?

Begründung:

Antwort:

Vorbemerkung:

Aufgabe und Zielstellung des Netzwerks Kinderarmut und seines Beirats ist ausdrücklich nicht die Bekämpfung von Kinderarmut. Kommunales Handeln hat nur einen geringen Einfluss auf das Entstehen von Kinderarmut, die zugleich Familienarmut ist. Ziel der Arbeit von Netzwerk und Beirat ist die Prävention und Linderung der Folgen von Kinderarmut. Welche Möglichkeiten es dazu auf kommunaler Ebene gibt, hat die Stadt Braunschweig 2012 in ihrem Handlungskonzept und 2017 in ihrem Bericht über die Umsetzung des Kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut beschrieben.

Zu 1.

Kinder mit SGB II-Bezug in Braunschweig: Die Zahl der Kinder mit SGB II-Bezug und ihr Anteil an der Gesamtgruppe der Gleichaltrigen ist der Tabelle zu entnehmen. Die Zahlen entwickeln sich in den Jahren und den Altersgruppen unterschiedlich. Dem zunächst deutlichen Rückgang der jüngeren Jahrgänge steht ein Wiederanstieg der älteren Jahrgänge 2016 gegenüber. Der Bezug der SGB II-Leistungen gibt nur einen Teil der von Armut betroffenen oder bedrohten Kinder wieder.

| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 |
|------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 0 – u. 6 | 2.935 | 2.773 | 2.739 | 2.626 | 2.411 | 2.277 | 2.158 | 2.038 | 1.971 | 1.920 |
| in vH | 25,2 | 23,8 | 23,1 | 21,7 | 19,7 | 18,5 | 17,5 | 16,4 | 15,6 | 15,0 |
| 6 – u. 10 | 1.752 | 1.629 | 1.620 | 1.567 | 1.431 | 1.409 | 1.400 | 1.344 | 1.334 | 1.315 |
| in vH | 22,9 | 21,2 | 21,3 | 20,5 | 19,0 | 18,6 | 18,1 | 17,3 | 17,2 | 16,8 |
| 10 - u. 16 | 2.225 | 2.125 | 2.140 | 2.093 | 1.993 | 1.895 | 1.860 | 1.808 | 1.784 | 1.798 |
| in vH | 18,8 | 18,1 | 18,2 | 17,8 | 17,0 | 16,0 | 16,1 | 15,5 | 15,4 | 15,6 |
| 16 – u. 20 | 1.359 | 1.311 | 1.264 | 1.242 | 1.108 | 1.059 | 1.066 | 1.019 | 1.017 | 1.011 |
| in vH | 14,4 | 14,1 | 13,9 | 14,0 | 12,6 | 12,2 | 12,1 | 11,6 | 11,1 | 11,2 |

Zu 2.

Die beiden Gremien verfügen über keine eigenen Mittel. Es gibt auch keine entsprechenden Haushaltsstellen im städtischen Haushalt. Der Beirat entscheidet über den Einsatz von Spendenmitteln des Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche (früher Schulkostenfonds), der von der Stadt treuhänderisch verwaltet wird. Die Einnahmen und Ausgaben variieren über die Jahre stark, abhängig vom jeweiligen Spendeneinkommen.

| Jahr | Einnahmen | Ausgaben |
|------|------------------|----------------|
| 2007 | 34.009,71 EUR | 99,25 EUR |
| 2008 | 613.547,04 EUR | 489.183,72EUR |
| 2009 | 253.704,64 EUR | 244.593,50 EUR |
| 2010 | 52.459,15 EUR | 132.095,85 EUR |
| 2011 | 49.985,05 EUR | 30.156,48 EUR |
| 2012 | 117.106,86 EUR | 104.133,63 EUR |
| 2013 | 95.549,95 EUR | 75.886,77 EUR |
| 2014 | 1.097.792,67 EUR | 91.571,83 EUR |
| 2015 | 90.367,25 EUR | 213.053,56 EUR |
| 2016 | 106.629,90 EUR | 193.457,34 EUR |

Im Wesentlichen werden diese Gelder eingesetzt, um Kitas und Schulen über ein Budget, das sich nach der Anzahl der als bedürftig gemeldeten Kinder richtet, niedrigschwellig Mittel zur Verfügung zu stellen. Damit werden Kinder unterstützt, deren Familien anfallende zusätzliche Kosten nicht aufbringen können. In geringem und rückläufigem Umfang werden Schulen eigene Ausfälle bei der Finanzierung des Mittagessens ersetzt. In wenigen Fällen werden schnelle und unbürokratische Einzelfallhilfen gewährt, wenn diese durch Fachkräfte geltend gemacht werden und nicht aus anderen Quellen finanziert werden können.

Nach Eingang einer höheren Spende 2014 sind beträchtliche Mittel gebunden worden, um in den Kinder- und Familienzentren sowie sechs Schulen Programme zur Förderung der Resilienz der betroffenen Kinder und Jugendlichen zu finanzieren (siehe dazu Bericht über die Umsetzung des Kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut S. 22 ff).

Zu 3.

Dem vorgelegten Bericht über die Umsetzung des kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut ist zu entnehmen, dass die umzusetzenden Maßnahmen ganz wesentlich dem Teilhaushalt des Fachbereichs 51 zugeordnet werden können. Über den Einsatz der Haushaltsmittel entscheiden Rat und Verwaltung in jeweiliger Zuständigkeit. Der Schwerpunkt der umgesetzten Maßnahmen liegt im Bereich der Frühen Hilfen und der vorschulischen Bildung. Entsprechend der Erkenntnis, dass notwendige Hilfestellungen so früh wie möglich geleistet werden müssen und dass der Zugang zu Bildung ein wichtiger Schlüssel dafür ist, ein von Armut freies Leben führen zu können, sieht die Verwaltung hier auch die Schwerpunkte bei der Umsetzung des Kommunalen Handlungskonzepts.

i. V.

gez. Dr. Hanke

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A015 der Fraktion
„Bündnis 90 – Die Grünen“**

Text:

Barrierefreiheit in Öffentlichen Gebäuden:

Welche konkreten Maßnahmen sind von der Verwaltung im Jahr 2018 für Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden geplant?

An welchen öffentlichen Gebäuden sieht die Verwaltung aktuell den größten Handlungsbedarf?

Plant die Verwaltung, im Rahmen von Ansatzveränderungen zum Haushaltsplan 2018 weitere Mittel zur Verbesserung der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung zu stellen?

Begründung:

Das strategische Ziel mit der Nummer 4 zum Teilhaushalt des Fachbereichs 50 lautet: „Verbesserung der Teilhabe am öffentlichen Leben durch die weitere Umsetzung von Maßnahmen für die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden sowie die Ausstattung der Begegnungsstätten“ (S. 584).

Im Entwurf des Haushaltsplans 2018 finden sich allerdings lediglich im Investitionsprogramm des Fachbereichs 40 - Schule Mittel in Höhe von 250.000 € für das Jahr 2018 für Inklusionsmaßnahmen an Schulen. Für die im strategischen Ziel genannten Begegnungsstätten stehen nur geringe Beträge für Instandhaltungsmaßnahmen zur Verfügung (9.000 €).

Darüber hinaus scheint dieses wichtige strategische Ziel sich aktuell nicht im Haushalt niederzuschlagen.

Antwort:

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Seit einiger Zeit präferiert die Bauverwaltung die Vorgehensweise, zielorientierte vollumfängliche Sanierungen von Gebäuden den Vorrang gegenüber nacheinander geschalteten Kleinbaumaßnahmen in vielen Bauabschnitten einzuräumen. So können die Themen Brandschutz, Barrierefreiheit und Inklusion sowie die energetische und bauliche Sanierung von Bestandsgebäuden optimal aufeinander abgestimmt, wirtschaftlich effizient und mit der für den Nutzer in der Summe kürzest möglichen Störung durch Baumaßnahmen durchgeführt werden.

Da die Schulen und ihre täglichen Nutzer die größte Gruppe innerhalb des Gebäudebestandes der Stadt Braunschweig darstellen, wird den baulichen Bedarfen auf diesem Gebiet u.a. mit dem umfangreichen Schulsanierungsprogramm der Stadt Braunschweig Rechnung getragen. Dabei wird der Herstellung der Barrierefreiheit sowie der

Gewährleistung einer inklusiven Beschulung neben dem Brandschutz eine große Priorität innerhalb des Sanierungsprojektumfanges eingeräumt.

Und auch bei allen anderen Sanierungsmaßnahmen an den öffentlichen Gebäuden der Stadt Braunschweig entsprechend der Haushaltsplanung des Jahres wird die Herstellung der Barrierefreiheit im für dieses Gebäude sowie seinem Nutzungs- und Nutzerprofil entsprechend erforderlichen Rahmen stets berücksichtigt. Art und Weise sowie Umfang der Maßnahmen werden stets mit dem Behindertenbeirat der Stadt Braunschweig abgestimmt.

Obwohl in der Haushaltsplanung die Herstellung der Barrierefreiheit nicht als separate Position auftaucht, ist sie, wie dargestellt, automatischer Bestandteil umfassender Sanierungsmaßnahmen und aller Neubaumaßnahmen. Ein gesondertes Projekt dafür ist nicht geplant.

Aus Sicht der Verwaltung ist der eingeschlagene Weg der Bündelung von Maßnahmen bei integrierter Herstellung der Barrierefreiheit langfristig der effizientere, schnellere und zielorientiertere. Bei kurzfristig erkannten Bedarfen für Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden wird selbstverständlich wie bisher zeitnah operativ gehandelt.

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 016 der Fraktion AfD

Text:

Für welche Maßnahmen zur "Integration von Geflüchteten" sind ca. 807.000,- EUR vorgesehen?

Begründung:

Auf S.610, in Produkt 1.31.3517.0 sind für 2017 0,- EUR angegeben, für 2018 807.539,- EUR.

Antwort:

Die für das Produkt 1.31.3517.30 geplanten 807.539,- € setzen sich aus den Personalkosten für die Sozialarbeiter der Stelle 50.22, die die städtischen Unterkünfte für Geflüchtete betreuen, sowie den Personalkosten der Sozialarbeiter der Stelle 50.21, die in der Koordinierungsstelle für Geflüchtete eingesetzt sind, zusammen.

In 2017 waren die Personalkosten der Sozialarbeiter der Stelle 50.22 auf dem Produkt 1.31.3155.20, die der Stelle 50.21 auf dem Produkt 1.31.3517.20 veranschlagt.

i. V.

gez. Dr. Hanke

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 017 der Fraktion AfD

Text:

Die Ertrags- und Aufwandsrechnung zur "Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten" weist für 2018 ein Defizit von 6 Millionen EUR zu Lasten der Stadt auf. Erstattet werden bei Gesamtkosten von 10,4 Mio EUR nur rund 4,4 Mio EUR. Wie soll die ungleiche Belastung vermindert und das Defizit verringert werden?

Begründung:

Auf S.620, in Zeile 29 sind für 2018 6.009.352,- EUR Belastungen angegeben.

Antwort:

Die Flüchtlingskosten werden bei der Betrachtung des strukturellen Defizits als Sondereffekt gewertet, solange keine endgültige Festlegung zu den Zahlungen zur Deckung der Flüchtlingskosten getroffen ist. Erst bei einer abschließenden Regelung werden die Flüchtlingskosten kein Sonderfaktor mehr sein. (s. Seite 81 des Haushaltsplan-Entwurfs 2018)

i. V.

gez. Dr. Hanke

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 018 der Fraktion AfD

Text:

Welcher Personalaufwand entsteht für die Zuteilung der Zuschüsse "Demokratie leben!" (30.000 EUR jährlich) pro Jahr?

Begründung:

Auf S.624, in Maßnahme 5 sind für den Maßnahmezeitraum 2015 -2019 205.000,- EUR Personalkosten angegeben.

Antwort:

Der Betrag von 30.000 € bildet den Eigenanteil der Stadt Braunschweig an dem Projekt „Demokratie leben“ innerhalb des Förderzeitraumes von 5 Jahren ab.

Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) hat für die externe Koordinierungs- und Fachstelle insgesamt für Personal- und Sachkosten 425.000 € für die Jahre 2015 – 2019 bewilligt. Die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niederachsen Ost gGmbH betreibt im Rahmen einer Kooperation mit der Stadt die externe Koordinierungs- und Fachstelle mit eigenem Personal. Die dafür vom Bund vorgesehene Förderung wird entsprechend weitergeleitet.

Die Zuwendungsabwicklung dieser Förderung erfolgt in der zentralen Zuschussbearbeitungsstelle des Fachbereiches Soziales und Gesundheit. Der Personalaufwand für die Zuwendungsgewährung für dieses Einzelprojekt kann nicht einzeln dargestellt werden, da die Zentralisierung erst 2017 umgesetzt wurde.

i. V.

gez. Dr. Hanke

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 019 der Fraktion AfD

Text:

Aus welchem Grund steigen die Ausgaben für "Hilfe zur Teilhabe am kulturellen Leben" um ca. 90.000,-EUR? Warum sind "Transferleistungen i.H.v. 740.000,-" enthalten, wohin fließen diese?

Begründung:

Auf S.603, in Produkt 1.31.3113.67 sind für 2017 718 TEUR angegeben, für 2018 806 TEUR, davon 740 TEUR Transferleistungen

Antwort:

Bei den Transferleistungen im Bereich der Hilfe zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben handelt es sich insbesondere um Kosten von Fahrdiensten und von Angeboten in Seniorentagesstätten, die der Unterstützung der Tagesstruktur dienen. Den anfallenden Kosten liegen Vergütungsvereinbarungen zugrunde, die regelmäßig angepasst werden.

Es erreicht eine größere Anzahl von Personen, die in der Vergangenheit in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt waren, das Renteneintrittsalter. Um diese Personengruppe weiterhin im Bereich der Tagesstrukturierung unterstützen zu können, stehen Seniorentagesstätten zu Verfügung. Daher sind in den letzten Jahren die diesbezüglichen Kosten für die über 60-jährigen Leistungsbezieher gestiegen.

Mit der Erhöhung der Planansätze hat man dieser Tendenz Rechnung getragen.

i. V.

gez. Dr. Hanke

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 020 der Fraktion AfD

Text:

Aus welchem Grund sinken die Ausgaben für "Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber" um ca. 2 Mio EUR? Welche Einrichtungen wurden geschlossen, umgewidmet oder gar nicht erst realisiert?

Begründung:

Auf S.608, in Produkt 1.31.3155.20 sind für 2017 4,65 Mio EUR angegeben, für 2018 2,59 Mio EUR.

Antwort:

Zum Einen wurden die Ansätze Personalkosten 2018 nach dem tatsächlichen Verlauf bzw. Personaleinsatz 2017 um rd. 232.000 Euro geringer veranschlagt als 2017, zum Anderen wurde ein Teil der Personalkosten in Höhe von rd. 756.000 Euro beim ab 2018 neugeschaffenen Produkt 1.31.3517.30 Integration von Geflüchteten veranschlagt. Des Weiteren sind die Mieten und Betriebskosten entsprechend der Zuteilung um rd. 1 Mio. Euro geringer, bei 1.31.3130.10 AsylbLG Transferaufwendungen wurden dafür entsprechend höhere Ansätze veranschlagt, da pro geflüchtetem Menschen von Jahreskosten für Lebensunterhalt, Krankenhilfe, Unterbringung und Betreuung in Höhe von 18.000 Euro ausgegangen wird.

i. V.

gez. Dr. Hanke

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 021 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Die Mittel für kleinere Instandhaltungen in den Flüchtlingsunterkünften wurden von 3.400 Euro auf 0 gesetzt. Warum?

Begründung:

Antwort:

Bei den 3.400,00 € handelt es sich um Mittel für die Kosten der Softwarewartung für das EDV-Programm SoPart (angemeldet auf Sachkonto 422140). Da die Softwarewartung nicht bei der Instandhaltung Flüchtlingsunterkünfte (4S.500023) gebucht wird, sondern bei dem in 2017 neu eingerichteten Produkt ‚Instandhaltung Verwaltung Flüchtlingsangelegenheiten‘ (4S.500024) wurden die Mittel i. H. v. 3.400,00 € in 2017 auch schon per GD-Umsetzung auf das richtige Projekt umgesetzt und für 2018 entsprechend angemeldet.

i. V.

gez. Dr. Hanke

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 022 der Fraktion DIE LINKE

Text:

1. Wird mit der Erstellung eines "schlüssigen Konzeptes zur Angemessenheit der KdU" das Ziel verfolgt, die Angemessenheitsgrenze abzusenken?
2. Wenn ja, in welcher Größenordnung?
3. Wie ist der Sachstand zur geplanten Konzepterstellung?

Begründung:

Bereits im Vorbericht zum Haushalt 2017 wurde die Erstellung eines Konzeptes zur Angemessenheit der KdU angekündigt. Nach einer entsprechenden Nachfrage der Linksfraktion wurde dann aber erklärt, dass nicht beabsichtigt sei, ein solches Konzept zu erstellen. Nun findet sich das Konzept wieder im Vorbericht mit dem Hinweis: "sobald dies nach der Weiterentwicklung der Rechtsprechung gerichtsfest möglich erscheint". Daher die Nachfrage.

Antwort:

Zu Frage 1:

Ziel der Erstellung eines schlüssigen Konzepts zur Bestimmung der Angemessenheit von KdU in den Rechtskreisen des SGB II und SGB XII ist es eine rechtskonforme Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs der Angemessenheit nach § 22 Abs. 1 SGB II bzw. § 35 SGB XII, in Verbindung mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG), zu dieser Thematik zur rechtssicheren Anwendung zu erlangen. Ob im Rahmen eines derartigen Konzepts dann die bisherigen Angemessenheitsgrenzen über- oder unterschritten werden kann zurzeit nicht beurteilt werden.

Zu Frage 2:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Zu Frage 3:

Unter Führung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) ist eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, welche die Ergebnisse der Befragung zur Festlegung der Angemessenheit der KdU nach dem SGB II und SGB XII des Instituts für Wirtschaft und Umwelt in Darmstadt, an welcher die Stadt Braunschweig und das Jobcenter Braunschweig teilgenommen haben, auswerten soll. Hierbei wird auch geprüft, ob eine Änderung des SGB II und SGB XII insbesondere in Bezug auf die zu verwendenden Datengrundlagen und deren Verarbeitung im Rahmen schlüssiger Konzepte notwendig ist. Die Stadt Braunschweig wartet das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe ab, da bisherige Datengrundlagen und deren Verarbeitung Hinderungsgründe für die sozialgerichtliche Anerkennung diverser bereits erstellter Konzepte sind. Dies ist für die betroffenen Kommunen mit Rechtsunsicherheit und erheblichen Kosten verbunden.

Bis zur Vorlage eines Ergebnisses der Arbeitsgruppe verzichtet die Stadt Braunschweig aus den vorgenannten Gründen auf die Erstellung eines eigenen schlüssigen Konzepts.

i. V.

gez. Dr. Hanke

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 023 der Fraktion AfD

Text:

Aus welchem Grund steigen die Ausgaben für "Leistungen nach AsylBewLG" um ca. 700.000,-EUR? Bei Erstattungen aus der Landeskasse von 4,47 Mio EUR werden durch die Stadt 6,82 Mio EUR an Transferleistungen aufgewendet

Begründung:

Auf S.607, in Produkt 1.31.3130.10 sind für 2017 1,97 Mio EUR angegeben, für 2018 2,67 Mio EUR.

Antwort:

Bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs wurde aus verfahrenstechnischen Gründen das Ziel der Einplanung von 18.000 € je geflüchteter Person verfehlt. Dadurch wurden die Aufwendungen um 700.000 € zu hoch veranschlagt. Dies soll zur Haushaltslesung 2018 korrigiert werden (siehe Anträge der Verwaltung lfd. Nr. 39).

i. V.

gez. Dr. Hanke

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 024 der Fraktion AfD-Fraktion

Text:

Welcher Art sind die „Transferaufwendungen“ in den ordentlichen Aufwendungen des FB51 und warum steigen sie 2018 um ca. 6.5 Mio. EUR?

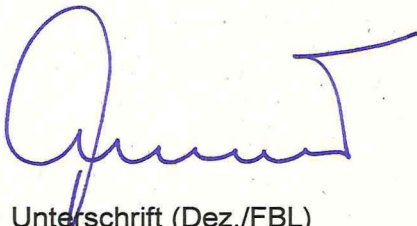
Begründung:

Auf S.632, in Zeile 18 sind für 2017 113,85 Mio. EUR, für 2018 120,44 Mio. EUR angegeben.

Antwort:

Die Zeile Transferaufwendungen beinhaltet die Sachkonten „Zuschüsse an verb. Untern.,Beteil.+ Sonderv.“, „Zuschüsse an übrige Bereiche“, „IM Zuschuss an übrige Bereiche“, Jugendhilfeleistungen avE“, Jugendhilfeleistungen iE“ sowie „sonstige soziale Leistungen UVG“.

Aufgrund der Neuregelung des Unterhaltsvorschussgesetzes wurde im Haushaltsplanentwurf 2018 mit einer Steigerung von 3,5 Mio. EUR geplant. Des Weiteren entfallen + ca. 1,6 Mio, EUR auf den Ausbau der Schulkindbetreuung. Auch bei der allgemeinen Heimerziehung und der Eingliederungshilfe / Stat. Unterbringung gibt es aufgrund einer Fallzahlanpassung eine Steigerung von ca. 1,4 Mio. EUR.



Unterschrift (Dez./FBL)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 025 der Fraktion AfD-Fraktion

Text:

Welcher Art sind die „Zuschüsse an übrige Bereiche“ in den bereits angefragten Transferaufwendungen des FB51 im Einzelnen, und warum steigen sie 2018 um ca. 8,7 Mio EUR?

Begründung:

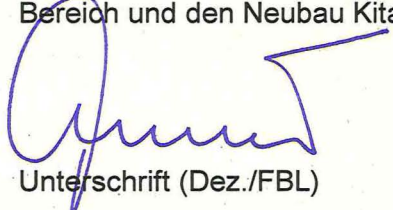
Auf S. 641, in Position 431810 sind für 2017 53,06 Mio EUR, für 2018 61,73 EUR angegeben.

Antwort:

Eine detaillierte Aufstellung ist dem Haushaltsplanentwurf 2018 auf S. 636 zu entnehmen.

Im Fachbereich 51 wurden ca. 1,6 Mio. EUR mehr für den Ausbau der Schulkindbetreuung an Schulen geplant. Ca. 1,3 Mio. EUR entfallen auf die Personal- und Sachkostensteigerung sowie die SuE-Umstellung bei den freien Trägern. Des Weiteren sollen 2018 die Mehreinnahmen durch die neue Entgeltstaffel im Kinderbetreuungsbereich (+1,6 Mio. EUR) für Qualitätsverbesserungen genutzt werden. Das Budget für die Sanierungsbedarfe in den Kitas wurde um 0,5 Mio. EUR aufgestockt und ab Juli 2018 wird die internationale Kita CJD im Quartier St. Leonard in Betrieb genommen, wofür ca. 0,3 Mio. EUR eingeplant wurden. Ab dem nächsten Jahr gibt es die neue Förderrichtlinie Quik (Verbesserung der Qualität in Kindertagesstätten). Die hierfür vorgesehenen Ausgaben in Höhe von knapp 2 Mio. EUR werden über entsprechende Erträge vom Land gedeckt. + 0,5 Mio. EUR entfallen auf die Anpassung an die IST-Werte 2016 im Bereich der Kindertagespflege.

Die restlichen Steigerungen in Höhe von 0,9 Mio. EUR setzen sich aus diversen Budgetsteigerungen in den Bereichen Frühe Hilfen, Kinder- und Jugendverbandsarbeit, Erziehungsberatung, sonstige Angebote der Familienberatung, Kinder- und Jugendzentren der freien Träger sowie der Schulkindbetreuung in Kitas, der Sprachförderung im Kita-Bereich und den Neubau Kita Lammer Busch Ost zusammen.



Unterschrift (Dez./FBL)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A026 der Fraktion AfD-Fraktion

Text:

Im Jahr 2018 werden für „umFe“ bzw. umA knapp 16 Mio. EUR an Transferaufwendungen eingeplant. Der tatsächliche Bedarf in 2017 war ca. 10 Mio. EUR für etwa 20 vermeintliche Jugendliche. Wie viele umFe werden 2018 erwartet, oder wie ist sonst die Kostensteigerung zu erklären?

Begründung:

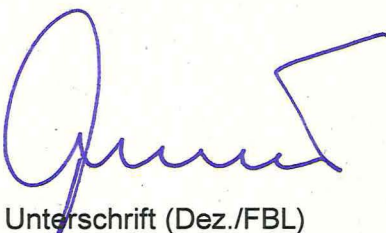
Auf S. 651, in Zeile 18 sind für 2018 15,95 Mio. EUR angegeben. Im Vergleich dazu werden auf S. 653 für die Sanierung aller Kindertagesstätten nur 6 Mio. EUR angesetzt.

Antwort:

Die genannten Beträge in der Begründung können nicht miteinander verglichen werden, da es sich bei den 15,95 Mio. EUR um ein Budget aus dem laufenden Haushalt und bei den 6 Mio. EUR um ein Budget aus dem IM-Bereich handelt.

Für 2018 werden im stationären Bereich UmF ca. 160 Fälle geplant. Hinzu kommen Inobhutnahmen und vorläufige Inobhutnahmen (die nur einen kurzen Zeitraum betreut werden), so dass jährlich 250 – 500 Fälle hinzugezählt werden müssen. Die Planzahlen für 2018 basieren auf der Grundlage der korrigierten Istzahlen 2016 und dem Prinzip der vorsichtigen Haushaltsgestaltung.

Der tatsächliche Bedarf in 2017 ist zum momentanen Zeitpunkt durch die periodenübergreifenden und antizyklischen Abrechnungsmöglichkeiten noch gar nicht feststellbar.



Unterschrift (Dez./FBL)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr.A 027 der Fraktion Die Linke

Text:

Die Zuschüsse für Baumaßnahmen bei Kitas in freier Trägerschaft wurden von 180.000 Euro auf 0 gesetzt. Warum?

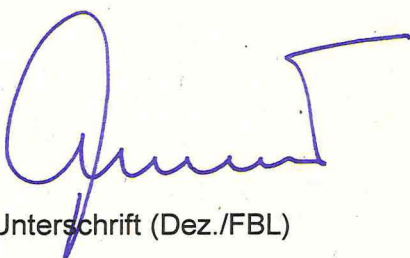
Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Die Beantwortung dieser Anfrage steht im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage 17-05890 JHA 07.12.2017 „Förderung der Kindertagesstätten der Träger der freien Jugendhilfe„ (Sanierung/Instandhaltungspauschale).

Es ist vorgesehen den bisherigen Ansatz des Sanierungsprogrammes von 180.000 € zukünftig mit im Rahmen der gewährten Instandhaltungspauschalen den Trägern der Kindertagesstätten bereit zu stellen.



Unterschrift (Dez./FBL)

FB 20**über****Ref. 0100****Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A028 der Fraktion DIE LINKE****Text:**

Beim Produkt 1.52.5225.01 (S. 677, Ref. 0600) Wohnungsbauwirtschaft gibt es folgende Kostenentwicklung:

| | |
|----------------|----------|
| Ergebnis 2016: | -58.219 |
| Ansatz 2017: | -647.111 |
| Saldo 2018: | -956.030 |

Die Verwaltung wird gebeten zu erläutern, was das Produkt Wohnungsbauwirtschaft ist und wodurch sich die Steigerungen ergeben?

Antwort zur Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 6. Dezember 2017:

Im Jahr 2016 wurden ausschließlich Umlagen und Verteilungen auf dem Produkt abgerechnet. In den Umlagen und Verteilungen sind anteilige Personalkosten für die Wohnraumförderstelle (Land) sowie Mietspiegelauuskünfte enthalten. Dies gilt auch für die Folgejahre.

Hinzu kommen folgende Entwicklungen, die die Planansatzerhöhung der Budgetmittel maßgeblich beeinflussen:

Beschluss des Rates über das Kommunale Handlungskonzept (Drucksache Nr.: 17-03839 und 17-03839-01) vom 28. März 2017 mit seinen unterschiedlichen Instrumenten. Die Budgetmittel des Jahres 2017 sind für den Ankauf von auslaufenden und/oder neuen Belegungs- und Mietpreisbindungen sowie für die Kommunale Wohnraumförderung in Höhe von 450.000 € eingeplant worden. Der Planwert für das Jahr 2018 enthält Mittel für die Kommunale Wohnraumförderung in Höhe von 780.000 € zzgl. Personalkosten im Umfang von 68.000 €, die in den Umlagen und Verteilungen enthalten sind.

Ergänzung der Antwort aufgrund einer mündlichen Nachfrage in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 6. Dezember 2017:

Ratsfrau Schneider, Fraktion DIE LINKE, bat zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses zu erläutern, wie sich die Differenz zwischen dem Jahresergebnis von 647.110,91 € und der Mittel für den Ankauf von auslaufenden und/oder neuen Belegungs- und Mietpreisbindungen sowie für die Kommunale Wohnraumförderung in Höhe von 450.000 € zusammensetzt. Darüber hinaus wurde um Mitteilung gebeten, wie viele Benennungsrechte bzw. Belegungsbindungen damit in 2017 angekauft wurden.

Die Zusammensetzung der Mittel ergibt sich aus der folgenden Darstellung:

| Erträge und Aufwendungen | Ergebnis 2016 | Ansatz 2017 | Ansatz 2018 |
|--|----------------------|---------------------|---------------------|
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -34.600,00 € | -34.600,00 € |
| Gesamterträgen | | -34.600,00 € | -34.600,00 € |
| Personalkostenverrechnungen | 45.560,02 € | 205.147,08 € | 172.750,56 € |
| Abrechnungen IM | | 450.000,00 € | 780.000,00 € |
| Personalaufwendungen f. Uml./Vert. | 5.281,99 € | -3.832,50 € | 7.412,48 € |
| Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen | 538,34 € | 3.238,20 € | 4.738,32 € |
| Abschreibungen | 315,48 € | 674,01 € | 587,35 € |
| Sonstige ordentliche Aufwendungen | 2.567,73 € | 10.254,92 € | 8.936,28 € |
| Umlagen ILV-Kosten | 3.955,23 € | 16.229,20 € | 16.204,72 € |
| Gesamt Verteilungen/Umlagen/Zuschläge | 12.658,77 € | 26.563,83 € | 37.879,15 € |
| Gesamtaufwendungen inkl. Verteilungen/Umlagen/Zuschläge | 58.218,79 € | 681.710,91 € | 990.629,71 € |
| Saldo aus Gesamterträgen u. -aufwendungen | 58.218,79 € | 647.110,91 € | 956.029,71 € |

Im Ansatz des Ref. 0600 für 2017 sind aus buchungstechnischen Gründen Mittel des FB 50 enthalten für den Ankauf von auslaufenden und/oder neuen Belegungs- und Mietpreisbindungen in Höhe von 235.000 € sowie Mittel für je 1 zusätzliche Planstelle, Wert A 11 in der Bauverwaltung und eine in der Sozialverwaltung (s. Drucksache Nr. 17-03829 und 17-03839-01). Für das Jahr 2018 wurde die Zuordnung entsprechend der Aufgabenzuordnung in der Bau- bzw. Sozialverwaltung angepasst.

Aktuell werden nach Angaben der Sozialverwaltung aussichtsreiche Verhandlungen mit verschiedenen Wohnungsunternehmen geführt. Ein konkreter Ankauf hat sich daraus zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ergeben.

gez.

Winter
Referatsleitung 0600

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 029 der AFD-Fraktion

Text:

Im Jahr 2018 werden für "Bodenschutz/Altlasten und Kampfmittel" ca. 2,9 Mio EUR angesetzt. In den Vorjahren waren es rund 1,6 Mio EUR und 0,73 Mio EUR. Wie ist die Kostensteigerung zu erklären?

Begründung:

Auf S.739, in Produkt 1.56.5610.09 sind für 2018 2,875 Mio EUR angegeben.

Antwort:

Maßgeblich für die veranschlagten höheren Aufwendungen ist zum einen die Altlastbeseitigung Breite Straße/Gördelingerstraße: Hier sind für die im Auftrag der Stadt Braunschweig aktuell laufenden Sanierungsmaßnahmen (Bodenluftabsaugung und Grundwasserreinigung) 560.000 € im Investitionsprojekt 4E.610009 vorgesehen. Es handelt sich um eine der größten Verunreinigungen des Grundwassers mit chlorierten Kohlenwasserstoffen. Zuletzt wurde hierzu mit Vorlage DS 16-02638-01 berichtet.

Zum anderen ist die Altlastensanierung des ehemaligen Voigtländer-Geländes vorgesehen. Es handelt sich ebenfalls um eine der größten Verunreinigungen des Grundwassers mit chlorierten Kohlenwasserstoffen. Unter dem Projekt: 4E.610010 sind hierfür im Jahre 2018 1.132.600 € vorgesehen. Zuletzt wurde hierzu mit der Vorlage DS 16-01549-01 der Stadtbezirksrat Wabe-Schunter-Beberbach informiert. Die Verwaltung verhandelt zurzeit einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, der die vorliegenden rechtlichen Unsicherheiten hinsichtlich der Kostenverantwortung für die Altlastensanierung in Form eines Vergleichs beenden soll. Geplant ist eine 50 prozentige Kostenbeteiligung der Stadt. In der Sache ist sowohl eine Bodenauskofferung als auch eine ergänzende mehrjährige Grundwasserreinigung und eine ebenfalls mehrjährige Bodenluftabsaugung vorgesehen. Da hier kein Geschäft der laufenden Verwaltung vorliegt, wird eine gesonderte Beschlussvorlage erstellt, bevor rechtliche Verpflichtungen eingegangen werden.

gez.

Warnecke
Fachbereichsleiter 61

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 030 der Fraktion BIBS

Text:

Wir bitten um aktuelle, schriftliche Darstellung der Gesamtkosten des Projekts „Denk Deine Stadt - ISEK“ (Bitte um Aufschlüsselung nach den einzelnen "Phasen (bzw. Sachkosten)", "Öffentlichkeitsarbeit", "Personalkosten", "Beraterkosten für das Marketingbüro 'urbanista'"

Begründung:

Anhand mehrerer Mitteilungen der Verwaltung lässt sich vermuten, dass die Kosten dieses "Beteiligungsprojektes" immer weiter ansteigen. Wir bitten um Aufklärung.

Antwort:

Im Zuge der Auftragsvergabe für die ISEK-Phase 3 wurde der im Ergebnis der ISEK-Phase 1 (Grundlagenermittlung) festgestellte Planansatz für alle drei ISEK-Phasen in Höhe von 630.000 Euro (vgl. Ratsbeschluss 17539/15) um 89.700 Euro auf 719.700 Euro erhöht (s. Beschlussvorlage Drs.-Nr. 16-02297 und Mitteilung 16-02523.) Wie in der Mitteilung 16-02523 dargestellt ist die Feinplanung zu Beteiligungsangeboten und Öffentlichkeitsarbeit der Phase 3 nach erfolgter Auftragsvergabe mit dem Auftragnehmer erfolgt.

Zum Haushaltsplan 2017 wurde ein Mehrbedarf für die Sachkosten (Öffentlichkeitsarbeit) in Höhe von 85.000 Euro angemeldet, womit sich der Planansatz für die Gesamtmaßnahme (Phasen 1 - 3) auf 804.700 € beläuft. Danach lässt sich der Ansatz für die Phasen 1 bis 3 wie folgt aufschlüsseln:

- Die bereits abgerechneten Phasen 1 „Grundlagenermittlung“ und 2 „Zukunftsbild“ weichen mit Mehrkosten von ca. 6.000 € geringfügig vom Plan (287.000 €) ab.
- Der Planansatz für Phase 3 beträgt somit 511.700 €.

Die Aufschlüsselung ist im Einzelnen der folgenden Tabelle zu entnehmen:

| | Honorarkosten | Öffentlichkeitsarbeit (Sachkosten) | Gesamt* |
|----------------|------------------|---------------------------------------|------------------|
| Phase 1 | 44.200 € | 8.400 € | 52.600 € |
| Phase 2 | 165.100 € | 75.400 € | 240.500 € |
| Phase 3 | 340.500 € | 145.000 € | 485.500 € |
| Gesamt | 549.800 € | 228.800 € | 778.600 € |

* Die Beträge sind gerundet.

Einzelne Organisationseinheiten unterstützten darüber hinaus aus ihren Ansätzen mit Mitteln im Umfang von 78.100 €, die die (prämierten) Beteiligungsformate möglich machten.

Neben den Honorar- und Sachkosten sind jährlich in Höhe von rd. 16.300 € direkt abgerechnete interne Leistungen verrechnet worden sowie Personalkosten im FB 61 für die hauptamtliche Betreuung und Begleitung des ISEK-Projekts mit ca. 112.000 € p.a (E 12 TvÖD).


Warnecke
Fachbereichsleiter 61

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 031 der Fraktion DIE LINKE

Text:

In 2018 soll die Umsetzung des Klimaschutzprogrammes erfolgen.
Welche Maßnahmen sollen konkret umgesetzt werden?

Antwort:

Für 2018 ist die kontinuierliche weitere Umsetzung begonnener Maßnahmen aus den Bereichen Energieeffizienz, Förderung regenerativer Energien, Endkundenberatung, Öffentlichkeitsarbeit und Klimaschutz an Schulen geplant. Unter Anderem können bisher hervorgehoben werden:

- Bewerbung und Abwicklung des städtischen Förderprogramms für regenerative Energien und der Solar-Check-Kampagne (vorbehaltlich zur Verfügung stehender Mittel),
- Fortgesetzte Aktivitäten im Rahmen der städtischen Energieberatungsstelle (Endkundenberatung, Veranstaltungsreihe „Gebäudeenergie“ (o. Ä.), Arbeitskreis/Austauschformat für Sanierungswillige),
- Umsetzung und Weiterentwicklung der mit Bundesmitteln geförderten „mehr<weniger“-Kampagne zur Reduzierung konsumbedingter Treibhausgasemissionen, inklusive Öffentlichkeitsarbeit:
 - Urban-Gardening-Workshops für mehr grün in der Stadt (Modul „BS|Hochbeet“),
 - Modul „Konsumgespräche“ (kostenlose vor-Ort-Beratung zur Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks),
 - Modul „Klimagarten“ (Experimente zum Klimawandel und Umweltbildung für Gruppen),
 - Suffizienz-Workshop (u.a. Bau einer kleinen Windenergieanlage, Bau eines solarthermischen Kollektors, Upcycling-Workshops),
 - Nachbarschaftsworkshops (Initiierung und gemeinschaftliche Umsetzung nachbarschaftlicher Aktivitäten, ggf. Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen),
 - Suffizienz-Infostand (Kooperation mit Transition-Town-Initiative),
- Vorbereitung eines Pilotprojektes zum Thema klimafreundlicher Konsum (Marktbildung) mit dem Ziel der Anpassung an die bundesdeutsche Förderkulisse,
- Durchführung von Schulveranstaltungen zum Klimaschutz:
 - Eigenes Vortragsformat „Rettet die Welt“ (Klimawandel und ökologischer Fußabdruck) für Grundstufe und Sek I.,
 - Entwicklung weiterer Vortragsformate auf Basis evaluierter curricularer Vorgaben (auch Sek II.),
 - Kooperation mit externen Anbietern/-innen für Umweltbildung (Mitmachtheater und/oder Multivision),
- Öffentlichkeitsarbeit zu verschiedenen Aktivitäten des Klimaschutzmanagements (bspw. Messestände, Fortlaufende Aktualisierung und Evaluierung der Internetseite, Langer Tag der Stadtnatur),
- Erhebung sektoraler Energieverbrauchsdaten und Weiterführung der städtischen Emissionsbilanz,

- Radroute „Klimafreundliches Braunschweig“ am 1. September 2018 (Kooperation mit ADFC),
- Kooperation und Unterstützung weiterer Akteure der Stadtgesellschaft (u.a. Haus der Wissenschaft, reka e.V., Transition-Town) und des RGB (Expertenbeirat „Masterplan 100% Klimaschutz“).
- Publikationen im Rahmen des Braunschweiger Klimaschutzpreises 2017.

Darüber hinaus soll das Klimaschutzkonzept inhaltlich überarbeitet und ggf. an aktuelle Entwicklungen angepasst werden.

gez.

Warnecke
Fachbereichsleiter 61

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 032 der Fraktion Bündnis 90/ die Grünen

Text:

1. In welcher Höhe werden für die Umsetzung der Radschnellwege nach Wolfenbüttel/Salzgitter und Wolfsburg Planungsmittel für den Bereich der Stadt Braunschweig benötigt?
2. In welcher Höhe sind Mittel hierfür im Haushaltsplan 2018 enthalten?
3. Für welchem Zeitraum hat die Verwaltung die Umsetzung der Radschnellwege im Haushaltsplan eingeplant?

Begründung:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat dem Bau von Radschnellwegen in seiner Sitzung am 26.9.2017 grundsätzlich zugestimmt und die Verwaltung aufgefordert, für die Verwirklichung dieser Wege aktiv zu werden. Da die Machbarkeitsstudien noch keine detaillierten konkreten Pläne für die Wege enthalten, wird es notwendig, diese Pläne schnellstmöglich zu erstellen. Davon ausgehend, dass die Planung im kommenden Jahr erfolgen wird, müssten hierfür auch Mittel im Haushaltsplan 2018 veranschlagt sein.

Antwort:

Die Verwaltung hat Haushaltsmittel für die Radschnellwege Braunschweig-Wolfenbüttel/SZ-Thiede sowie Braunschweig-Lehre-Wolfsburg zu den Ansatzveränderungen vorgesehen (s. Vorlage BA, Anlage Ansatzveränderungen Nr. 61 a-c und Nr. 62 a-c).

Zu 1.) Die Planungsmittel für den Radschnellweg Braunschweig-Wolfenbüttel/SZ-Thiede werden auf 600.000 € im Bereich der Stadt Braunschweig veranschlagt (s. Vorlage BA, Anlage Ansatzveränderungen Nr. 61c 2018-2019).

Für den Radschnellweg Braunschweig-Lehre-Wolfsburg werden ebenfalls 600.000 € Planungsmittel veranschlagt (s. Nr. 62c 2018-2019).

Zu 2.) Es sind für beide Radschnellwege jeweils 100.000 € Planungsmittel in 2018 veranschlagt.

Zu 3.) Die Veranschlagung im Haushaltsplan ist von 2018 bis in den Restbedarf 2022 erfolgt. Das voraussichtliche Projektende für beide Radschnellwege wird nach 2022 liegen.

gez.

Benscheidt
Fachbereichsleiter 66

FB 20 über Dez. III über Ref. 0100

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 033 der Fraktion AfD

Text:

In den ordentlichen Aufwendungen des FB 66 sind „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ und „Abschreibungen“ angesetzt. Beide steigen deutlich um 1,8 Mio. EUR bzw. 0,5 Mio. EUR. Wie sind die Steigerungen zu erklären?

Begründung:

Auf S.782, in den Zeilen 15 und 16 sind für 2018 6,68 Mio. EUR bzw. 11,58 Mio. EUR angegeben.

Antwort:

Die Steigerung bei den Sach- und Dienstleistungen in Höhe von rd. 1,8 Mio. EUR setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Ansatzerhöhungen im Bereich Unterhaltung Infrastrukturverbesserung mit +950 TEUR (+500 TEUR Deckenprogramm Straßen, +300 TEUR für Instandhaltung für Brücken und Ingenieurbau und +150 TEUR für Radwege) und einem neuen Haushaltsansatz für Planungskosten im Investitionsmanagement +750 TEUR (davon +600 TEUR für den Stadtbahnausbau und +150 TEUR für die Vorplanung des Bauvorhabens Brucknerstraße/Bültenweg).

Für das Haushaltsjahr 2018 hat sich im Plan ein höherer Bedarf an Abschreibungen im Verhältnis zum Vorjahr (+500 TEUR) ergeben. Zur Errechnung der Abschreibungen werden sowohl die bereits fertiggestellten Anlagen als auch die zukünftig fertiggestellten Anlagen herangezogen. In diesem konkreten Fall ist festzustellen, dass die erhöhten Abschreibungen sich nicht nur auf wenige Anlagen, sondern auf eine Vielzahl von Anlagen verteilen. Als Beispiel wären hier u.a. die Investitionszuschüsse an Dritte (z. B. Stadtbahnausbau) zu nennen. Im Verhältnis zum Vorjahr sind hier erhöhte Abschreibungen durch kürzere Nutzungsdauern und geplante Teilaktivierungsmöglichkeiten angefallen.

gez.

Benscheidt

FB 20 über Dez. III über Ref. 0100

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 034 der Fraktion BIBS

Text:

1. Wie beurteilt die Verwaltung die Änderung des niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes im Hinblick auf die derzeit für Braunschweig geltenden Satzungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und Erschließungsgebühren: Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, auch für Braunschweig wiederkehrende Beiträge von den Grundstückseigentümern zu erheben?
2. Wie beurteilt die Verwaltung die Möglichkeit, ganz auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten, d.h. welche Mehrkosten kämen in diesem Fall auf die Stadt zu?
3. Wie beurteilt die Verwaltung die Möglichkeit, die Bürgerinnen über die Erhöhung der Grundsteuer zu beteiligen und um wieviel müsste die Grundsteuer in diesem Fall angehoben werden?

Begründung:

Am 01.03.2017 hat der Landtag in Hannover eine Novelle des niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes beschlossen. Die Kommunen in Niedersachsen haben zukünftig die Möglichkeit, für den Ausbau bzw. die grundlegende Erneuerung von Verkehrsanlagen wiederkehrende Beiträge von den Grundstückseigentümern zu erheben. Auch sollen künftig nicht nur direkte Anwohner für den Ausbau der Straße zahlen müssen, sondern alle Eigentümer im betroffenen Gebiet.

In Braunschweig wird die Kostenbeteiligung derzeit durch die Straßenausbaubeitragsatzung der Stadt Braunschweig geregelt, die bislang nur einen beitragsfähigen Aufwand der direkten Anlieger jeweils für eine einzelne Ausbaumaßnahme vorsieht.

Die Handhabung in anderen niedersächsischen Kommunen sieht unterschiedlich aus: Nach einer Umfrage des „NDR“ erhebt jede dritte Stadt in Niedersachsen gar keine Straßenausbaubeiträge.

Im Haushalt sind Straßenausbaubeiträge und Erschließungsbeiträge in Höhe von 8.114.500 €, die von Anliegern und Benutzern gezahlt werden müssen, weil sie angeblich einen wirtschaftlichen Vorteil bringen. Der Bauausschuss am 06.06.2017 hatte gleichlautende Fragen auf Grund der Komplexität der Thematik nicht beantwortet und auf eine Beantwortung nach der Sommerpause verwiesen.

Antwort:

zu 1:

Seit 1983 erhebt die Stadt Braunschweig für die Erneuerung, Verbesserung, Herstellung und Erweiterung ihrer öffentlichen Verkehrsanlagen einmalige Straßenausbaubeiträge. Insgesamt wurden bisher rd. 640 straßenausbaubeitragspflichtige Maßnahmen durchgeführt.

Die Möglichkeit, Beiträge wiederkehrend zu erheben, ist aus Sicht der Fachverwaltung für das Stadtgebiet von Braunschweig keine sinnvolle Alternativlösung zu den einmaligen Straßenausbaubeiträgen. Dieser Einschätzung liegen folgende Überlegungen zugrunde:

- Bei wiederkehrenden Beiträgen müssen Verkehrsanlagen zu einer Abrechnungseinheit zusammengefasst werden, bei denen ein enger funktionaler Zusammenhang vorliegt. Dies wäre z. B. für die einzelnen Ortschaften bzw. räumlich abgrenzbaren Ortsteile jeweils der Fall. Inwieweit die Bildung von Abrechnungsgebieten für das übrige Stadtgebiet möglich ist, wäre zu prüfen, ist aber eher unwahrscheinlich. Für die verbleibenden Teilbereiche des Stadtgebietes müssten weiterhin einmalige Beiträge erhoben werden. Es liegt im Ermessen der Stadt, ob sie für einen Gemeindeteil wiederkehrende Beiträge und für einen anderen Teil einmalige Beiträge erhebt.
- Die jährliche Neuberechnung der wiederkehrenden Beiträge ist personalintensiv. Sie erfolgt wie bei den einmaligen Beiträgen unter Berücksichtigung der Grundstücksgröße und dem Maß der baulichen Nutzung. Der Aufwand für eine beitragspflichtige Maßnahme in einem Abrechnungsgebiet ist dann von allen dort vorhandenen Eigentümern bzw. Erbbauberechtigten zu tragen. Die einzelne finanzielle Belastung des Grundstücks-, Erbbauberechtigten oder Wohnungseigentümers wird dadurch voraussichtlich erträglicher, aber eben jährlich wiederkehrend. In jedem Fall würde die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen neben Sachkosten dauerhaft insbesondere erheblich gestiegene Personalkosten verursachen. Eine Gegenüberstellung der einzelnen Parameter ist als Anlage 1 beigefügt.
- Zudem birgt das Rechtsgebiet „Wiederkehrende Beiträge“ ein hohes Prozessrisiko. In einer „Satzung über wiederkehrende Beiträge“ müssen für jedes eigenständige Abrechnungsgebiet mittels eines amtlichen Lageplans und/oder zusätzlich durch Aufzählung sämtliche Flurstücke aufgezählt werden, die in diesem Abrechnungsgebiet zum Kreis der beitragspflichtigen Grundstücke zählen. Eine grobe Übersichtskarte z. B. nur des jeweiligen Ortsteils erfüllt nicht die verwaltungsrechtlichen Anforderungen.

In der Praxis ist die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen aus Sicht der Fachverwaltung für Großstädte wie Braunschweig aufgrund des Umfangs der zu erfassenden Daten und unter Berücksichtigung der entstehenden Personal- und Sachkosten nicht zu empfehlen.

zu 2:

Jährlich werden im Durchschnitt Einnahmen in Höhe von rd. 2.550.000 € aus Straßenausbaubeiträgen erzielt. Dieses Geld würde im Haushalt fehlen.

Die bundesgesetzliche Verpflichtung zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen bliebe für die Stadt weiterhin bestehen.

zu 3:

Eine konkrete Beteiligung an straßenausbaubeitragspflichtigen Maßnahmen über die Erhöhung der Grundsteuer ist rechtlich nicht zulässig. Einnahmen aus der Erhöhung der Grundsteuer können nicht zweckgebunden erhoben werden, sondern fließen in den gesamtstädtischen Haushalt.

Um den Ausfall in Höhe von 2.550.000 € jährlich aus Straßenausbaubeiträgen auszugleichen, müsste der Hebesatz der Grundsteuer B von 500 auf 525 angehoben werden. Die konkrete Verwendung der Mehreinnahmen aus Steuern für Straßenbaumaßnahmen wäre nicht garantiert.

gez.

Benscheidt

Kurzdarstellung von einmaligen und wiederkehrenden Beiträgen

| | Einmaliger Straßenausbaubeitrag | Wiederkehrender Beitrag |
|---|--|--|
| Abrechnungsgebiet | begrenzt auf die jeweilige beitragspflichtige Maßnahme | Bildung aus allen Straßen, die eine Abrechnungseinheit bilden (z. B. sämtliche Straßen im Ortsteil Lehndorf) |
| Beitragsfähige Kosten | Aufwand nur für die betroffene Straße | Aufwand für sämtliche beitragspflichtige Maßnahmen des Abrechnungsgebietes eines Kalenderjahres |
| Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung | erforderlich bei Teilausbau | entfällt, Investitionsaufwand maßgeblich |
| Zahlungspflichtige | angrenzende Eigentümer der beitragspflichtigen Anlage | alle Eigentümer des jeweiligen Abrechnungsgebietes |
| Beitrag | höherer Beitrag | voraussichtlich geringere Beiträge (Dauerhafte Erhebungsproblematik bei Kleinstbeträgen unter 5 € [§ 15 NKAG], Stichwort Vollstreckung) |
| Zahlung | einmalig (erneute Erhebung frühestens nach Ablauf der Nutzungsdauer von mind. 25 Jahren möglich) | jährlich wiederkehrend (Aussetzung für 20 Jahre nach Zeitpunkt der Zahlung eines einmaligen Beitrags, Mehrbelastung der übrigen Eigentümer im Abrechnungsgebiet) |
| Übergangsregelung | | Wenn eine Straße nicht komplett erneuert wurde und die Eigentümer deswegen Beiträge nur für diesen Umfang gezahlt haben, muss eine Übergangsregelung dies berücksichtigen. Bei einer Zahlung nur für die teilweise Erneuerung dürfen die Eigentümer nicht pauschal 20 Jahre zu Lasten der übrigen Eigentümer freigestellt werden. Grundsätzlich wäre deshalb ein Verzicht auf eine Übergangsregelung rechtssicherer. Das würde aber dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden widersprechen. |
| Stundung | möglich | möglich |
| Klage | gesicherte Rechtsprechung, geringes Prozessrisiko | keine Rechtsprechung für Niedersachsen vorhanden, größeres Prozessrisiko (auch durch die Anzahl der Bescheide) |
| Vorarbeit | beitragsrechtlicher Einstieg mit Planung der Maßnahme | Erfassung sämtlicher rd. 3.000 Straßen im Stadtgebiet und Bildung von verschiedenen Abrechnungsgebieten |

| | | |
|---|---|---|
| Informationsveranstaltung über geplante Baumaßnahmen | persönliche Einladung (Eigentümer) und öffentliche Bekanntmachung (Interessierte Bürger und Anlieger) | Einladung über öffentliche Bekanntmachung (Eigentümer, Anlieger und interessierte Bürger, [sehr viele Betroffene]) |
| Personeller Aufwand im Beitragsrecht | Ermittlungen nur bezogen auf die betroffene Maßnahme | Erfassung sämtlicher Eigentümer und Grundstücke des Abrechnungsgebietes einschließlich zulässiger und vorhandener Bebauung und Nutzung |
| Kontrolle der Ermittlung | Aktualisierung bis zur Endabrechnung nur für die betroffene Maßnahme | Jährliche Aktualisierung und Kontrolle der grundstücksbezogenen Daten aller Abrechnungsgebiete |
| Personeller Aufwand für Planung und Ausbau | Kostenschätzung/Ausschreibung/Abrechnung für jede Maßnahme | Kostenschätzung/Ausschreibung/Abrechnung für jede Maßnahme (Umfang wie bei einmaligen Beiträgen) |
| Zusätzlicher personeller Aufwand außerhalb FB 66 | nur bei Bedarf Anfragen bei 0630 | regelmäßiger Informationsaustausch über genehmigte oder bekannte bauliche oder planerische Veränderungen auf den Grundstücken und geplante Veräußerungen von Grundstücken zur Optimierung der grundstücksbezogenen Datenaktualisierung (FB 61, Ref. 0630, Katasteramt), Erfassung bei FB 20.4 |
| Personalbedarf im FB 66 | kein zusätzlicher Bedarf | zusätzlicher Bedarf (Temporär für den Aufbau einer Datenbank bei 66.23, sowie dauerhaft Aufstockung bei 66.23 [Verdopplung?] und 66.0 AG 1) |
| Allgemeine Sachkosten | kein zusätzlicher Bedarf | Raumbedarf, erhöhte Material (Software, Hardware, Büromaterial und Portokosten) |
| Vorlaufzeit für die Erhebung | keine | Mind. 2 Jahre (Beispiel: Stadt Kaiserslautern, 100.000 Einwohner, 2 Jahre Vorbereitung) |

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 036 der AfD-Fraktion**Text:**

Im Produktbereich 1.55, Natur- und Landschaftspflege des FB 67 sind die Zeilen 1, 3 und 5 mit einem Anstieg um ca. 1,2 Mio. EUR für 2018 angesetzt. Wie ist die Steigerung zu erklären?

Begründung:

Auf S.863, in den Produkten 1.55.5510.01, 1.55.5510.04 und 1.55.5510.06 sind für 2018 Mehrkosten von rund 1,2 Mio. EUR enthalten.

Antwort:**Produkt 1.55.5510.01 „Spiel- und Jugendplätze“**

Die Erhöhung der Ansätze im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von rund 400.000 Euro ist im Wesentlichen auf folgende Punkte zurückzuführen:

1. Schaffung einer neuen zusätzlichen Planstelle im Jahr 2017
2. Zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 Euro für die neue Beschilderung der städtischen Kinderspiel-, Jugend- und Bolzplätze.
3. Erhöhung der Haushaltsmittel für die Instandhaltung öffentlicher Kinderspiel-, Jugend- und Bolzplätze aufgrund von Flächenzuwächsen.

Produkt 1.55.5510.04 „Begleitendes Grün“

Die Erhöhung der Ansätze im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von rund 300.000 Euro lässt sich im Wesentlichen auf die Erhöhungen bei der Kostenart 421270 „Infrastrukturvermögen – Unterhaltung Grünanlagen“ zurückführen.

Für das Haushaltsjahr 2018 ist der Beginn der Sanierung des begrüneten Mittelstreifens der Jasperallee mit Haushaltsmitteln in Höhe von 150.000 € geplant. Die restlichen Ansatzserhöhungen begründen sich durch Flächenzuwächse und Zuwächse an Einzelbäumen, die vom FB 67 unterhalten werden müssen.

Produkt 1.55.5510.06 „Parkanlagen und Grünanlagen“

Beim Produkt „Park- und Grünanlagen“ ist im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung der Aufwendungen um rund 100.000 € zu verzeichnen. Diese Ansatzserhöhungen begründen

sich ebenfalls in der Anpassung der Haushaltsmittel an den Zuwachs an öffentlichen Grünflächen.

Neben den Erhöhungen im Aufwandbereich wurden beim Produkt „Park- und Grünanlagen“ im Vergleich zum Vorjahr geringere Erträge in Höhe von rund 335.000 € geplant. Die Grundlage für die Ertragsplanung auf diesem Produkt sind Übergaben von neuen Grünflächen an den FB 67, die auf städtebaulichen Verträgen mit den verschiedenen Investoren in neuen Baugebieten fußen. Für das Jahr 2018 sind im Vergleich zum Vorjahr weniger Übergaben geplant.


Geiger

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 037 der AfD-Fraktion**Text:**

In den Aufwendungen des FB 67 sind "Infrastrukturm. Unterhaltung Grünanlagen" mit dem beschlossenen Anstieg um ca. 900.000,-EUR für 2018 angesetzt. Allerdings steigt der Aufwand bis 2021 weiter auf 3,626 Mio. EUR. Wie sind die Steigerungen zu erklären?

Begründung:

Auf S.857, in Position 421270 sind für 2018 2,94 Mio. EUR, bis 2021 ansteigend 3,62 Mio. EUR angegeben.

Antwort:

Unter dem Sachkonto 421270 „Infrastrukturvermögen – Unterhaltung Grünanlagen“ werden alle Instandsetzungsmaßnahmen für die Grün- und Spielanlagen, für den Natur- und Landschaftsschutz, für das Kleingartenwesen, für die Außenanlagen an Kindertagesstätten, Schulen und Jugendzentren sowie für alle Sportanlagen abgebildet.

Der geplante Anstieg der Haushaltsmittel um ca. 900.000 € lässt sich auf die folgenden drei Aspekte zurückführen.

1. Aufhebung der Haushaltskonsolidierung mit 90.000 € (vgl. Vorlage 17-04818 und 17-04790)
2. Zwei neue Projekte 4E.670013 „MP Grünanl. Jasperallee / Sanierung“ und 4E.670015 „MP FB 67: NLZ Kennel / Optimierung“ mit einer Gesamtsumme i. H. v. 375.000 €
3. Die Anpassung der Haushaltsmittel an den Zuwachs an öffentlichen Grünflächen, die vom FB 67 unterhalten werden müssen

Der weitere Anstieg bis in das Jahr 2021 ist auf die Berücksichtigung von Flächenzuwächsen und das neue Projekt 4S.670053 „MP FB 67: Park- /Grünanlagen/Opt. Nutz.“ (500.000 €) zurückzuführen.



Geiger

**Stellungnahme der Verwaltung zu der Anfrage/Anregung A 038 der Fraktion BIBS zum Haushalt 2018
Ehemaliges Nordbad**

Zu 1.

Der Motor-Sport-Club der Polizei Braunschweig im ADAC e. V. (MSC) hat bisher keinen Zuschussantrag gestellt.

Zu 2.

Die Sportfachverwaltung führt seit einiger Zeit Gespräche mit dem derzeitigen Mieter des ehemaligen Vereinsheims des SSC Germania 08 e. V., dem MSC, über eine langfristige Nachnutzung des ehemaligen Nordbades durch den MSC. Der MSC hat Interesse an einer Übernahme des Areals im Rahmen eines Erbbaurechtes. Einen entsprechenden Antrag hat der MSC bisher nicht gestellt. Die Verwaltung hat präventiv einen möglichen Zuschussbetrag in Höhe von 150.000 € in den Haushaltsentwurf 2018 aufgenommen, um bei einem Antrag des MSC auf Bestellung eines Erbbaurechtes und Beantragung eines städtischen Zuschusses für bautechnische Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen wie bspw. die Installation einer funktionsfähigen Heizungsanlage zeitnah reagieren zu können.

Zu 3.

Die Verwaltung strebt an, im Verlauf des I. Quartals 2018 ein neues Nachnutzungskonzept für den Gebäudekomplex des ehemaligen Nordbades fertigzustellen.

Die Verwaltung beabsichtigt ferner, kurzfristig die beiden Umkleidebereiche des ehemaligen Nordbades zu entkernen und den größeren Teil an den kraftsporttreibenden Sportverein VfV Braunschweig von 1898 e.V. und den kleineren Teil zuzüglich eines separaten Büroraums an den Trift e.V. befristet bis längstens zum 31. Dezember 2018 zu vermieten. Diese beiden Vereine haben vor einigen Monaten ein konkretes Interesse an einer Nutzung von Räumlichkeiten im ehemaligen Nordbad geäußert.

i. V.

gez.

Geiger

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 039 der Fraktion Die Linke

Text:

Zum Haushalt 2017 wurde auf Anfrage der Linksfraktion die folgende Annahme zur Entwicklung der Haushaltsreste mitgeteilt:

2016: 93,8 Mio.
2017: 77,5 Mio.
2018: 71,3 Mio.
2019: 62,4 Mio.
2020: 59,7 Mio.

Im Vorbericht zum Haushalt 2018 wird nun für das Jahr 2016 als Ergebnis die Zahl 85,6 Mio. genannt und folgende Annahme für den Planungszeitraum getroffen:

2017: 69,3 Mio.
2018: 60,7 Mio.
2019: 51,3 Mio.
2020: 48,2 Mio.
2021: 47,4 Mio.

Dies würde bedeuten, dass die Höhe der Reste nicht weiter angestiegen, sondern im erheblichen Umfang gesunken ist. Dazu wird die Verwaltung gefragt:

Wie kam es zur außerplanmäßigen Reduzierung der Haushaltsausgabereste?
Wurden mehr Maßnahmen umgesetzt oder wurden Reste ersatzlos gestrichen?
Welche Maßnahmen wurden außerplanmäßig umgesetzt?
Welche Maßnahmen wurden ersatzlos gestrichen?

Begründung:

nicht vorhanden

Antwort:

Die obigen Zahlen zu den Haushaltsresten sind Gesamtzahlen. Die Haushaltsreste entstehen in den einzelnen Teilhaushalten. Deshalb ist, wie auch schon in der Vergangenheit, zu den Haushaltsresten in den jeweiligen Ausschüssen berichtet worden. Dies vorausgeschickt, berichte ich zum Teilhaushalt FB 20 Finanzen wie folgt:

Zum Jahresabschluss 2016 (für das Haushaltsjahr 2017) sind für den Fachbereich 20 Haushaltsreste von 6.051.196 € gebildet worden. Bis Ende 2021 ist geplant, diese Haushaltsreste bis auf einen Stand von 4.153.196 € abzubauen. Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2018, der den Haushaltsresteabbau bis Ende 2021 mit insgesamt 21,6 Mio. € beziffert, beinhaltet diese Planung.
Im Teilhaushalt 20 wurden keine konkreten Maßnahmen außerplanmäßig umgesetzt bzw. ersatzlos gestrichen.

gez. Geiger

Geiger

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 039 der Fraktion Die Linke

Text:

Zum Haushalt 2017 wurde auf Anfrage der Linksfraktion die folgende Annahme zur Entwicklung der Haushaltsreste mitgeteilt:

2016: 93,8 Mio.

2017: 77,5 Mio.

2018: 71,3 Mio.

2019: 62,4 Mio.

2020: 59,7 Mio.

Im Vorbericht zum Haushalt 2018 wird nun für das Jahr 2016 als Ergebnis die Zahl 85,6 Mio. genannt und folgende Annahme für den Planungszeitraum getroffen:

2017: 69,3 Mio.

2018: 60,7 Mio.

2019: 51,3 Mio.

2020: 48,2 Mio.

2021: 47,4 Mio.

Dies würde bedeuten, dass die Höhe der Reste nicht weiter angestiegen, sondern im erheblichen Umfang gesunken ist. Dazu wird die Verwaltung gefragt:

Wie kam es zur außerplanmäßigen Reduzierung der Haushaltsausgabereste?

Wurden mehr Maßnahmen umgesetzt oder wurden Reste ersatzlos gestrichen?

Welche Maßnahmen wurden außerplanmäßig umgesetzt?

Welche Maßnahmen wurden ersatzlos gestrichen?

Begründung:

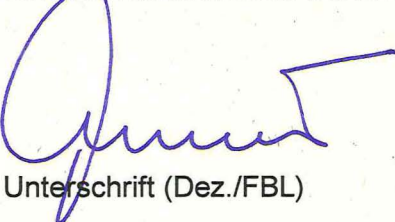
(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Im Laufe des Jahres 2016 hat die Liquiditätsplanung ein um rd. 30 Mio. € besseres Jahresergebnis angezeigt als geplant. Dies war zum einen auf Steuermehrerträge und Personalminderaufwendungen zurückzuführen. Des Weiteren sind dann noch Minderaufwendungen bei den Sachaufwendungen für die Verbesserung verantwortlich. Diese Minderaufwendungen führen potenziell zu Haushaltsresten und sind in der Prognose als Aufbau von Haushaltsresten um 8,2 Mio. € von 85,6 Mio. € Ende 2015 auf 93,8 Mio. € Ende 2016 berücksichtigt worden. Eine Aufteilung auf die Organisationseinheiten ist prozentual erfolgt.

Die Abweichung der zum Jahresabschluss 2016 gebildeten Haushaltsreste im IM –Bereich ergibt sich für FB 51 durch größere Instandhaltungsprojekte die nur befristet waren und mit der Übertragung der Haushaltsreste im Folgejahr abgeschlossen wurden. Da derzeit keine weiteren größeren Instandhaltungsprojekte im Teilhaushalt 51 angesiedelt sind, wird sich der Abbau durch niedrigere Anmeldung von Haushaltsresten zum Abschluss 2017 vermutlich fortsetzen.

Dies hat zur Folge das ab 2018 sich die Prognose der bei FB 51 gebildeten Haushaltsreste entgegen der zum Haushalt 2017 angenommenen Haushaltsreste weiter verringern wird. Konkrete Maßnahmen wurden nicht ersatzlos gestrichen bzw. außerplanmäßig umgesetzt.



Unterschrift (Dez./FBL)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 039 der Fraktion Die Linke**Text:**

Zum Haushalt 2017 wurde auf Anfrage der Linksfraktion die folgende Annahme zur Entwicklung der Haushaltsreste mitgeteilt:

2016: 93,8 Mio.
2017: 77,5 Mio.
2018: 71,3 Mio.
2019: 62,4 Mio.
2020: 59,7 Mio.

Im Vorbericht zum Haushalt 2018 wird nun für das Jahr 2016 als Ergebnis die Zahl 85,6 Mio. genannt und folgende Annahme für den Planungszeitraum getroffen:

2017: 69,3 Mio.
2018: 60,7 Mio.
2019: 51,3 Mio.
2020: 48,2 Mio.
2021: 47,4 Mio.

Dies würde bedeuten, dass die Höhe der Reste nicht weiter angestiegen, sondern im erheblichen Umfang gesunken ist. Dazu wird die Verwaltung gefragt:

Wie kam es zur außerplanmäßigen Reduzierung der Haushaltsausgabenreste?
Wurden mehr Maßnahmen umgesetzt oder wurden Reste ersatzlos gestrichen?
Welche Maßnahmen wurden außerplanmäßig umgesetzt?
Welche Maßnahmen wurden ersatzlos gestrichen?

Begründung:**Antwort:**

Beim Fachbereich Stadtgrün und Sport (FB 67) entstehen Haushaltsreste überwiegend bei Sanierungs- und Entwicklungsprojekten. Bedingt durch zeitaufwendige Ausschreibungs- und Vergabeverfahren sowie Gremienbeteiligungen können diese Maßnahmen oftmals erst im Sommer oder Herbst begonnen werden. Hinzu kommt, dass sich Maßnahmen, z.B. im Bereich der Spielplätze aufgrund von langen Lieferzeiten für Spielgeräte (bis zu 16 Wochen), erheblich verzögern können.

Trotzdem plant der FB 67, seine Haushaltsreste langfristig weiter abzubauen. Zum Jahresabschluss 2016 (für das Haushaltsjahr 2017) sind für den FB 67 Haushaltsreste in

Höhe von 2,8 Mio. Euro (Planung 3,1 Mio. Euro) gebildet worden. Bis Ende 2021 werden die Haushaltsreste wie folgt geplant:

2017: 2,6 Mio Euro (statt 2,9 Mio Euro)
2018: 1,8 Mio Euro (statt 2,7 Mio Euro)
2019: 1,5 Mio Euro (statt 2,6 Mio Euro)
2020: 1,2 Mio Euro (statt 2,5 Mio Euro)
2021: 0,9 Mio Euro (bisher ohne Planung).

Seit dem Haushaltsjahr 2017 arbeitet der FB 67 verstärkt mit Verpflichtungsermächtigungen, wodurch zeitaufwendige Ausschreibungs- und Vergabeverfahren bereits im Jahr vor der bautechnischen Umsetzung der geplanten Maßnahmen durchgeführt werden können.

Beim FB 67 wurden zum Jahresabschluss 2016 keine Haushaltsreste und keine Maßnahmen ersatzlos gestrichen.

gez.

Geiger

FB 20 über Dez. III über Ref. 0100

Stellungnahme des FB 66 zu der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 039 der Fraktion DIE LINKE

Text:

Zum Haushalt 2017 wurde auf Anfrage der Linksfraktion die folgende Annahme zur Entwicklung der Haushaltsreste mitgeteilt:

2016: 93,8 Mio.

2017: 77,5 Mio.

2018: 71,3 Mio.

2019: 62,4 Mio.

2020: 59,7 Mio.

Im Vorbericht zum Haushalt 2018 wird nun für das Jahr 2016 als Ergebnis die Zahl 85,6 Mio. genannt und folgende Annahme für den Planungszeitraum getroffen:

2017: 69,3 Mio.

2018: 60,7 Mio.

2019: 51,3 Mio.

2020: 48,2 Mio.

2021: 47,4 Mio.

Dies würde bedeuten, dass die Höhe der Reste nicht weiter angestiegen, sondern im erheblichen Umfang gesunken ist. Dazu wird die Verwaltung gefragt:

Wie kam es zur außerplanmäßigen Reduzierung der Haushaltsausgabereste?

Wurden mehr Maßnahmen umgesetzt oder wurden Reste ersatzlos gestrichen?

Welche Maßnahmen wurden außerplanmäßig umgesetzt?

Welche Maßnahmen wurden ersatzlos gestrichen?

Antwort:

Zum Jahresabschluss 2016 (für das Haushaltsjahr 2017) sind für den Fachbereich 66 Haushaltsreste in Höhe von 15,2 Mio. € gebildet worden.

Der abgestimmte Abbau der Reste ist wie folgt vorgesehen:

2017: 13 Mio. €

2018: 11 Mio. €

2019ff.: 9 Mio. €

Die Einhaltung des Haushaltsresteziels für 2017 (13 Mio. €) kann voraussichtlich nicht erreicht werden. Vorgesehen ist aber, dies in Folgejahren zu kompensieren.

gez.

Benscheidt

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 142 der BIBS-Fraktion**Text:**

In der Mitteilung Ds. 17-04323 teilte die Verwaltung am 19.05.2017 einige "erweiterte konzeptionelle Überlegungen zur Thematik 'Euthanasie' mit. Zur Vorbereitung des Projektes sollten Gespräche mit WissenschaftlerInnen "geführt werden mit dem Ziel, das Format der wissenschaftlichen Bearbeitung zu definieren und einen Projektzeitplan zu entwickeln." Weiter hieß es: "Auf der Grundlage eines in diesem Forum entwickelten Gesamtkonzeptes wird auch der zu erwartende Kostenrahmen für die Umsetzung des Projektes ermittelt werden. Es ist geplant, ein Konzept inkl. Definition von Maßnahmeschritten und Kostenrahmen zum Haushalt 2018 anzumelden." Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Fragen:

1. Hat das Forum "Runder Tisch Euthanasie" bereits getagt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
2. Wenn nein: Wann wird das Forum erstmals tagen?
3. Hat die Verwaltung ein Konzept inkl. Definition von Maßnahmeschritten und Kostenrahmen zum Haushalt 2018 angemeldet, und wenn ja: In welcher Höhe sollen städtische Gelder bereitgestellt werden?

Begründung:**Antwort:**

Die Entwicklung der erweiterten konzeptionellen Überlegungen zur Thematik „Euthanasie“ ist von der Verwaltung vorangetrieben worden. Ausgehend vom Grundsatzbeschluss im Rahmen der Haushaltsberatungen 2017, ein Konzept zur Errichtung einer dauerhaften Form der Erinnerung in Erinnerung an die so genannten „Euthanasie-Opfer“ im Dritten Reich zu erarbeiten und es den Gremien zu gegebener Zeit zur Beschlussfassung vorzulegen, hat die Verwaltung einerseits die Gespräche mit den bereits mit dem Thema befassten Initiativen fortgesetzt, andererseits erste Gespräche geführt mit dem Landesarchiv Wolfenbüttel und Herrn Manfred Grieger (Historiker; bis 2016 Chefhistoriker der Volkswagen AG, seit 2007 Lehrbeauftragter an der Georg-August-Universität Göttingen) und anderen Historikern mit dem Ziel der Konkretisierung eines Grobkonzeptes auf der Grundlage einer Einschätzung der Quellensituation, des bisherigen Bearbeitungsstandes und der daraus resultierenden Fragestellungen und Arbeitsschritte. Ziel ist es, eine integrative Betrachtungsweise zu erreichen, bei der die trotz aller Fortschritte in der Aufklärung der Rolle von Kliniken, Heil- und Pflegeeinrichtungen bei der Zwangssterilisierung und dem Krankenmord noch zu bearbeitenden Fragen der Forschung (Gesamterschließung der Patientenakten zur Frage der Behandlungs- und Tötungspraxis), der geschichtskulturellen Vermittlung und der Befassung mit der Gesundheitspolitik im Braunschweigischen insgesamt einfließen können.

Zum weiteren Fortgang insbesondere auch der beiden Projekte „Erinnerungs-Stele auf dem Hauptfriedhof“ und „Initiative Denkmal Grauer Bus in Braunschweig“ hatte die Verwaltung in der Mitteilung Nr. 17-04323 zu der Sitzung des AfKW vom 19.05.2017 zwischenzeitlich berichtet. Überdies wurde über den Fortgang durch mündliche Mitteilung in der Sitzung des AfKW am 11.08.2017 informiert; seinerzeit war noch mitgeteilt worden, dass von den Initiatoren des Stelen-Projektes auf dem Hauptfriedhof geplant sei, Stele und Erläuterungstafel noch vor Frostbeginn aufzustellen und das hierzu bilaterale Abstimmungen mit dem Fachbereich Stadtgrün stattfänden. Ferner war mitgeteilt worden, dass das Stelen-Projekt überdies zwei Schulprojekte zum Thema „Euthanasie“ initiiert hat.

Es gilt festzustellen, dass die laufenden Projekte „Erinnerungs-Stele auf dem Hauptfriedhof“ und „Initiative Denkmal Grauer Bus in Braunschweig“ zwei von unabhängigen Trägern initiierte Maßnahmen darstellen, die bei der Entwicklung eines Konzeptes der Verwaltung zur Errichtung einer dauerhaften Form der Erinnerung an die Euthanasie-Opfer zwingend einzubeziehen sind.

Beide Projekte werden aus unterschiedlichen Gründen, anders als ursprünglich vorgesehen, nicht mehr in 2017, sondern voraussichtlich im 1. Quartal des Jahres 2018 zur Realisierung gelangen. Der Abschluss beider Projekte soll abgewartet werden, da die Trägerinitiativen Bestandteil der potentiellen Ansprechpartner für die Entwicklung des Verwaltungskonzeptes sind. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf mangelnde personelle Ressourcen sind die Zeitplanungen für die Konzeptentwicklung der Verwaltung angepasst worden. Ein erstes Grobkonzept als Grundlage für die Gespräche mit den potentiellen Partnern eines Runden Tisches liegt bereits vor, das den Gremien voraussichtlich im 2. Quartal 2018 unter Einbeziehung der Gesprächsergebnisse vorgestellt wird.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Verwaltung die Grundsatzbeschlussfassung aktiv aufgenommen und ernsthaft an der Vorbereitung eines Runden Tisches sowie einer zukunftsweisenden Konzeptfindung gearbeitet hat. Dabei hat die Planung der Stele auf dem Hauptfriedhof die Fragestellung, inwieweit es eines erkennbaren Gedenkortes an authentischem Ort für die bekannten Euthanasieopfer bedarf, insofern beeinflusst, als dass die mögliche Zielsetzung der Entwicklung eines solchen (weiteren) Ortes nicht mehr Bestandteil der konzeptionellen Überlegungen der Verwaltung ist.

Dies vorausgeschickt werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Das Forum Runder Tisch hat noch nicht getagt.

Zu Frage 2:

Die Einrichtung des Runden Tisches ist nach Abschluss der laufenden Projekte „Erinnerungs-Stele auf dem Hauptfriedhof“ und „Initiative Denkmal Grauer Bus in Braunschweig“ für das 1. Quartal 2018 vorgesehen.

Zu Frage 3:

Die Verwaltung hat vor dem Hintergrund, dass die intern entwickelten Maßnahmenvorschläge nach Abschluss der beiden Projekte „Erinnerungs-Stele auf dem Hauptfriedhof“ und „Initiative Denkmal Grauer Bus in Braunschweig“, voraussichtlich ab dem 1. Quartal beginnend, mit dem Forum Runder Tisch abgestimmt werden können, anhand von vergleichbaren Projekten eine Mehrbedarfsanmeldung i. H. v. 30.000 € zum Haushalt 2018 getätigt.

gez.
Dr. Hesse

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 143 der Fraktion P²

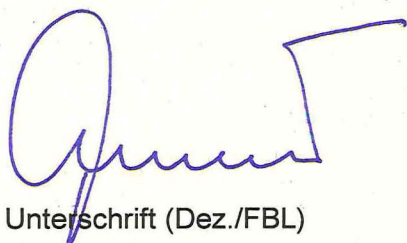
Text: Im HH-Plan-Entwurf Stellenplan sind im Bereich 51.31 Kindertagesstätten (S. 49) keine Sozialassistenten, sondern Kinderpfleger eingetragen. Sind diese Stellen tatsächlich ausschließlich mit Kinderpflegern und nicht mit Sozialassistenten besetzt?

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort: Bei dem Begriff „Kinderpfleger/in“ handelt es sich lediglich um die Bezeichnung der Stellen im Stellenplan. In der Praxis sind die Stellen sowohl mit Kinderpflegern als auch mit Sozialassistenten besetzt.

Die Ausbildung zum Sozialassistenten hat in der Vergangenheit die Ausbildung zum Kinderpfleger abgelöst. Beide Berufsgruppen werden gleichermaßen als Zweitkräfte in den Kindergartengruppen eingesetzt.



Unterschrift (Dez./FBL)

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 144 der BIBS-Fraktion

Text:

In einer städtischen Pressemitteilung vom 9.11.2017 wurde mitgeteilt: "Die Untere Wasserbehörde der Stadt Braunschweig schreibt ab Mitte November rund 500 weitere Betreiberinnen und Betreiber von alten Heizöltanks an. Die Tanks müssen durch einen anerkannten Sachverständigen geprüft werden. Betroffen sind oberirdische Heizölanlagen mit einer Größe von 1.000 bis 10.000 Litern, bei denen bisher noch keine sogenannte Inbetriebnahmeprüfung durchgeführt wurde. Mehr als 1.500 Betreiberinnen und Betreiber wurden bereits angeschrieben." Vor diesem Hintergrund möchten wir wissen:

1. Hat die Stadtverwaltung ihre Datenquelle, an Hand derer sie die Haushalte mit angeblich vorhandenen Heizöltanks angeschrieben hat bzw. anschreiben wird mit dem lokalen Grundversorger abgeglichen?
2. Werden auch telefonische Meldungen registriert?
3. Auf Basis welcher Datenquelle wird die Erhebung durchgeführt bzw. wie alt sind die erhobenen Daten?

Es wird angeregt, dass künftig den angeschriebenen potentiellen BetreiberInnen dargestellt wird, auf welcher Basis welcher Datenquelle die Erhebung durchgeführt wurde.

Begründung:

Eine Begründung liegt nicht vor.

Antwort:

Für die o. g. Anlagen wurde 1997 mit der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (VAwS) eine neue Prüfpflicht dahingehend festgelegt, dass oberirdische Heizöl- oder Dieseltankanlagen mit mehr als 1.000 Litern bei Inbetriebnahme und wesentlicher Änderung zu überprüfen sind (§ 17 Abs. 1 Nr. 3 VAwS).

Ob bereits bestehende Anlagen unter diese Prüfpflicht fielen war bis 2014 unklar. Die Verwaltung hat die Inbetriebnahmeprüfung bestehender Anlagen in Abstimmung mit dem Niedersächsischen Umweltministerium bis zu diesem Zeitpunkt nicht veranlasst.

Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig aus dem Jahr 2014 stellt die Rechtslage klar. Danach gilt die „Prüfpflicht bei Inbetriebnahme“ auch für seinerzeit schon bestehende Anlagen. Die Inbetriebnahmeprüfung ist daher einmalig nachzuholen.

Der Planungs- und Umweltausschuss wurde in seiner Sitzung am 4.11.2015 (Mitteilung 15-00928 vom 16.10.2015) über die erstmalige Prüfung von Anlagen zur Lagerung von Heizöl informiert und hat in seiner Sitzung am 8.02.2017 (Mitteilung 17-03755 vom 31.01.2017) einen Sachstandbericht erhalten.

Dies vorausgeschickt beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1.

Ein Datenabgleich mit dem lokalen Energieversorger ist nicht erfolgt. Insbesondere bestehen hier datenschutzrechtliche Bedenken.

Zu 2.

Alle telefonischen Meldungen werden erfasst.

Zu 3.

Die Verwaltung führt keine eigenen Erhebungen durch. Die verwendeten Daten stammen aus den bei der Wasserbehörde vor Errichtung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen einzureichenden Anzeigen und den Unterlagen der Bezirksschornsteinfegermeister für die Feuerstättenschauen. Anlassbezogen erfolgte ein erneuter Datenaustausch nach dem Verwaltungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2014.

Der Datenaustausch aus dem Kkehrbuch an öffentliche Stellen ist im § 19 Absatz 5 Satz 2, 2. Halbsatz Schornsteinfegerhandwerksgesetz i. V. m. § 11 Absatz 1 Niedersächsisches Datenschutzgesetz ausdrücklich zugelassen.

gez.

Warnecke
Fachbereichsleiter 61

FB 20 über Dez. III über Ref. 0100

Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 170 der Fraktion SPD

Text:

Neuerrichtung von Fahrradabstellanlagen an Haltestellen

Begründung:

Die SPD-Fraktion hat in den vergangenen Jahren mehrmals beantragt, zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jeweils 50.000 € für die Errichtung zusätzlicher Fahrradabstellanlagen schwerpunktmäßig an stärker frequentierten Haltestellen zu errichten. Nach Kenntnis unserer Fraktion wurden die Mittel jeweils nicht vollständig verausgabt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie hoch war der Anteil der von den jeweils zusätzlich zur Verfügung stehenden 50.000 € verausgabten Mittel?
2. Welche Fahrradabstellanlagen wurden mit den Mitteln realisiert?

Antwort:

In den Jahren 2013 und 2015 wurden jeweils 50.000 € für Fahrradabstellanlagen an ÖPNV-Haltestellen beschlossen.

Von 2013 bis 2017 wurden ca. 800 Ständer gekauft und eingebaut. Die Kosten dafür betragen rund 220.000 €. Die Finanzierung erfolgte aus den o. g. Mitteln sowie aus allgemeinen Radverkehrsmitteln.

Eine klare Abgrenzung zwischen Nutzern, die in den ÖPNV umsteigen und Nutzern mit anderen Zielen ist insbesondere in der Innenstadt schwierig. Neben vielen Haltestellen mit nur drei bis fünf Ständern, wurden an den folgenden Haltestellen mehr als 10 neue Ständer eingebaut:

- Hamburger Straße/Lampestraße
- Pfeleiderer Straße
- Paracelsusstraße
- Thünen-Institut
- Moorhüttenweg
- Jasperallee
- An der Katharinenkirche
- Schloss
- Bürgerpark
- Grenzweg
- Hintern Brüdern

gez.

Benscheidt

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 FWE 052 der Fraktion DIE LINKE.

Text:

Kulturförderabgabe einführen

Es soll eine Kulturförderabgabe nach dem Vorbild der Stadt Köln - örtliche Aufwandssteuer bei entgeltlicher Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb in Höhe von 5% des vom Gast aufgewendeten Betrages - erhoben werden.

Stellungnahme:

Nach gängiger Rechtsprechung darf eine solche Steuer nicht auf beruflich bedingte Übernachtungen erhoben werden. 2016 gab es schätzungsweise rd. 121.000 touristisch motivierte Übernachtungen. Bei einem Durchschnittspreis von ca. 85 € pro Nacht sind bei einer 5%igen Besteuerung ca. 514.300 € Erträge pro Jahr zu erwarten.

Der Antrag hat auch Auswirkungen auf den Stellenplan. Für die Erhebung der Steuer in Braunschweig wäre zur Einführung ein Personalbedarf von zwei Dienstkräften erforderlich. Die laufende Erhebung der Steuer könnte durch eine Dienstkraft der Besoldungsgruppe A 9 m. D., analog der Erhebung der Vergnügungssteuer, erfolgen. Für die Einführungsphase müsste zusätzlich für ein Jahr eine Dienstkraft der Besoldungsgruppe A 10 eingesetzt werden. Die durchschnittlichen Personalkosten einschließlich eines Büroarbeitsplatzes mit IT-Ausstattung für einen Dienstposten A 10 betragen rd. 84.000 € und für A 9 LG 1, 2. Einstiegssamt. rd. 80.000 €. Für die Erweiterung der Software zur Erhebung der Steuer wären rund 6.500,- € einzuplanen. Die Einführung einer Bettensteuer würde zu einem Aufwand von rund 170.500,- € führen. In den Folgejahren wäre mit jährlichen Kosten in Höhe von rund rd. 80.000,- € für den neu zu schaffenden Dienstposten der Besoldungsgruppe A9 LG 1, 2. Einstiegsamt zu rechnen.

Die Erhebung einer Kulturförderabgabe greift jedoch zu kurz, da nur die touristisch motivierten Übernachtungen als Abrechnungsbasis herangezogen werden. Nutznießer der Gäste einer Stadt sind unabhängig von einem beruflich oder touristisch motivierten Aufenthalt für einen oder mehrere Tage neben der Hotellerie auch Gastronomie (Gastgewerbe), der Dienstleistungsbereich (Einzelhandel, Freizeit- und Unterhaltung), Nah- und Fernverkehrsbetriebe sowie die Zulieferbetriebe aller direkten Profiteure. Um dieser Tatsache gerecht zu werden, müsste eine auf alle Profiteure umgelegte, gerechtere Abgabenart gefunden werden. Den rechtlichen Rahmen schaffen seit 2017 die §§ 9 und 10 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes mit der „Tourismusabgabe“.

Mit der „Tourismusabgabe“ kann ein Beitrag zur Deckung des Aufwandes für die Förderung des Tourismus sowie für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung, Erneuerung, Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung ihrer Einrichtungen, die dem Tourismus dienen, und deren Vermarktung erhoben werden.

Bei der Erhebung der „Tourismusabgabe“ sind alle natürlichen und juristischen Personen sowie nicht- oder teilrechtsfähige Personenvereinigungen, denen durch den Tourismus im Stadtgebiet unmittelbar oder mittelbar besondere wirtschaftliche Vorteile geboten worden, beitragspflichtig. Für die Erhebung der Abgabe ist eine Satzung zu erstellen.

Sollte der Rat der Erhebung entsprechender Abgaben grundsätzlich zustimmen, so wäre aus Sicht der Verwaltung statt der Einführung einer Kulturförderabgabe deshalb die Erhebung einer „Tourismusabgabe“ gemäß dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz zu prüfen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. Geiger', written in a cursive style.

Geiger

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 057 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Text:

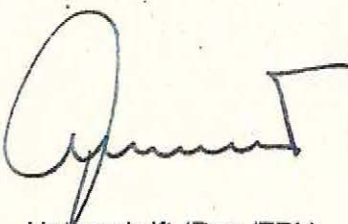
Einrichtung einer dritten Praxisklasse

Stellungnahme:

Die im Falle der Beschlussfassung erforderlichen Mittel werden zutreffend benannt:

2018 46.700 €

In den Folgejahren 70.000 €



Unterschrift (Dez./FBL)

Anmerkung:

Der finanzwirksame Antrag Nr. 057 wurde durch die SPD-Fraktion gestellt.

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 058 der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

Text:

Einrichtung einer dritten Praxisklasse

Stellungnahme:

Die im Falle der Beschlussfassung erforderlichen Mittel werden zutreffend benannt:

2018 46.700 €

In den Folgejahren 70.000 €

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. ...', written over a horizontal line.

Unterschrift (Dez./FBL)

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. FWE 063 der AfD-Fraktion

| <u>Überschrift</u> |
|--------------------|
| Streichung Zuschuß |

Teilhaushalt: 41, Seite: 103
 Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Zuschüsse, Zeile: _____

Produktnummer: 1.25.2511.09, Seite: 103

Produktbezeichnung: Arbeitskreis Andere Geschichte

Der Antrag gilt: einmalig dauerhaft für _____ Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) - 94.700 €

Es wird zugleich folgende Deckung vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____
 Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____, Seite: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

| <u>Begründung</u> |
|--|
| Der Verein erhebt einen wissenschaftlichen Anspruch, ist aber einseitig und tendenziös orientiert; auf seinen Webseiten sind keine Arbeitsgruppenaktivitäten feststellbar, die solche Ausgaben rechtfertigen würden. |

Stellungnahme:

Die Stadt Braunschweig ist Trägerin der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße als zentraler Ort des städtischen Gedenkstättenkonzepts. Die Gedenkstätte soll als Ort des Erinnerns und des Lernens der aktiven und lebendigen Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus in der Braunschweiger Geschichte dienen.

Mit Beschluss vom 17.11.1998 wurde die Unterbringung und Übernahme des „Offenen Archivs“ im Rahmen des Projektes „Braunschweig – eine Stadt in Deutschland erinnert sich“ in das sogenannte „Invalidenhaus“ beschlossen. Gleichzeitig wurde der Verein "Arbeitskreis Andere Geschichte e.V." mit der Betreuung des "Offenen Archivs" betraut.

In dem zwischen der Stadt Braunschweig und dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. im Nachgang geschlossenen Vertrag wurde vereinbart, dass im Rahmen einer Kontinuitätsförderung u. a. der Arbeitsaufwand des Geschäftsführers für die Betreuung der Gedenkstätte von 19,25 Stunden sowie die Personalkosten einer Halbtags-Arbeitskraft mit akademisch pädagogischer Qualifikation zum Ausbau der Arbeit mit jungen Menschen und Schulen gedeckt werden.

Eine Streichung des Zuschusses würde bedeuten, dass die Stadt die Betreuung der Gedenkstätte selbst durch den Einsatz eigenen Personals übernehmen müsste oder eine Betreuung nicht mehr stattfinden könnte, was einer Schließung und Einstellung eines wesentlichen Bestandteiles der gesamten kommunalen Erinnerungsarbeit gleichkäme.

Wie bei allen kulturellen Förderungen wird auch bei der Förderung des Vereins Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. die zweckentsprechende Verwendung des Zuschusses anhand von Verwendungsnachweisen regelmäßig überprüft.

Zum Antrag wird wie folgt Stellung genommen:

Sowohl die wissenschaftliche Befähigung der in der Zusammenarbeit mit der Stadt stehenden Mitarbeiter des AAG als auch das turnusgemäß mit dem Fachbereich Kultur abgestimmte Jahresprogramm des AAG mit den Inhalten seiner Arbeit, unterstreichen den wissenschaftlichen Umgang mit den sensiblen Fragestellungen bei der Behandlung der komplexen Themenkreise zur Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus. Der Einschätzung des Antragstellers, der AAG würde einen einseitigen und tendenziösen Umgang mit diesen Themenstellungen bei Projekten, Publikationen und der Vermittlungsarbeit pflegen, wird von der Verwaltung nicht geteilt.

In allen Vermittlungs- und Projektbereichen arbeiten die Mitarbeiter des AAG in Kooperationen mit universitären und/oder namhaften Forschungs- und Vermittlungsinstitutionen. In den Vortragsreihen, die ihren Schwerpunkt in der regionalen Geschichte des Nationalsozialismus haben, kommen in der Gedenkstätte Schillstraße Wissenschaftler und pädagogische Fachleute, auch ausgewiesene Laienforscher und Zeitzeugen zu Wort. Die dreißigjährige Berufserfahrung des Leiters der Gedenkstätte stellt sicher, dass die Veranstaltungen auf einem fachlich hochwertigen Niveau stattfinden. Eine thematisch an den aktuellen Forschungserkenntnissen orientierte und objektive Vermittlungsarbeit ist auch dadurch stets gewahrt.

Für wissenschaftliche Publikationen steht exemplarisch der im Jahr 2015 herausgegebene Sammelband "Täter. Opfer, Nutznießer. Beiträge zur Geschichte Braunschweigs im Nationalsozialismus".

Pädagogische Angebote an Schulklassen

Im laufenden Jahr 2017 besuchten bis Mitte November bereits mehr angemeldete Besuchergruppen die Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße als in den Vorjahren; bis zum Ende des Jahres haben sich ferner noch weitere Gruppen angemeldet. Neben allgemeinen Überblicksführungen im Umfang von 1 ½-2 Stunden besuchten viele Schulklassen die Einrichtung auch zur Wahrnehmung von mehrstündigen Projekttagen zu spezifischen Themen, beispielsweise zu „Zwangsarbeit in Braunschweig“. Betreut wurden Gruppen und einzelne SchülerInnen auch bei Projektrecherchen, z.B. im Rahmen von Stolpersteinverlegungen oder Facharbeiten.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die Verwaltung gegen eine Beschlussfassung des Antrags Nr. FWE 63 aus.

gez.

Dr. Hesse

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. FWE 070 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Überschrift****Freies Internet / WLAN in der Stadtbibliothek****Beschlussvorschlag**

Die Nutzung von Internet und WLAN in der Stadtbibliothek wird freigestellt. Die Freistellung kann auf Nutzer/innen mit gültigem Benutzerausweis beschränkt werden.

Begründung

Städtische Büchereien sind Orte der Bildung, der Wissensvermittlung und zunehmend auch der öffentlichen Kommunikation. In Braunschweig ist die Nutzung von Internet und WLAN in der Stadtbibliothek anders als in anderen Städten oder z. B. in der Universitätsbibliothek immer noch gebührenpflichtig. Das sollte u. E. geändert werden. Der kostenfreie Zugang kann auf Nutzer/innen mit gültigem Benutzerausweis oder auch auf eine bestimmte Zeitdauer beschränkt werden. Damit könnte der Zugang zu den begrenzt vorhandenen Internet-Terminals besser kontrolliert und gleichzeitig Werbung für die Ausstellung eines Benutzerausweises gemacht werden.

Stellungnahme:

Die Stadtbibliothek stellt ihren Nutzern gegen Entgelt Internet und WLAN zur Verfügung. Zum Schutz der Sicherheit des städtischen Verwaltungsnetzes wird dies über einen separaten DSL-Anschluss realisiert.

Die itebs bzw. die hotspots GmbH stellt kostenpflichtig die Betreuung und Wartung sicher. Diese entstehenden Kosten von zurzeit jährlich ca. 5.500 € werden durch geringe Entgelte refinanziert:

Internet: 1 € pro 30 Minuten;

WLAN: 50 Cent mit Benutzerausweis, 1 € ohne Benutzerausweis pro 60 Minuten.

Die geringere Entgelthöhe und die höhere Nutzungszeit beim WLAN erklärt sich aus der wegfallenden Nutzung der Bibliotheksgeräte und damit der Wartungskosten.

Für die Nutzung hat die Stadt Braunschweig Bedingungen formuliert (Vorlegen eines Personalausweises bzw. eines Benutzerausweises; bei minderjährigen Nutzern die Einverständniserklärung eines Erziehungsberechtigten).

Eine Freistellung dieses Angebotes führt zu folgenden Problemen:

Die Kosten für Internet und WLAN in Höhe von ca. 5.500 € müssen in den Haushalt zusätzlich eingestellt werden. Es ist davon auszugehen, dass bei vollständiger Freistellung die Nachfrage steigt und die Anzahl der Geräte sowie der DSL-Anschlüsse erhöht werden müsste und damit dann auch die Kosten steigen würden.

BS Energy wird im Laufe des Jahres 2018 in der Fußgängerzone unter dem WLAN-Namen BS-HotSpot einen kostenlosen Internetzugang zur Verfügung stellen. Die Stadt unterstützt dieses Angebot ideell. Eine Ausdehnung von BS-HotSpot in die Stadtbibliothek wäre technisch denkbar, aber mit noch zu ermittelnden einmaligen Baukosten sowie laufenden zusätzlichen Leitungskosten verbunden.

Die Stadtbibliothek bietet nunmehr seit mehr als 15 Jahren Internetplätze für Nutzer an. Die Entgelte sind von den Nutzern bisher nicht in Frage gestellt worden. Überdies hat die Verwaltung ein maximal geringes Entgelt angesetzt, das allein der Kostendeckung dient. Des Weiteren gilt es zu Bedenken, dass eine völlige Freistellung dazu führen könnte, dass die Internetplätze lange von einzelnen Nutzern zum Surfen und weniger zur Beschaffung von notwendiger Information oder zum Senden von Emails genutzt würden und damit für andere Nutzer blockiert wären. Ein dadurch erforderlicher Angebotsausbau würde zusätzlichen Ressourcenbedarf auslösen.

Die Verwaltung plädiert daher für eine Beibehaltung der geringen Entgelte.

gez.

Dr. Hesse

**Stellungnahme zum Antrag FWE 074 Bündnis 90/Die Grünen Handlungskonzept
Kinderarmut: Einrichtung eines Schulmittelfonds**

Der Antrag stützt sich in der Begründung und in der Höhe seiner Finanzmittel auf die von der Verwaltung erstellte Mitteilung zur Umsetzung des Handlungskonzepts Kinderarmut und zur Anfrage 17-05389.

Die Verwaltung hatte darin dargestellt, dass die im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) enthaltenen Schulmittel nicht auskömmlich sind.

Die beantragte Höhe zusätzlicher Mittel ergibt sich aus der überschlägigen Berechnung nach den Ergebnissen der Studie „Schulbedarfe– Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit für Kinder und Jugendliche“ des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Diakonie in Niedersachsen und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover (Abschlussbericht 2016) und ist insofern nachvollziehbar. Sie ist ein statistischer Durchschnittswert.

Da sich die Höhe des Fehlbedarfs nach Jahrgangsstufen und Schulformen stark unterscheidet und bei der Inanspruchnahme einer Förderung der individuelle Bedarf („bedarfsgerechte Verteilung der Mittel“) festzustellen ist, muss entsprechend ein Konzept erstellt werden, das dieses gewährleistet.

Personalressourcen für diese zusätzliche Aufgabe sind im Dezernat V nicht vorhanden.

gez.

Dybowski

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 106 der Fraktion AFD

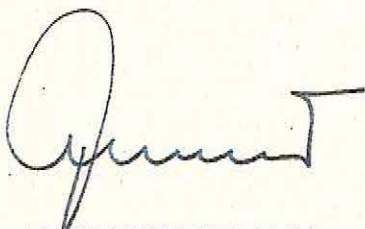
Text:

Streichung Zuschuss

Stellungnahme:

Die Förderung der Jugendverbände ist nach § 12 SGB VIII gesetzliche Aufgabe der Kommunen.

Jugendliche zur Selbstbestimmung zu befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung anzuregen, ist gesetzlicher Auftrag der Jugendarbeit von Jugendverbänden und öffentlicher Jugendhilfe. Eine Ausweitung der Produktnummer 1.36.3620.02.01 hat zum HH 2018 nicht stattgefunden.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. J. J.', written in a cursive style.

Unterschrift (Dez./FBL)

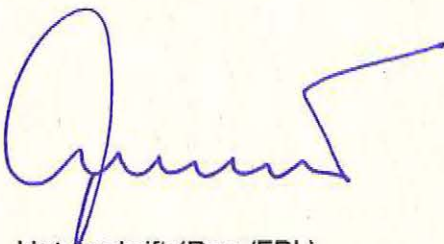
Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 107 der Fraktion AFD

Text:

Streichung Zuschuss

Stellungnahme:

Jugendarbeit ist nach § 11 SGB VIII gesetzlicher Auftrag mit hoher gesellschaftlicher Relevanz. Die von Jugendverbänden angebotene Jugendarbeit umfasst u. a. Jugendbildungsarbeit, Kinder- und Jugenderholung sowie internationale Jugendarbeit. Im Jahr 2016 wurden ca. 44.200 TeilnehmerInnentage gefördert, die nach Streichung des Zuschusses wegfallen würden. Eine Ausweitung der Produktnummer 1.36.3620.02.01 hat zum HH 2018 nicht stattgefunden.



Unterschrift (Dez./FBL)

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 108 der SPD-Fraktion

Text:

Zuschussgewährung für die Maßnahme „Lebenschancen durch Sport“

Stellungnahme:

Haushaltsmittel für das o.g. Projekt sind für 2018 nicht vorgesehen.

Die Förderung wird zum 31. Dezember 2017 eingestellt, da auch im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie Einsparungen vorgenommen werden mussten.

gez. Bauer

Unterschrift (Dez./FBL)

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 109 der BIBS-Fraktion

Text:

Erhöhung Zuschuss Mütterzentrum e.V.

Stellungnahme:

Der Antrag der BIBS-Fraktion bezieht sich insbesondere auf einen „Mehrbedarf“ der seit Jahren professionell geleiteten Babygruppen.

Der Zuwendungsantrag des Mütterzentrums Braunschweig e.V. weist für 2018 eine Erhöhung in Höhe von 5.000 EUR für die „Babygruppen“ sowie 2.697,00 EUR „Dynamisierung“ aus. Der Gesamtantrag beläuft sich auf 89.000,00 EUR.

Im Jahr 2017 wird das Mütterzentrum Braunschweig e.V. mit 83.742,09 EUR durch den FB 51 gefördert (beantragt waren 87.000,00 EUR von Seiten des Trägers, das übersteigt jedoch die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel).

Das Mütterzentrum finanziert sich aus diversen Zuschüssen.
Der FB 51 fördert das Mütterzentrum seit Jahren institutionell.
Für das Jahr 2016 (lt. Jahresbericht Mütterzentrum/Mehrgenerationenhaus) wie folgt:

| | |
|--|---------------------|
| FB 51 | 81.303,00 EUR |
| FB 50 | 85.000,00 EUR |
| Bundesförderung Mehrgenerationenhäuser | 30.000,00 EUR |
| Kofinanzierung Land Niedersachsen | 5.000,00 EUR |
| <u>Kofinanzierung Stadt Braunschweig</u> | <u>5.000,00 EUR</u> |
| Summe öffentliche Förderung 2016: | 206.303,00 EUR |

Eine Förderung professionell geleiteter Babygruppen ist seitens des FB 51 bisher nicht vorgesehen. Auch andere Träger (DRK, Netzwerk Nächstenliebe und evtl. weitere) bieten diese Leistung an und tragen dies selbst im Rahmen ihrer Mittel für Familienzentren oder generieren anderweitig z. B. Stiftungsmittel.

gez. Bauer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 110 der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Text:

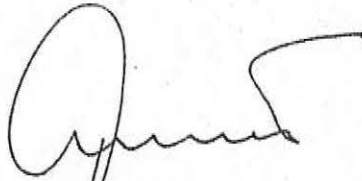
Anpassung der Stundensätze in der Kindertagespflege

Stellungnahme:

1. Die laufenden Geldleistungen in der Kindertagespflege werden mit Beginn des Kindergartenjahres 2018/2019 um 0,50 EUR pro Kind und Stunde erhöht

Das führt zu einer Kostensteigerung in Höhe von rd. 1 Million EUR pro Jahr, für 2018 anteilig 0,42 Millionen EUR.

Bei Erhöhung der laufenden Geldleistung sind auch erhöhte Versicherungsbeiträge zu berücksichtigen.



Bauer

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 111 der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

Text:

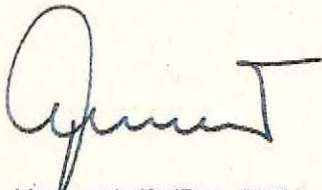
Personelle Ausstattung des Aktivspielplatzes Merverode

Stellungnahme:

Im Falle der Beschlussfassung erforderliche Mittel:

2018 13.500 €

In den Folgejahren 27.000 €

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Günter', written in a cursive style.

Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 51
51.4

23. November 2017

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 112 der Fraktion
BIBS-Fraktion**

Text:

Zuschuss Abenteuerspielplatz Melderode

Stellungnahme:

Im Falle der Beschlussfassung erforderliche Mittel:

2018 13.500 €

In den Folgejahren 27.000 €



Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 51
51.4

23. November 2017

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 113 der Fraktion
Die Linke**

Text:

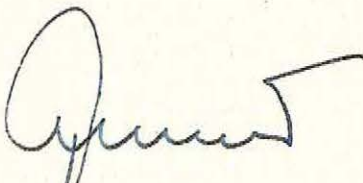
Zuschuss Abenteuerspielplatz Molverode

Stellungnahme:

Im Falle der Beschlussfassung erforderliche Mittel:

2018 13.500 €

In den Folgejahren 27.000 €



Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 114 der Fraktion
BIBS-Fraktion**

Text:

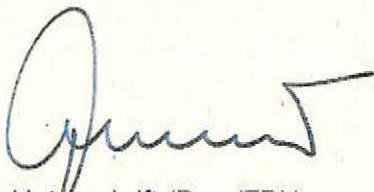
Zuschuss Kinder- und Jugendzentrum Schiene

Stellungnahme:

Im Falle der Beschlussfassung erforderliche Mittel:

2018 39.500 € inklusive Sachmittel

In den Folgejahren 79.000 € inklusive Sachmittel



Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 115 der Fraktion
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

Text:

Die Dynamisierung der Zuschüsse im Jugendbereich wird ab dem Jahre 2018 auf die Familienzentren sowie die Einrichtungen, die Mittel aus den Beschlüssen zur Verbesserung der Betreuungsqualität in Kindertagesstätten erhalte, ausgeweitet. Die Verwaltung stellt die dazu erforderlichen Mittel in den Haushalt 2018 ein und schreibt sie für die Folgejahre fort.

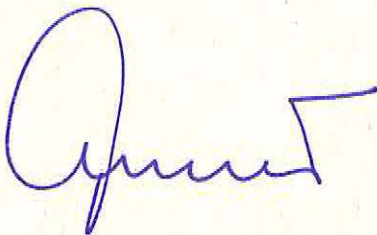
Stellungnahme:

Bei Ausweitung der Dynamisierung der Zuschüsse im Jugendbereich auf Familienzentren und die Förderung für VBQ wäre eine Aufwandssteigerung in Höhe von 2,35 % für 2018 einzuplanen.

Für VBQ müssten dann weitere 27.900,00 €, für Familienzentren weitere 14.730,00 € im Aufwand berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Verwendung der Mehreinnahmen aus der Wiedereinführung der Kita-Entgelte sind von der Verwaltung bereits weitergehende Dynamisierungen für diese Bereiche vorgesehen. Siehe:

17-05824 Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten



Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 120 der SPD Fraktion

Text:

Jährliche Anpassung (Dynamisierung) der institutionellen Zuschüsse im Sozial-Jugend- und Kulturbereich ab Haushaltsjahr 2018

Stellungnahme:

Die (mögliche Dynamisierung) der institutionellen Förderung im Jugendbereich sowie der langjährigen Projektförderungen ist seit Jahren immer wieder Thema.

In der Haushaltslesung 2017 wurde zur Nr. 131 folgender Beschluss gefasst:

Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich) wird für 2017 wiedereingesetzt.

Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2017 pauschal um 3% erhöht.

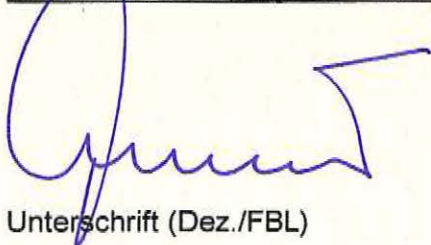
Für mögliche Folgejahre wird im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren erarbeitet, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelner Fallgruppen ausgeht.

Diesem Auftrag ist die Verwaltung gefolgt und hat mit der Mitteilung 17-056515 ein Verfahren zur Dynamisierung vorgestellt.

Der Antrag der SPD Fraktion folgt dieser Mitteilung beinahe wortwörtlich, der (einschränkende) Hinweis (...) „soweit es die aktuelle Haushaltslage zulässt“ werden die Zuschüsse ab dem Haushaltsjahr 2018 dynamisiert“ wurde nicht mit aufgenommen.

Ergänzt wurde die o.g. Mitteilung in Form des Antrages um die Miteinbeziehung der Nachbarschaftshilfen.

Gemäß der Mitteilung der Verwaltung lt. Vorlage 17-056515 sind für die Umsetzung 151.800 EUR erforderlich, zzgl. ca. 13.000 EUR für die Nachbarschaftshilfe.



Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 121 der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Text:

Jährliche Anpassung (Dynamisierung) der institutionellen Zuschüsse im Sozial-Jugend- und Kulturbereich ab Haushaltsjahr 2018

Stellungnahme:

Die (mögliche Dynamisierung) der institutionellen Förderung im Jugendbereich sowie der langjährigen Projektförderungen ist seit Jahren immer wieder Thema.

In der Haushaltslesung 2017 wurde zur Nr. 131 folgender Beschluss gefasst:

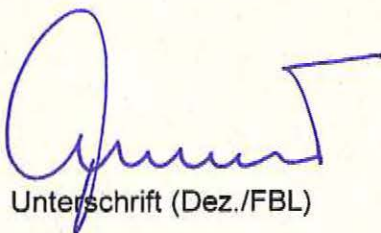
Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich) wird für 2017 wiedereingesetzt.

Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2017 pauschal um 3% erhöht.

Für mögliche Folgejahre wird im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren erarbeitet, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelner Fallgruppen ausgeht.

Diesem Auftrag ist die Verwaltung gefolgt und hat mit der Mitteilung 17-056515 ein Verfahren zur Dynamisierung vorgestellt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgt dieser Mitteilung.



Unterschrift (Dez./FBL)

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 122 der BIBS Fraktion

Text:

Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich/ Wiedereinsetzung der Dynamisierung.

Stellungnahme:

Die (mögliche Dynamisierung) der institutionellen Förderung im Jugendbereich sowie der langjährigen Projektförderungen ist seit Jahren immer wieder Thema.

In der Haushaltslesung 2017 wurde zur Nr. 131 folgender Beschluss gefasst:

Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich) wird für 2017 wiedereingesetzt.

Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2017 pauschal um 3% erhöht.

Für mögliche Folgejahre wird im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren erarbeitet, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelner Fallgruppen ausgeht.

Diesem Auftrag ist die Verwaltung gefolgt und hat mit der Mitteilung 17-056515 ein Verfahren zur Dynamisierung vorgestellt.

Die BIBS Fraktion greift dies auf, allerdings heißt es hier abweichend von der o.g. Mitteilung, (...) „zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2018 und den Folgejahren pauschal um 2,35% erhöht“.

Das bedeutet die Erhöhung würde nicht an die Tarifsteigerungen des TVöD gekoppelt.

Die projektbezogene Förderung wird von dem Antrag eingeschlossen.

gez. Bauer

Unterschrift (Dez./FBL)

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 123 der Fraktion DIE LINKE.

Text:

Jährliche Anpassung (Dynamisierung) der institutionellen Zuschüsse im Sozial-Jugend- und Kulturbereich ab Haushaltsjahr 2018

Stellungnahme:

Die (mögliche Dynamisierung) der institutionellen Förderung im Jugendbereich sowie der langjährigen Projektförderungen ist seit Jahren immer wieder Thema.

In der Haushaltslesung 2017 wurde zur Nr. 131 folgender Beschluss gefasst:

Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich) wird für 2017 wiedereingesetzt.

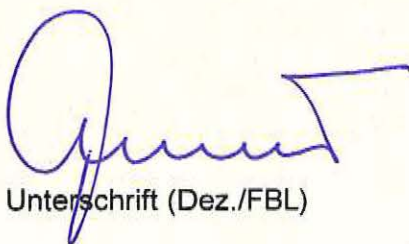
Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2017 pauschal um 3% erhöht.

Für mögliche Folgejahre wird im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren erarbeitet, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelner Fallgruppen ausgeht.

Diesem Auftrag ist die Verwaltung gefolgt und hat mit der Mitteilung 17-056515 ein Verfahren zur Dynamisierung vorgestellt.

Eine Dynamisierung ist stets mit einer Erhöhung der Kosten verbunden, welche in entsprechender Höhe in den Haushaltsplan mit eingestellt werden müssen. Der Haushaltsplanentwurf 2018 sieht keine Erhöhung der Zuschüsse vor. Der Antrag enthält die Umsetzung der Mitteilung 17-05615 auch unter Berücksichtigung der Nachbarschaftshilfe.

Dauerhafte Erhöhung +164.800 EUR



Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 51
(ggfs. Abt./Stelle)

28.11.2017

**Stellungnahme zum finanz(un)wirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 127 der SPD
Fraktion**

Text:

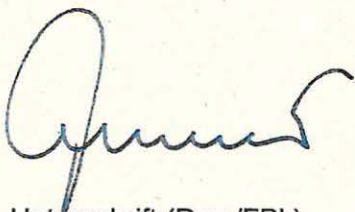
Planungskosten für die Entwurfsplanung zur Erweiterung und Sanierung des Kinder-
und Jugendzentrums B 58.

Zum Haushalt 2018: 30.000 €

Stellungnahme/Mitteilung der Verwaltung:

Die beantragten Haushaltsmittel könnten nach Einschätzung von FB 65 für eine erste
Konzeptstudie ausreichend sein

Die Haushaltsmittel für die Sanierung des Kinder-und Jugendzentrums B 58 sind im
Haushaltsplan jedoch erst für 2021 vorgesehen.



Unterschrift (Dez./FBL)

Stellungnahme zu den finanzwirksamen Anträgen zum Haushalt 2018 Nr. 128 der BIBS-Fraktion und Nr. 131 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Text:

Nr. 128:

Machbarkeitsstudie Multifunktionsbau Grundschule Kralenriede

Beantragt wird eine Machbarkeitsstudie für einen Multifunktionsbau an der Grundschule in Kralenriede. Für die Machbarkeitsstudie werden 30.000,- Euro in den Haushalt eingestellt. Die Nutzfläche des Multifunktionsbaus sollte etwa 250m² betragen. Die Räumlichkeiten sollen nutzbar sein für Grundschulsport und Gymnastik, als Schulaula, als Aufenthaltsort (Pausenraum) an Regentagen und als Versammlungsraum für die Bürgerinnen und Bürger Kralenriedes. Als Kostenobergrenze für die Planungen wird 1 Mio. Euro festgelegt. Im Hinblick auf die genannte Kostenobergrenze wird bewusst auf die Planung einer normgerechten Schulsporthalle (Nutzfläche ca. 400-500m²) verzichtet. Dies ist möglich, da die Nutzung des Multifunktionsbaus nur für Grundschulsport ausgelegt werden soll.

Nr. 131:

Multifunktionshalle Kralenriede

Die Verwaltung beginnt unverzüglich mit den Planungen für den Bau einer Mehrzweckhalle an der Grundschule Kralenriede.

Die Kosten für diese Planungen und die sich anschließenden Baumaßnahmen werden in den Haushaltsplan 2018 aufgenommen.

Stellungnahme:

In der Außenstelle Schuntersiedlung der Grundschule Schunteraue stehen eine Sporthalle und eine Aula zur Verfügung, die grundsätzlich von den am Hauptstandort der Schule in Kralenriede untergebrachten Klassen mitgenutzt werden können. Ansonsten wird der Sportunterricht für die Schülerinnen und Schüler insbesondere aus dem Hauptstandort der Schule in den Sporthallen der Grundschule Am Schwarzen Berge und Waggum erteilt.

Neben der Grundschule Edith Stein, die an ihrem Standort ebenfalls weder über eine Sporthalle noch eine Aula verfügt, gibt es auch am Hauptstandort der Grundschule Schunteraue in Kralenriede einen Bedarf an der Errichtung eines multifunktional nutzbaren Raums. Ob zur Abdeckung dieses Bedarfs ein kleiner Multifunktionsraum oder eine Mehrzweckhalle realisiert werden sollte, hängt vom Vorliegen der Ergebnisse zum Szenario zur Grundschulversorgung in der Nordstadt in der Schulentwicklungsplanung ab, in dem u. a. auch die künftige Entwicklung der Grundschule Schunteraue untersucht wird. Ferner muss bei allen Überlegungen zu einer größeren Baumaßnahme auf dem Schulgelände auch eine zukünftige Realisierung des Ganztagsbetriebs einbezogen werden.

gez.
Bender

Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. FWE 150 der Fraktion P²

Text:

Senkung der Personalkosten bei 1.12.1221.32 „Register- und Sonderaufgaben“.

Der Umfang des Tätigkeitsfeldes, der hauptsächlich daraus besteht, Auszüge aus dem Kfz-Register an die Polizei weiterzuleiten, sowie Hilfsleistungen für den Verfassungsschutz zu geben, erklärt den Personalbedarf nicht. (S.112 Produktbuch). Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten.

Stellungnahme:

Die Darstellung in der Antragsbegründung, Register- und Sonderaufgaben bestünden hauptsächlich daraus, Auszüge aus dem Kfz-Register an die Polizei weiterzuleiten sowie Hilfsleistungen für den Verfassungsschutz zu geben, ist unzutreffend. Die genannten Kfz-Registerauszüge stellen vielmehr den geringsten Anteil dar. Wesentlich mehr Registerauszüge werden für externe Bußgeld- und Kfz-Zulassungsbehörden, die Zollverwaltung sowie für die Rechtspflege und berechnigte Privatpersonen angefertigt. Die hiesige Straßenverkehrsabteilung fordert zudem selbst Registerauszüge von anderen Führerschein- und Kfz-Zulassungsbehörden an.

Register- und Sonderaufgaben sind gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgaben und fester Bestandteil einer Reihe von Leistungen, die von der Kfz-Zulassungsstelle und der Führerscheinstelle erbracht werden müssen. Insbesondere die Karteikartenabschriften der Führerscheinstelle sind als besondere Form der Registerauskunft integraler Bestandteil der Sachbearbeitung.

In die Plan-Personalaufwendungen 2018 des Produktes „Register- und Sonderaufgaben“ sind Arbeitszeitanteile von durchschnittlich 19 % von 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Führerscheinstelle und 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kfz-Zulassungsstelle eingeflossen (Planungsstand April 2017). Aus Transparenzgründen, d. h. um den hohen Gesamt-Arbeitszeitanteil für die Register- und Sonderaufgaben darzustellen, werden diese Arbeitszeitanteile zu dem o. g. Produkt zusammengefasst.

Die von der Fraktion P² beantragte pauschale Reduzierung der Personalaufwendungen um 150.000 € würde ca. 3 Vollzeitstellen (A 07 bzw. E6) entsprechen, aus den vorgenannten Gründen die gesamte Straßenverkehrsabteilung betreffen und die Aufgabenerfüllung erheblich gefährden.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag FWE 150 abzulehnen.

gez.

Paschen

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 154 der BIBS
Fraktion**

Text:

+44.223 EUR einmalig für die Erziehungsberatungsstelle

Stellungnahme:

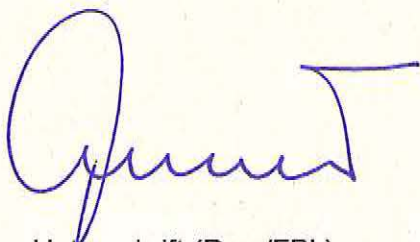
Im Haushaltsjahr 2017 wird der BEJ mit 1.712.700 EUR gefördert.

Für das Haushaltsjahr 2018 hat der BEJ einen Zuwendungsantrag in Höhe von 1.756.922,88 EUR gestellt.

Eine Erhöhung der Zuwendung ist im Haushaltsentwurf 2018 nicht vorgesehen.

Käme das von der Verwaltung in der Mitteilung 17-056515 vorgeschlagene Verfahren zur Dynamisierung zur Umsetzung würde das eine Erhöhung des Zuwendungsbetrages für den BEJ in Höhe von 40.300 EUR für das Haushaltsjahr 2018 bedeuten.

Das sind rd. 4.000 € weniger als von der BiBS-Fraktion beantragt. Aus dem Antrag geht nicht hervor, dass sich die Förderung auf etwas bezieht, das über das normale Maß (bzw. der bekannten Leistungen des Trägers) hinaus erbracht wird. Aus Gleichbehandlungsgrundsätzen ist eine Erhöhung über die Dynamisierung hinaus nicht zu empfehlen.



Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 155 der Fraktion
Die Fraktion P³**

Text:

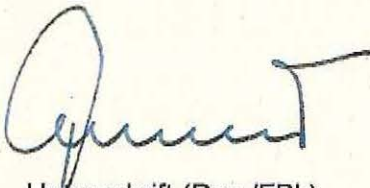
Eine Stelle digitale Medienbildung - Medienpädagogische Fachstelle (Medienkoordination),
AWO Kinder- und Jugendzentrum Schiene

Stellungnahme:

Im Falle der Beschlussfassung erforderliche Mittel:

2018 39.500 € inklusive Sachmittel

In den Folgejahren 79.000 € inklusive Sachmittel



Unterschrift (Dez./FBL)

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 157 der Fraktion
SPD**

Text:

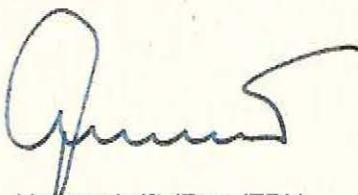
Einrichtung einer Medienkoordinationsstelle in Braunschweig

Stellungnahme:

Im Falle der Beschlussfassung erforderliche Mittel:

2018 39.500 € inklusive Sachmittel

In den Folgejahren 79.000 € inklusive Sachmittel



Unterschrift (Dez./FBL)

Dezernat/FB 51
51.4

23. November 2017

**Stellungnahme zum finanzwirksamen Antrag zum Haushalt 2018 Nr. 166 der Fraktion
P³**

Text:

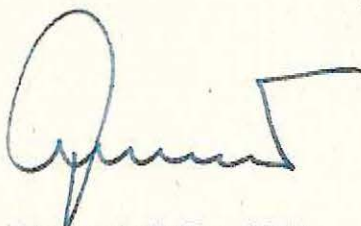
Zuschuss Abenteuerspielplatz Melderode

Stellungnahme:

Im Falle der Beschlussfassung erforderliche Mittel:

2018 13.500 €

In den Folgejahren 27.000 €



Unterschrift (Dez./FBL)

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte
zum Haushalt 2018

Antrag der BIBS-Fraktion - Nr. 040

Teilhaushalt: Politische Gremien

Verzicht auf Verwendungsnachweise für Bezirksräte

Bezirksräte müssen künftig keinen Verwendungsnachweis für ihren ehrenamtlichen Einsatz im jeweiligen Stadtbezirk mehr erbringen für die ihnen gezahlten Zuwendungen, wenn diese weniger als 200 € im Jahr betragen.

Begründung:

Bezirksräte erhalten für ihren ehrenamtlichen Einsatz im jeweiligen Stadtbezirk Zuwendungen. Bei so marginalen Beträgen erscheint der Verwaltungsaufwand, der in diesem Zusammenhang betrieben wird, unverhältnismäßig.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|-------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Stellungnahme der Verwaltung:

Auf die Verwendungsnachweise der Bezirksratsfraktionen kann aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht verzichtet werden.

Gemäß § 57 Abs. 3 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) kann die Kommune Fraktionen und Gruppen Zuwendungen zu den Sachkosten für die Geschäftsführung gewähren. Auf dieser Grundlage erhalten neben den Ratsfraktionen auch die Stadtbezirksratsfraktionen und –gruppen Zuwendungen zur Deckung des Geschäftsaufwandes für ihre Fraktionsarbeit. Die Verwendung der Zuwendung ist gemäß § 57 Abs. 3 S. 2 NKomVG in einfacher Form nachzuweisen. Für den Nachweis in einfacher Form wurde den Fraktionen ein Vordruck zur Verfügung gestellt.

Gemäß Erlass des Niedersächsischen Innenministeriums von 1992, der für die Fraktionszuwendungen weiterhin Anwendung findet, ist innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres ein Sachbericht und ein zahlenmäßiger Nachweis der Einnahmen und Ausgaben verbunden mit der Versicherung des Fraktionsvorsitzenden über die bestimmungsgemäße Verwendung vorzulegen. Ob die Mittel zweckentsprechend verwendet wurden, kann auch bei geringen Beträgen nur geprüft werden, wenn alle Einnahmen und Ausgaben ausgewiesen werden.

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Nr. 041

Teilhaushalt: FB 20

Neues strategisches Ziel FB 20

Für den FB 20 - Finanzen wird als neues strategisches Ziel hinzugefügt:
Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für eine möglichst umfangreiche Umsetzung der Aufgaben der Daseinsvorsorge

Begründung:

erfolgt mündlich

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|-------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 042

Teilhaushalt: FB 20
Projekt 3E.210012

Sanierung Gesundheitsamt

Die Verwaltung wird gebeten, einen Stufenplan zur Sanierung des Gesundheitsamtes aufzustellen. Eine Priorisierung der Maßnahmen mit Begründung soll dem Plan beigefügt werden.

Begründung:

Das Gebäude des Gesundheitsamtes entspricht in vielerlei Hinsicht nicht mehr den Ansprüchen der heutigen Zeit und stellt sich im derzeitigen Zustand als nicht mehr passend zu den heutigen Ansprüchen an eine medizinische Versorgung in einer Großstadt dar.

Im Haushaltsplan 2018 stehen erfreulicherweise 300.000 € an Mitteln (Planungskosten) für Vorplanungsleistungen zur Sanierung des Gesundheitsamtes (Projekt 3E.210012 im Investitionsprogramm).

Da für die Sanierung erhebliche Kosten zu erwarten sind, soll ein Stufenplan eine Übersicht über notwendige Maßnahmen geben, um in den nächsten Jahren Schritt für Schritt eine Sanierung anzugehen.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| AfSG am 05.12.2017 | 11 | 0 | 0 | X | |
| BA am 05.12.2017 | 9 | 0 | 1 | X | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Anmerkung der Verwaltung:

Siehe Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 008 der Fraktion DIE LINKE

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Nr. 043

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft

Strategisches Ziel 2 Konzept Integrationskultur

Das Strategische Ziel 2 zum Thema Interkulturelle Vielfalt und Integrationskultur soll im Verlauf des Jahres 2018 vertieft und konkretisiert werden.

Dazu soll als erster Schritt in einer der nächsten Sitzungen des AfKW ein Fachexperte / eine Fachexpertin über die aktuelle kulturpolitische Debatte und die Umsetzung von Integrationskultur in der kommunalen Praxis berichten.

Begründung:

Unsere Gesellschaft erlebt seit Jahren einen rasanten demographischen Wandel, der sich besonders in einer veränderten Stadtgesellschaft niederschlägt. Schon heute beträgt der Anteil der Einwohner/innen mit Migrationsgeschichte mehr als 20 %, in Braunschweig sind es 25 % mit steigender Tendenz. Das muss sich auch in der Kulturarbeit als wichtiger Teil von Integrationsarbeit niederschlagen, aber auch in veränderten Ansätzen zur Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen und Schichten. Gerade die Kultur bietet vielfältige Möglichkeiten für Begegnung, Integration und Partizipation. Dementsprechend haben sich die meisten größeren Städte auf den Weg gemacht, eigene Ansätze für den Kulturbereich zu entwickeln. Dies sollte ein wichtiger Teil der Kulturentwicklungsplanung in Braunschweig sein.

Im Strategischen Ziel 2 des Haushaltsplans heißt es dazu:

„Erhaltung der bestehenden interkulturellen Vielfalt Braunschweigs und Initiierung neuer kultureller - auch partizipatorischer - Veranstaltungsformate unter Berücksichtigung des Integrationskonzepts und der demographischen Entwicklung“

Dieses Ziel ist zu unkonkret, um daraus Umsetzungsziele zu formulieren. Es ist noch mit zu vielen Fragen und Interpretationssichten behaftet.

Im Stellenplan finden wir eine neue Stelle zum Aufgabenbereich „Konzeptfortschreibung Integrationskultur“, die allerdings mit einem Sperrvermerk versehen ist und offensichtlich abhängig gemacht wird von einer möglichen Förderung der Kulturstiftung des Bundes.

Das Thema Interkultur und Integrationskultur ist aber ganz unabhängig von der Einrichtung einer Stelle ein zentrales Thema in der aktuellen bundesweit geführten kulturpolitischen Debatte und sollte es auch in Braunschweig sein.

Ausschussempfehlung:

Vor der Abstimmung in der Sitzung des AfKW am 01.12.2017 wurde der Beschlussvorschlag von der Antragstellerin wie folgt geändert:

„Das Strategische Ziel 2 zum Thema Interkulturelle Vielfalt und Integrationskultur soll im Verlauf des Jahres 2018 vertieft und konkretisiert werden.

Dazu soll als erster Schritt in einer der nächsten Sitzungen des AfKW ein Fachexperte / eine Fachexpertin über die aktuelle kulturpolitische Debatte und die Umsetzung von Integrationskultur in der kommunalen Praxis berichten.“

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| AfKW am 01.12.2017 | 10 | 0 | 0 | X | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Strategische Ziel (2) Erhaltung der bestehenden interkulturellen Vielfalt und Initiierung neuer kultureller Veranstaltungsformate unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung ist fortwährend ein zentraler Handlungshintergrund des Dezernats IV in allen seinen Organisationseinheiten. Darüber hinaus entspricht es dem Grundsatz des Kulturdezernats, dass die angebotenen Kulturveranstaltungen grundsätzlich an alle Menschen, somit auch an diejenigen mit Migrationshintergrund adressiert sind.

Das Kulturdezernat beschäftigt sich stetig mit dem Thema Integration. Wie im Laufe des Jahres 2017 in den Drs. Nr. 17-04514-01 und 17-05548-01 dargestellt, bildete in den letzten beiden Jahren die große Zahl ankommender geflüchteter Menschen einen Planungsschwerpunkt der Arbeit der gesamten Verwaltung. In dem sachlich erforderlichen Rahmen hat sich hier auch das Dezernat für Kultur und Wissenschaft aktiv mit eingebracht.

Städtische Musikschule

Beispielhaft kann hier die Beteiligung der Städtischen Musikschule an dem Angebot „Klavier als Integrationshelfer“ in der Flüchtlingsunterkunft Sporthalle Watenbüttel und später darauf folgend „Gitarre als Integrationshelfer“ in der Begegnungsstätte Achilleshof benannt werden. Nachdem die Angebote aufgrund einer Umverteilung der Geflüchteten dort beendet werden mussten, schloss sich unmittelbar eine Kooperation mit der DRK-Kaufbar an. Hier findet regelmäßig ein Gitarrenkursangebot mit einer Gruppe geflüchteter und einigen einheimischen Menschen statt. Die Finanzierung hat die Öffentliche Sachversicherung übernommen und ist bis Februar 2018 gesichert.

Stadtteil- und Soziokultur

Einen generellen Schwerpunktbereich der Integrationsarbeit stellt die Stadtteil- und Soziokultur dar. Hier liegt seit jeher ein Fokus der Integrationsarbeit vor Ort, in den Stadtteilen, insbesondere auch institutionell über den Kulturpunkt West, sowie projektbezogen, etwa über das Format „Braunschweig International“. Exemplarisch zeigen die folgenden Beispiele die Bandbreite der Angebote auf: „Internationales Kinderfest“ in Kooperation mit dem Haus der Kulturen, Kindertheaterstück „Woanders ist jetzt hier“ im Roten Saal, Projekt „Heimat im Koffer“ in Kooperation mit der AWO-Migrationsberatung, Projekt „Lesezelt“ im Kulturpunkt West, bei welchem fremdsprachliche Kinderliteratur vermittelt wird.

Stadtbibliothek und Städtisches Museum

Aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre hat das Kulturdezernat zudem durch die Stadtbibliothek und das Städtische Museum seine Angebotspalette erweitert, um noch dezidierter auf die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund einzugehen. Entsprechend der Bedarfslage wurden insbesondere in der Stadtbibliothek Maßnahmen intensiviert, die dem Spracherwerb dienen, etwa die Ausweitung des Medienbestandes für Unterrichtszwecke und zielgruppenorientierte Veranstaltungen (zweisprachiges Bilderbuchkino, Bibliothekseinführungen). Auch das Städtische Museum bemüht sich um die Senkung der Sprachbarriere, etwa durch stadthistorische Führungen in englischer und französischer Sprache im Altstadtrathaus.

Konzept zur Integration von Flüchtlingen

Als im Frühjahr 2016 ein ansteigender Zustrom Geflüchteter zu verzeichnen war, verabschiedete der Rat der Stadt Braunschweig (Drs. Nr. 16-01642) ein Konzept zur Integration von Flüchtlingen für die Stadt Braunschweig. In der Folge wurde unter Steuerung des hierfür zentral verantwortlichen Sozialdezernats der „Steuerkreis Integration“ gebildet, der sich die Organisation der Zusammenarbeit aller einschlägigen Organisationsbereiche und Institutionen zum Ziel gesetzt hat. Der Fachbereich Kultur ist ebenfalls seit Einrichtung des Steuerkreises in diesem vertreten.

Steuerungsgruppe Integration

Im Jahr 2017 wurde zudem die städtische „Steuerungsgruppe Integrationsplanung“ eingerichtet (Drs. Nr. 17-05284). Ziel der Steuerungsgruppe ist es, die Integration von Geflüchteten sowie insbesondere von Migranten gesamtstädtisch zu steuern. Dazu wird derzeit ein Maßnahmenkatalog erstellt und abgestimmt, der alle integrationsfördernden Maßnahmen und Aktivitäten beinhaltet. Dabei sollen Synergien herausgearbeitet, Überschneidungen identifiziert, Einzelmaßnahmen gebündelt sowie über ein Umsetzungscontrolling die Wirksamkeit integrationsfördernder Maßnahmen begutachtet werden.

Neben der aktuellen Beteiligung des FB 41 an der stadtweiten Erarbeitung des Maßnahmenkatalogs auf der Grundlage des bereits vom Rat beschlossenen kommunalen Handlungskonzeptes „Integration durch Konsens“ (2008) sowie des „Integrationskonzeptes für Flüchtlinge“ (2016) und der Entwicklung von zielgerichteten Maßnahmen in den Einrichtungen des Dezernates IV ist die Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes (wie in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft am 20. Oktober avisiert) ein zusätzliches wichtiges Instrument zur Erreichung des strategischen Ziels Integrationskultur. Die Integrationskultur wäre bei Realisierung eines Kulturentwicklungsplans als dessen integraler Bestandteil zu verstehen. Hinzuweisen ist darauf, dass die Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes unter dem Vorbehalt der Zurverfügungstellung der hierfür erforderlichen finanziellen Mittel steht.

Ressourcen und nächste Schritte

Wesentlich ist zudem die Feststellung, dass alle aktuellen und bisherigen Aktivitäten des Dezernats IV im Bereich Integrationskultur ausschließlich mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen realisiert werden. Es hat, auch vor dem Hintergrund der Flüchtlingsproblematik, keine Aufstockung der städtischen Ressourcen im Kulturdezernat gegeben.

Zur Erweiterung des Handlungsspektrums wird derzeit ein Antrag zur Einrichtung einer durch die Kulturstiftung des Bundes geförderten Stelle zur Unterstützung der diversitätsorientierten Öffnung von Kultureinrichtungen vorbereitet (Förderprogramm „360° - Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft“). Konzeptionell soll hierbei in besonderer Weise die Arbeit in den Stadtteilen mit Schwerpunkt im Kulturpunkt West (= Fördergebiet Soziale Stadt Donauviertel und Donaucampus) fortgeschrieben werden. Vorgesehen ist dabei die enge Zusammenarbeit und Projektentwicklung gemeinsam mit dem Städtischen Museum als Projektpartner. Durch diese gemeinsame Trägerschaft sollen Partizipationsmöglichkeiten auch mit Blick auf die zentralen Kultureinrichtungen und ihre Sammlungen stärker in den Fokus genommen und dabei im Sinne der kulturellen Bildung Menschen mit Migrationshintergrund als Partner

in einem Erschließungs- und Auseinandersetzungsprozess von Tradition und kultureller Identität gestärkt werden.

Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Relevanz des Themas und der nochmal gestiegenen Bedeutung aufgrund des Flüchtlingszustroms ist die Erforderlichkeit der Erreichung des strategischen Ziels Integrationskultur noch mehr in den Vordergrund getreten. Eine verstärkte Priorisierung setzt zusätzliche Ressourcen voraus, da ansonsten die zur Verfügung stehenden Personal- und Finanzmittel eine andere thematische Schwerpunktsetzung erfahren müssten. Eine explizite Beschlussfassung wie im Antrag FU 043 für den Haushalt 2018 vorgesehen, würde diesen zusätzlichen Mittelbedarf bereits jetzt auslösen oder machte die o.g. thematische Schwerpunktänderung in der Arbeit des Dezernats IV unmittelbar erforderlich.

Fazit:

Aus Sicht der Verwaltung ist die Beschlussfassung des Antrags FU 043 nicht erforderlich, denn über die „Steuerungsgruppe Integrationsplanung“ gibt es derzeit bereits eine gesamtstädtische abgestimmte Vorgehensweise hinsichtlich der Integration. Hierbei sind insbesondere auch integrationskulturelle Maßnahmen des Dezernats IV eingeschlossen.

Im Zusammenhang mit der perspektivischen Kulturentwicklungsplan werden dann sachgerecht auch die Ressourcen für ein Konzept Integrationskultur erarbeitet und der Politik zur Bereitstellung vorgeschlagen werden.

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 044

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft

Entwicklung eines "Braunschweiger Bücherschranks"

Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit der VHS Arbeit und Beruf GmbH ein Projekt aufzulegen, um ein Modell eines "Braunschweiger Bücherschranks" zu entwickeln und dieses für die Stadtbezirke, die die Aufstellung eines Bücherschranks beschließen, entsprechend anfertigen zu können. Parallel ist eine Handreichung zu erarbeiten, in der die wesentlichen zu erfüllenden Rahmenbedingungen (soziale Kontrolle durch Patenschaftsmodelle, Kontrolle des Bücherbestandes etc.) zur besseren Umsetzung derartiger Projekte enthalten sind.

Begründung:

Der erste Bücherschrank in Hannover wurde bereits 2004 aufgestellt; mittlerweile verfügt Hannover über mehr als 30 Bücherschränke, die alle von Langzeitarbeitslosen im Rahmen eines Kooperationsprojektes zwischen der Stadt und einem Bildungsträger gebaut werden. Ein analoges Modell wäre auch für Braunschweig denkbar - hier in Trägerschaft der VHS Arbeit und Beruf GmbH. Da immer mehr Bezirksräte die Aufstellung von offenen Bücherschränken beantragen und zum Teil die Kosten aus ihren Bürgerbudgets finanzieren, sollte über die Entwicklung eines Standardmodells für die Stadt Braunschweig nachgedacht werden, zumal ein solches auch den Wiedererkennungswert deutlich erhöht. Zudem können die Bücherschränke so wesentlich kostengünstiger gebaut werden.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| AfKW am 01.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Stellungnahme der Verwaltung:

Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit den beiden bereits aufgestellten Bücherschränken bedarf es zur Vorbereitung und Umsetzung der von den jeweiligen Stadtbezirksräten vorgeschlagenen Bücherschränkaufstellungen teilweise zeitaufwändiger verwaltungsinterner und mit den Stadtbezirksräten durchzuführender Abstimmungsprozesse, die, ebenso wie die Betreuung der Bücherschränke (z. B. Verkehrssicherungspflicht), ausgesprochen personalintensiv sind und daher auch ressourcentechnisch abgebildet werden müssten.

Insofern wäre, sofern weitere Bücherschränke gewünscht sind, eine Vereinheitlichung von Abläufen sinnvoll.

Um ein einheitliches Verfahren zu entwickeln, hat die Verwaltung bereits ein witterungsbeständiges Bücherschrankmodell konzipiert, welches sich an vorhandenen Modellen orientiert. Dieses befindet sich in der bautechnischen Prüfphase. Es soll den interessierten Stadtbezirksräten in absehbarer Zeit vorgestellt werden. Wesentliches Merkmal des einheitlichen Modells ist die möglichst unkomplizierte Aufstellung durch ein integriertes Fundament.

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Nr. 045

Teilhaushalt: Ref. 0500

Neues strategisches Ziel Ref. 0500 - Sozialreferat

Für das Ref. 0500 - Finanzen wird als neues strategisches Ziel hinzugefügt:
Erstellung eines Sozialatlases im zweijährigen Rhythmus mit möglichst umfangreichen Sozialdaten.

Begründung:

erfolgt mündlich

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| AfSG am 05.12.2017 | 11 | 0 | 0 | X | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 046

Teilhaushalt: Ref. 0500

Produkt: 1.31.3119.40

Schulmittelfonds

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, mit dem die Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Schulbedarfskosten einerseits und den im Regelbedarfssatz berücksichtigten Schulbedarfen sowie den Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets andererseits begegnet werden kann. Dabei sind insbesondere die in der Vorlage 17-05389 genannten Spitzenbelastungen einzelner Schuljahre (Einschulung, Übergang zur weiterführenden Schule und Medienausstattung/Taschenrechner) zu betrachten. Die entstehenden Kosten sind zu ermitteln.

Begründung:

In der Vorlage 17-05389 hat die Verwaltung ausgeführt, dass die tatsächlichen Schulbedarfskosten zum Teil beträchtlich über der Summe der im Regelbedarfssatz berücksichtigten Schulbedarfe und der Leistungen aus dem BuT-Paket liegen. Und weiter: "Für eine bedarfsgerechte Verteilung dieser Mittel ist die Abstimmung eines entsprechenden Konzeptes mit den dafür zuständigen Institutionen erforderlich. Es müsste ein geregelter Antragsverfahren sowie ein Verteilungsmodus entwickelt werden, der die Erfordernisse bezüglich der unterschiedlichen Schulformen sowie die Spitzenbelastungen einzelner Schuljahre berücksichtigt."

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| AfSG am 05.12.2017 | zurückgezogen | | | | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Nr. 047

Teilhaushalt: Ref. 0500

Konzept flächendeckende Entwicklungsstandsuntersuchung

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zu erstellen, wie die flächendeckende Untersuchung aller Kinder 1 bis 2 Jahre vor der Einschulung in den Kindergärten in Braunschweig umgesetzt werden kann und darzustellen, welche finanzielle und personelle Ausstattung dazu erforderlich ist.

Begründung:

Im Bericht über die Umsetzung des kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut wird unter Punkt 2.5. verdeutlicht, dass die Empfehlung zu einer flächendeckenden Untersuchung zum Entwicklungsstand von Kinder ein bis zwei Jahre vor der Einschulung bislang nicht umgesetzt ist. Es wird auch gesagt, dass die Dringlichkeit dieser Maßnahme gesehen werde.

Weiter heißt es: „Dies erfordert personelle Ressourcen, die entsprechend erweitert werden müssen.“

Ein solches Modell einer flächendeckenden frühen Untersuchung existiert in den Stadt Hil-desheim als Modellprojekt. Dort hat man mit diesem Projekt PiAF (Prävention in aller Frühe) bereits positive Erfahrungen gesammelt.

Angesichts der Tatsache, dass über 25% der Kinder bei der Einschulung Auffälligkeiten in ihrer Entwicklung zeigen, gilt es in präventive Maßnahmen Geld zu investieren, um allen Kindern einen guten Start zu ermöglichen.

Am Projekt beteiligt sind neben einem Team aus Kinderärztin und Arzthelferin, Erzieherin, Psychologin öder Sozialpädagogin, die Eltern sind zur Anwesenheit verpflichtet.

Auch aus rein finanzieller Sicht ist Prävention immer erheblich kostengünstiger als spätere Maßnahmen.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| AfSG am 05.12.2017 | 11 | 0 | 0 | X | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 048

Teilhaushalt: FB 50

Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg 94

Die Verwaltung wird gebeten, einen Plan zur Sanierung des städtischen Wohnwagenaufstellplatzes Madamenweg 94 aufzustellen. Dabei sollen die Bedarfe ermittelt und die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie den Ansprüchen, die sich aus der Historie der Braunschweiger Sinti ableiten lassen, entgegengekommen werden kann. Zudem soll die Nutzungsordnung an die veränderten Bedarfe angepasst werden.

Begründung:

Nach einer Ortsbegehung und dem Austausch mit den dort lebenden Sinti sowie einer historischen Einordnung hinsichtlich der Entstehung des Platzes durch die Stadt Braunschweig sollte auf Basis dieser Erkenntnisse sowohl die Nutzungsordnung angepasst als auch den Bedürfnissen der Bewohner/innen angemessen Rechnung getragen werden.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| AfSG am 05.12.2017 | zurückgezogen | | | | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 049

Teilhaushalt: FB 61

Durchführung eines Modellvorhabens zum gemeinschaftlichen Wohnen in Braunschweig

Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Netzwerk Gemeinsam Wohnen und der Nibelungen Wohnbau GmbH ein Modellprojekt zur Entwicklung von gemeinschaftlichen Wohnformen durchzuführen, das in seiner Entwicklungsphase durch eine professionelle Moderation begleitet wird.

Begründung:

Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass sich die Interessentenkreise für Projekte gemeinschaftlichen Wohnens sehr heterogen darstellen. Um dennoch möglichst vielen Interessenten die Möglichkeit zu geben, sich an solchen Projekten zu beteiligen, und sicherzustellen, dass sich eine Gemeinschaft bildet, und um die personelle Fluktuation innerhalb der Gruppen - wie in Braunschweig in der Vergangenheit oft zu beobachten - zu minimieren, werden die Gruppentreffen und die Gespräche mit der Verwaltung durch eine professionelle Moderation unterstützt. Daneben erhalten die Gruppen Unterstützung bei der Vereins- oder Gesellschaftsgründung.

Ausschussempfehlung:

Vor der Abstimmung in der Sitzung des PIUA am 06.12.2017 wurde der Beschlussvorschlag vom Antragsteller wie folgt geändert:

„Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Netzwerk Gemeinsam Wohnen und den Wohnungsbaugesellschaften eine Organisationsstruktur für ein Modellprojekt zum gemeinschaftlichen Wohnen in Braunschweig zu entwickeln.“

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| PIUA am 06.12.2017 | 13 | 0 | 0 | X | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Antrag der CDU-Fraktion - Nr. 050

Teilhaushalt: alle
Produkt: diverse

Vorsorgeorientierte Haushaltspolitik durch konsequenten Abbau des strukturellen Defizits

- Zur Beschlussfassung in allen Fachausschüssen -

Die Stadt Braunschweig steht vor großen Herausforderungen deren dauerhafte Finanzierung auch nachhaltig gesichert werden muss. Die Verwaltung erarbeitet daher ein klar beziffertes und terminiertes Konzept zum signifikanten schrittweisen Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits bis zum Ende dieser Wahlperiode und legt dieses dem Rat bis zum Ende des 1. Quartals 2018 zur Beschlussfassung vor.

Ziel des Konzeptes soll neben einer stringenten Haushaltskonsolidierung eine konsequente, auf die künftigen Herausforderungen ausgerichtete Verwaltungsmodernisierung sein. Notwendig ist eine konsequente Aufgaben- und Standardkritik unter Einbeziehung des Kernhaushaltes, der Gesellschaften und der Zuschussempfänger.

Begründung:

Die Verwaltung hat bei der Vorlage des Haushaltsplanentwurfes ein strukturelles Defizit alleine für das Jahr 2018 in einer Höhe von 35 Millionen Euro ausgemacht. Demgegenüber stehen in der Planung Einsparungen mit der so genannten Rasenmäher-Methode in einer Höhe von 2,0 Millionen Euro für das kommende Haushaltsjahr. Diese beliefen sich in 2017 auf 1,0 Million Euro und sollen bis 2021 kontinuierlich auf 5,0 Millionen Euro (also jährlich 1,0 Million Euro zusätzlich) anwachsen. Auch wenn dies ein Schritt in die richtige Richtung ist, können die Einsparungen das strukturelle Defizit nicht beseitigen. Und wenn man sich vergewissert, dass es sich bei den für 2021 veranschlagten 5,0 Millionen Euro nur um rund 0,5 % des Gesamtergebnishaushaltes handeln wird, so muss man feststellen, dass dieser Plan bisher auch nur wenig ambitioniert ist.

Dabei gibt es ein klares Bekenntnis des Rates der Stadt Braunschweig aus dem Juni 2016 zur strukturell soliden Haushaltsplanung, welches mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Die Übersicht der Einnahmen belegt, dass wir uns weiterhin in einer guten konjunkturellen Lage befinden und wir - bei gleichzeitigem Blick auf die Ausgaben - derzeit kein Einnahmeseitiges sondern ein Ausgabeproblem haben. Dies bedeutet gleichzeitig, dass bei einem konjunkturellen Abschwung - dessen Eintritt sicher ist, lediglich der Zeitpunkt ist unklar - das Defizit noch weiter ansteigt und somit große Einschnitte drohen, die viele Bereiche hart treffen werden. Deshalb muss die jetzige gute konjunkturelle Lage - und damit im vollen Einklang mit dem bereits zitierten Ratsbeschluss aus dem Juni 2016 - genutzt werden, um ein Konzept zu erarbeiten, wie das strukturelle Defizit bis zum Ende der laufenden Ratsperiode signifikant, also mindestens in den einstelligen Millionenbereich, abgebaut werden kann.

Dabei hilft der Blick in andere Kommunen: in der letztjährigen Haushaltsdebatte wurde von Christoph Bratmann auf die Stadt Mannheim verwiesen. Dort gibt es einen Stufenplan zum Abbau des strukturellen Defizits. Hier sollte die Verwaltung ein Vorbild sehen und den Kontakt suchen bzw. mögliche bereits bestehende Verbindungen intensivieren. Im Zentrum der Überlegungen soll zum einen eine stringente Haushaltskonsolidierung unter Einbindung aller

Fachbereiche liegen, um sicherlich vorhandene Einsparpotenziale aufzudecken. Zum anderen erwarten wir eine zielgerichtete Verwaltungsmodernisierung, die eine konsequente Überprüfung der Verwaltungsabläufe ebenso beinhaltet wie auch dringend notwendige Innovationen in den Bereichen Digitalisierung und Smart City.

Weitere wichtige Punkte sind unter anderem die weitere Professionalisierung der bestehenden Strukturen zum Einwerben von Fördermitteln, eine kluge Arbeitsteilung durch den Einsatz externer Partner (bspw. PPP, aber auch eine intensivierte Vergabe der Planungen für Bebauungspläne) und natürlich eine konsequente und ständige Diskussion zur Aufgabenkritik und zu Standards der Aufgabenerledigung. Orientierung sollen dabei die Kennzahlen und Erfahrungen anderer deutscher Großstädte und - vor allem bei der Digitalisierung - anderer europäischer Länder bieten.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| FwA am 28.11.2017 | 4 | 6 | 0 | | X |
| AfKW am 01.12.2017 | 4 | 7 | 0 | | X |
| WA am 01.12.2017 | 4 | 7 | 0 | | X |
| AfSG am 05.12.2017 | 4 | 7 | 0 | | X |
| BA am 05.12.2017 | 4 | 6 | 0 | | X |
| PIUA am 06.12.2017 | 4 | 9 | 0 | | X |
| JHA am 07.12.2017 | 2 | 8 | 2 | | X |
| SpA am 07.12.2017 | 4 | 6 | 0 | | X |
| SchA am 08.12.2017 | 4 | 11 | 1 | | X |
| GA am 08.12.2017 | 2 | 6 | 1 | | X |
| Afl am 11.12.2017 | 4 | 7 | 0 | | X |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Anmerkung der Verwaltung:

Auf den finanzunwirksamen Antrag FU 051 und den finanzwirksamen Antrag FWE 124 wird aufgrund des sachlichen Zusammenhangs hingewiesen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Nr. 051

Teilhaushalt: alle
Produkt: diverse

Nachhaltige Stadtentwicklung und Haushaltspolitik

Die Bemühungen um den effektiven und sparsamen Einsatz von Haushaltsmitteln sollen sich zukünftig enger an den Aufgaben und Zielen der Stadtentwicklung orientieren. Das in den letzten Jahren praktizierte Einsparprogramm zur Verringerung eines angenommenen strukturellen Defizits nach der sog. „Rasenmähermethode“ wird deshalb letztmalig im Jahr 2018 umgesetzt und in den Folgejahren nicht weitergeführt.

Bei der Haushaltsaufstellung und der damit verbundenen Steuerung der Mittelverwendung wird zukünftig verstärkt von wirkungsorientierten inhaltlichen Zielplanungen ausgegangen, die die Grundlagen für die Feststellung des notwendigen und effektiven Ressourceneinsatzes darstellen. Dazu gehört auch die fortlaufende Überprüfung der Zielerreichung in allen wichtigen kommunalen Handlungsfeldern.

In diesem Zusammenhang sind auch Untersuchungen von Organisationsstrukturen und Abläufen innerhalb der Verwaltung ggf. sinnvoll, wenn diese ergebnisoffen durchgeführt und extern begleitet werden. Dabei muss in jedem Einzelfall Aufwand und Nutzen gegeneinander abgewogen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen.

Begründung:

2016 beauftragte der Rat die Stadtverwaltung damit, unter der Überschrift „Gewerbesteuer-glättung“ einen Vorschlag für die zukünftigen Haushaltspläne zu machen, um einem sich abzeichnenden strukturellen Defizit zu begegnen. Daraus ergaben sich im Haushalt 2017 und im Haushaltsentwurf 2018 über alle Fachbereiche hinweg pauschale Einsparungen nach der „Rasenmähermethode“. Diese unreflektierten und nicht an den tatsächlichen Erfordernissen orientierten Einsparungen zeigten zum Teil fatale Auswirkungen, wie u.a. bei der Streichung einer dritten Praxisklasse deutlich wurde. Dauerhaft dürfte sie auf keine Akzeptanz treffen.

Ganz abgesehen davon, dass die vorgeschlagene Höhe der Kürzungen keinesfalls die Unsicherheit der Einnahmeschwankungen und eine Unterfinanzierung in schlechten Zeiten auffangen kann, darf Sparen nicht zum alleinigen Selbstzweck werden.

Wir sehen derzeit keine Ansätze für ein chronisches Defizit, das die Finanzfähigkeit der Stadt im Planungszeitraum gefährdet. Trotzdem müssen bei jeder Entscheidung auch die Fragen nach der Finanzierbarkeit, dem effektiven Einsatz von Geld- und Personalmitteln und einer guten Organisationsstruktur gestellt werden. Dies sollte allerdings immer im Zusammenhang mit den Zielen der künftigen Stadtentwicklung erfolgen.

Reine Einsparvorgaben oder Begrenzungen von Ausgabehöhen ohne als Ausgangspunkt die notwendigen Leistungen für alle Einwohner/innen und die Ziele für die Stadtgesellschaft festzulegen, führen langfristig sogar zu höheren Ausgaben, weil wesentliche Entwicklungen verpasst werden können.

Zusammengefasst sollte gute Haushaltspolitik sich von folgender Frage leiten lassen: Machen wir das Richtige und machen wir es richtig, auch unter dem Gesichtspunkt begrenzter Ressourcen?

Insofern sollte die Ressourcensteuerung in Zukunft auf folgenden Grundsätzen aufbauen:

1. Die ständige Frage nach den zugrundeliegenden Zielen und der Effektivität der Umsetzung (Zielmanagement). Dazu sollten neben dem ISEK für einzelne Bereiche eigene Entwicklungs- und Umsetzungspläne aufgestellt werden, die auch konkret mit Zahlen hinterlegt sind.
2. Die fortlaufende Überprüfung, ob und wie die festgelegten Ziele erreicht wurden.
3. Die Überprüfung von Organisationsstrukturen und –Abläufen mit offenen Ergebnissvorgaben und externer Begleitung.
4. Die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung, innerhalb des „Konzerns Stadt“ und mit der Zivilgesellschaft.
5. Ein aussagefähiger Vergleich zwischen Aufwand und Zielerreichung mit anderen Städten, sofern eine inhaltliche Vergleichbarkeit gegeben ist.

Auch das hier vorgeschlagene Verfahren hat sich natürlich an den Grundsätzen einer effektiven und nachhaltigen Mittelverwendung zu orientieren. D.h., dass bei all diesen Punkten stets die Frage nach Aufwand und Nutzen zu prüfen ist und dass jeweils nur die Schritte umgesetzt werden sollen, bei denen Aufwand und Nutzen in einem eindeutig positiven Verhältnis zueinanderstehen.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| FwA am 28.11.2017 | Passieren lassen | | | | |
| AfKW am 01.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| WA am 01.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| AfSG am 05.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| BA am 05.12.2017 | 2 | 4 | 4 | | X |
| PIUA am 06.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| JHA am 07.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| SpA am 07.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| SchA am 08.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| GA am 08.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| Afl am 11.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Anmerkung der Verwaltung:

Auf den finanzunwirksamen Antrag FU 050 und den finanzwirksamen Antrag FWE 124 wird aufgrund des sachlichen Zusammenhangs hingewiesen.

Antrag der Fraktion P² - Nr. 145

Teilhaushalt: 10
Produkt: 1.11.1155.02

Neue Kennzahlen S. 357 "IuK-Leistungen" (Informations- und Kommunikations-Leistungen)

Betreffend das Produkt 1.11.1155.02 "IuK-Leistungen" (Informations- und Kommunikations-Leistungen) werden als neue Kennzahlen ergänzt:

- Gemeldete IT-Probleme
- Gelöste IT-Probleme (Ziel hoch)
- Anzahl der Drucke/Kopien (Ziel: niedrig)

Begründung:

Aktuell fehlen Kennzahlen zur Überprüfung des Erfolges dieses Produktes.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|-------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Antrag der Fraktion P² - Nr. 146

Teilhaushalt: 32
Produkt: 1.12.1221.62

S.419, 428 Eheschließungen und Lebenspartnerschaften

Produkt 1.12.1221.62: Ersatzlose Streichung des Begriffes Lebenspartnerschaften aus dem Haushalt, da seit 1.10.2017 keine Lebenspartnerschaften mehr begründet werden können.

Begründung:

BGBl. I S. 2787 im Bundesanzeiger Nr 52 vom 28.07.2017
http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xavstartbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl117s2787.pdf

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|-------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Produktbezeichnung und der Text der Produktbeschreibung wurden nach Veröffentlichung des Bundesanzeigers überarbeitet. Im Enddruck des Haushaltes 2018 wird das Produkt 1.12.1221.62 in der geänderten Fassung dargestellt werden.

Antrag der Fraktion P² - Nr. 147

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft
Produktgruppen: 1.25.2733 und 1.25.2734

S. 33, 548, 961, 1097 / 1.25.2733 und 1.25.2734 „Sonstige Volksbildung“

Änderung der Produktgruppen-Bezeichnung "Sonstige Volksbildung" in "Sonstige Bevölkerungsbildung".

Begründung:

Der Begriff „Volksbildung“ ist nicht mehr zeitgemäß.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| AfKW am 01.12.2017 | 0 | 10 | 1 | | X |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 4 Abs. 2 der Kommunalhaushalts- und kassenverordnung (KomHKVO) legt die Landesstatistikbehörde den für alle Kommunen geltenden Kontenrahmen und den Produktrahmen sowie die dazu erforderlichen Zuordnungsvorschriften für Niedersachsen verbindlich fest.

Der entsprechende Produktrahmen des Landesamtes für Statistik Niedersachsen sieht im Produktbereich „25-29 Wissenschaft und Kultur“ für die Produktgruppe 273(xx) die Bezeichnung „Sonstige Volksbildung“ verbindlich für alle Kommunen vor.

Antrag der Fraktion P² - Nr. 148

Teilhaushalt: diverse

Produkt: diverse

Zusätzliche Erläuterungen bei Ansatzveränderungen auf Null

Ansatzveränderungen, die dazu führen, dass ein Ansatz auf 0 EUR gesetzt wird, sollen erläutert werden.

Begründung:

Dieser Antrag dient der Haushaltsklarheit.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|-------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| JHA am 07.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Antrag der CDU-Fraktion - Nr. 168

Teilhaushalt: 0800

Produkt: 1.57.5711.01

Aktives Baustellenmarketing

Im Zusammenhang mit den für die kommenden Jahre geplanten Baumaßnahmen in der nordwestlichen Innenstadt (Maßnahmen City-Point und Burggasse) wird - in enger Zusammenarbeit mit dem AAI und den Investoren - ein aktives Baustellenmarketing betrieben.

Begründung:

Der Arbeitsausschuss Innenstadt (AAI) hat bei einem Infoabend im Oktober die anstehenden Entwicklungen und Veränderungen im nordwestlichen Teil der Innenstadt durch die geplanten Großprojekte City-Point und Burggasse vorgestellt. Vertreter der jeweiligen Investoren präsentierten dort ihre Planungen und standen für Nachfragen zur Verfügung. Der AAI, vertreten durch seinen Vorsitzenden Olaf Jaeschke, begrüßt die geplanten Baumaßnahmen als klares Standortbekenntnis zu Braunschweig. Gleichzeitig fordert der Interessernverband der Innenstadtkaufleute "ein funktionierendes Baustellenmanagement und -marketing", welches nicht nur zentrale Ansprechpartner beinhaltet, sondern auch für eine transparente Kommunikation sorgt.

Es darf schließlich nicht vergessen werden, dass umfangreiche Baumaßnahmen auch stets für Irritationen bei Besucherinnen und Besuchern der Innenstadt sorgen und nicht dazu führen dürfen, dass die Innenstadt während der Bauphase gemieden wird. Elementar wichtig sind somit eine gebündelte Kommunikation und eine regelmäßige Abstimmung zur Koordination dieser Maßnahmen. Dies kann mit einem aktiven Baustellenmarketing gewährleistet werden.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|-------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| WA am 01.12.2017 | 11 | 0 | 0 | X | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Antrag der BIBS-Fraktion - Nr. 173

Teilhaushalt: 61
Produkt: diverse

Schaffung Dezernat Umweltschutz

Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, damit die bisherige Abteilung 61.4 Umweltschutz künftig als eigenständiges Dezernat Umweltschutz geführt werden kann. Den Gremien ist eine diesbezügliche Beschlussvorlage zu unterbreiten.

Begründung:

Als Vorbild der zukünftigen Verwaltungsstruktur kann der Fachbereich 41 Kultur dienen, der gleichzeitig als eigenständiges Dezernat IV (Kultur- und Wissenschaftsdezernat) fungiert.

Ausschussempfehlung:

| | Abstimmungsergebnis | | | Antrag somit | |
|--------------------|---------------------|---------|-------|--------------|-----------|
| | dafür | dagegen | Enth. | angenommen | abgelehnt |
| PIUA am 06.12.2017 | Passieren lassen | | | | |
| FPA am 18.01.2018 | | | | | |

Wesentliche Produkte und Maßnahmen
sowie sonstige Anpassungen

Wesentliches Produkt

1.12.1221.62 - Eheschließungen

Produktbeschreibung:

Eheschließungen werden in einem würdigen Rahmen vorgenommen. Für alle in Braunschweig wohnhaften Bürgerinnen und Bürger werden infolge der Anmeldung die rechtlichen Voraussetzungen zur Eheschließung geprüft. Auf Antrag einer/eines Deutschen mit Wohnsitz in Braunschweig kann eine im Ausland geschlossene Ehe nachbeurkundet werden.

Produktziele:

- Beurkundung von Eheschließungen in einem würdigen Rahmen
- Ständige Aktualität der Personenstandsbücher

Zum Produkt gehörende Leistungen :

- 1.12.1221.62.01 Anmeldung Eheschließung
- 1.12.1221.62.06 Ausstellung Aufenthaltsbescheinigungen
- 1.12.1221.62.08 Verkauf von Stammbüchern

| Erträge und Aufwendungen | | Ergebnis 2016 -Euro- | Ansatz 2017 -Euro- | Ansatz 2018 -Euro- |
|--|---|----------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ordentliche Erträge | | | | |
| | Entgelte | 140.964 | 151.500 | 146.500 |
| | Übrige ordentliche Erträge | 1.320 | 0 | 0 |
| 12 | Summe ordentliche Erträge | 142.284 | 151.500 | 146.500 |
| Ordentliche Aufwendungen | | | | |
| 13 | Aufw. für aktives Personal | 352.255 | 352.005 | 546.203 |
| 14 | Aufw. für Versorgung | | In Zeile 13 enthalten | |
| 15 | Aufw. für Sach- und Dienstleistungen | 27.099 | 28.207 | 32.931 |
| 16 | Abschreibungen | 4.636 | 4.463 | 6.249 |
| 17 | Zinsen und ähnliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 18 | Transferaufw. | 0 | 0 | 0 |
| 19 | Sonstige ordentliche Aufw. | 50.453 | 39.313 | 54.677 |
| 20 | Summe ordentliche Aufwendungen | 434.443 | 423.988 | 640.060 |
| 21 | Ordentl. Ergebnis | -292.159 | -272.488 | -493.560 |
| Außerordentliche Erträge und Aufwendungen | | | | |
| 22 | Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| 23 | Außerordentliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 24 | Außerordentl. Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| 25 | Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -292.159 | -272.488 | -493.560 |
| Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 26 | Erträge aus int. Leistungsbezieh. | 0 | 0 | 0 |
| 27 | Aufw. aus int. Leistungsbezieh. | 52.707 | 51.749 | 67.715 |
| 28 | Saldo aus int. Leistungsbezieh. | -52.707 | -51.749 | -67.715 |
| 29 | Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -344.866 | -324.237 | -561.275 |

Produktkennzahl(en):

Beurkundung Eheschließung

Anmeldung Eheschließung

| | Ist 2014 | Ist 2015 | Ist 2016 | Plan 2017 | Plan 2018 |
|---------------------------|----------|----------|----------|-----------|-----------|
| Beurkundung Eheschließung | 1.210 | 1.280 | 1.288 | 1.230 | 1.230 |
| Anmeldung Eheschließung | 1.438 | 1.535 | 1.565 | 1.430 | 1.530 |

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Aus der Produktbeschreibung, den Produktzielen und der Leistungsbezeichnung wurde der Begriff "Lebenspartnerschaften" gestrichen. Siehe auch finanzunwirksamer Antrag Nr. 146.

Wesentliches Produkt

1.21.2XXX.10 - Schule

Maßnahmen zur Zielerreichung:

| | | | | | |
|--|---|--|--|---------------------------|---|
| Maßnahme: | | Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Gymnasium Ricarda-Huch-Schule | | | |
| Nr.: | 7 | | | | |
| Wirkung: | Mit dem Erweiterungsbau soll die Rückführung der Außenstelle aus der Schulanlage Gliesmarode zum Hauptstandort ermöglicht werden, damit an der Grundschule Gliesmarode aufgrund der Baugebietsentwicklung im Stadtquartier die erwarteten Schülerinnen und Schüler beschult werden könne. | | | | |
| Betrifft Produkt(e): | 1.21.2XXX.10 1.21.2430.11 | Schule Schulentwicklung und -organisation | | Betrifft Strat. Ziel Nr.: | 1 |
| Zielerreichung: (Kennzahl, Planwert) | Abschluss der Baumaßnahmen bis Ende 2020 | | | | |

| | | Finanzbedarf | | | | | | | |
|---------------------------|---------------------------------|--------------------------------|---|----------------|---------------------------------|-------------------------|------------------|---------------------------|----------|
| | | Einz. / Ausz. f. Investitionen | Jährlicher Folgeaufwand | | | | | | |
| Gesamt: | | 7.000.000 € | <table border="1"> <tr> <td>Gesamt:</td> <td rowspan="5">Beträge stehen noch nicht fest.</td> </tr> <tr> <td>Personal-aufwendungen.:</td> </tr> <tr> <td>Abschrei-bungen:</td> </tr> <tr> <td>Übrige Sach-aufwendungen:</td> </tr> <tr> <td>Erträge:</td> </tr> </table> | Gesamt: | Beträge stehen noch nicht fest. | Personal-aufwendungen.: | Abschrei-bungen: | Übrige Sach-aufwendungen: | Erträge: |
| Gesamt: | Beträge stehen noch nicht fest. | | | | | | | | |
| Personal-aufwendungen.: | | | | | | | | | |
| Abschrei-bungen: | | | | | | | | | |
| Übrige Sach-aufwendungen: | | | | | | | | | |
| Erträge: | | | | | | | | | |
| Personal-auszahlungen.: | | 0 € | | | | | | | |
| Sach-auszahlungen.: | | 7.000.000 € | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| Einzahlungen: | | 0 € | | | | | | | |

Maßnahmezeitraum: 2018 bis 2022

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Die Beschreibung von Wirkung und Zielerreichung der Maßnahme wurden ergänzt.

Die Maßnahme 7 wird ebenfalls bei folgendem wesentlichem Produkt abgebildet:

Wesentliches Produkt

1.21.2430.11 - Schulentwicklung und -organisation

Wesentliches Produkt

1.25.2XXX.YY - Zuwendungen

Produktbeschreibung:

Förderung von Kultureinrichtungen im Rahmen einer Kontinuitätsförderung sowie von freien Kulturanbietern im Rahmen einer Projekt- oder Konzeptionsförderung

Produktziele:

Aufrechterhaltung eines breit gefächerten künstlerisch innovativen und qualitativ hochwertigen Kulturangebots in allen künstlerischen Sparten

Zum Produkt gehörende Leistungen :

- 1.25.2511.09.01 Kontinuitätsförderung Wissenschaft
- 1.25.2511.10.01 Projekt- u. Konz.-Förderung Wissenschaft
- 1.25.2512.09.01 Kontinuitätsförderung Literatur
- 1.25.2512.10.01 Projekt- u. Konz.-Förderung Literatur
- 1.25.2514.10.01 Projekt- und Konz.-Förderung Stadtarchiv
- 1.25.2521.09.01 Kontinuitätsförderung Museum
- 1.25.2521.10.01 Projekt- und Konz.-Förderung Museum
- 1.25.2522.09.01 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst
- 1.25.2522.10.01 Projekt- u. Konz.-Förderung Bild. Kunst
- 1.25.2610.09.01 Kontinuitätsförderung Theater
- 1.25.2610.10.01 Projekt- u. Konzept.-Förderung Theater
- 1.25.2620.09.01 Kontinuitätsförderung Musik
- 1.25.2620.10.01 Projekt- u. Konzept.-Förderung Musik
- 1.25.2720.10.01 Projekt- u. Konz.-Förd. Stadtbibliothek
- 1.25.2733.09.01 Kontinuitätsförderung Brunsviga
- 1.25.2733.09.02 Kontinuitätsförderung Kultur für Alle
- 1.25.2733.10.01 Projekt- u. Konzept.-Förderung
- 1.25.2811.09.01 Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.
- 1.25.2811.10.01 Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpfl.

| Erträge und Aufwendungen | | Ergebnis 2016 -Euro- | Ansatz 2017 -Euro- | Ansatz 2018 -Euro- |
|--|---|----------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ordentliche Erträge | | | | |
| | Entgelte | 0 | 0 | 0 |
| | Übrige ordentliche Erträge | 10.640 | 10.640 | 10.640 |
| 12 | Summe ordentliche Erträge | 10.640 | 10.640 | 10.640 |
| Ordentliche Aufwendungen | | | | |
| 13 | Personalaufwendungen | 132.123 | 159.491 | 152.229 |
| 14 | Versorgungsaufwendungen | | In Zeile 13 enthalten | |
| 15 | Aufw. für Sach- und Dienstleistungen | 4.976 | 22.512 | 21.384 |
| 16 | Abschreibungen | 29.555 | 56.546 | 143.392 |
| 17 | Zinsen und ähnliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 18 | Transferaufw. | 1.937.128 | 1.915.300 | 1.979.600 |
| 19 | Sonstige ordentliche Aufw. | 89.956 | 50.223 | 161.031 |
| 20 | Summe ordentliche Aufwendungen | 2.193.737 | 2.204.073 | 2.457.636 |
| 21 | Ordentl. Ergebnis | -2.183.097 | -2.193.433 | -2.446.996 |
| Außerordentliche Erträge und Aufwendungen | | | | |
| 22 | Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| 23 | Außerordentliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 24 | Außerordentl. Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| 25 | Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -2.183.097 | -2.193.433 | -2.446.996 |
| Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 26 | Erträge aus int. Leistungsbezieh. | 0 | 0 | 0 |
| 27 | Aufw. aus int. Leistungsbezieh. | 25.511 | 21.153 | 25.679 |
| 28 | Saldo aus int. Leistungsbezieh. | -25.511 | -21.153 | -25.679 |
| 29 | Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -2.208.609 | -2.214.586 | -2.472.676 |

Produktkennzahl(en):

Zuschussgewährungen

€

| Ist 2014 | Ist 2015 | Ist 2016 | Plan 2017 | Plan 2018 |
|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| 1.589.537 | 1.842.139 | 1.937.128 | 1.915.300 | 1.979.600 |

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

In der Liste der zum Produkt gehörenden Leistungen wurde die Leistung 1.25.2733.09.02 "Kontinuitätsförderung Kultur für Alle" ergänzt.

Wesentliches Produkt

1.25.2521.XX - Bewahren/Präsentieren/Ausstellen

Produktbeschreibung:

- Sammeln und Bewahren von bedeutsamen kunst- und kulturgeschichtlichen Objekten
- Ergänzung vorhandener Sammlungsbestände
- Aufarbeitung/Restaurierung von Objekten
- Inventarisierung/Magazinierung des Bestandes zur langfristigen Sicherung
- Ausstellungen und Veranstaltungen zu unterschiedlichen kunst- und kulturgeschichtlichen Themen aus eigenen und fremden Beständen
- Führungen durch die Ausstellungen
- Spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche

Produktziele:

- Erhalt der Museumsobjekte für die Zukunft
- Stärkung des Standortes Braunschweig als Kulturstadt
- Stärkung der Braunschweigischen Museumslandschaft

Neben den Dauerausstellungen im Haupthaus und im Altstadtrathaus wird angestrebt, jährlich 4 Sonderausstellungen zu präsentieren

Zum Produkt gehörende Leistungen:

- 1.25.2521.02.01 Bestandspflege
- 1.25.2521.02.02 Dokumentation
- 1.25.2521.02.03 Restaurierung
- 1.25.2521.04.01 Ausstellungen
- 1.25.2521.04.02 Fotoarbeiten für eigene Ausstellungen
- 1.25.2521.04.03 Öffentlichkeitsarbeit/Werbung
- 1.25.2521.04.04 Vermittlung
- 1.25.2521.04.05 Bewachung

| Erträge und Aufwendungen | | Ergebnis 2016 -Euro- | Ansatz 2017 -Euro- | Ansatz 2018 -Euro- |
|--|---|----------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ordentliche Erträge | | | | |
| | Entgelte | 12.602 | 35.500 | 23.500 |
| | Übrige ordentliche Erträge | 70.417 | 1.000 | 1.000 |
| 12 | Summe ordentliche Erträge | 83.019 | 36.500 | 24.500 |
| Ordentliche Aufwendungen | | | | |
| 13 | Personalaufwendungen | 872.378 | 1.114.733 | 1.061.784 |
| 14 | Versorgungsaufwendungen | | In Zeile 13 enthalten | |
| 15 | Aufw. für Sach- und Dienstleistungen | 423.611 | 424.104 | 474.457 |
| 16 | Abschreibungen | 96.504 | 72.261 | 77.136 |
| 17 | Zinsen und ähnliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 18 | Transferaufw. | 0 | 0 | 0 |
| 19 | Sonstige ordentliche Aufw. | 904.851 | 949.032 | 1.016.346 |
| 20 | Summe ordentliche Aufwendungen | 2.297.343 | 2.560.130 | 2.629.722 |
| 21 | Ordentl. Ergebnis | -2.214.324 | -2.523.630 | -2.605.222 |
| Außerordentliche Erträge und Aufwendungen | | | | |
| 22 | Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| 23 | Außerordentliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 24 | Außerordentl. Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| 25 | Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -2.214.324 | -2.523.630 | -2.605.222 |
| Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 26 | Erträge aus int. Leistungsbezieh. | 0 | 0 | 0 |
| 27 | Aufw. aus int. Leistungsbezieh. | 105.173 | 105.034 | 106.592 |
| 28 | Saldo aus int. Leistungsbezieh. | -105.173 | -105.034 | -106.592 |
| 29 | Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -2.319.497 | -2.628.664 | -2.711.814 |

Produktkennzahl(en):

| | | Ist 2014 | Ist 2015 | Ist 2016 | Plan 2017 | Plan 2018 |
|---------------------------------|-------|----------|----------|----------|-----------|-----------|
| Inventarierter Gesamtbestand *) | Stück | 22.700 | 23.200 | 23.730 | 129.000 | 137.460 |
| Ausstellungseröffnungen | | 3 | 6 | 6 | 5 | 5 |

*) Mit einem neu eingesetzten Erfassungsprogramm werden auch vor 2003 angeschaffte Objekte erfasst.

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Der Planwert 2018 der Kennzahl "Inventarierter Gesamtbestand" wurde dem Arbeitsfortschritt angepasst und von 132.600 auf 137.460 angehoben.

Wesentliches Produkt

1.31.3121.10 - Leistungen für Unterkunft und Heizung

| |
|---|
| <p>Produktbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Unterkunft sowie für Heizung und Warmwasser nach § 22 Abs. 1 SGB II; Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach dem SGB II haben zusätzlich zum Regelbedarf einen Anspruch auf die Übernahme der Kosten für Unterkunft sowie für Heizung und Warmwasser. Diese werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen übernommen, soweit diese angemessen sind. - Mietkautionen, Umzugskosten, Wohnbeschaffungskosten nach § 22 Abs. 6 SGB II - Wohnhilfen nach § 22 Abs. 8 SGB II - Übernahme von Mietschulden als Darlehen, wenn sonst Wohnungslosigkeit einzutreten droht |
| <p>Produktziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ziel ist es, Kosten der Unterkunft sowie für Heizung und Warmwasser nach dem SGB II als Stabilisator des Lebensumfeldes sicherzustellen, um die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Personen, welche mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, zu stärken und so mit dazu beizutragen, dass sie über die weitergehenden Maßnahmen des SGB II ihren Lebensunterhalt wieder unabhängig aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können - Vermeidung von Wohnungslosigkeit |

Zum Produkt gehörende Leistungen :

| | |
|-----------------|--|
| 1.31.3121.10.01 | Kosten der Unterkunft und Heizung |
| 1.31.3121.10.02 | Wohnhilfen |
| 1.31.3121.10.03 | Wohnhilfen / Mietschulden 50.12 |
| 1.31.3121.10.05 | Kosten Unterkunft&Heizung ausw. Frauenh. |

| Erträge und Aufwendungen | | Ergebnis 2016 -Euro- | Ansatz 2017 -Euro- | Ansatz 2018 -Euro- |
|--|---|----------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ordentliche Erträge | | | | |
| | Entgelte | 0 | 0 | 0 |
| | Übrige ordentliche Erträge | 21.772.054 | 24.848.873 | 25.684.455 |
| 12 | Summe ordentliche Erträge | 21.772.054 | 24.848.873 | 25.684.455 |
| Ordentliche Aufwendungen | | | | |
| 13 | Personalaufwendungen | 466.194 | 560.430 | 494.859 |
| 14 | Versorgungsaufwendungen | | In Zeile 13 enthalten | |
| 15 | Aufw. für Sach- und Dienstleistungen | 6.584 | 7.379 | 8.171 |
| 16 | Abschreibungen | 66.182 | 2.217 | 1.846 |
| 17 | Zinsen und ähnliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 18 | Transferaufw. | 0 | 0 | 0 |
| 19 | Sonstige ordentliche Aufw. | 50.887.213 | 54.399.171 | 55.836.903 |
| 20 | Summe ordentliche Aufwendungen | 51.426.173 | 54.969.197 | 56.341.779 |
| 21 | Ordentl. Ergebnis | -29.654.119 | -30.120.324 | -30.657.324 |
| Außerordentliche Erträge und Aufwendungen | | | | |
| 22 | Außerordentliche Erträge | 948 | 0 | 0 |
| 23 | Außerordentliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 24 | Außerordentl. Ergebnis | 948 | 0 | 0 |
| 25 | Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -29.653.171 | -30.120.324 | -30.657.324 |
| Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 26 | Erträge aus int. Leistungsbezieh. | 0 | 0 | 0 |
| 27 | Aufw. aus int. Leistungsbezieh. | 56.231 | 55.657 | 53.724 |
| 28 | Saldo aus int. Leistungsbezieh. | -56.231 | -55.657 | -53.724 |
| 29 | Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -29.709.402 | -30.175.982 | -30.711.048 |

Produktkennzahl(en):

Bedarfsgemeinschaften SGB II
davon im Fluchtkontext

| | Ist 2014 | Ist 2015 | Ist 2016 | Plan 2017 | Plan 2018 |
|------------------------------|----------|----------|----------|-----------|-----------|
| Bedarfsgemeinschaften SGB II | 11.947 | 11.494 | 11.085 | 11.500 | 11.200 |
| davon im Fluchtkontext | - | - | - | 350 | 300 |

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Der Planwert 2018 der Kennzahl "Bedarfsgemeinschaften SGB II" wurde der aktuellen Entwicklung angepasst und von 11.450 auf 11.200 gesenkt. Die Ausweisung der Bedarfsgemeinschaften im Fluchtkontext wurde ergänzt. Die Liste der zum Produkt gehörenden Leistungen wurde aktualisiert.

Wesentliches Produkt

1.31.31XX.X0 - Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten

Produktbeschreibung:

- Leistungen für Asylbewerber / Geflüchtete nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Unterbringung von Asylbewerbern / Geflüchteten
- soziale Betreuung und Beratung von Asylbewerbern / Geflüchteten
- Integration der Asylbewerber / Geflüchteten u. a. durch Spracherwerb, Beschäftigung und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Produktziele:

- rechtmäßige, bedarfsgerechte und zeitnahe Antragsbearbeitung
- Bereitstellung von Unterkünften
- Bereitstellung von Mietwohnungen für besonders Schutzwürdige
- Integration der Asylbewerber / Geflüchteten u. a. durch Spracherwerb, Beschäftigung und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Zum Produkt gehörende Leistungen :

- 1.31.3130.10.01 AsylbLG-Hilfe zum Lebensunterhalt
- 1.31.3130.10.02 AsylbLG-Grundleistungen
- 1.31.3130.10.03 AsylbLG-Hilfe zur Gesundheit
- 1.31.3130.10.04 AsylbLG-Hilfe analog 5.-9. Kap. SGB XII
- 1.31.3130.10.05 AsylbLG-sonst. Leistungen öT -Sachleistg
- 1.31.3130.10.06 AsylbLG-sonst. Leistungen öT -Geldleistg
- 1.31.3130.10.07 AsylbLG-Grundleistung. öT -Sachleistungen
- 1.31.3130.10.08 AsylbLG-Grundleistung. öT-Wertgutscheine
- 1.31.3130.10.09 AsylbLG-Grundleist. öT-pers.Bedürf./Barb
- 1.31.3130.10.10 AsylbLG-Grundleistung. öT-Geldleistungen
- 1.31.3130.10.11 AsylbLG -Arbeitsgelegenheiten
- 1.31.3130.10.12 Bildungs- u. Teilhabepaket - § 2 AsylbLG
- 1.31.3130.10.13 Bildungs- u. Teilhabepaket - § 3 AsylbLG
- 1.31.3130.10.14 AsylbLG-Grundleist. öT-KDU Wohnungen § 3
- 1.31.3130.10.15 AsylbLG-Grundleist. öT-KDU Gem.-UK § 3
- 1.31.3119.10.04 Verwaltung v. Flüchtlingsangelegenheiten
- 1.31.3155.20.01 Unterbringung
- 1.31.3155.20.02 Beratung und Betreuung
- 1.31.3517.30.01 Integration v. Gefl. - Koord. + Planung
- 1.31.3517.30.02 Integrationsförderung f. Geflüchtete
- 1.31.3517.30.03 institutionelle Förd. - Maßn. f. Gefl.
- 1.31.3517.30.04 Projektförderung - Maßn. f. Geflüchtete
- 1.31.3517.30.05 Förd. Ehrenamtl. Engagement f. Gefl.
- 1.31.3517.30.06 Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen FIM

| Erträge und Aufwendungen | | Ergebnis 2016 -Euro- | Ansatz 2017 -Euro- | Ansatz 2018 -Euro- |
|--|---|----------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ordentliche Erträge | | | | |
| | Entgelte | 0 | 0 | 0 |
| | Übrige ordentliche Erträge | 1.549.327 | 3.050.000 | 4.470.000 |
| 12 | Summe ordentliche Erträge | 1.549.327 | 3.050.000 | 4.470.000 |
| Ordentliche Aufwendungen | | | | |
| 13 | Personalaufwendungen | 1.364.058 | 2.072.725 | 1.794.689 |
| 14 | Versorgungsaufwendungen | | In Zeile 13 enthalten | |
| 15 | Aufw. für Sach- und Dienstleistungen | 2.415.731 | 10.133 | 16.633 |
| 16 | Abschreibungen | 40.600 | 11.377 | 46.161 |
| 17 | Zinsen und ähnliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 18 | Transferaufw. | 3.316.597 | 4.624.700 | 6.819.800 |
| 19 | Sonstige ordentliche Aufw. | 1.202.515 | 2.731.032 | 1.668.356 |
| 20 | Summe ordentliche Aufwendungen | 8.339.500 | 9.449.966 | 10.345.638 |
| 21 | Ordentl. Ergebnis | -6.790.173 | -6.399.966 | -5.875.638 |
| Außerordentliche Erträge und Aufwendungen | | | | |
| 22 | Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| 23 | Außerordentliche Aufw. | 1.233 | 0 | 0 |
| 24 | Außerordentl. Ergebnis | -1.233 | 0 | 0 |
| 25 | Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -6.791.406 | -6.399.966 | -5.875.638 |
| Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 26 | Erträge aus int. Leistungsbezieh. | 0 | 0 | 0 |
| 27 | Aufw. aus int. Leistungsbezieh. | 129.812 | 95.094 | 133.714 |
| 28 | Saldo aus int. Leistungsbezieh. | -129.812 | -95.094 | -133.714 |
| 29 | Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -6.921.218 | -6.495.060 | -6.009.352 |

Produktkennzahl(en):

| | | Ist 2014 | Ist 2015 | Ist 2016 | Plan 2017 | Plan 2018 |
|---|--------------------|----------|----------|----------|-----------|-----------|
| Zugewiesene Geflüchtete im Leistungsbezug * | Jahresdurchschnitt | 47 | 50 | 312 | 550 | 550 |
| Zugänge in den Leistungsbezug | Anzahl | | | 484 | 500 | 500 |
| Abgänge aus dem Leistungsbezug | Anzahl | | | 132 | 500 | 500 |
| Erstattungsfähige Personen * / ** | Jahresdurchschnitt | 43 | 45 | 73 | 305 | 313 |

Hinweise:

* Inkl. "Altfälle" bis 31.12.2015

** Ab 2017 nach Änderung der Erstattungsvorschriften durchschnittliche Personenzahl des Vorjahres

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Der Planwert 2018 der Kennzahl "Erstattungsfähige Personen" wurde der aktuellen Entwicklung angepasst und von 447 auf 313 gesenkt.

Wesentliches Produkt

1.54.5400.05 - Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.

Produktbeschreibung:

Unterhaltung und Instandsetzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze; hierzu gehört auch die Auftragsvergabe, Bauüberwachung und Abrechnung.

Produktziele:

- Wirtschaftliche Substanzerhaltung
- Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit
- Erhaltung funktionstüchtiger Entwässerungsanlagen

Zum Produkt gehörende Leistungen :

- 1.54.5400.05.01 Durchführung von Straßenkontrollen
- 1.54.5400.05.02 Decken-, Oberfl.- u. Rissebehandlung
- 1.54.5400.05.03 Gräbenräumung u. Mäharbeiten
- 1.54.5400.05.04 Ausbesserungen an Straßen u. Anlagen
- 1.54.5400.05.05 Fremdleistungen incl. Betreuung
- 1.54.5400.05.06 Winterdienst
- 1.54.5400.05.07 Aufgrabungsinspektion
- 1.54.5400.05.08 Bauhoforganisation

| Erträge und Aufwendungen | | Ergebnis 2016 -Euro- | Ansatz 2017 -Euro- | Ansatz 2018 -Euro- |
|--|---|----------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ordentliche Erträge | | | | |
| | Entgelte | 156 | 0 | 0 |
| | Übrige ordentliche Erträge | 60.487 | 93.426 | 126.445 |
| 12 | Summe ordentliche Erträge | 60.643 | 93.426 | 126.445 |
| Ordentliche Aufwendungen | | | | |
| 13 | Aufw. für aktives Personal | 2.196.413 | 1.969.626 | 2.371.373 |
| 14 | Aufw. für Versorgung | | In Zeile 13 enthalten | |
| 15 | Aufw. für Sach- und Dienstleistungen | 1.925.052 | 1.704.965 | 2.303.740 |
| 16 | Abschreibungen | 103.807 | 133.727 | 132.174 |
| 17 | Zinsen und ähnliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 18 | Transferaufw. | 0 | 0 | 0 |
| 19 | Sonstige ordentliche Aufw. | 336.527 | 391.885 | 396.049 |
| 20 | Summe ordentliche Aufwendungen | 4.561.798 | 4.200.202 | 5.203.336 |
| 21 | Ordentl. Ergebnis | -4.501.155 | -4.106.776 | -5.076.891 |
| Außerordentliche Erträge und Aufwendungen | | | | |
| 22 | Außerordentliche Erträge | 47 | 0 | 15.617 |
| 23 | Außerordentliche Aufw. | 0 | 0 | 15.617 |
| 24 | Außerordentl. Ergebnis | 47 | 0 | 0 |
| 25 | Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -4.501.109 | -4.106.776 | -5.076.891 |
| Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 26 | Erträge aus int. Leistungsbezieh. | 0 | 0 | 0 |
| 27 | Aufw. aus int. Leistungsbezieh. | 235.398 | 301.079 | 306.893 |
| 28 | Saldo aus int. Leistungsbezieh. | -235.398 | -301.079 | -306.893 |
| 29 | Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -4.736.506 | -4.407.855 | -5.383.784 |

Produktkennzahl(en):

| | | Ist 2014 | Ist 2015 | Ist 2016 | Plan 2017 | Plan 2018 |
|--|---|----------|----------|----------|-----------|-----------|
| Erhaltungskosten je km Str. | € | 4.508 | 5.563 | 5.235 | 6.270 | 7.086 |
| Kosten Straßenunterh. eig. Kolonnen/Std. | € | 58 | 58 | 62 | 60 | 60 |

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Dieses wesentliche Produkt wurde im Entwurf versehentlich nicht abgedruckt.

Wesentliches Produkt

1.54.5400.06 - Betrieb u. Unterhaltung v. Ing-Bauwerken

Produktbeschreibung:

Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Brücken und Ingenieurbauwerken

Zum Produkt gehörende Leistungen :

- 1.54.5400.06.01 Unterhaltung von Brücken, Durchl. etc.
- 1.54.5400.06.02 Unterhaltung von Tiefgaragen

Produktziele:

- Wirtschaftliche Substanzerhaltung der Brückeninfrastruktur
- Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit an Brücken und Ingenieurbauwerken

| Erträge und Aufwendungen | | Ergebnis 2016 -Euro- | Ansatz 2017 -Euro- | Ansatz 2018 -Euro- |
|--|---|----------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ordentliche Erträge | | | | |
| | Entgelte | 0 | 0 | 0 |
| | Übrige ordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| 12 | Summe ordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliche Aufwendungen | | | | |
| 13 | Aufw. für aktives Personal | 64.369 | 46.470 | 56.268 |
| 14 | Aufw. für Versorgung | | In Zeile 13 enthalten | |
| 15 | Aufw. für Sach- und Dienstleistungen | 225.492 | 198.600 | 198.600 |
| 16 | Abschreibungen | 0 | 0 | 0 |
| 17 | Zinsen und ähnliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 18 | Transferaufw. | 0 | 0 | 0 |
| 19 | Sonstige ordentliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 20 | Summe ordentliche Aufwendungen | 289.860 | 245.070 | 254.868 |
| 21 | Ordentl. Ergebnis | -289.860 | -245.070 | -254.868 |
| Außerordentliche Erträge und Aufwendungen | | | | |
| 22 | Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| 23 | Außerordentliche Aufw. | 0 | 0 | 0 |
| 24 | Außerordentl. Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| 25 | Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -289.860 | -245.070 | -254.868 |
| Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 26 | Erträge aus int. Leistungsbezieh. | 0 | 0 | 0 |
| 27 | Aufw. aus int. Leistungsbezieh. | 0 | 0 | 0 |
| 28 | Saldo aus int. Leistungsbezieh. | 0 | 0 | 0 |
| 29 | Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-) | -289.860 | -245.070 | -254.868 |

Produktkennzahl(en):

Erhaltungskosten je Bauwerk

€

Ist 2014

Ist 2015

Ist 2016

Plan 2017

Plan 2018

1.182

1.610

1.646

1.470

1.730

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Dieses wesentliche Produkt wurde im Entwurf versehentlich nicht abgedruckt.

Anpassung gegenüber dem Entwurf:

Im Entwurf wurde zum Teil-Ergebnishaushalt der Allgemeinen Finanzwirtschaft versehentlich das Erläuterungsblatt eines anderen Teilhaushalts abgedruckt.

Haushaltsvermerk

Für den Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft wird ein Budget gemäß § 4 Abs. 3 KomHKVO mit den tatbestandlichen Voraussetzungen der unechten Deckungsfähigkeit nach § 18 und § 19 KomHKVO, der gegenseitigen Deckungsfähigkeit nach § 19 KomHKVO und der Übertragbarkeit nach § 20 KomHKVO gebildet. Der Budgetvermerk umfasst im Teilergebnishaushalt sämtliche Erträge und Aufwendungen mit Ausnahme der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, der Aufwendungen für Abschreibungen, der Zuführungen zu den Rückstellungen und der Erträge und Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen. Nicht zum Budget gemäß § 4 Abs. 3 KomHKVO gehören die Instandhaltungsprojekte mit den Budgetzuordnungen „Global __“, „Programm __“ und „Projekte __“. Die Instandhaltungsprojekte sind entsprechend ihrer Budgetzuordnung nur innerhalb dieses Budgets gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen

zu Zeile 1 (Steuern und ähnliche Abgaben):

Erläuterungen zu den Steuern sind im Vorbericht unter den Ziffern 2.1.1 bis 2.1.4 dargestellt.

zu Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen):

In dieser Position werden die Schlüsselzuweisungen und die Allgemeinen Zuweisungen vom Land aus dem Nds. Finanzausgleich ausgewiesen. Erläuterungen zum Finanzausgleich sind im Vorbericht unter Ziffer 2.1.7 dargestellt.

zu Zeile 8 (Zinsen und ähnliche Finanzerträge):

davon

- Erträge aus der Verzinsung von Gewerbesteuerforderungen, die sich auf zurückliegende Zeiträume beziehen 3.000.000 €

Erläuterung der Abweichung zwischen den Ansätzen 2017 und 2018*):

Die Abweichung in Zeile 8 gegenüber der Veranschlagung im Vorjahr ergibt sich durch den Ansatz für die Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen, der von 2,0 Mio. € auf 3,0 Mio. € angehoben worden ist. Diese Zinserträge unterliegen starken Schwankungen, da sich Nachzahlungen großer Gewerbesteuerzahler auf länger zurückliegende Jahre in unregelmäßigen Zeitabständen ergeben und teilweise zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht bekannt sind. Für das Jahr 2018 wird mit einer stabilen Entwicklung sich ergebender Nachzahlungszinsen bei der Gesamtheit der Gewerbesteuerzahler, aber auch mit einigen größeren Nachzahlungen auf länger zurückliegende Zeiträume gerechnet.

zu Zeile 15 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen):

Bereits zum Haushalt 2016 sind die jährlichen Haushaltsmittel für Brandschutz aufgestockt worden. Die Maßnahmen werden über Projekte des Investitionsmanagements abgewickelt. Für diesen Zweck besteht eine zum Jahresabschluss gebildete Rückstellung. In dieser Zeile ist der Verbrauch der Rückstellung i. H. v. 1,2 Mio. € eingeplant, woraus sich an dieser Stelle der „negative“ Aufwand ergibt.

zu Zeile 17 (Zinsen und ähnliche Aufwendungen):

davon

- | | |
|--|-------------|
| - Zinsaufwendungen an Kreditinstitute | 2.899.400 € |
| - Verzinsung von Gewerbesteuererstattungen, die sich auf zurückliegende Zeiträume beziehen | 1.500.000 € |

zu Zeile 18 (Transferaufwendungen):

- Gewerbesteuerumlage (s. Erläuterung im Vorbericht unter Ziffer 2.2.7)
- Entschuldungsumlage 1.400.000 € (s. a. Erläuterungen zu den Zuweisungen aus dem Nds. Finanzausgleich unter Ziffer 2.1.7 des Vorberichts)

zu Zeile 19 (Sonstige ordentliche Aufwendungen):

In dieser Position wird die Deckungsreserve für Personalaufwendungen ausgewiesen. Sie enthält einen Betrag in Höhe von 4.647.100 € (s. a. Ziffer 2.2.1 des Vorberichts).

Erläuterung der Abweichung zwischen den Ansätzen 2017 und 2018*):

Im Haushaltsplan enthält die Deckungsreserve für Personalaufwendungen regelmäßig nur einen Betrag für die leistungsorientierte Bezahlung. Im Haushaltsplanentwurf sind weitere Mittel enthalten, z.B. für Stellenplanveränderungen, so dass die Deckungsreserve im Haushaltsplanentwurf zumeist wesentlich höher als im Enddruck ist.

*) Gemäß dem finanzunwirksamen Antrag Nr. 19 zum Haushalt 2014 sind alle Ansatzveränderungen von mindestens 20% gegenüber dem Ansatz des Vorjahres zu erläutern, sofern diese Veränderungen eine Summe von 100.000 € überschreiten.

Anlage 4

Ergebnishaushalt

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |

Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

| 18 | | Transferaufwendungen | | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
|-----|--------------|---|------------|---|-----------|---|-----------|---|-----------|---|-----------|---|---------|--|
| 052 | 1.61.6110.01 | Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen | DIE LINKE. | Einführung Kulturförderabgabe Es soll eine Kulturförderabgabe nach dem Vorbild der Stadt Köln - örtliche Aufwandssteuer bei entgeltlicher Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb in Höhe von 5% des vom Gast aufgewendeten Betrages - erhoben werden. | | | | | | | | | dauerh. | 303910 Sonstige örtliche Steuern Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. abgelehnt 1 / 9 / 1 |
| | | | WA | | + 500.000 | | + 500.000 | | + 500.000 | | + 500.000 | | | |

Teilhaushalt FB 01 - Zentrale Steuerung

| 5 | | Öffentlich-rechtliche Entgelte | | | + 22.600 | 0 | + 22.600 | 0 | + 22.600 | 0 | + 22.600 | 0 | | |
|-----|--------------|--------------------------------|----------------|--|----------|---|----------|---|----------|---|----------|---|---------|--|
| 149 | 1.11.1116.04 | Repräsentationen | p ² | Gebührenerhöhung für Trauungen in Schloß Richmond Diese Anhebung der Gebühren für Trauungen im Schloß Richmond auf 500 EUR fällt im Vergleich zu üblichen Traukosten nicht ins Gewicht. Das sollte die Anmietung der Lokation wert sein. | | | | | | | | | dauerh. | 331110 Verwaltungsgebühren Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Kostenangabe. Der Betrag wurde durch die Verwaltung ermittelt. Ein etwaiger Rückgang der Nachfrage wurde nicht berücksichtigt. Im Hinblick auf die Gebühren für umliegende gleichwertige Trauorte wie z. B. das Schloss Salder in Salzgitter (250 €) oder das Schloss in Wolfsburg (120 €) ist jedoch eine Abwanderung nicht ausgeschlossen. |
| | | | | | + 22.600 | | + 22.600 | | + 22.600 | | + 22.600 | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|--|--------------------------------|--|-------------------------|---|-----|--------------------|--------------|---------|--|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| Teilhaushalt FB 10 - Zentrale Dienste | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | | 0 | + 37.000 | 0 | + 37.000 | 0 | + 37.000 | 0 | + 37.000 | | |
| 056 | 1.57.5732.01 | Dorfgemeinschaftshäuser | CDU | Dorfgemeinschaftshaus Melverode Gemäß des Zukunftskonzeptes des Kulturrings Melverode e. V. soll die als "Alte Schule" bekannte Liegenschaft von der Nibelungen Wohnbau GmbH angemietet und zukünftig als Dorfgemeinschaftshaus Melverode genutzt werden. Dafür sind Kosten von rund 37.000 Euro anzusetzen, anteilig für Miet- und Nebenkosten. Die Vermietung des Dorfgemeinschaftshauses erfolgt dann später durch die Stelle 10.33 im Rahmen der vorhandenen Personalkapazitäten. | | | | dauerh. | 423110 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen | | | | | | |
| | | | | | | | + 37.000 | | + 37.000 | | + 37.000 | | + 37.000 | | |
| 158 | 1.57.5732.01 | Dorfgemeinschaftshäuser | BIBS | "Alte Schule Melverode" als Begegnungsstätte Die Verwaltung wird gebeten, wie im Konzeptpapier des Kulturrings Melverode vorgesehen, einen einmaligen Investitionszuschuss in Höhe von 73.000 € (44.000 € Zuschuss zu den Baukosten und 29.000 € Zuschuss für Einrichtungsgegenstände) in den Haushalt 2018 aufzunehmen. Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, anteilig für 2018 die jährlichen Kosten für Miete, Reinigung und Hausmeisterfunktion in den Haushalt aufzunehmen. Anhand des vorliegenden und sich noch weiterentwickelnden Zukunftskonzeptes des Kulturrings Melverode als mitverantwortlicher Einrichtung wird die Notwendigkeit des Erhalts einer Begegnungsstätte für den Stadtteil Melverode deutlich. Um gewachsene Strukturen in diesem Wohnquartier nicht zu gefährden, ist der Erhalt und die Sanierung des über Jahrzehnte bei Renovierungen unbeachteten Standortes "Alte Schule" unabdingbar (s. auch Liste des Investitionsmanagements). | | | | dauerh. | 423110 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen Anmerkung der Verwaltung: Der erste Satz des Antrags wird im Bereich des Investitionsmanagements beraten. Im zweiten Satz war keine Kostenangabe enthalten. In den Anträgen der CDU-Fraktion (Nr. 056) und des Stadtbezirksrates 212 wurden 37.000 € genannt. Da der Verwaltung die anteiligen Kosten für Miete, Reinigung und Hausmeisterfunktion für 2018 nicht bekannt sind, wurde auch hierfür der Ganzjahresbetrag angesetzt. | | | | | | |
| | | | | | | | + 37.000 | | + 37.000 | | + 37.000 | | + 37.000 | | |
| | 1.57.5732.01 | Dorfgemeinschaftshäuser | SBR 212 | Dorfgemeinschaftshaus Melverode (Alte Schule) Der Stadtbezirksrat 212 unterstützt den Fortbestand der Einrichtung "Alte Schule Melverode" als Begegnungsstätte. Die Verwaltung wird gebeten, wie im Konzeptpapier des Kulturrings Melverode vorgesehen, einen einmaligen Investitionszuschuss in Höhe von 73.000 € (44.000 € Zuschuss zu den Baukosten und 29.000 € Zuschuss für Einrichtungsgegenstände) in den Haushalt 2018 aufzunehmen. Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, anteilig für 2018 die jährlichen Kosten für Miete, Reinigung und Hausmeisterfunktion in den Haushalt aufzunehmen. | | | | dauerh. | 423110 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen Anmerkung der Verwaltung: Der erste Satz des Antrags wird im Bereich des Investitionsmanagements beraten. | | | | | | |
| | | | | | | | + 37.000 | | + 37.000 | | + 37.000 | | + 37.000 | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|---|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|--------------------------------------|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | | | 0 | + 12.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | | |
| 053 | 1.11.1145.01 | Freiwilligen-Agentur | SPD | Freiwilligen-Agentur Die Freiwilligenagentur hat ein breites Arbeitsspektrum: Das reicht von der Vermittlung von Patenschaften bis hin zur stadtteilbezogenen Netzwerkarbeit. Eine besondere Herausforderung stellt das stetige Akquirieren neuer Ehrenamtlicher sowie deren fachliche Begleitung dar. Ein neues Arbeitsfeld ist die Vermittlung von Geflüchteten ins Ehrenamt. Hierbei spielen interkulturelle sowie mehrsprachige Aspekte eine wesentliche Rolle. Um diesen neuen Aufgaben gerecht zu werden, bedarf es einer finanziellen Erhöhung. Wegen des Bezugs zur Flüchtlingsarbeit soll dieser Haushaltsantrag auch im Ausschuss für Integrationsfragen und im Ausschuss für Soziales und Gesundheit behandelt werden. | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | | |
| | | | AfSG | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | angenommen 7 / 4 / 0 | |
| | | | AfI | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | angenommen 7 / 4 / 0 | |
| 054 | 1.11.1145.01 | Freiwilligen-Agentur | BIBS | Erhöhung Zuschuss Freiwilligen-Agentur Seit November 2014 ist die Freiwilligenagentur in Braunschweig unterstützend in der integrativen Flüchtlingsarbeit tätig. Seit Juni 2015 hat die Agentur eine Verdreifachung des Nachfrageaufkommens abzarbeiten. Hinzu kommen zusätzliche Anfragen durch Institutionen, Initiativen und Einrichtungen sowie von Geflüchteten selbst, die um Unterstützung und Hilfe durch ehrenamtlich Tätige bitten. Daher bittet die Freiwilligenagentur um eine Erhöhung des städtischen Zuschusses. | | | | | | | | | | | für 3 Jahre | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | | | | | + 14.000 | | + 14.000 | | + 14.000 | | 0 | | | |
| | | | AfSG | | | | | | | | | | | | abgelehnt 1 / 9 / 1 | |
| | | | AfI | | | | | | | | | | | | abgelehnt 2 / 9 / 0 | |
| | 19 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | | | 0 | + 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | | |
| 055 | 1.57.5732.01 | Dorfgemeinschaftshäuser | CDU | Gutachten zur Zukunft der Braunschweiger Dorfgemeinschaftshäuser In vielen Braunschweiger Stadtteilen besteht Bedarf nach einem zentralen Ort, an dem sich Vereine, Verbände und Initiativen vor Ort treffen und Veranstaltungen durchführen können. Oftmals sollen auch private Feiern durchgeführt, da es aufgrund des "Kneipensterbens" keine adäquaten Räumlichkeiten mehr gibt. Mit einem Gutachten soll ausgelotet werden, welche zukunftsfähigen Strukturen geschaffen werden sollten, welche dauerhaften Kosten damit verbunden wären und welche Bedarfe damit gedeckt werden können. | | | | | | | | | | | einmalig | 443140 Prüfungs- und Beratungskosten |
| | | | | | | | + 30.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|--------------------------------------|--------------------------------|--|-------------------------|---|-----|--------------------|--------------|----------|--------------|----------|--------------|----------|--------------|-------|---|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| Teilhaushalt FB 20 - Finanzen | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | | | 0 | + 47.000 | 0 | + 70.000 | 0 | + 70.000 | 0 | + 70.000 | | | |
| 057 | 1.25.2710.01 | Volkshochschulen | SPD | <p>Einrichtung einer Praxisklasse an der Hauptschule Rünigen Zum Schuljahr 2018/2019 wird eine Praxisklasse an der Hauptschule Rünigen eingerichtet. Dazu werden 47.000 € für das Haushaltsjahr 2018 und 70.000 € für die Folgejahre eingeplant.</p> <p>Die Praxislernklassen an den Hauptschulen Sophienstraße und Pestalozzistraße sind sehr erfolgreich (vgl. Vorlagen 15-00813, 16-01627 und 17-05389). In der Sitzung des JHA am 24.08.2017 teilte die Verwaltung mit, dass aufgrund des Antrags "Politische Schwerpunktsetzung bei vorsorgeorientierter Haushaltspolitik" (FU 041) zum Haushalt 2017 die Einrichtung einer dritten Praxisklasse in Braunschweig unterblieben und auch für die Folgejahre nicht vorgesehen sei (vgl. Vorlage 17-05403-01). Mit den beantragten Mitteln soll auch an der GHS Rünigen eine Praxislernklasse eingerichtet werden. Die Kosten für die Lehrkräfte trägt das Land Niedersachsen.</p> | | | | | | | | | | | dauerh. | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen |
| | | | JHA | <p>Der JHA hat beschlossen, den Antrag Nr. 057 betraglich an den Antrag Nr. 058 anzupassen.</p> | | | | | | | | | | | | |
| | | | SchA | <p>Der Schulausschuss hat über die beiden Anträge 057 und 058 gemeinsam abgestimmt. Es wird einvernehmlich ergänzt, dass keine Vorfestlegung auf die Grund- und Hauptschule Rünigen erfolgen soll, sondern dass diese Schule lediglich in erster Linie berücksichtigt werden soll.</p> | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | + 47.000 | | + 70.000 | | + 70.000 | | + 70.000 | | | | |
| | | | | | | + 46.700 | | + 70.000 | | + 70.000 | | + 70.000 | | | angenommen 13 / 0 / 0 | |
| | | | | | | + 47.000 | | + 70.000 | | + 70.000 | | + 70.000 | | | angenommen 16 / 0 / 0 | |

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|--|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|---|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | |
| 058 | 1.25.2710.01 | Volkshochschulen | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Einrichtung einer dritten Praxisklasse Zum Beginn des Schuljahres 2018/2019 wird eine dritte Praxisklasse eingerichtet. Die dazu notwendigen Mittel (nach Aussage der Verwaltung im Startjahr 46.700 € und in den Folgejahren 70.000 €) werden in den Haushaltsplan 2018 eingestellt und für die Folgejahre fortgeschrieben. Die Verwaltung prüft die Bedarfe und teilt den zuständigen Gremien rechtzeitig mit, an welcher Schule eine dritte Praxisklasse eingerichtet werden soll.</p> <p>Ursprünglich sollte bereits zum Schuljahr 2017/2018 eine Praxisklasse an der Grund- und Hauptschule Rünigen eingerichtet werden. Die dafür notwendigen Mittel wurden von der Verwaltung allerdings aufgrund eines Sparbeschlusses zum Haushalt 2017 gestrichen. Da es sich bei den Praxisklassen unbestritten um ausgesprochen erfolgreiche Maßnahmen zur Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt handelt, sollte dringend zum Beginn des nächsten Schuljahres eine weitere Praxisklasse die Arbeit aufnehmen können. Eine Festlegung auf den Standort der Grund- und Hauptschule Rünigen soll dabei zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen, da die Bedarfe sich mittlerweile auch geändert haben können. Insofern wird die Verwaltung gebeten, den zuständigen Gremien (insbesondere dem Jugendhilfeausschuss und dem Schulausschuss) Vorschläge zu unterbreiten.</p> | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen |
| | | | | | | | | | | | | | | | | <p>Anmerkung der Verwaltung: Ab dem Jahr 2018 erfolgt die Durchführung der Praxisklassen durch die VHS Arbeit und Beruf GmbH im Rahmen ihrer Betrauungsaufgaben. Entsprechende Ausgleichsleistungen werden der Gesellschaft aus dem Teilhaushalt FB 20 gewährt. Die Durchführung einer zusätzlichen Praxisklasse wäre daher grundsätzlich auch im Wirtschaftsplan der VHS Arbeit und Beruf GmbH abzubilden.</p> <p>Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen.</p> | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | JHA | Die Abstimmung erfolgte über den Antrag Nr. 057. | | | | | | | | | | | | | |
| | | | SchA | Der Schulausschuss hat über die beiden Anträge 057 und 058 gemeinsam abgestimmt - Ergebnis siehe Antrag Nr. 057. Es wird einvernehmlich ergänzt, dass keine Vorfestlegung auf die Grund- und Hauptschule Rünigen erfolgen soll, sondern dass diese Schule lediglich in erster Linie berücksichtigt werden soll. | | | | | | | | | | | | | |

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Veränderungen in € | | | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|---|--------------------------------|--|-------------------------|----------------------|-----|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|----------|--|
| | | | | Planansatz 2018 in € | | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | bisher | neu | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| | 19 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | | | 0 | + 100.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
| 059 | 1.54.5470.01 | ÖPNV | DIE LINKE. | | | | | | | | | | | einmalig | 443140 Prüfungs- und Beratungskosten |
| | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | PIUA | | | | + 100.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | abgelehnt 3 / 9 / 1 |
| 060 | 1.54.5480.01 | Sonstiger Personen- und Güterverkehr | BIBS | | | | | | | | | | | | 443140 Prüfungs- und Beratungskosten |
| | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | BA | | | | + 100.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Betrag. Dieser wurde erst zur Beratung im FPA ergänzt. Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen |
| Teilhaushalt FB 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | | 0 | + 20.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
| 061 | 1.12.1221.14 | Zentraler Ordnungsdienst | CDU | | | | | | | | | | | einmalig | 426110 Aufwand für Dienst- und Schutzkleidung |
| | | | | | | | + 20.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | | | 0 | + 10.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
| 159 | 1.12.1221.51 | Tierschutz/Tiergesundheit | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | | | | | + 10.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|---------|--------------------------------|--|-------------------------|--|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| diverse | | | | | | 0 | - 150.000 | 0 | - 150.000 | 0 | - 150.000 | 0 | - 150.000 | | |
| 150 | 1.12.1221.32 | Register- und Sonderaufgaben | P ² | Senkung der Personalkosten bei 1.12.1221.32 „Register- und Sonderaufgaben“ Der Umfang des Tätigkeitsfeldes, der hauptsächlich daraus besteht, Auszüge aus dem KfZ-Register an die Polizei weiterzuleiten, sowie Hilfsleistungen für den Verfassungsschutz zu geben, erklärt den Personalbedarf nicht. (S.112 Produktbuch) Nach Abwägung aller Aufwendungen erscheint die hier gestrichene am ehesten verzichtbar, ohne die Bürger über Gebühr zu belasten. | | | | | | | | | | dauerh. | diverse Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. |
| | | | | | | | - 150.000 | | - 150.000 | | - 150.000 | | - 150.000 | | |

Teilhaushalt FB 37 - Feuerwehr

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----|--------------|--|-----|--|---|----------|----------|----------|----------|---|---|---|---|-----------------------|---|
| 15 | | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 0 | + 15.000 | 0 | + 15.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | | | |
| 062 | 1.12.1260.21 | Freiwillige Feuerwehr | SPD | Bekleidung für die Kinderfeuerwehren in Braunschweig Die Freiwillige Feuerwehr leistet einen wichtigen Beitrag in der örtlichen Jugendarbeit. Zudem sorgt sie damit für den Nachwuchs in der Freiwilligen Feuerwehr. Derzeit werden neue Mitglieder für die Einsatzabteilungen der Ortsfeuerwehren meist aus den Jugendabteilungen gewonnen. Diese wiederum erhalten ihren Nachwuchs aus den Kinderabteilungen. Deshalb soll, als Motivationsfaktor für die Feuerwehrmitglieder im Alter von 6 bis 10 Jahren, "Kinder-feuerwehr-Dienstkleidung" beschafft werden. Auf Grundlage der Vorlagen 16-02290 und 16-02841 soll die Neueinkleidung der Kinderabteilungen über zwei Jahre gestreckt erfolgen. | | | | | | | | | | für 2 Jahre | 426110 Aufwand für Dienst- und Schutzkleidung |
| | | | | | | | + 15.000 | | + 15.000 | | 0 | | 0 | | |
| | | | | | | | + 15.000 | | + 15.000 | | 0 | | 0 | angenommen 10 / 0 / 0 | |
| | | | | | | | | | | | | | | | |

Teilhaushalt FB 41 - Kultur und Wissenschaft

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----|--------------|---|-----------------------|--|---|---|-------|---|-------|---|-------|---|-------|---------------------|--|
| 5 | | Öffentl.-rechtl. Entgelte, außer f. Inv. | | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | | |
| 070 | 1.25.2720.01 | Sonstige Dienstleistungen Stadtbiblioth. | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Freies Internet / WLAN in der Stadtbibliothek Die Nutzung von Internet und WLAN in der Stadtbibliothek wird freigestellt. Die Freistellung kann auf Nutzer/innen mit gültigem Benutzerausweis beschränkt werden. Städtische Büchereien sind Orte der Bildung, der Wissensvermittlung und zunehmend auch der öffentlichen Kommunikation. In Braunschweig ist die Nutzung von Internet und WLAN in der Stadtbibliothek anders als in anderen Städten oder z. B. in der Universitätsbibliothek immer noch gebührenpflichtig. Das sollte u. E. geändert werden. Der kostenfreie Zugang kann auf Nutzer/innen mit gültigem Benutzerausweis oder auch auf eine bestimmte Zeitdauer beschränkt werden. Damit könnte der Zugang zu den begrenzt vorhandenen Internet-Terminals besser kontrolliert und gleichzeitig Werbung für die Ausstellung eines Benutzerausweises gemacht werden. | | | | | | | | | | dauerh. | 332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Kostenangabe. Die Verwaltung hat den hier genannten Betrag ermittelt. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. |
| | | | | | | | - 400 | | - 400 | | - 400 | | - 400 | | |
| | | | | | | | | | | | | | | abgelehnt 2 / 4 / 4 | |
| | | | | | | | | | | | | | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | | | | | | | | |
|-----|--------------------------------------|---|----------------------------|---|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|--|--------|--|---|----------|---|--|--|--|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | | | | | | | | |
| | 18 | | | | | 0 | + | 30.800 | | 0 | + | 30.800 | | 0 | + | 30.800 | | 0 | | | | | | |
| 063 | 1.25.2511.09 | Kontinuitätsförderung Wissenschaft | AfD AfKW | Streichung Zuschuss Arbeitskreis Andere Geschichte Der Verein erhebt einen wissenschaftlichen Anspruch, ist aber einseitig und tendenziös orientiert; auf seinen Webseiten sind keine Arbeitsgruppenaktivitäten feststellbar, die solche Ausgaben rechtfertigen würden. | | | | | - | 94.700 | | 0 | | 0 | | | | 0 | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. Der Antrag wurde zurückgezogen. | | | | |
| 064 | 1.25.2511.09 | Kontinuitätsförderung Wissenschaft | BIBS AfKW | Erhöhung Zuschuss Arbeitskreis Andere Geschichte Der Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. beabsichtigt, seine Aktivitäten zur Geschichtsforschung und -vermittlung in Braunschweig 2018 in unvermindertem Umfang fortzuführen. Im Mittelpunkt steht dabei die Betreuung der städtischen Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße. Die Erhöhung des städtischen Zuschusses begründet sich durch Tarifierhöhungen, die der Verein nicht durch Eigenmittel ausgleichen kann. | | | | | + | 2.500 | | 0 | | 0 | | | | 0 | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 2 / 7 / 0 | | | | |
| 065 | 1.25.2522.09 | Kontinuitätsförderung Bildende Kunst | AfD AfKW | Streichung Zuschuss Internationales Filmfest Braunschweig Die Veranstaltung diene einigen Verantwortlichen in diesem Jahr vor allem als Plattform zur politischen Agitation. Die Förderwürdigkeit ist zweifelhaft. | | | | | - | 84.900 | | - | 84.900 | | - | 84.900 | | - | 84.900 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 1 / 9 / 0 | | | |
| 066 | 1.25.2610.08 | Staatstheater | AfD AfKW | Streichung Zuschuss Theaterformen Für 2017 waren 0,-EUR Zuschuß angesetzt, für 2016 und nun auch 2018 320.000,-EUR. Eine Verteilung des Betrages, wenn überhaupt angemessen, auf 2018 und evtl 2019 ist empfehlenswert. | | | | | - | 160.000 | | + | 160.000 | | 0 | | | 0 | 2 Jahre | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Das Festival "Theaterformen" findet alternierend mit Hannover alle 2 Jahre in Braunschweig statt. abgelehnt 1 / 9 / 0 | | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|-----|--------------------------------|--|-----------------------------------|--|-----|--------------------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|-----------|---|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| 067 | 1.25.2610.09 | Kontinuitätsförderung Theater | BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN AfKW | Kontinuitätsförderung des Theaters Fadenschein Mit dieser Erhöhung soll dem Antrag auf Kontinuitätsförderung des Theaters Fadenschein vom 6. September 2017 entsprochen werden. Im Wesentlichen begründet sich die Erhöhung in der unumgänglich gewordenen Einstellung eines Haustechnikers, ohne den das Theater nicht mehr auf Dauer den Spielbetrieb aufrecht erhalten kann. | | | | + 30.800 | | + 30.800 | | + 30.800 | | + 30.800 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 2 / 8 / 0 |
| 068 | 1.25.2610.09 | Kontinuitätsförderung Theater | BIBS AfKW | Erhöhung Zuschuss Figurentheater Fadenschein Das Figurentheater Fadenschein existiert seit 1984 und genießt einen guten Ruf für künstlerische Qualität und wird in Braunschweig selbst von vielen Menschen als unverzichtbare Perle des städtischen Lebens gesehen. Die Erhöhung der städtischen Förderung begründet sich in der unumgänglich gewordenen Einstellung eines Haustechnikers, ohne den das Haus nicht mehr auf Dauer den Spielbetrieb aufrecht erhalten kann. | | | | + 30.800 | | + 30.800 | | + 30.800 | | 0 | für 3 Jahre | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Sowohl der Antrag Nr. 068 als auch der Antrag Nr. 069 wurden angenommen. Die Erhöhungsbeträge werden nur ein Mal berücksichtigt. angenommen 6 / 4 / 0 |
| 069 | 1.25.2610.09 | Kontinuitätsförderung Theater | DIE LINKE. AfKW | Anhebung Zuschuss Theater Fadenschein Das Einrichten einer Haustechnikerstelle ist für das Theater Fadenschein unbedingt erforderlich. Daher der Antrag. | | | | + 30.800 | | + 30.800 | | + 30.800 | | 0 | für 3 Jahre | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 068 angenommen 6 / 4 / 0 |
| 071 | 1.25.2733.09 | Kontinuitätsförderung sonst. Volksbild | AfD AfKW | Streichung Zuschuss Kultur- und Kommunikationszentrum Brunsviga Die Brunsviga bleibt ein defizitärer Zuschußbetrieb mit dauerhaft 40% Unterstützungsbedarf. Ein Konzept zur finanziellen Sanierung liegt nicht vor. | | | | - 313.000 | | - 313.000 | | - 313.000 | | - 313.000 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 1 / 8 / 0 |
| 072 | 1.25.2811.10 | Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf. | AfD AfKW | Streichung Zuschuss KufA (Kultur für Alle e.V)-Projektförderung Der Verein erhält das Soziokulturelle Zentrum zur Nutzung überlassen, und damit bereits verdeckte Zuschüsse in Höhe von 110.000,-EUR durch Betriebskostenübernahme seitens der Stadt. Das dauerhafte Zuschußvolumen ist also wesentlich gestiegen, der Bedarf hier dringend zu prüfen. | | | | - 50.000 | | - 50.000 | | - 50.000 | | - 50.000 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Der Antrag wurde zurückgezogen. |
| 073 | 1.25.2811.10 | Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf. | AfD AfKW | Streichung Zuschuss DRK-Kaufbar (DRK-Sprungbrett gGmbH)-Projektförderung Das DRK sollte dieses Projekt selbst tragen können. Teilweise werden gewerbliche Leistungen durch die KaufBar angeboten (Raumvermietung, Catering, Konzerte und Theaterveranstaltungen), bei denen eine Gewinnerzielung zumindest möglich scheint. | | | | - 50.000 | | - 50.000 | | - 50.000 | | - 50.000 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 1 / 9 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|------------------------------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | | 0 | + 100.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | | |
| 074 | 1.31.3119.40 | Leistungen des Sozialreferates | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | | | + 120.000 | | + 200.000 | | + 200.000 | | + 200.000 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. Der Antrag wurde zurückgezogen. Der Antrag wurde zurückgezogen. Erledigt durch Beschlussfassung über den Antrag Nr. 171. |
| | | | AfSG | | | | | | | | | | | | |
| | | | JHA | | | | | | | | | | | | |
| | | | SchA | | | | | | | | | | | | |
| 075 | 1.31.3119.40 | Leistungen des Sozialreferates | DIE LINKE. | | | | + 207.300 | | + 207.300 | | + 207.300 | | + 207.300 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Ohne Beschlussempfehlung bis zum SchA passieren lassen abgelehnt 1 / 11 / 1 abgelehnt 3 / 9 / 4 |
| | | | AfSG | | | | + 207.300 | | + 207.300 | | + 207.300 | | + 207.300 | | |
| | | | JHA | | | | | | | | | | | | |
| | | | SchA | | | | | | | | | | | | |
| 171 | 1.31.3119.40 | Leistungen des Sozialreferates | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | | | + 100.000 | | 0 | | 0 | | 0 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Ohne Beschlussempfehlung passieren lassen angenommen 10 / 3 / 0 angenommen 12 / 3 / 1 |
| | | | AfSG | | | | + 100.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | |
| | | | JHA | | | | + 100.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | |
| | | | SchA | | | | + 100.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | |

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | | |
|---|--------------------------------|--|-------------------------|----------------------|---|--------------------|--------------|---------|--------------|-----------|--------------|---------|--------------|-------|---|-----------|----------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | | |
| Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | | | 0 | + 161.100 | | 0 | + 123.600 | | 0 | + 123.600 | | 0 | + 111.600 | | |
| | 1.31.3151.20 | Förderung der Altenpflege | SBR 323 | | Zuschuss für die Nachbarschaftshilfe Nord Der Stadtbezirksrat 323 Wenden-Thune-Harxbüttel beantragt, aufgrund der gestiegenen Personalkosten die Zuschüsse an die Nachbarschaftshilfe Nord e. V. angemessen zu erhöhen. | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Kostenangabe. Die Verwaltung hat den hier genannten Betrag ermittelt. Im AFSG wurde festgestellt, dass die Nachbarschaftshilfe Nord im Falle einer Beschlussfassung über die Zuschussdynamisierung profitieren würde. Es ist keine Beschlussfassung erfolgt. |
| | | | AFSG | | | | + 12.300 | | | + 12.300 | | | + 12.300 | | | + 12.300 | | |
| 077 | 1.31.3153.10 | Soz. Einr. f. Menschen mit Behind. | AfD | | Streichung Zuschuss - Ev.-luth. Kirchenverband Sinn und Zweck dieses Zuschusses an eine der größten Religionsgemeinschaften sind nicht nachvollziehbar. | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 1 / 10 / 0 |
| | | | AFSG | | | | - 10.500 | | | - 10.500 | | | - 10.500 | | | - 10.500 | | |
| 078 | 1.31.3157.10 | Förderung von Frauenprojekten | BIBS | | Erhöhung Zuschuss Frauenberatung Die Frauenberatungsstelle ist ein Ort, an dem Frauen mit körperlichen, psychischen, sexuellen und sozialen Gewalterfahrungen feministisch orientierte und professionelle therapeutische Beratung, Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe finden. Die Beratungsstelle ist fester Bestandteil des Netzes psychosozialer Angebote in Braunschweig. Die Beratungsstelle beantragt nun eine Erhöhung der städtischen Förderung zur Abdeckung der Sach- und Personalkosten. | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Der Antrag wurde für erledigt erklärt. |
| | | | AFSG | | | | + 4.200 | | | 0 | | | 0 | | | 0 | | |
| 079 | 1.31.3157.10 | Förderung von Frauenprojekten | DIE LINKE. | | Anhebung Zuschuss Frauenberatungsstelle Tariferhöhungen, die Reduzierung der Eigenleistung und gestiegene Mietnebenkosten machen eine Erhöhung des Zuschusses für die Frauenberatungsstelle auf 142.050 Euro notwendig. | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Der Antrag wurde für erledigt erklärt. |
| | | | AFSG | | | | + 4.200 | | | + 4.200 | | | + 4.200 | | | + 4.200 | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | | | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|-----|--------------------------------------|---|----------------------------|---|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|--|--|------------------------------------|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | Dauer | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | |
| 080 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | BIBS | Erhöhung Zuschuss Stadtteilladen Madamenweg Der Stadtteilladen im Madamenweg ("Stadtteilladen West") betreut Menschen in Wohnungsnotfällen und besonderen sozialen Schwierigkeiten und Menschen mit einer seelischen Behinderung. Darüber hinaus berät der Stadtteilladen seit Jahren EinwohnerInnen des Quartiers in existentiellen Notlagen. Für das Jahr 2018 bittet der Stadtteilladen um eine Erhöhung der städtischen Mittel. | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | AfSG | | | | + 1.400 | | 0 | | 0 | | 0 | | | | angenommen 6 / 4 / 1 |
| | | | | | | | + 1.400 | | 0 | | 0 | | 0 | | | | |
| | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | SBR 310 | Zuschuss Stadtteilladen Madamenweg Der Zuschuss für den Stadtteilladen Madamenweg wird um 1.347 € auf 46.247 € erhöht. | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | AfSG | | | | + 1.400 | | + 1.400 | | + 1.400 | | + 1.400 | | | | abgelehnt 2 / 9 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| 081 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | SPD | | | | | | | | | | | | für 3 Jahre | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Neben dem Antrag Nr. 081 wurden im AfSG auch die Anträge Nr. 082 bis 084 und 151 angenommen. Der Erhöhungsbetrag wird nur ein Mal berücksichtigt. |
| | | | AfSG | | | | + 12.000 | | + 12.000 | | + 12.000 | | | 0 | | |
| | | | | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 082 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 081 |
| | | | AfSG | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | | |
| | | | | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 083 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | BIBS | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 081 |
| | | | AfSG | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | | |
| | | | | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 084 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | DIE LINKE. | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 081 |
| | | | AfSG | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | | |
| | | | | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 151 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | P ² | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | AfSG | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | | |
| | | | | | | | + 12.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | | angenommen 11 / 0 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | | | | | | |
|-----|--------------------------------------|---|----------------------------|---|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|--|---|--------|---|----------|--|---------|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | | | | | | |
| 088 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | BIBS AIFG | Erhöhung Zuschuss Mütterzentrum e.V. Das Mütterzentrum hat sich zu einem Stadtteilzentrum entwickelt, das aus Braunschweig nicht mehr wegzudenken ist und mit seiner auffangenden und präventiven Arbeit erhebliche Folgekosten verhindert. Das Mütterzentrum bittet nun um eine Erhöhung der städtischen Förderung auf Grund von tariflichen Steigerungen sowie zur Aufstockung der Arbeitszeit für die Geschäftsführung und für die sozialpädagogische Leitung. | | | | + | 13.000 | | | | 0 | | | 0 | | 0 | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Eine weitere Zuschusserhöhung für das Mütterzentrum ist unter der Nr. 109 beantragt. abgelehnt 2 / 9 / 0 | | |
| 089 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | DIE LINKE. AIFG | Anhebung Zuschuss Mütterzentrum Eine steigende Zahl von Besucherinnen, jeweils 2 zusätzliche Stunden für Geschäftsführung und sozialpädagogische Leitung, sowie eine eingeplante Dynamisierung, machen die Zuschusserhöhung notwendig. Falls es zur allgemeinen Dynamisierung der Zuschüsse kommt (wie von der Linksfraktion beantragt), reduziert sich die Erhöhung auf 10.000 Euro. | | | | + | 13.000 | | | + | 13.000 | | | + | 13.000 | | + | 13.000 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 2 / 9 / 0 |
| | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | SBR 310 AIFG | Zuschuss für das Mütterzentrum Der Stadtbezirksrat 310 - Westliches Ringgebiet - beantragt, dass dem Mütterzentrum e. V. im Haushaltsjahr 2018 ein Zuschuss von 128.000 € gewährt wird. | | | | + | 13.000 | | | | 0 | | | 0 | | 0 | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 2 / 9 / 0 | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| 090 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | SPD | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Neben dem Antrag Nr. 090 wurden im AfSG auch die Anträge Nr. 091 u. 092 sowie der Antrag des Stadtbezirksrat 212 angenommen. Der Erhöhungsbetrag wird nur ein Mal berücksichtigt. Der Antrag bezog sich auf das Produkt 1.31.3117.10. Die Produktzuordnung wurde nach der Beratung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit geändert angenommen 8 / 3 / 0 |
| | | | AfSG | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | |
| | | | AfI | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | angenommen 7 / 2 / 2 |
| | | | | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | |
| 091 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | BIBS | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 090 |
| | | | AfSG | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | angenommen 8 / 3 / 0 |
| | | | AfI | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | |
| | | | | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | |
| 092 | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | DIE LINKE. | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 090 |
| | | | AfSG | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | angenommen 8 / 3 / 0 |
| | | | AfI | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | |
| | | | | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | |
| | 1.31.3517.10 | Förderung der freien Wohlfahrtspflege | SBR 212 | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 090 |
| | | | AfSG | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | angenommen 8 / 3 / 0 |
| | | | AfI | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | |
| | | | | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|--|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|---|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | |
| 093 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | SPD | Refugium Flüchtlingshilfe Um auf das gestiegene mehrsprachige Beratungsvolumen aufgrund der erhöhten Zahl von Asylbewerber/innen und der Zuzüge von Migrant/innen nach Braunschweig reagieren zu können, bedarf es einer finanziellen Erhöhung des Zuschusses an den Verein Flüchtlingshilfe e. V. Die Erhöhung für ein Jahr dient dazu, auf personelle Engpässe bedarfsorientiert zu reagieren. Hiermit sollen die notwendigen personellen Strukturen, die Qualität der Beratung und die netzwerkbasierte Migrationsarbeit sichergestellt werden. | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Neben dem Antrag Nr. 093 wurden im AfSG auch die Anträge Nr. 094 u. 096 angenommen. Der Erhöhungsbetrag wird nur ein Mal berücksichtigt. angenommen 7 / 4 / 0 | |
| | | | AfSG | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | AfI | | | | | | | | | | | | | | angenommen 7 / 4 / 0 |
| 094 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Refugium Flüchtlingshilfe e.V. Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. konnte überzeugend nachweisen, dass aufgrund steigender Bedarfe eine deutliche Erhöhung des städtischen Zuschusses zur Aufrechterhaltung einer umfassenden und qualifizierten Integrationsarbeit und -beratung zumindest für ein Jahr dringend geboten ist. | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 093 |
| | | | AfSG | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | AfI | | | | | | | | | | | | | | angenommen 7 / 4 / 0 |
| 095 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | AfD | Streichung Zuschuss - Refugium Flüchtlingshilfe Laut Internetseite des Vereins werden drei Fünftel des Betriebes dauerhaft durch Zuschüsse finanziert. Dies übersteigt die dauerhafte Förderwürdigkeit des Projekts. | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 1 / 10 / 0 |
| | | | AfSG | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | AfI | | | | | | | | | | | | | | abgelehnt 1 / 10 / 0 |
| 096 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | BIBS | Erhöhung Zuschuss Refugium Flüchtlingshilfe Seit über 30 Jahren ist der Flüchtlingshilfe e.V. ein in Braunschweig angesehener und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit. Über das Beratungsbüro "Refugium" hat sich der Verein zu einem wichtigen Bestandteil der regionalen Migrations- und Flüchtlingsarbeit entwickelt. Um dem angesichts der steigenden Asylbewerberzahlen und Zuzüge von MigrantInnen nach Braunschweig und dem damit verbundenen enormen Anstieg des Beratungsvolumens gerecht zu werden, ist eine Erhöhung der finanziellen Förderung durch die Stadt nötig. | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 093 |
| | | | AfSG | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | AfI | | | | | | | | | | | | | | angenommen 7 / 4 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | | | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|---|---|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|--|-------------|------------------------------------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | | | |
| | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | | | |
| 097 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | DIE LINKE. | Erhöhung Zuschuss Refugium Flüchtlingshilfe Aufgrund der Aufnahme von Flüchtlingen durch die Stadt Braunschweig und steigenden Zuzügen von Migranten hat sich der Arbeitsaufwand für das Refugium erheblich erhöht. Dies soll mit einer erhöhten Zuwendung finanziert werden. - | | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche | |
| | | | | | | | + 20.000 | | + 20.000 | | + 20.000 | | + 20.000 | | | | | | |
| | | | | AfSG | | | | | | | | | | | | | | | abgelehnt 2 / 9 / 0 |
| | | | | AfI | | | | | | | | | | | | | | | abgelehnt 2 / 9 / 0 |
| 098 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | AfD | Streichung Zuschuss - Förderung der Integration Der Zuschuss ist zu allgemein beschrieben und scheint völlig willkürlich aufgeteilt. In dieser Form nicht genehmigungsfähig. | | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche | |
| | | | | | | | - 54.000 | | - 54.000 | | - 54.000 | | - 54.000 | | | | | | |
| | | | | AfSG | | | | | | | | | | | | | | | abgelehnt 1 / 10 / 0 |
| | | | | AfI | | | | | | | | | | | | | | | abgelehnt 1 / 10 / 0 |
| 099 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | BIBS | Zuschuss Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve Die Initiative ART (Aktiv für Respekt und Toleranz) und der auf Basis der Initiative gegründete Verein TRIVT e.V. (Toleranz, Respekt und Interkulturelle Vielfalt e.V.) betreiben seit Dezember 2015 mit großem Erfolg eine Begegnungsstätte für Geflüchtete und alteingesessene BürgerInnen mit angeschlossener Fahrradwerkstatt. Nach wie vor ist Kralenriede der Stadtteil mit den meisten Geflüchteten, die dort leben und auch im öffentlichen Leben präsent sind. Deshalb sind gerade dort ehrenamtliche Aktivitäten zu unterstützen. Der Verein benötigt zum Betrieb der Begegnungsstätte weiterhin finanzielle Unterstützung durch die Stadt. | | | | | | | | | | | | | für 2 Jahre | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche | |
| | | | | | | | + 18.400 | | + 18.400 | | 0 | | 0 | | | | | | |
| | | | | AfSG | | | + 18.400 | | + 18.400 | | 0 | | 0 | | | | | | |
| | | | | AfI | Der Ausschuss für Integrationsfragen hat über die Anträge 099 und 100 gemeinsam abgestimmt. | | | | | | | | | | | | | | ohne Beschlussempfehlung passieren lassen |
| | | | | | | | + 18.400 | | + 18.400 | | 0 | | 0 | | | | | | |
| | | | | AfI | | | | | | | | | | | | | | | ohne Beschlussempfehlung passieren lassen |
| 100 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | DIE LINKE. | Förderung Begegnungsstätte WELCOME HOUSE ART-Kurve Die Begegnungsstätte leistet sowohl für die Flüchtlinge als auch für alle anderen Bewohnerinnen und Bewohner in Kralenriede eine wichtige Arbeit und soll zukünftig dauerhaft gefördert werden. | | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche | |
| | | | | | | | + 18.400 | | + 18.400 | | + 18.400 | | + 18.400 | | | | | | |
| | | | | AfSG | | | + 18.400 | | + 18.400 | | + 18.400 | | + 18.400 | | | | | | |
| | | | | AfI | Der Ausschuss für Integrationsfragen hat über die Anträge 099 und 100 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Nr. 099. | | | | | | | | | | | | | | ohne Beschlussempfehlung passieren lassen |
| | | | | | | | + 18.400 | | + 18.400 | | + 18.400 | | + 18.400 | | | | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|--|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---|---------------------|------------------------------------|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | Dauer | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| 104 | diverse | | DIE LINKE. | <p>Einführung einer Weihnachtsbeihilfe</p> <p>Nach dem Vorbild der Stadt Burghausen (Bayern) soll für:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Leistungsberechtigte auf Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII - Leistungsberechtigte auf Sozialgeld nach dem SGB II (müssten in der Regel Kinder sein) - Heimbewohner, die Taschengeld nach dem SGB XII erhalten - Rentnerinnen und Rentner, die Wohngeld erhalten - Kinder, die Wohngeld erhalten - Berechtigte auf Kinderzuschlag <p>eine Weihnachtsbeihilfe gezahlt werden. Dabei sollen für den Haushaltsvorstand I Alleinstehende 120,00 Euro, für Haushaltsangehörige 90 Euro und für Heimbewohner 80 Euro auf Antrag gezahlt werden. Laut Mitteilung der Verwaltung gabe es ohne Kinderzuschlagsbezieher, aktuell 12.289 mögliche Anspruchsberechtigte. Also pauschal ca. 13.000 Personen. Es wird angenommen, dass ca. 70% einen Antrag stellen werden. Bei den Bezieherinnen und Beziehern von Grundsicherung soll vorab geklärt werden, ob die Weihnachtsbeihilfe auf den Regelsatz angerechnet wird.</p> <p><u>Zur Begründung</u></p> <p>Formal sollen mit Einführung des SGB XII alle früheren Leistungen des BSHG mit einer pauschalen Erhöhung des Regelsatzes abgegolten sein. Also auch die frühere Weihnachtsbeihilfe. Die Realität stellt sich aber so dar, dass frühere Leistungen wie die Weihnachtsbeihilfe gar nicht oder bestenfalls in Form von Centbeträgen pauschaliert angerechnet wurden. Mit einer Weihnachtsbeihilfe im eigentlichen Sinne hat dies nicht zu tun.</p> <p>Klar ist, dass das Weihnachtsfest teuer ist und insbesondere Kinder aus ärmeren Familien nur zu häufig von diesem Fest ausgeschlossen sind. Zugegebenermaßen werden im starken Umfang bundespolitische Probleme mit diesem Antrag thematisiert. Doch das sollte uns nicht daran hindern, der Stadt Burghausen zu folgen und auch der ärmeren Bevölkerung ein schönes Weihnachtsfest zu ermöglichen.</p> | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | AfSG | | | | + 900.000 | | + 900.000 | | + 900.000 | | + 900.000 | | abgelehnt 2 / 9 / 0 | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|--|--------------------------------|--|-------------------------|---|-----|--------------------|--------------|-------------|--------------|-------------|--------------|-------------|--------------|--|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| Teilhaushalt FB 51 - Kinder, Jugend und Familie | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | | 0 | + 458.000 | 0 | + 1.006.000 | 0 | + 1.006.000 | 0 | + 1.006.000 | | | |
| 106 | 1.36.3620.02.01 | Kinder- und Jugendverbandsarbeit | AfD | Streichung Zuschuss - Jugendverbände Der Zuschuss ist zu allgemein beschrieben und in seiner Höhe nicht erklärt. In dieser Form nicht genehmigungsfähig. | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | JHA | | | - 293.800 | | - 293.800 | | - 293.800 | | - 293.800 | | abgelehnt 1 / 12 / 0 | |
| 107 | 1.36.3620.02.01 | Kinder- und Jugendverbandsarbeit | AfD | Streichung Zuschuss - Aktivitäten der Jugendarbeit Der Zuschuss ist zu allgemein beschrieben und in seiner Höhe nicht erklärt. In dieser Form nicht genehmigungsfähig. | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | JHA | | | - 440.300 | | - 440.300 | | - 440.300 | | - 440.300 | | abgelehnt 1 / 12 / 0 | |
| 108 | 1.36.3630.06 | Beratung | SPD | Lebenschancen durch Sport Die mehrfach preisgekrönte Maßnahme "Lebenschancen durch Sport" wird in Trägerschaft des VfB Rot-Weiß 04 e. V. durchgeführt (vgl. Vorlage 16-02100). Sie dient der Bewegungs- und Gesundheitsförderung im Programmgebiet der „Sozialen Stadt“, dem Westlichen Ringgebiet, mittels Fitnessstunden und Fortbildungsangeboten durch einen Sportpädagogen in Kindertageseinrichtungen, Schulen und anderen Einrichtungen. Die Maßnahme sollte laut Masterplan Sport 2030 (16-02100) auf weitere Stadtteile mit Unterstützungsbedarf ausge-dehnt werden (erfolgt bereits in Kooperation mit anderen Vereinen in der Weststadt). In der Sitzung des JHA am 24.08.2017 teilte die Verwaltung jedoch mit, dass die Bezuschussung der Maßnahme "Lebenschancen durch Sport" aufgrund des Antrags "Politische Schwerpunktsetzung bei vorsorgeorientierter Haushaltspolitik" (Antrag FU 041 zum Haushalt 2017) wegfallen. | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | JHA | | | + 50.000 | | + 50.000 | | + 50.000 | | + 50.000 | | angenommen 13 / 0 / 0 | |
| | 1.36.3630.06 | Beratung | SBR 310 | Zuschuss zum Modellprojekt "Lebenschancen durch Sport" Das Modellprojekt des VfB Rot-Weiß 04 "Lebenschancen durch Sport" wird weitergeführt. Die finanziellen Mittel von 50.000 € pro Jahr werden dauerhaft in den Haushalt eingestellt. | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | JHA | | | + 50.000 | | + 50.000 | | + 50.000 | | + 50.000 | | Die Abstimmung erfolgte über den Antrag Nr. 108. | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|----------------------|-----|--------------------|--------------|----------------|--------------|---------|----------------|---------|--------------|----------------|---|---|----------------|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | |
| 154 | 1.36.3630.06.04 | Erziehungsberatung | BIBS | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. abgelehnt 0 / 12 / 0 | | |
| | | | | | | | + | 44.300 | | 0 | | 0 | | 0 | | | |
| | | | | JHA | | | | | | | | | | | | | |
| 109 | 1.36.3630.06.05 | Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung | BIBS | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Eine weitere Zuschusserhöhung für das Mütterzentrum ist unter der Nr. 088 beantragt. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. abgelehnt 1 / 10 / 1 | | |
| | | | | | | | + | 7.700 | | 0 | | 0 | | 0 | | | |
| | | | | JHA | | | | | | | | | | | | | |
| 110 | 1.36.3650.01.06 | Kindertagespflege | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | | | | | | | | | | dauerh. | 433150 Jugendhilfeleistungen avE Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | + | 355.000 | | + | 850.000 | | + | 850.000 | | + | 850.000 |
| | | | | | | | + | 355.000 | | + | 850.000 | | + | 850.000 | | + | 850.000 |
| | | | | JHA | | | | | | | | | | | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|----------------------|-----|--------------------|--------------|----------|--------------|----------|--------------|----------|--------------|-----------------------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| 111 | 1.36.3660.02 | Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit | BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Kostenangabe. Die Verwaltung hat den hier genannten Betrag ermittelt. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. |
| | | | | JHA | | | + 27.000 | | + 27.000 | | + 27.000 | | + 27.000 | | |
| | | | | | | + 13.500 | | + 27.000 | | + 27.000 | | + 27.000 | | angenommen 11 / 0 / 1 | |
| 112 | 1.36.3660.02 | Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit | BIBS | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. |
| | | | | JHA | | | + 30.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | |
| 113 | 1.36.3660.02 | Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit | DIE LINKE. | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. |
| | | | | JHA | | | + 30.000 | | + 30.000 | | + 30.000 | | + 30.000 | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | |
| 166 | 1.36.3660.02 | Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit | p ² | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. |
| | | | | JHA | | | + 25.000 | | + 25.000 | | + 25.000 | | + 25.000 | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | | | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|--|--|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|--|----------|--|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | | | |
| | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | | | |
| | 1.36.3660.02 | Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit | SBR 212 | Finanzielle Förderung des Abenteuerspielplatzes Melverode Der Stadtbezirksrat 212 bittet die Verwaltung um die Sicherstellung und notwendige Erhöhung der finanziellen Förderung der pädagogischen Arbeit durch Schaffung einer dritten Stelle einer pädagogischen Fachkraft. Die Mittel für diese halbe pädagogische Fachkraft werde, je nach Einstufung, jährlich ab 2018 ca. 25.000,00 € bis 30.000,00 € betragen. | | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche | |
| | | | | | | + | 30.000 | + | 30.000 | + | 30.000 | + | 30.000 | | | | | | |
| | | | | JHA | Die Abstimmung erfolgte über den Antrag Nr. 111. | | | | | | | | | | | | | | |
| 114 | 1.36.3660.02 | Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit | BIBS | Zuschuss Kinder- und Jugendzentrum Schiene Das AWO Kinder- und Jugendzentrum Schiene hat bei der Stadt eine institutionelle Förderung für den Bereich der Medienbildung/-arbeit beantragt. Es soll eine Vollzeitstelle einer pädagogischen Fachkraft eingerichtet werden. | | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. | |
| | | | | | | + | 85.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | | | | | |
| | | | | JHA | Die Abstimmung erfolgte über den Antrag Nr. 157. | | | | | | | | | | | | | | |
| 157 | 1.36.3660.02 | Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit | SPD | Einrichtung einer Medienkoordinationsstelle in Braunschweig 1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Vorlage 15-00567 eine Medienkoordinationsstelle einzurichten. Dabei ist ein Träger der freien Jugendhilfe mit einzubeziehen. 2. Die notwendigen Mittel sind in den Haushalt 2018 einzustellen. | | | | | | | | | | | | | dauerh. | Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Kostenangabe. Die Verwaltung hat die hier genannten Beträge ermittelt. Hinsichtlich des sehr umfangreichen Begründungstextes wird auf den Antrag hingewiesen. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. | |
| | | | | | | + | 79.000 | + | 79.000 | + | 79.000 | + | 79.000 | | | | | | |
| | | | | JHA | Der JHA hat festgelegt, dass für 2018 anteilige Kosten von 39.500 Euro zu berücksichtigen wären. | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | + | 39.500 | + | 79.000 | + | 79.000 | + | 79.000 | | | | | | |
| 155 | 1.36.3660.02 | Einrichtungen d. Kinder- u. Jugendarbeit | P ² | 1 Stelle Digitale Medienbildung - Medienpädagogische Fachstelle (Medienkoordination), AWO Kinder- und Jugendzentrum Schiene Eine medienpädagogische Fachstelle vermittelt direkt und ortsspezifisch Fortbildung und Information. Bis 2015 gab es diese in Braunschweig und die Zusammenarbeit erfolgte mit der Jugendförderung, dem Medienzentrum, der schulischen Medienberatung, der Polizei und freien Trägern, um Medienkompetenz an Kinder und Jugendliche und auch an Eltern weiterzugeben. Die digitale Welt entwickelt sich permanent weiter und der Bedarf an Aufklärung, Bildung und Information vor allem bei den 3.-5. Klässlern inkl. Lehrern und Eltern wächst überproportional an. Hier besteht die Möglichkeit durch die AWO als freien Träger mit qualifiziertem Personal zur digitalen Medienbildung beizutragen. Dieser Antrag beinhaltet die pädagogische Fachkraft eines freien Trägers (hier: AWO, KV BS) zur Schaffung einer Medienkoordinationsstelle in Kooperation mit den Fachkräften aus Jugendförderung und Jugendschutz. | | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. | |
| | | | | | | + | 85.000 | + | 85.000 | + | 85.000 | + | 85.000 | | | | | | |
| | | | | JHA | Die Abstimmung erfolgte über den Antrag Nr. 157. | | | | | | | | | | | | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|---|--------------------------------|--|-------------------------|---|-----|--------------------|-----------------|---------|-----------------|---------|-----------------|---------|-----------------|-------|---|------------------------------------|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | | | 0 | + 32.000 | 0 | + 20.000 | 0 | + 20.000 | 0 | + 20.000 | | | |
| 116 | 1.56.5610.12 | Umweltorganisationen und -verbände | BIBS | Stärkung der Umweltorganisationen und -verbände Die institutionelle Förderung im Bereich Umwelt soll gestärkt werden, damit sich die Stadt Braunschweig auch über die Stärkung seiner regionalen Verbände und Organisationen nachhaltiger und wirksamer als "Kommune der Biologischen Vielfalt" positionieren kann. Dies soll u.a. über geeignete Öffentlichkeitsprojekte wie dem "Langen Tag der Stadtnatur" erfolgen. | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | PIUA | | | | + 20.000 | | + 20.000 | | + 20.000 | | + 20.000 | | | |
| | | | | | | | <u>+ 20.000</u> | | <u>+ 20.000</u> | | <u>+ 20.000</u> | | <u>+ 20.000</u> | | angenommen 9 / 4 / 0 | |

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|--|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|----------|--|----------------------|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| 117 | 1.56.5610.15 | Klimaschutz | SPD | Regionale Energie- und Klimaschutzagentur e. V. (Reka) Der Verein Regionale Energie- und Klimaschutzagentur (Reka) nimmt als Partner der Stadt Braunschweig wichtige Aufgaben im Bereich der Umweltbildung, der Beratung und der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Braunschweig wahr. Drei Viertel der Mietkosten für den angemieteten Bürobereich in der Frankfurter Straße werden von den dem Verein angehörenden Mitgliedsunternehmen aufgebracht. Um die wichtige Arbeit des Vereins zu unterstützen und das vorhandene Finanzierungsdefizit bei den Mietkosten auszugleichen, soll die Stadt Braunschweig den Verein 2018 mit einem Mietkostenzuschuss von 1.000 € pro Monat unterstützen. | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Die reka führt auf ehrenamtlicher Basis Klimaschutzprojekte in der Region Braunschweig durch und möchte damit bestehende Angebote unterstützen sowie bedarfsgerecht ergänzen. In diesem Zusammenhang hat sich die reka auch für die Stadtverwaltung stets als kompetenter Partner erwiesen, etwa bei der Unterstützung der aktuellen städtischen Kampagne mehr-<weniger. Eigene Projekte der reka, wie verschiedene Veranstaltungsformate, der Marktplatz energie/effizienz oder das Bürger Beratungszentrum (BüBZ) stellen sinnvolle Beiträge dar, um das Thema Klimaschutz im Sinne des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Braunschweig insgesamt zu befördern. Zwischen der reka und der Verwaltung besteht hierzu ein produktiver fachlicher Austausch. Die Abteilung Umweltschutz empfiehlt aufgrund der sehr positiv zu beurteilenden Vereinsziele, Projekte und Unterstützungen dem Verein einen Mietzuschuss zur Deckung dessen Finanzaufwendungen zu gewähren. | |
| | | | PIUA | | | | | | | | | | | | | angenommen 9 / 3 / 1 |

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | | | |
|--|--------------------------------|--|-------------------------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|-----------|--------------|---------|--------------|-------|---|----------|--|-------------|------------------------------------|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | | | |
| Teilhaushalt Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | | | 0 | + 60.000 | | 0 | + 60.000 | | 0 | + 60.000 | | 0 | + 60.000 | | | |
| 118 | 1.57.5711.01 | Steuerungsunters. WiFö. und Stadtmark. | SPD | | | | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | WA | | | | + 10.000 | | | + 10.000 | | | + 10.000 | | | + 10.000 | | | angenommen 7 / 4 / 0 |
| 156 | 1.57.5711.01 | Steuerungsunters. WiFö. und Stadtmark. | BIBS/ P ² | | | | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | WA | | | | + 20.000 | | | 0 | | | 0 | | | 0 | | | Der Antrag wurde zurückgezogen. |
| 160 | 1.57.5711.01 | Steuerungsunters. WiFö. und Stadtmark. | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | | | | | | | | | | | | | | einmalig | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | WA | | | | + 20.000 | | | 0 | | | 0 | | | 0 | | | Der Antrag wurde zurückgezogen. |
| 119 | 1.57.5711.01 | Steuerungsunters. WiFö. und Stadtmark. | CDU | | | | | | | | | | | | | | | für 3 Jahre | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | WA | | | | + 100.000 | | | + 100.000 | | | + 100.000 | | | 0 | | | abgelehnt 3 / 8 / 0 |
| 167 | 1.57.5711.01 | Steuerungsunters. WiFö. und Stadtmark. | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | | | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | WA | | | | + 50.000 | | | + 50.000 | | | + 50.000 | | | + 50.000 | | | angenommen 10 / 1 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | | | | | |
|------------------------------|--------------------------------------|---|----------------------------|--|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--|---|---------|--|---------|------------------------------------|---------------------------------|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | | | | | |
| Diverse Teilhaushalte | | | | | | 0 | + | 173.300 | 0 | + | 350.673 | 0 | + | 532.213 | 0 | + | 709.586 | | | | |
| 105 | diverse, hier FB 50 | | BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ausweitung der Dynamisierung im Sozialbereich Die Dynamisierung der Zuschüsse im Sozialbereich wird ab dem Jahre 2018 auf die Nachbarschaftshilfen und die Sozialstationen ausgeweitet. Die Verwaltung stellt die dazu erforderlichen Mittel in den Haushalt 2018 ein und schreibt sie für die Folgejahre fort. Die Dynamisierung im Sozialbereich gilt bislang ausdrücklich nicht für die Träger bzw. Einrichtung, die Zuschüsse aufgrund anderer vertraglicher Vereinbarungen erhalten. Dazu gehören insbesondere die Nachbarschaftshilfen und die Sozialstationen, deren Zuschüsse zum Teil seit 2014 nicht mehr angepasst wurden. Steigerungen insbesondere bei den Personalkosten führen dazu, dass die Träger dieser Einrichtungen mittlerweile zurecht über eine Deckungslücke klagen, die ohne eine Anpassung der Zuschüsse nicht mehr geschlossen werden kann. | | | | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche | |
| | | | AfSG | | | | | + | 13.000 | | | + | 26.200 | | | + | 39.600 | | + | 53.300 | Der Antrag wurde zurückgezogen. |
| 076 | 1.31.3151.20 | Förderung der Altenpflege | BIBS | Erhöhung Zuschuss Nachbarschaftshilfe Da für die Nachbarschaftshilfen das Budget in den letzten Jahren nicht angepasst wurde und natürlich auch hier für die MitarbeiterInnen in den Nachbarschaftshilfen die tariflichen Steigerungen umgesetzt werden, sollte auch in diesem Bereich die Dynamisierung zum Tragen kommen. | | | | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche | |
| | | | AfSG | | | | | + | 13.000 | | | + | 26.200 | | | + | 39.600 | | + | 53.300 | Der Antrag wurde zurückgezogen. |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|-----|--------------------------------|--|---------------------------------|---|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| 123 | Diverse | | DIE LINKE. | Zuschussdynamisierung Sozial-, Jugend- und Kulturbereich In einem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Wohlfahrtsverbände (AGW) vom 16.10.2017. heißt es, dass die Verwaltung dem Rat eine fortlaufende Dynamisierung der Zuschüsse vorschlagen wird. Entgegengesetzt dazu heißt es in der Mitteilung 17-05615 der Verwaltung, dass für eine Dynamisierung der Zuschüsse in 2018 zusätzlich 151.800 Euro erforderlich sind. Danach wäre eine Dynamisierung im Verwaltungsentwurf nicht enthalten. Daher der Antrag, der auch eine Dynamisierung bei den Nachbarschaftshilfen berücksichtigt. | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse Anmerkung der Verwaltung: Über die bisherige Förderung hinaus sollen auch Nachbarschaftshilfen mit einbezogen werden. Insoweit ergeben sich höhere finanzielle Auswirkungen als bei den Anträgen der Nummern 121 und 122. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. angenommen 6 / 3 / 0 , wie auch zu Antrag Nr. 120 Der Antrag wurde zurückgezogen. Der Antrag wurde zurückgezogen. |
| | | | AfKW | | | | + 164.800 | | + 333.500 | | + 506.200 | | + 682.900 | | | |
| | | | JHA | | | | + 164.800 | | + 333.500 | | + 506.200 | | + 682.900 | | | |
| | | | AfSG | | | | | | | | | | | | | |
| | | | AfI | | | | | | | | | | | | | |
| | | | JHA | Die Abstimmung erfolgte über den weitergehenden Antrag Nr. 169. | | | | | | | | | | | | |
| 169 | Diverse | | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Jährliche Anpassung (Dynamisierung) der institutionellen Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich ab Haushaltsjahr 2018 1. Die Zuschüsse der institutionell geförderten Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich, deren Kostensteigerung nicht durch anderweitige Vereinbarungen geregelt sind, werden ab dem Haushaltsjahr 2018 gemäß der allgemeinen Kostenentwicklungen im Personal- und Sachkostenbereich erhöht (dynamisiert), soweit es die aktuelle Haushaltslage zulässt. 2. Die Projektförderungen mit einer langen Laufzeit oder ohne zeitliche Begrenzung werden der institutionellen Förderung gleichgesetzt und in die Dynamisierung einbezogen. 3. Zudem werden die Zuwendungen für vorpflegerische Maßnahmen im Einzugsgebiet der Sozialstationen in die Dynamisierung mit aufgenommen, um dauerhaft die ursprünglich mit der Stadt Braunschweig vereinbarte Deckung von 80% der durchschnittlichen Personalkosten einer Sozialarbeiterstelle zu gewährleisten. 4. Der Zuschuss für Personal- und Sachkosten die Nachbarschaftshilfen wird regelmäßig so erhöht, dass er eine Dynamisierung zulässt. Die Verwaltung soll hier einen Vorschlag zur Verfahrensweise machen. 5. Die Dynamisierung erfolgt unter Zugrundelegung der letztgültigen prozentualen Steigerung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst im Bereich der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD-VKA) für das kommende Haushaltsjahr. 6. Die Dynamisierung erfolgt auch dann, wenn durch Beschluss des Rates eine Erhöhung der Zuschüsse aus anderen Sachgründen wie z.B. eine Angebotsausweitung aufgrund erhöhter Nachfrage erfolgt ist. 7. Die Anhebung erfolgt auf Grundlage der zur Erstellung des Haushaltsentwurfs letztbekannten Ist-Zahlen und Vorgabewerte. Etwaige bis zur Haushaltslesung bekanntwerdende, neuere Tarifabschlüsse bleiben unberücksichtigt. 8. Es werden die Veröffentlichungen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen zur tariflichen Steigerung im TVöD für die Dynamisierung der Zuwendungen zugrunde gelegt. | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Beträge. Diese wurden erst zur Beratung im FPA ergänzt. Aufgrund Ziffer 6 des Antrages ergibt sich eine Ausweitung um 8.500 € gegenüber den Anträgen Nrn. 120 und 123. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. angenommen 9 / 3 / 0 angenommen 7 / 4 / 0 angenommen 6 / 4 / 1 |
| | | | JHA | | | | + 173.300 | | + 350.673 | | + 532.213 | | + 709.586 | | | |
| | | | AfSG | | | | + 173.300 | | + 350.673 | | + 532.213 | | + 709.586 | | | |
| | | | AfI | | | | + 173.300 | | + 350.673 | | + 532.213 | | + 709.586 | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|-----|--------------------------------|--|-------------------------|---|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|---------|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| 124 | diverse | | DIE LINKE. | <p>Rasenmäherkürzungen beenden Die geplanten Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip werden beendet. Dies gilt sowohl für die von der Verwaltung vorgeschlagenen pauschalen Kürzungen, die bis 2021 auf 5 Mio. Euro pro Jahr anwachsen sollen, als auch für die pauschalen Kürzungen aufgrund des beschlossenen CDU-Antrages aus 2017.</p> <p>Das Haushaltsrecht ist eines der höchsten Rechte der Kommunalpolitik. Die Selbstaufgabe dieses Rechtes muss zukünftig vermieden werden. Wenn Kürzungen unausweichlich sind, dann soll der Rat konkret in jedem einzelnen Fall entscheiden.</p> | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse |
| | | | | | | | + 1.960.300 | | + 2.925.300 | | + 3.780.300 | | + 4.780.300 | | <p>Anmerkung der Verwaltung: Auf die finanzwirksamen Anträge FU 050 und FU 051 wird aufgrund des sachlichen Zusammenhangs hingewiesen.</p> <p>ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen</p> <p>abgelehnt 3 / 7 / 0</p> | |

Anträge zum Stellenplan

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|---------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| | Diverse | | | | | | | | | | | | | | |
|--|---------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

Teilhaushalt Fachbereich 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

| | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----|--------------|--------------------------|-----|---|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|---|---------|
| 136 | 1.12.1221.14 | Zentraler Ordnungsdienst | CDU | <p>Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes Zur Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes werden drei zusätzliche Dienstposten A8 bei der Stelle 32.11 geschaffen.</p> <p>Seit Mai 2008 gibt es in Braunschweig den Zentralen Ordnungsdienst (ZOD), der sich in der breiten Öffentlichkeit, bei der Polizei und in den Stadtbezirksräten großer Beliebtheit erfreut. Zu Beginn war der ZOD mit 14 Dienstposten besetzt, bis 2011 kamen vier weitere Stellen hinzu. Seitdem verharnt die Zahl der eingesetzten Personen bei 18, obwohl immer mehr Bezirksräte den Einsatz des ZOD anfordern.</p> <p>Zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 14. September 2017 hatten wir daher angefragt, ob die Verwaltung eine Personalaufstockung beim ZOD plant; dieses wurde verneint. Daher erfolgt dieser Antrag zum Stellenplan, denn eine Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes ist im Sinne der Sicherheit für alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger und für die Ordnung in unserer Stadt nach wie vor angezeigt.</p> | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse |
| | | | | | | | | | | | | | | | <p>Anmerkung der Verwaltung: Es entstehen keine zusätzlichen Personalkosten. Im Fall der Annahme des Antrages wären die Stellen mit vorhandenem Personal zu besetzen.</p> | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|---|--------------------------------|--|-------------------------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| Teilhaushalt Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit | | | | | | | | | | | | | | | |
| 137 | 1.41.4140.60 | Heimaufsicht | CDU | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Beträge. Diese wurden erst zur Beratung im FPA ergänzt. Beantragt wird die Schaffung einer zusätzlichen Planstelle BesGr. A 11. Dies würde zu zusätzlichen Personalkosten i. H. v. 69.000 €/jährlich führen. Für 2018 wird von einer Besetzung zum 1. Juli 2018 ausgegangen. ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen |
| | | | AFSG | | | | + 34.500 | | + 69.000 | | + 70.400 | | + 71.900 | | |
| 138 | 1.41.4140.60 | Heimaufsicht | BIBS | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse Anmerkung der Verwaltung: vgl. Anmerkung der Verwaltung zu Antrag Nr. 137 ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen |
| | | | AFSG | | | | + 17.300 | | + 34.500 | | + 35.200 | | + 36.000 | | |
| Teilhaushalt Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie | | | | | | | | | | | | | | | |
| 140 | 1.36.3630 | Sonst.Leist.z.Förd.jung.Mensch./Familien | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Beträge. Diese wurden erst zur Beratung im FPA ergänzt. Beantragt wird die Schaffung von drei zusätzlichen Planstellen. Diese würden mit EGr. S 11b eingruppiert und dies würde zu zusätzlichen Personalkosten i. H. v. 180.000 €/jährlich sowie 15.000 € an Sachmitteln führen. Für 2018 wird von einer Besetzung zum 1. Juli 2018 ausgegangen. Für die genannten Sachmittel ist bisher keine Ansatzausweitung berücksichtigt. ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen |
| | | | JHA | | | | + 90.000 | | + 180.000 | | + 183.600 | | + 187.300 | | |
| | | | SchA | | | | | | | | | | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Antragsteller Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|---|--------------------------------|--|-------------------------|--|-----|--------------------|--------------|-------------|--------------|-------------|--------------|-------------|--------------|-------------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| Teilhaushalt Fachberich 66 - Tiefbau und Verkehr | | | | | | | | | | | | | | | |
| 165 | 1.51.5115.01 | Verkehrsplanung | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Radverkehrsplaner*in Im Stellenplan ist eine weitere Vollzeitstelle für die Aufgaben der Förderung des Radverkehrs einzuplanen. Der Radverkehr hat auch in der Stadt Braunschweig in den letzten Jahren sehr deutlich zugenommen. Durch diese erfreuliche Zunahme, aber auch durch die Entwicklung von Pedelecs haben sich die Aufgaben zur Planung, Regelung und Förderung des Radverkehrs so erhöht, dass sie nicht mehr durch den im Fachbereich 66 vorhandenen Mitarbeiter erledigt werden können. Zu den erweiterten Aufgaben gehören beispielsweise die Planung der Radschnellwege, die Pflege und der Betrieb der überregionalen Fernradwege (Weser-Harz-Heide, Partnerschaftsradweg Braunschweig-Magdeburg, West-Ost-Radweg), die Bearbeitung des Radverkehrsthemas im Zuge des Mobilitätsentwicklungsplans, Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Werbung für den Radverkehr und vieles mehr. Die gezielte intensive Förderung ist nicht zuletzt ein wesentlicher Beitrag zur Verminderung von Schadstoffen in der Luft und zur klimaverträglichen Verkehrsgestaltung. | | | | | | | | | | dauerh. | diverse |
| | | | PIUA | | | | + 35.000 | | + 70.000 | | + 71.400 | | + 72.900 | | Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Beträge. Diese wurden erst zur Beratung im FPA ergänzt. Für eine Stellenschaffung Techn. Sachbearbeiter/in E 12 würden Personalkosten von rd. 70.000 €/jährlich anfallen. Für 2018 wird von einer Besetzung zum 1. Juli 2018 ausgegangen. angenommen 9 / 4 / 0 |
| Gesamt (+) mehr/(-) weniger | | | | | | | + 22.600 | + 1.330.700 | + 22.600 | + 1.882.073 | + 22.600 | + 2.055.013 | + 22.600 | + 2.196.286 | |
| (-) Entlastung/(+) Belastung | | | | | | | | + 1.308.100 | | + 1.859.473 | | + 2.032.413 | | + 2.173.686 | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|---|--------------------------------|--|-----------|--|-------------|--------------------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|---------|--|-------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | |
| Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | 3.900.000 | 0 | 4.100.000 | 0 | 4.100.000 | 0 | 4.000.000 | 0 | | | | |
| 1 neu | 1.61.6110.01 | Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen | | Anpassung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer an aktuelle Einschätzungen unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung | | | | | | | | | | dauerh. | 302110 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer | | |
| | | | | | + 2.600.000 | | + 2.700.000 | | + 2.800.000 | | + 2.700.000 | | | | | | |
| 2 neu | 1.61.6110.01 | Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen | | Anpassung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer an aktuelle Einschätzungen unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung | | | | | | | | | | dauerh. | 302210 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | | |
| | | | | | + 1.300.000 | | + 1.400.000 | | + 1.300.000 | | + 1.300.000 | | | | | | |
| | 2 | Zuwendungen und allgemein Umlagen | | | - 4.837.000 | 0 | - 4.773.000 | 0 | - 4.771.000 | 0 | - 4.773.000 | 0 | | | | | |
| 3 neu | 1.61.6110.01 | Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen | | Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land (FAG) | | | | | | | | | | | 311110 Schlüsselzuweisungen vom Land | | |
| | | | | | - 4.700.000 | | - 4.700.000 | | - 4.700.000 | | - 4.700.000 | | | | | | |
| 4 neu | 1.61.6110.01 | Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen | | Veränderungen bei der allgemeinen Zuweisung vom Land für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises | | | | | | | | | | | 313110 Allgemeine Zuweisungen vom Land | | |
| | | | | | - 137.000 | | - 73.000 | | - 71.000 | | - 73.000 | | | | | | |
| | | | | | 0 | 320.000 | 1.219.700 | 1.191.500 | 1.182.400 | 1.500.600 | 1.145.200 | 2.310.900 | | | | | |
| 5 neu | 1.61.6120.01 | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | | Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel) hier: Zinszahlungen von städtischen Gesellschaften an die Stadt | | | | | | | | | | | 361515 Zinsen von verbundenen Unternehmen / Konzernfinanzierung Anmerkung der Verwaltung: Die Aufnahme, Weitergabe und Tilgung entsprechender Darlehen sind in der Liste "Finanzhaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt. | | |
| | | | | | 0 | | + 1.219.700 | | + 1.182.400 | | + 1.145.200 | | | | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|---|--------------------------------|--|-----------|---|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| | | | | | | 0 | 0 | 0 | 1.191.500 | 0 | 1.500.600 | 0 | 2.310.900 | | |
| 6 neu | 1.61.6120.01 | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | | Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel) hier: Zinszahlungen von der Stadt an Kreditinstitute Durch die Ausleihe der Darlehen an städtische Gesellschaften werden Erträge erzielt, die die Zinsaufwendungen leicht übersteigen (vgl. Ziffer 5 neu). | | | | | | | | | | | 451715 Zinsen an Kreditinstitute / Konzernfinanzierung Anmerkung der Verwaltung: Die Aufnahme, Weitergabe und Tilgung entsprechender Darlehen sind in der Liste "Finanzhaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt. |
| | | | | | | | 0 | | + 1.191.500 | | + 1.154.900 | | + 1.118.600 | | |
| 7 neu | 1.61.6120.01 | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | | Veränderung durch zusätzliche Kreditaufnahmen in den Jahren 2019 und 2020 hier: Zinszahlungen von der Stadt an Kreditinstitute | | | | | | | | | | | 451715 Zinsen an Kreditinstitute / Konzernfinanzierung Anmerkung der Verwaltung: Die Aufnahme und Tilgung entsprechender Darlehen sind in der Liste "Finanzhaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt. |
| | | | | | | | 0 | | 0 | | + 345.700 | | + 1.192.300 | | |
| | 19 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | | | 0 | 320.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
| 8 neu | 1.61.6110.01 | Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen | | Für den Zeitraum 2011 bis 2017 sind Umsatzsteuernachzahlungen für die Schülerbeförderung zu leisten, da die Abrechnung der Verkehrs-GmbH gegenüber der Stadt Braunschweig nach Abstimmung mit dem Finanzamt Wilhelmstraße netto erfolgte und dieser Sachverhalt vom Betriebsprüfer im Nachgang anders beurteilt wurde. Eine vorsorglich gebildete Rückstellung umfasst nur den Zeitraum bis 2016. Um auch die Nachzahlung für 2017 leisten zu können, muss der Ansatz 2018 entsprechend erhöht werden. Hinsichtlich des Mehrbedarfs für die laufenden Zahlungen wird auf die Nr. 31 hingewiesen. | | | | | | | | | | | 442940 Schülerbeförderungskosten |
| | | | | | | | + 320.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | |
| Teilhaushalt Referat 0120 - Stadtentwicklung und Statistik | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 19 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 227.300 | | 0 | - 12.700 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
| 9 | 1.12.1210.02 | Landtagswahl | | Absenkung des Aufwands - Landtagswahlen Durch das Vorziehen der Landtagswahl auf das Jahr 2017 entfällt der Mehrbedarf für das Jahr 2018. | | | | | | | | | | | einmalig 442110 Aufwand für ehrenamtliche+sonst. Tätigk. |
| | | | PIUA | | | | - 12.700 | | 0 | | 0 | | 0 | | |
| | | | | | | | - 12.700 | | 0 | | 0 | | 0 | | angenommen 12 / 0 / 1 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|---|--------------------------------|--|-----------|--|-----|--------------------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|---------|--|-------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | |
| Teilhaushalt Fachbereich 10 - Zentrale Dienste | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | 216.900 | | 0 | + 10.000 | 0 | + 10.000 | 0 | + 10.000 | 0 | + 10.000 | | | | |
| 10 | 1.11.1150.03 | Pers.betreuung, Geldleistg. & Ausbildung | | | | | + 10.000 | | + 10.000 | | + 10.000 | | + 10.000 | dauerh. | 431310 Zuweisungen an Zweckverbände | | |
| | | | | Der Wirtschaftsplanentwurf 2018 des Nds. Studieninstitutes für kommunale Verwaltung e. V. (NSI) sieht eine Erhöhung der Mitgliedsumlage von derzeit 0,62 € je Einwohner auf zukünftig 0,66 € je Einwohner vor. Der Beschluss des Wirtschaftsplanes durch die Mitgliederversammlung am 06.12.2017 ist als gesichert anzusehen. Für die Stadt Braunschweig erhöht sich die Mitgliederumlage hierdurch (bei gleichbleibender Bevölkerungszahl) dauerhaft um rd. 10.000 € pro Jahr. Deckungsmittel können nicht zur Verfügung gestellt werden. | | | | | | | | | | | | | |
| Teilhaushalt Fachbereich 20 - Finanzen | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 2 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | 375.500 | | - 100.000 | 0 | - 100.000 | 0 | - 100.000 | 0 | - 100.000 | 0 | | | | |
| 11 | 1.57.5731.08 | Sonstige wirtschaftliche Unternehmen | | | | - 100.000 | | - 100.000 | | - 100.000 | | - 100.000 | | dauerh. | 314610 Zuschüsse von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen | | |
| | | | | Entsprechend der voraussichtlichen Ausschüttung nach dem Nord/LB-Staatsvertrag im laufenden Jahr 2017 soll der bisher im Haushaltsplanentwurf 2018 veranschlagte Betrag von 350.000 € um 100.000 € auf 250.000 € abgesenkt werden. | | | | | | | | | | | | | |
| | 6 | Privatrechtliche Entgelte | | 7.743.500 | | - 61.900 | 0 | - 61.900 | 0 | - 61.900 | 0 | - 61.900 | 0 | | | | |
| 12 | 1.57.5731.07 | Städtisches Messegelände | | | | - 61.900 | | - 61.900 | | - 61.900 | | - 61.900 | | dauerh. | 341110 Erträge aus Mieten und Pachten | | |
| | | | | Aufgrund des Urteils des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 21.04.2017 sind gewerbliche Sonntagsflohmärkte nur noch unter bestimmten Auflagen möglich. Unter diesen Voraussetzungen sind ab 2018 nur noch teilweise Sonntagsflohmärkte durchführbar. Dies führt zu Mindererträgen von 61.900 € (Ansatz neu: 70.000 €). | | | | | | | | | | | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | | |
|-----|--------------------------------------|---|-----------|--|-----|--------------------|--------------|-------------|--------------|--------------|--------------|---------|--------------|-------|--|----------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | 38.221.800 | | 0 | + 2.020.600 | 0 | + 2.185.100 | 0 | + 14.664.700 | 0 | - 14.204.300 | | | | |
| 13 | 1.11.1166.01 | Sonst. Grundst.- /Gebäudemanagement | | Anpassung an den Wirtschaftsplan der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH | | | | | | | | | | | | einmalig | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen |
| | | | | | | - 771.400 | | 0 | | 0 | | | 0 | | | | |
| 14 | 1.25.2710.01 | Volkshochschulen | | Anpassung an den Wirtschaftsplan der Volkshochschule Braunschweig GmbH , u. a. Finanzierung von BVT/Praxisklassen (s. auch lfd. Nr. 62) | | | | | | | | | | | | einmalig | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen |
| | | | | | | + 222.000 | | + 200.000 | | + 200.000 | | | + 200.000 | | | | |
| 15 | 1.42.4242.01 | Eintracht-Stadion BgA | | Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Anteil für das Stadion) | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen |
| | | | | | | - 7.700 | | - 3.200 | | - 2.100 | | | - 2.900 | | | | |
| 16 | 1.42.4242.02 | Stadtbad Braunschweig GmbH | | Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen |
| | | | | | | + 7.900 | | - 4.500 | | - 14.200 | | | + 12.400 | | | | |
| 17 | 1.57.5712.01 | Wirtschaftsförderungs- Gesellschaften | | Anpassung an den Wirtschaftsplan der Braunschweig Stadtmarketing GmbH | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen |
| | | | | | | 0 | | 0 | | + 65.500 | | | + 92.300 | | | | |
| 18 | 1.57.5712.01 | Wirtschaftsförderungs- Gesellschaften | WA | Anpassung an den Wirtschaftsplan der Braunschweig Zukunft GmbH | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen angenommen 11 / 0 / 0 |
| | | | | | | + 240.000 | | + 251.500 | | + 190.000 | | | + 140.000 | | | | |
| | | | | | | + 240.000 | | + 251.500 | | + 190.000 | | | + 140.000 | | | | |
| 19 | 1.57.5712.01 | Wirtschaftsförderungs- Gesellschaften | | Anpassung an den Wirtschaftsplan der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen |
| | | | | | | - 101.900 | | - 72.100 | | - 6.500 | | | - 12.700 | | | | |
| 20 | 1.57.5731.05 | Stadthalle | | Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen |
| | | | | | | + 11.700 | | + 7.700 | | + 43.100 | | | + 40.700 | | | | |
| 21 | 1.57.5731.08 | Sonstige wirtschaftliche Unternehmen | | Anpassung an den Wirtschaftsplan der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH | | | | | | | | | | | | dauerh. | 431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen |
| | | | | | | + 2.420.000 | | + 1.805.700 | | + 14.188.900 | | | - 14.674.100 | | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|-----------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|--|--|-------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | |

Teilhaushalt Fachbereich 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|----|--------------|---|--|--|--|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|---------|--|
| | 5 | Öffentl.-Rechtl. Entgelte | | 6.198.200 | | + 33.800 | 0 | + 33.800 | 0 | + 33.800 | 0 | + 33.800 | 0 | | |
| 22 | 1.57.5733.02 | Märkte | | Mehrerträge ergeben sich aus der Änderung der Gebührensatzung (Marktgebührenordnung). | | | | | | | | | | dauerh. | 332110 Benutzungsgebühren |
| | | | | | | + 33.800 | | + 33.800 | | + 33.800 | | + 33.800 | | | |
| | 7 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | 218.100 | | - 8.900 | 0 | - 8.900 | 0 | - 8.900 | 0 | - 8.900 | 0 | | |
| 23 | 1.57.5733.02 | Märkte | | Mehrerträge ergeben sich aus der Änderung der Gebührensatzung (Marktgebührenordnung). | | | | | | | | | | dauerh. | 348710 Erstattung von privaten Unternehmen |
| | | | | | | - 8.900 | | - 8.900 | | - 8.900 | | - 8.900 | | | |
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 1.059.600 | | 0 | - 12.000 | 0 | - 12.000 | 0 | - 12.000 | 0 | - 12.000 | | |
| 24 | 1.57.5733.02 | Märkte | | Minderaufwendungen ergeben sich aus der Neuausschreibung bzw. -vergabe des Winterdienstes auf den Märkten . | | | | | | | | | | dauerh. | 424130 Winterdienst |
| | | | | | | | - 12.000 | | - 12.000 | | - 12.000 | | - 12.000 | | |

Teilhaushalt Fachbereich 37 - Feuerwehr

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|----|----------|---|-----|--|--|-----------------|-------|------------------|-------|-----------------|-------|----------|---|----------|---|
| | 2 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | | + 36.000 | 0 | + 103.500 | 0 | + 20.200 | 0 | 0 | 0 | | |
| 25 | 370-1010 | Integrierte Regionalleitstelle | | Für die Teilnahme am Projekt „SIRENE“ zur Erforschung der Umsetzung der dynamischen Verkehrslenkung wird eine Zuwendung des Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Höhe von rd. 159.700 € gewährt. Die Einnahmen sollen dazu dienen, die durch das Forschungsprojekt verursachten Kosten vollständig zu decken (s. Ziffern 26 bis 28). | | | | | | | | | | einmalig | 314010 Zuweisungen vom Bund |
| | | | FwA | | | + 36.000 | | + 103.500 | | + 20.200 | | 0 | | | |
| | | | | | | <u>+ 36.000</u> | | <u>+ 103.500</u> | | <u>+ 20.200</u> | | <u>0</u> | | | angenommen 10 / 0 / 0 |
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | | 0 | + 700 | 0 | + 700 | 0 | + 700 | 0 | 0 | | |
| 26 | 370-1010 | Integrierte Regionalleitstelle | | Es entstehen Aufwendungen für die Teilnahme am Projekt „SIRENE“ zur Erforschung der Umsetzung der dynamischen Verkehrslenkung in Höhe von insgesamt rd. 159.700 € (s. Ziffern 34a bis 34b und Liste der Ansatzveränderungen des IM). Die Projektteilnahme wird zu 100% gefördert (s. Ziffer 25). | | | | | | | | | | einmalig | 429110 Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen |
| | | | FwA | | | | + 700 | | + 700 | | + 700 | | 0 | | |
| | | | | | | <u>+ 700</u> | | <u>+ 700</u> | | <u>+ 700</u> | | <u>0</u> | | | angenommen 10 / 0 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|---|--------------------------------|--|-----------|----------------------|-----|--------------------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|----------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| | 19 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | | | 0 | + 3.300 | 0 | + 3.300 | 0 | + 4.200 | 0 | 0 | | |
| 27 | 370-1010 | Integrierte Regionalleitstelle | FwA | | | | + 1.000 | | + 1.000 | | + 800 | | 0 | einmalig | 443150 Büromaterial und sonstige Bürobedarfskosten angenommen 10 / 0 / 0 |
| | | | | | | | + 1.000 | | + 1.000 | | + 800 | | 0 | | |
| 28 | 370-1010 | Integrierte Regionalleitstelle | FwA | | | | + 2.300 | | + 2.300 | | + 3.400 | | 0 | einmalig | 443180 Dienstreisen, Fahrtkostenersatz angenommen 10 / 0 / 0 |
| | | | | | | | + 2.300 | | + 2.300 | | + 3.400 | | 0 | | |
| Teilhaushalt Fachbereich 40 - Schule | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 2 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | 833.000 | | + 117.000 | 0 | + 117.000 | 0 | + 117.000 | 0 | + 117.000 | 0 | | |
| 29 | 1.21.2430.21 | IT | SchA | | | + 117.000 | | + 117.000 | | + 117.000 | | + 117.000 | | dauerh. | 314110 Zuweisungen vom Land angenommen 16 / 0 / 0 |
| | | | | | | + 117.000 | | + 117.000 | | + 117.000 | | + 117.000 | | | |
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 4.687.600 | | 0 | + 5.000 | 0 | + 5.000 | 0 | + 5.000 | 0 | + 5.000 | | |
| 30 | 400-0400 | Bildungsbüro | SchA | | | | + 5.000 | | + 5.000 | | + 5.000 | | + 5.000 | dauerh. | 427140 Veranstaltungen angenommen 16 / 0 / 0 |
| | | | | | | | + 5.000 | | + 5.000 | | + 5.000 | | + 5.000 | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|-----------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| | 19 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 48.508.500 | | 0 | + 336.000 | 0 | + 339.400 | 0 | + 342.800 | 0 | + 346.200 | | |
| 31 | 1.21.2410.13 | Schülerbeförderung | SchA | | | | + 336.000 | | + 339.400 | | + 342.800 | | + 346.200 | dauerh. | 442940 Schülerbeförderungskosten angenommen 16 / 0 / 0 |
| | | | | | | | + 336.000 | | + 339.400 | | + 342.800 | | + 346.200 | | |

Teilhaushalt Fachbereich 41 - Kultur und Wissenschaft

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|----|--------------|--|------|------------|--|---|-----------|---|-----------|---|-----------|---|-----------|----------|--|
| | 18 | Transferaufwendungen | | 12.618.100 | | 0 | + 238.500 | 0 | + 139.500 | 0 | + 139.500 | 0 | + 139.500 | | |
| 32 | 1.25.2610.08 | Staatstheater | AfKW | | | | + 99.000 | | 0 | | 0 | | 0 | einmalig | 431110 Zuweisung Land angenommen 9 / 0 / 1 |
| | | | | | | | + 99.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | |
| 33 | 1.25.2610.08 | Staatstheater | AfKW | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | dauerh. | 431110 Zuweisung Land angenommen 9 / 0 / 1 |
| | | | | | | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | + 80.000 | | |
| 34 | 1.25.2522.10 | Projekt- und Konzeptionsförderung Bildende Kunst | AfKW | | | | + 35.000 | | + 35.000 | | + 35.000 | | + 35.000 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 9 / 0 / 1 |
| | | | | | | | + 35.000 | | + 35.000 | | + 35.000 | | + 35.000 | | |
| 35 | 1.25.2811.10 | Komitee Braunschweiger Karneval | AfKW | | | | + 24.500 | | + 24.500 | | + 24.500 | | + 24.500 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 9 / 0 / 1 |
| | | | | | | | + 24.500 | | + 24.500 | | + 24.500 | | + 24.500 | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|--|--------------------------------|--|-----------|----------------------|-----|--------------------|--------------------|----------|------------------|----------|------------------|----------|------------------|----------|----------------------|-------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | | |
| Teilhaushalt Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | diverse | | | | | - 1.438.400 | - 3.284.300 | 0 | - 700.000 | 0 | - 700.000 | 0 | - 700.000 | | | | |
| 36 | diverse | Sozialetat | | | | | | | | | | | | einmalig | diverse | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | AfSG | | | - 1.499.000 | - 1.999.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | | | |
| | | | | | | <u>- 1.499.000</u> | <u>- 1.999.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | | angenommen 9 / 0 / 0 | | |
| 37 | diverse | Sozialetat | | | | | | | | | | | | einmalig | diverse | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | AfSG | | | - 440.000 | + 900.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | | | |
| | | | | | | <u>- 440.000</u> | <u>+ 900.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | | angenommen 9 / 0 / 0 | | |
| 38 | 1.31.3121.10.01 | Kosten der Unterkunft und Heizung | | | | | | | | | | | | einmalig | diverse | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | AfSG | | | + 500.600 | - 1.485.300 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | | | |
| | | | | | | <u>+ 500.600</u> | <u>- 1.485.300</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | | angenommen 9 / 0 / 0 | | |
| 39 | 1.31.3130.10 | Leist. n. d. Asylbewerberleistungsgesetz | | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | AfSG | | | | - 700.000 | 0 | - 700.000 | 0 | - 700.000 | 0 | - 700.000 | | | | |
| | | | | | | | <u>- 700.000</u> | <u>0</u> | <u>- 700.000</u> | <u>0</u> | <u>- 700.000</u> | <u>0</u> | <u>- 700.000</u> | | angenommen 9 / 0 / 0 | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|-------------|----------------------|-----|--------------------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|---------|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| | 2 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | 23.056.400 | | + 149.500 | 0 | + 149.500 | 0 | + 149.500 | 0 | + 149.500 | 0 | | |
| 40 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | AfSG Afi | | | + 136.500 | | + 136.500 | | + 136.500 | | + 136.500 | | dauerh. | 314110 Zuweisungen vom Land angenommen 9 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0 |
| 41 | 1.41.4140.50.03 | Gesundheitsregion | AfSG | | | + 13.000 | | + 13.000 | | + 13.000 | | + 13.000 | | dauerh. | 314110 Zuweisungen vom Land angenommen 9 / 0 / 0 |
| | 7 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | 95.473.400 | | + 2.000 | 0 | + 2.000 | 0 | + 2.000 | 0 | + 2.000 | 0 | | |
| 42 | 1.41.4140.20.02 | Ordnungsbehördliche Bestattungen | AfSG | | | + 2.000 | | + 2.000 | | + 2.000 | | + 2.000 | | dauerh. | 348810 Erstattung von übrigen Bereichen angenommen 9 / 0 / 0 |
| | 13 | Personalaufwendungen | | 22.774.504 | | 0 | + 8.400 | 0 | + 8.400 | 0 | + 8.400 | 0 | + 8.400 | | |
| 43 | 1.41.4140.50.03 | Gesundheitsregion | AfSG | | | | + 8.400 | | + 8.400 | | + 8.400 | | + 8.400 | dauerh. | diverse angenommen 9 / 0 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|-----------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| | 15 | Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen | | 1.389.900 | | 0 | + 18.000 | 0 | + 18.000 | 0 | + 18.000 | 0 | + 18.000 | | |
| 44 | 1.31.3154.10 | Unterbringung | | | | | | | | | | | | dauerh. | 424100 Unterbringung/Reinigung |
| | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | AfSG | | | | + 6.200 | | + 6.200 | | + 6.200 | | + 6.200 | | angenommen 9 / 0 / 0 |
| | | | | | | | + 6.200 | | + 6.200 | | + 6.200 | | + 6.200 | | |
| 45 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | | | | | - 800 | | - 800 | | - 800 | | - 800 | dauerh. | 427140 Veranstaltungen |
| | | | | | | | - 800 | | - 800 | | - 800 | | - 800 | | angenommen 9 / 0 / 0 |
| | | | AfSG | | | | - 800 | | - 800 | | - 800 | | - 800 | | angenommen 9 / 0 / 0 |
| | | | AfI | | | | - 800 | | - 800 | | - 800 | | - 800 | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 46 | 1.41.4140.20.02 | Ordnungsbehördliche Bestattungen | | | | | + 8.000 | | + 8.000 | | + 8.000 | | + 8.000 | dauerh. | 427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen |
| | | | | | | | + 8.000 | | + 8.000 | | + 8.000 | | + 8.000 | | angenommen 9 / 0 / 0 |
| | | | AfSG | | | | + 8.000 | | + 8.000 | | + 8.000 | | + 8.000 | | angenommen 9 / 0 / 0 |
| 47 | 1.41.4140.50.03 | Gesundheitsregion | | | | | + 4.600 | | + 4.600 | | + 4.600 | | + 4.600 | dauerh. | 427190 Sonstige Sachaufwendungen |
| | | | | | | | + 4.600 | | + 4.600 | | + 4.600 | | + 4.600 | | angenommen 9 / 0 / 0 |
| | | | AfSG | | | | + 4.600 | | + 4.600 | | + 4.600 | | + 4.600 | | angenommen 9 / 0 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|-------------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|----------|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| | 19 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 71.979.100 | | 0 | + 169.400 | 0 | + 166.400 | 0 | + 166.400 | 0 | + 166.400 | | |
| 48 | 500-9817 | Gebäude Naumburgstr. 25 | AfSG | | | | + 3.000 | | 0 | | 0 | | 0 | einmalig | 445521 E. an GebMan.-sonst. Servicelei. (PK+SK) angenommen 9 / 0 / 0 |
| | | | | | | | + 3.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | |
| 49 | 1.12.1222.70 | Obdachlosen-angelegenheiten | AfSG | | | | + 25.600 | | + 25.600 | | + 25.600 | | + 25.600 | dauerh. | 445810 Obdachlosenangelegenheiten/ Erstattung an übrige Bereiche angenommen 9 / 0 / 0 |
| | | | | | | | + 25.600 | | + 25.600 | | + 25.600 | | + 25.600 | | |
| 50 | 1.31.3154.10 | Unterbringung | AfSG | | | | + 4.300 | | + 4.300 | | + 4.300 | | + 4.300 | dauerh. | 445713 Unterbringung/ Erstatt.priv.Untern.-Deponien+off.Muld. angenommen 9 / 0 / 0 |
| | | | | | | | + 4.300 | | + 4.300 | | + 4.300 | | + 4.300 | | |
| 51 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | AfSG Afi | | | | + 136.500 | | + 136.500 | | + 136.500 | | + 136.500 | dauerh. | 431810 Zuschuss an übrige Bereiche angenommen 9 / 0 / 0 angenommen 11 / 0 / 0 |
| | | | | | | | + 136.500 | | + 136.500 | | + 136.500 | | + 136.500 | | |
| | | | | | | | + 136.500 | | + 136.500 | | + 136.500 | | + 136.500 | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|-----------|----------------------|----------|--------------------|--------------|--------------------|--------------|--------------------|--------------|--------------------|--------------|-------------|--|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| | 2 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | 179.448 | | - 1.392.300 | 0 | - 1.392.300 | 0 | - 1.392.300 | 0 | - 1.392.300 | 0 | | |
| 52 | 1.36.3650 | Tageseinrichtungen für Kinder | JHA | | | - 1.724.300 | | - 1.724.300 | | - 1.724.300 | | - 1.724.300 | | dauerh. | 314110 Zuweisung Land angenommen 11 / 0 / 0 |
| 53 | 1.36.3650.02.01 | Kindergartenbetreuung städtisch | JHA | | | + 332.000 | | + 332.000 | | + 332.000 | | + 332.000 | | dauerh. | 314410 Zuweisungen von sonstigen öffentlichen Bereichen angenommen 11 / 0 / 0 |
| | 7 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | 27.601.000 | | - 2.800.000 | 0 | - 2.800.000 | 0 | - 2.800.000 | 0 | - 2.800.000 | 0 | | |
| 54 | 1.31.3410.01.01 | Unterhaltsvorschuss | JHA | | | - 2.800.000 | | - 2.800.000 | | - 2.800.000 | | - 2.800.000 | | dauerh. | 348110 Erstattung Land angenommen 11 / 0 / 0 |
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 3.244.800 | 0 | 4.500 | 0 | 4.500 | 0 | 4.500 | 0 | 12.000 | | | |
| 55 | 510-0400 | Planungstelle, StL | JHA | | | - 7.500 | | - 7.500 | | - 7.500 | | - 7.500 | 0 | für 3 Jahre | 427140 Veranstaltungen angenommen 11 / 0 / 0 |
| 56 | 1.36.3630.03.09 | Schukibetreu. Schulen/OGS, städtisch | JHA | | | + 12.000 | | + 12.000 | | + 12.000 | | + 12.000 | | dauerh. | 427125 Lebensmittel angenommen 11 / 0 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|-----------|---|-----|--------------------|--------------------|---------|--------------------|---------|--------------------|---------|--|-------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | 120.444.050 | | 0 | - 4.521.300 | 0 | - 4.428.000 | 0 | - 4.361.300 | 0 | - 4.268.000 | | |
| 57 | diverse | | | Korrektur der Personalkostensteigerung für den Bereich der Kita-Dynamisierung von 1,50 % auf 2,35 % | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschüsse an übrige Bereiche | | |
| | | | JHA | | | | + 89.700 | | + 89.700 | | + 89.700 | | + 89.700 | | |
| | | | | | | | + 89.700 | | + 89.700 | | + 89.700 | | + 89.700 | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 58 | 510-3200 | Übergeordnete Kostenstelle FT, BT EKG | | Neubauten von Kitas: Mitgaustraße, Mittelweg-Südwest, HdL-Kaserne werden erst ab 2019 in Betrieb genommen. | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschüsse an übrige Bereiche | | |
| | | | JHA | | | | - 542.000 | | - 542.000 | | - 542.000 | | - 542.000 | | |
| | | | | | | | - 542.000 | | - 542.000 | | - 542.000 | | - 542.000 | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 59 | 510-3200 | Übergeordnete Kostenstelle FT, BT EKG | | Gem. Haushalts-Ratsbeschluss vom 15.03.2016 sollen ab 2016/2017 alle 2 Jahre 4 zusätzliche Familienzentren eingerichtet werden. Somit entsteht ab 2018 anteilig ein Mehrbedarf von 40.000 €, ab 2019 ganzjährig von 160.000 €. Danach steht die nächste Ausbaustufe 2020 an. | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschüsse an übrige Bereiche | | |
| | | | JHA | | | | + 66.700 | | + 160.000 | | + 226.700 | | + 320.000 | | |
| | | | | | | | + 66.700 | | + 160.000 | | + 226.700 | | + 320.000 | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 60 | 510-3200 | Übergeordnete Kostenstelle FT, BT EKG | | Umwandlung von Sach- zu Personalkosten für Projekte des FB 51, u. a. Quik (s. lfd. Nr. 71) | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschüsse an übrige Bereiche | | |
| | | | JHA | | | | - 635.700 | | - 635.700 | | - 635.700 | | - 635.700 | | |
| | | | | | | | - 635.700 | | - 635.700 | | - 635.700 | | - 635.700 | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 61 | 1.31.3410.01.01 | Unterhaltsvorschuss | | Neuberechnung im Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes nach erfolgter Gesetzesänderung und Aktualisierung der Fallzahlerwartung. (Entsprechende Erträge siehe auch lfd. Nr. 54) | | | | | | | | dauerh. | 433980 Sonstige soziale Leistungen UVG | | |
| | | | JHA | | | | - 3.300.000 | | - 3.300.000 | | - 3.300.000 | | - 3.300.000 | | |
| | | | | | | | - 3.300.000 | | - 3.300.000 | | - 3.300.000 | | - 3.300.000 | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 62 | 1.36.3630.04.01 | Berufsbegleitende Hilfen/Schulsozialarb. | | BVT und Praxisklassen: Mittelverschiebung vom Teilhaushalt FB 51 zum Teilhaushalt FB 20 (Erhöhung des Finanzbedarfs der VHS Arbeit und Beruf GmbH - s. auch lfd. Nr. 14). | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschüsse an übrige Bereiche | | |
| | | | JHA | | | | - 200.000 | | - 200.000 | | - 200.000 | | - 200.000 | | |
| | | | | | | | - 200.000 | | - 200.000 | | - 200.000 | | - 200.000 | | angenommen 11 / 0 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|-----------|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |

Teilhaushalt Fachbereich 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|----|--------------|-----------------------------------|------|---|--|-----------------|--------|----------|---|----------|---|----------|---|----------|--------------------------------------|
| | 19 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 2.290.400 | | 0 | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
| 63 | 1.51.5111.03 | Bebauungsplanung | PIUA | Bebauungsplan TH 24 Gieselweg/ Harxbüttler Straße Für den Bebauungsplan TH 24 Gieselweg/ Harxbüttler Straße (Eckert und Ziegler) wird aktuell davon ausgegangen, dass ein Lärmgutachten sowie weiterhin eine Rechtsberatung erforderlich sein werden. Weiterhin ist im Verfahren die Frage der Verkehrsanbindung zu klären. | | | | | | | | | | einmalig | 443140 Prüfungs- und Beratungskosten |
| | | | | | | + 50.000 | | 0 | | 0 | | 0 | | | |
| | | | | | | <u>+ 50.000</u> | | <u>0</u> | | <u>0</u> | | <u>0</u> | | | angenommen 10 / 1 / 1 |

Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|----|-----------------|---|----|---|--|-----------------|--------|-----------------|--------|-----------------|--------|-----------------|--------|---------|---|
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 6.061.800 | | 0 | 10.700 | 0 | 10.700 | 0 | 10.700 | 0 | 10.700 | | |
| 64 | 1.55.5530.08.13 | Schließdienst | GA | Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Beauftragung eines täglichen Schließdienstes (abends sowie morgens und abends an Sa, So, Feiertagen) für den Stadtfriedhof ist aufgrund der insbesondere während der dunklen Tageszeiten stattfindenden Diebstähle von Blumen- und Grabschmuck sowie zur Verhinderung von Vandalismus und Schmierereien an Grabstätten nicht länger verzichtbar. Inzwischen haben sowohl der Hauptfriedhof als auch der katholische Friedhof (Träger: ev.-luth. Kirchenverband und katholische Kirche) aus obenstehenden Gründen bereits wieder einen Schließdienst eingeführt. Da die Flächen der o.g. Friedhöfe zu großen Teilen ohne Einfriedungen ineinander übergehen bzw. nebeneinander liegen, wird der Schließdienst der kirchlichen Friedhöfe durch die aktuelle permanente Zugänglichkeit des städtischen Friedhofs bislang jedoch konterkariert. Insofern wäre es daher neben den Aspekten der öffentlichen Sicherheit und zur Schadenvermeidung zudem im Sinne einer einheitlicheren Gestaltung der Braunschweigischen Friedhofslandschaft (auch im Hinblick auf den zz. aufzustellenden Friedhofsrahmenplan), wenn für den Stadtfriedhof ein Schließdienst eingeführt würde. Ein Verlassen des Stadtfriedhofs ist durch die vorhandenen nach außen geöffneten Drehtüren ständig gewährleistet, das versehentliche Einschließen von Personen ist demnach nicht zu befürchten. | | | | | | | | | | dauerh. | 429110 Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen |
| | | | | | | + 10.700 | | + 10.700 | | + 10.700 | | + 10.700 | | | |
| | | | | | | <u>+ 10.700</u> | | <u>+ 10.700</u> | | <u>+ 10.700</u> | | <u>+ 10.700</u> | | | angenommen 9 / 0 / 1 |

Teilhaushalt Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|----|--------------|---|----|--|--|------------------|----------|------------------|----------|------------------|----------|------------------|----------|---------|-------------------------------------|
| | 18 | Transferaufwendungen | | 412.200 | | 0 | - 40.000 | 0 | - 40.000 | 0 | - 40.000 | 0 | - 40.000 | | |
| 65 | 1.57.5711.01 | Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark. | WA | Einrichtung des Baustellenfonds | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschüsse an übrige Bereiche |
| | | | | | | + 100.000 | | + 100.000 | | + 100.000 | | + 100.000 | | | |
| | | | | | | <u>+ 100.000</u> | | <u>+ 100.000</u> | | <u>+ 100.000</u> | | <u>+ 100.000</u> | | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 66 | 1.57.5711.01 | Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark. | WA | Kompensation bei diversen Instrumenten der Wirtschaftsförderung zur Einrichtung des " Innovationsinkubators " bei der Braunschweig Zukunft GmbH | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschüsse an übrige Bereiche |
| | | | | | | - 46.000 | | - 46.000 | | - 46.000 | | - 46.000 | | | |
| | | | | | | <u>- 46.000</u> | | <u>- 46.000</u> | | <u>- 46.000</u> | | <u>- 46.000</u> | | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 67 | 1.57.5711.01 | Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark. | WA | Kompensation bei diversen Instrumenten der Wirtschaftsförderung zur Einrichtung des " Innovationsinkubators " bei der Braunschweig Zukunft GmbH | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschüsse an übrige Bereiche |
| | | | | | | - 94.000 | | - 94.000 | | - 94.000 | | - 94.000 | | | |
| | | | | | | <u>- 94.000</u> | | <u>- 94.000</u> | | <u>- 94.000</u> | | <u>- 94.000</u> | | | angenommen 11 / 0 / 0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Ausschuss | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|------------------------------------|--------------------------------|--|-----------|--|-----|--------------------|------------------|-------------|------------------|-------------|------------------|-------------|------------------|---------|---|
| | | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| Diverse Teilhaushalte | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 13/14 | Personalaufwendungen/ Versorgungsaufw. | | | | 0 | + 1.349.500 | 0 | + 1.501.500 | 0 | + 1.519.000 | 0 | + 1.536.800 | | |
| 68 | Diverse | | | Berücksichtigung der Stellenplanveränderungen | | | | | | | | | | dauerh. | Diverse Sachkonten |
| | | | | | | | + 537.300 | | + 620.500 | | + 633.000 | | + 645.700 | | |
| 69 neu | Diverse | | | Schaffung zusätzlicher Stellen im Referat 0120 Zur Bündelung und zum Monitoring der einzelnen Fachplanungen und Abstimmung mit der Verwaltungsspitze sollen im Bereich Stadtentwicklung 1,5 Stellen geschaffen werden. | | | | | | | | | | dauerh. | Diverse Sachkonten |
| | | | | | | | + 51.000 | | + 102.900 | | + 105.000 | | + 107.100 | | |
| 70 neu | Diverse | | | Verlegung einer Planstelle aus den Leerstellen für das städtische Klinikum zum Fachbereich 10 aus personalwirtschaftlichen Gründen | | | | | | | | | | dauerh. | Diverse Sachkonten |
| | | | | | | | + 76.000 | | + 83.000 | | + 84.700 | | + 86.400 | | |
| 71 | Diverse | | JHA | Umwandlung von Sach- zu Personalkosten für Projekte des FB 51, u. a. Quik (s. lfd. Nr. 60) | | | | | | | | | | dauerh. | Diverse Sachkonten |
| | | | | | | | + 635.700 | | + 635.700 | | + 635.700 | | + 635.700 | | |
| | | | | | | | <u>+ 635.700</u> | | <u>+ 635.700</u> | | <u>+ 635.700</u> | | <u>+ 635.700</u> | | angenommen 11 / 0 / 0 |
| 72 neu | Diverse | | GA | Schaffung einer zusätzlichen Planstelle im Fachbereich 67 im Zusammenhang mit Baumnachpflanzungen und der Wiederherstellung der zerstörten sonstigen Infrastruktur Es ist vorgesehen eine A11-Stelle zu schaffen, die vorzeitig ausgeschrieben werden soll. Es wird von einer Stellenbesetzung zum 1. März 2018 ausgegangen. | | | | | | | | | | dauerh. | Diverse Sachkonten |
| | | | | | | | + 49.500 | | + 59.400 | | + 60.600 | | + 61.900 | | |
| | | | | | | | <u>+ 49.500</u> | | <u>+ 59.400</u> | | <u>+ 60.600</u> | | <u>+ 61.900</u> | | angenommen 9 / 0 / 1 |
| Gesamt (+) mehr/(-) weniger | | | | | | - 6.400.200 | - 3.325.700 | - 3.410.600 | + 404.000 | - 3.529.200 | + 13.281.200 | - 3.688.600 | - 14.660.400 | | |
| (-) Entlastung/(+) Belastung | | | | | | | + 3.074.500 | | + 3.814.600 | | + 16.810.400 | | - 10.971.800 | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|-----|--------------------------------|--|----------------------|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|-------|---|
| | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |

Teilhaushalt Fachbereich 10 - Zentrale Dienste

| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|----|---|--|--|---|----------|---|----------|---|----------|---|----------|--|--|
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 0 | + 20.000 | 0 | + 20.000 | 0 | + 20.000 | 0 | + 20.000 | | |
|--|----|---|--|--|---|----------|---|----------|---|----------|---|----------|--|--|

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|--------------|--|--|--|--|----------|--|----------|--|----------|--|----------|--|---------|-------------------|
| 1 | 1.11.1145.01 | Allg. Service- / Steuerungsunterstützung | Die Mittel sind aus dem Budget des FB 20 aufgrund des entfallenden Betriebes einer Bürgerhaushalts-Plattform sowie der damit verbundenen Aufgabenverlagerung zum FB 10 umzusetzen. Der Betrag wird für den Betrieb der im neuen Beteiligungsportal integrierten Ideenplattform benötigt (s. auch Ratsbeschluss 17-03606 vom 28. März 2017). | | | | | | | | | | | dauerh. | 427145 EDV-Kosten |
| | | | | | | + 20.000 | | + 20.000 | | + 20.000 | | + 20.000 | | | |

Teilhaushalt Fachbereich 20 - Finanzen

| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|----|-----------------------------------|--|--|---|----------|---|----------|---|----------|---|----------|--|--|
| | 19 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | | 0 | - 20.000 | 0 | - 20.000 | 0 | - 20.000 | 0 | - 20.000 | | |
|--|----|-----------------------------------|--|--|---|----------|---|----------|---|----------|---|----------|--|--|

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|--------------|--|--|--|--|----------|--|----------|--|----------|--|----------|--|---------|--------------------------------------|
| 2 | 1.11.1160.11 | Haushaltsplanung/ Controlling/ Systembetreuung | Die Mittel sind aus dem Budget des FB 20 aufgrund des entfallenden Betriebes einer Bürgerhaushalts-Plattform sowie der damit verbundenen Aufgabenverlagerung zum FB 10 umzusetzen. Der Betrag wird für den Betrieb der im neuen Beteiligungsportal integrierten Ideenplattform benötigt (s. auch Ratsbeschluss 17-03606 vom 28. März 2017). | | | | | | | | | | | dauerh. | 443140 Prüfungs- und Beratungskosten |
| | | | | | | - 20.000 | | - 20.000 | | - 20.000 | | - 20.000 | | | |

Teilhaushalt Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit

| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|---------|--|--|--|---|---|---|---|---|---|---|---|--|--|
| | diverse | | | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
|--|---------|--|--|--|---|---|---|---|---|---|---|---|--|--|

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|-----------------|--|--|--|--|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|---------|---------|
| 3 | 1.31.3119.10.04 | Verwaltung v. Flüchtlingsangelegenheiten | Umsetzung der Ansätze auf das neu gebildete Produkt 1.31.3517.30 | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse |
| | | | | | | - 10.000 | - 70.000 | - 10.000 | - 70.000 | - 10.000 | - 70.000 | - 10.000 | - 70.000 | | |

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|--------------|---------------------------|--|--|--|----------|--|----------|--|----------|--|----------|--|---------|---------|
| 4 | 1.31.3517.20 | Integration von Migranten | Umsetzung der Ansätze auf das neu gebildete Produkt 1.31.3517.30 | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse |
| | | | | | | - 10.000 | | - 10.000 | | - 10.000 | | - 10.000 | | | |

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|--------------|------------------------------|---|--|--|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|---------|---------|
| 5 | 1.31.3517.30 | Integration von Geflüchteten | Umsetzung der Ansätze der bisherigen Produkte 1.31.3119.10 sowie 1.31.3517.20 | | | | | | | | | | | dauerh. | diverse |
| | | | | | | + 10.000 | + 80.000 | + 10.000 | + 80.000 | + 10.000 | + 80.000 | + 10.000 | + 80.000 | | |

*) Der Betrag wird derzeit ermittelt.

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen | |
|-----|--------------------------------|--|---|-----|--------------------|-----------------|----------|-----------------|----------|-----------------|----------|-----------------|-------|---|-------------------------------------|
| | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | | |
| | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | | |
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 0 | 33.000 | 0 | 33.000 | 0 | 33.000 | 0 | 33.000 | | | |
| 6 | 510-3100 | Städt. Kitas | Umbuchung der Sachmittel für 2 städtische Familienzentren von Kostenstelle 510-3200, Sachkonto 431810 | | | | | | | | | | | dauerh. | 422210 GVG 100-150 € |
| | | | | | | + 18.000 | | + 18.000 | | + 18.000 | | + 18.000 | | | |
| 7 | 1.36.3630.05.01 | Kinder- und Jugendschutz | Aufgabenverschiebung von Sachkonto 431810. | | | | | | | | | | | dauerh. | 427140 Veranstaltungen |
| | | | | | | + 15.000 | | + 15.000 | | + 15.000 | | + 15.000 | | | |
| | 18 | Transferaufwendungen | | | 0 | - 33.000 | 0 | - 33.000 | 0 | - 33.000 | 0 | - 33.000 | | | |
| 8 | 510-3200 | Übergeordnete Kostenstelle FT, BT EKG | Umbuchung der Sachmittel für 2 städtische Familienzentren zu Kostenstelle 510-3100, Sachkonto 422210. | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschüsse an übrige Bereiche |
| | | | | | | - 18.000 | | - 18.000 | | - 18.000 | | - 18.000 | | | |
| 9 | 1.36.3630.05.01 | Kinder- und Jugendschutz | Aufgabenverschiebung zu Sachkonto 427140. | | | | | | | | | | | dauerh. | 431810 Zuschüsse an übrige Bereiche |
| | | | | | | - 15.000 | | - 15.000 | | - 15.000 | | - 15.000 | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr. | Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen |
|--|--------------------------------|--|--|-----|--------------------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|--------------|---------|---|
| | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | Erträge | Aufwendungen | | |
| Teilhaushalt Fachbereich 41 - Kultur und Wissenschaft | | | | | | | | | | | | | | |
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 0 | - 16.000 | 0 | - 16.000 | 0 | - 16.000 | 0 | 0 | | |
| 1 | 4S.410001.06.505 | FB 41:Instandh. Bibliotheken (ohne Büch.) | | | | - 16.000 | | - 16.000 | | - 16.000 | | | dauerh. | 427193 IM Sonstige Sachaufwendungen |
| | 27 | Erwerb v. beweglichem Sachvermögen | | | 0 | + 16.000 | 0 | + 16.000 | 0 | + 16.000 | 0 | 0 | | |
| 2 | 1.25.2720.03 | Ausleihe und Nutzung Stadtbibliothek | | | | + 16.000 | | + 16.000 | | + 16.000 | | | dauerh. | 427190 Sonstige Sachaufwendungen |
| Teilhaushalt Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr | | | | | | | | | | | | | | |
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 0 | + 63.800 | 0 | + 63.800 | 0 | + 63.800 | 0 | + 63.800 | | |
| 3 | 1.56.5611.01 | Umweltschutzmaßnahmen FB 66 | Neutrale Umsetzung von der Stabsstelle 0800 zum Fachbereich 66 | | | + 63.800 | | + 63.800 | | + 63.800 | | + 63.800 | dauerh. | 445710 Erstattung an private Unternehmen |
| Teilhaushalt Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat | | | | | | | | | | | | | | |
| | 15 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 0 | - 63.800 | 0 | - 63.800 | 0 | - 63.800 | 0 | - 63.800 | | |
| 4 | 4E.000001.02.505 | MP-Schaufenster Elektromob- Aufwand | Neutrale Umsetzung von der Stabsstelle 0800 zum Fachbereich 66 | | | - 63.800 | | - 63.800 | | - 63.800 | | - 63.800 | dauerh. | 421210 Unterhaltung Infrastruktur |

Anlage 5
Finanzhaushalt (inkl. IP)

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|--|---------------|----------------------|----------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste | | | | | | | | | | | |
| 17 | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 73.000 | | 73.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 3E.10 NEU | | Gemeinschaftshäuser bzw. Gemeinschaftseinrichtungen/ Bedarfsermittlung im SB 321 | SB 321 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Bedarfsermittlung notwendiger zusätzlicher, auch generationsübergreifender, Gemeinschaftshäuser/ Gemeinschaftseinrichtungen im Stadtbezirk 321 Das Ergebnis der Bedarfsermittlung ist dem Stadtbezirksrat vorzustellen. Anmerkung der Verwaltung: Ohne die Definition von grundlegenden Zielen sieht die Verwaltung keine Möglichkeit , eine Kostenschätzung über die oben beantragte Bedarfsermittlung abzugeben. |
| | | | neu | 0 | 0 | *) | *) | *) | *) | 0 | |
| | | | Veränderung | 0 | | *) | *) | *) | *) | 0 | |
| 4S.10 NEU | | Alte Schule Melverode / Zuschuss Sanierung etc. | SB 212 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 73.000 € (44.000 € Zuschuss zu den Baukosten und 29.000 € Zuschuss für Einrichtungsgegenstände) an die NiWo für die "Alte Schule Melverode" (siehe auch Konzeptpapier Kulturring Melverode) sowie zusätzliche Haushaltsmittel für die jährlichen Kosten für Miete, Reinigung und Hausmeisterfunktion (siehe Liste "Ergebnishaushalt") Darüber hinaus erwartet der Stadtbezirksrat von der Nibelungen Wohnbau GmbH als städtischem Tochterunternehmen eine finanzielle Beteiligung an diesem für den Stadtteil Melverode so wichtigem Projekt, beispielsweise in Form eines "verdeckten Zuschusses". Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein gleichlautender Antrag der CDU-Fraktion und der BIBS-Fraktion vor. |
| | | | neu | 73.000 | 0 | 73.000 | | | | 0 | |
| | | | Veränderung | 73.000 | | 73.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|----------|------------------------|---|-------------|---|----------------------------------|------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------------------|---|
| 125 | 4S.10 NEU | Alte Schule Melverode / Zuschuss Sanierung etc. | CDU | bisher 0 neu 73.000 Veränderung 73.000 | 0 0 73.000 | 0 73.000 73.000 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | <p>zusätzliche Haushaltsmittel für einen Zuschuss in Höhe von 73.000 € an die NiWo zur Sanierung der Liegenschaft Bolkenhainstraße 1 (Alte Schule Melverode; neuess Dorfgemeinschaftshaus Melverode); Mit Hilfe eines Zuschusses an die NiWo sollen zum einen deren Baukosten reduziert und zum anderen die notwendige Erstausrüstung angeschafft werden.</p> <p>Dieser Antrag steht im direkten Zusammenhang mit dem Antrag zum Ergebnishaushalt zur späteren Anmietung der Liegenschaft durch die Stadt Braunschweig als Dorfgemeinschaftshaus - dauerhaft 37.000 € für Miet- und Nebenkosten (siehe Liste "Ergebnishaushalt")</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein gleichlautender Antrag des Stadtbezirksrates 212 und der BIBS-Fraktion vor.</p> |
| 126 | 4S.10 NEU | Alte Schule Melverode / Zuschuss Sanierung etc. | BIBS | bisher 0 neu 73.000 Veränderung 73.000 | 0 0 73.000 | 0 73.000 73.000 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | <p>zusätzliche Haushaltsmittel für einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 73.000 € (44.000 € Zuschuss zu den Baukosten und 29.000 € Zuschuss für Einrichtungsgegenstände) für die "Alte Schule Melverode" (siehe auch Konzeptpapier Kulturring Melverode)</p> <p>sowie</p> <p>zusätzliche Haushaltsmittel für die jährlichen Kosten für Miete, Reinigung und Hausmeisterfunktion (siehe Liste "Ergebnishaushalt")</p> <p>Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein gleichlautender Antrag des Stadtbezirksrates 212 und der CDU-Fraktion vor.</p> |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|-----------------------------------|--|-------------------|--------------------|----------------------|----------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| Teilhaushalt 20 - Finanzen | | | | | | | | | | | |
| 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 30.000 | | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 3E.21 NEU | Jugendzentrum im Osten Braunschweigs / Evaluation des Bedarfs und Planung | SB 114 | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 € für die Evaluation des Bedarfs und die Planung eines Jugendzentrums für den Stadtbezirk 114; dabei sollen insbesondere die Aspekte Bedarfsermittlung, Trägerschaft und Räumlichkeiten berücksichtigt werden abgelehnt 0/12/0 |
| | | | neu | 15.000 | 0 | 15.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 15.000 | | 15.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | JHA | | | | | | | | |
| 3E.21 NEU | Gemeinschaftshaus Rautheim-Lindenberg / Konzepterstellung | SB 213 | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Konzepterstellung eines Gemeinschaftshauses im Bereich Rautheim/Lindenberg; dabei ist auch das Gebäude in Rautheim (Braunschweiger Str. 4) in die Überlegungen einzubeziehen; hierin sind die Altagestätte, der Jugendraum und das Schützenheim untergebracht Anmerkung der Verwaltung: Für die Konzepterstellung wird seitens der Verwaltung mit einer Kostengröße von 25.000 EUR bis 30.000 EUR gerechnet. |
| | | | neu | 30.000 | 0 | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 30.000 | | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|-------------------------------|-------------------|---------------|--|----------------------------------|--------------------------------|--------------------------------------|--|------------------------------------|-------------------------------|---|
| <p>Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen</p> <p>Errichtung der 4. IGS Volkmarode (hier: Vorziehen der Finanzraten für die Sanierung / den Neubau der Sporthalle)</p> | | | | | | | | | | | |
| <p>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</p> | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | 0 | | 20.000 | 680.000 | -640.000 | -60.000 | 0 | |
| 4E.210056 | 4. IGS Volkmarode /Errichtung | | SB 114 | bisher 2.609.789 neu 2.609.789 Veränderung 0 | 1.829.789 1.829.789 | 0 20.000 | 20.000 700.000 | 700.000 60.000 | 60.000 0 | 0 0 | Vorziehen der Finanzraten für die Errichtung der Sporthalle an der IGS Volkmarode von 2019 ff. auf das Jahr 2018 ff. |
| | | | | BA 0 SchA 0 | | <u>20.000</u> <u>20.000</u> | <u>680.000</u> <u>680.000</u> | <u>-640.000</u> <u>-640.000</u> | <u>-60.000</u> <u>-60.000</u> | 0 0 | angenommen 11/0/0 ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Protokollnotiz: Die Verwaltung sagt zu, <u>zum FPA</u> eine Stellungnahme über die Konsequenzen aus einem Vorziehen der Baumaßnahme vorzulegen. |
| <p>Baumaßnahmen (Veränderungen)</p> | | | | | | | | | | | |
| 26 | | | | 0 | | 80.000 | 2.720.000 | -2.560.000 | -240.000 | 0 | |
| 4E.210056 | 4. IGS Volkmarode /Errichtung | | SB 114 | bisher 21.263.574 neu 21.263.574 Veränderung 0 | 18.143.574 18.143.574 | 0 80.000 | 80.000 2.800.000 | 2.800.000 240.000 | 240.000 0 | 0 0 | Vorziehen der Finanzraten für die Errichtung der Sporthalle an der IGS Volkmarode von 2019 ff. auf das Jahr 2018 ff. |
| | | | | BA 0 SchA 0 | | <u>80.000</u> <u>80.000</u> | <u>2.720.000</u> <u>2.720.000</u> | <u>-2.560.000</u> <u>-2.560.000</u> | <u>-240.000</u> <u>-240.000</u> | 0 0 | angenommen 11/0/0 ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Protokollnotiz: Die Verwaltung sagt zu, <u>zum FPA</u> eine Stellungnahme über die Konsequenzen aus einem Vorziehen der Baumaßnahme vorzulegen. |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|--|-------------------|---------------|--|----------------------------------|--------------|------------------|------------------------|--------------------|-------------------------------|---|
| Errichtung der 4. IGS Volkmarode (hier: Errichtung eines Multifunktionsraumes in Schapen) | | | | | | | | | | | |
| 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 4E.210056 | 4. IGS Volkmarode /Errichtung | | SB 114 | bisher 2.609.789 neu 2.609.789 Veränderung 0 | 1.829.789 1.829.789 | 0 0 | 20.000 20.000 | 700.000 700.000 | 60.000 60.000 | 0 0 | Vorziehen der Finanzraten für die Errichtung eines Multifunktionsraumes in Schapen von 2019 ff. auf 2018 ff. Anmerkung der Verwaltung: Im IP 2017 - 2021 sind in den Finanzraten lediglich Mittel für die Sporthalle der IGS Volkmarode enthalten. Bei Umsetzung wird hier ein neues Projekt notwendig. abgelehnt 3/3/5 ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Protokollnotiz: Die Verwaltung sagt zu, <u>zum FPA</u> eine Stellungnahme über die Konsequenzen aus einem Vorziehen der Baumaßnahme vorzulegen. |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 4E.210056 | 4. IGS Volkmarode /Errichtung | | SB 114 | bisher 21.263.574 neu 21.263.574 Veränderung 0 | 18.143.574 18.143.574 | 0 0 | 80.000 80.000 | 2.800.000 2.800.000 | 240.000 240.000 | 0 0 | Vorziehen der Finanzraten für die Errichtung eines Multifunktionsraumes in Schapen von 2019 ff. auf 2018 ff. Anmerkung der Verwaltung: Im IP 2017 - 2021 sind in den Finanzraten lediglich Mittel für die Sporthalle der IGS Volkmarode enthalten. Bei Umsetzung wird hier ein neues Projekt notwendig. abgelehnt 3/3/5 ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Protokollnotiz: Die Verwaltung sagt zu, <u>zum FPA</u> eine Stellungnahme über die Konsequenzen aus einem Vorziehen der Baumaßnahme vorzulegen. |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|--|-------------|----------------------|----------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| <p>Mehrzweckhalle GS Kralenriede</p> <p>Machbarkeitsstudie Multifunktionsbau GS Kralenriede</p> | | | | | | | | | | | |
| <p>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</p> | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | 30.000 | | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 128 | 3E.21 NEU | Grundschule Kralenriede / Machbarkeitsstudie Multifunktionsbau | BIBS | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für einen Multifunktionsbau an der Grundschule Kralenriede; - die Nutzfläche des Multifunktionsbaus sollte etwa 250 qm betragen - die Räumlichkeiten sollen nutzbar sein für Grundschulsport und Gymnastik, als Schulaula, als Aufenthaltsort (Pausenraum) an Regentagen und als Versammlungsraum für die Bürgerinnen und Bürger Kralenriedes - als Kostenobergrenze für die Planungen wird 1 Mio. € angesetzt Anmerkung der Verwaltung Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Protokollnotiz: Der Schulausschuss steht dem Antrag positiv gegenüber, möchte aber keine Vorfestlegung über die Art der Räumlichkeiten (Sporthalle oder Multifunktionsbau) treffen. |
| | | | neu | 30.000 | 0 | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 30.000 | | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>30.000</u> | | <u>30.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>30.000</u> | | <u>30.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|--|-------------------------------|----------------------|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| Neubau einer Mehrzweckhalle GS Kralenriede | | | | | | | | | | | |
| 17 | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 131 | 4E.21NEU | GS Kralenriede / Neubau Mehrzweckhalle | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung und den Bau einer Mehrzweckhalle an der Grundschule Kralenriede; mit der Planung für den Bau ist unverzüglich zu beginnen Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. Kostenschätzung liegt noch nicht vor. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Protokollnotiz: Der Schulausschuss steht dem Antrag positiv gegenüber, möchte aber keine Vorfestlegung über die Art der Räumlichkeiten (Sporthalle oder Multifunktionsbau) treffen. |
| | | | neu | 0 | 0 | *) | *) | *) | *) | *) | |
| | | | Veränderung | 0 | | *) | *) | *) | *) | *) | |
| | | | BA | 0 | | ⌋ | ⌋ | ⌋ | ⌋ | ⌋ | |
| | | | SchA | 0 | | ⌋ | ⌋ | ⌋ | ⌋ | ⌋ | |
| 26 | | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 131 | 4E.21NEU | GS Kralenriede / Neubau Mehrzweckhalle | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung und den Bau einer Mehrzweckhalle an der Grundschule Kralenriede; mit der Planung für den Bau ist unverzüglich zu beginnen Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. Kostenschätzung liegt noch nicht vor. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Protokollnotiz: Der Schulausschuss steht dem Antrag positiv gegenüber, möchte aber keine Vorfestlegung über die Art der Räumlichkeiten (Sporthalle oder Multifunktionsbau) treffen. |
| | | | neu | 0 | 0 | *) | *) | *) | *) | *) | |
| | | | Veränderung | 0 | | *) | *) | *) | *) | *) | |
| | | | BA | 0 | | ⌋ | ⌋ | ⌋ | ⌋ | ⌋ | |
| | | | SchA | 0 | | ⌋ | ⌋ | ⌋ | ⌋ | ⌋ | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|--|-------------------|---------------|----------------------|----------------------------------|--------------|---------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| Neubau Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel | | | | | | | | | | | |
| 25 | Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen) | | | 70.000 | | 70.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 5E.21 NEU | Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel / Neubau | | SB 321 | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums in Watenbüttel Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten für einen Neubau eines Jugendzentrum in Watenbüttel werden auf 950.000 € geschätzt. Zusätzlich muss mit Kosten von 70.000 € für den Erwerb eines Grundstückes kalkuliert werden. abgelehnt 1/7/3 angenommen 10/1/0 Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag sollte im FPA nochmals beraten werden, da der Antrag zum Teil (siehe Zeile 26 - Baumaßnahmen) abgelehnt wurde. |
| | | | | neu 70.000 | 0 | 70.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung 70.000 | | 70.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | BA | | | | | | | |
| | | | | JHA | <u>70.000</u> | <u>0</u> | <u>70.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|--|---------------|----------------------|----------------------------------|----------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | | | | | | | | |
| | 5E.21 NEU | Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel / Neubau | SB 321 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums in Watenbüttel |
| | | | neu | 950.000 | 0 | 950.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 950.000 | | 950.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | | | | | | | | abgelehnt 1/7/3 |
| | | | JHA | <u>950.000</u> | <u>0</u> | <u>950.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | abgelehnt 0/11/0 |
| | | | | | | | | | | | Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten für einen Neubau eines Jugendzentrum in Watenbüttel werden auf 950.000 € geschätzt. Zusätzlich muss mit Kosten von 70.000 € für den Erwerb eines Grundstückes kalkuliert werden. |
| | | | | | | | | | | | Anmerkung der Verwaltung: Trotz Ablehnung sollte <u>im FPA</u> über diesen Antrag nochmals beraten werden, da der Antrag zum Teil (siehe Zeile 25 - Grundstückskauf) angenommen wurde. |
| Neubau Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel (inkl. Räumlichkeiten für die Ortsbücherei) | | | | | | | | | | | |
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | | | | | | | | |
| | 5E.21NEU | Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel / Neubau (inkl. Ortsbücherei) | SB 321 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Erweiterung des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel um Raumkapazitäten für die derzeit in der Grundschule untergebrachten Ortsbücherei, sofern bis zur Planung und Umsetzung der Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums keine andere Lösung gefunden wurde |
| | | | neu | 0 | 0 | *) | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 0 | | *) | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | | | | | | | | Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung liegt noch nicht vor. |
| | | | JHA | | | | | | | | Sollte der Antrag zur Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel abgelehnt werden, ist dieser Antrag hinfällig. |
| | | | | | | | | | | | abgelehnt 0/7/4 abgelehnt 011/0 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|--|---|---------------|----------------------|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| Hochbaumaßnahmen am "Am Westpark" | | | | | | | | | | | |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 5E.21 NEU | Aktivspielplatz - Grillplatz am Rande des Westparks / Errichtung Toilettenkubus und Trinkwassersäule | | SB 221 | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Toilettenkubus in der Nähe des Aktivspielplatzes bzw. des öffentlichen Grillplatzes am Rande des Westparks (160.000 €) und für eine Trinkwassersäule am gleichen Standort |
| | | | | neu | 180.000 | 0 | 180.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung | 180.000 | 180.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten für den Toilettenkubus werden auf rund 160.000 € geschätzt. Für die Trinkwassersäule werden zusätzlich rund 20.000 € veranschlagt. Sollte die Trinkwassersäule einzeln ohne den Toilettenkubus errichtet werden, erhöhen sich die Kosten für diese für die notwendige Erschließung. Es liegt ein ähnlicher Antrag der CDU vor. |
| | | | | BA | | | | | | | abgelehnt 2/8/1 |
| 129 | 5E.21 NEU | Am Westpark / Errichtung Toilettenkubus | CDU | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 160.000 € für die Errichtung eines Toilettenkubus am Rande des Westparks |
| | | | | neu | 160.000 | 0 | 160.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung | 160.000 | 160.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein ähnlich lautender Antrag des Stadtbezirksrates 221 vor. |
| | | | | BA | | | | | | | abgelehnt 5/5/1 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|--|--------------------------------|---|----------------------------------|------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------------|---|
| Baumaßnahmen an den Unterküften am Madamenweg 94 | | | | | | | | | | | |
| 17 | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 63.600 | | 63.600 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 151 | 4S.210034 | FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm. | BIBS | bisher 4.801.300 neu 4.891.300 Veränderung 90.000 | 3.721.300 3.721.300 | 270.000 360.000 90.000 | 270.000 270.000 0 | 270.000 270.000 0 | 270.000 270.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 € für die Installation von zehn Trink- und Schmutzwasseranschlüssen (inkl. Instandsetzung der vorhandenen Dusch- /WC-Container) und Ergänzung um je eine Dusche für Damen und Herren für die Unterküfte /Wohnwagen am Madamenweg 94 Anmerkung der Verwaltung: Die Fachverwaltung sieht eine Ertüchtigung der vorhandenen sanitären Anlagen vor und hat dafür 26.400 EUR in den Haushalt 2018 aufgenommen (siehe Ansatzveränderungen der Verwaltung). Sollte dem Antrag der Verwaltung zugestimmt werden, wäre dieser Antrag hinfällig. Es gibt einen gleichlautenden Antrag der BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Fraktion. angenommen 7/3/0 für erledigt erklärt, s.u. zu lfd. Nr. 172 |
| | | | BA AfSG | 90.000 | | 90.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 161 | 4S.210034 | FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm. | BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | bisher 4.801.300 neu 4.891.300 Veränderung 90.000 | 3.721.300 3.721.300 | 270.000 360.000 90.000 | 270.000 270.000 0 | 270.000 270.000 0 | 270.000 270.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 € für die Installation von zehn Trink- und Schmutzwasseranschlüssen (inkl. Instandsetzung der vorhandenen Dusch- /WC-Container) und Ergänzung um je eine Dusche für Damen und Herren für die Unterküfte /Wohnwagen am Madamenweg 94 Anmerkung der Verwaltung: Die Fachverwaltung sieht eine Ertüchtigung der vorhandenen sanitären Anlagen vor und hat dafür 26.400 EUR in den Haushalt 2018 aufgenommen (siehe Ansatzveränderungen der Verwaltung). Sollte dem Antrag der Verwaltung zugestimmt werden, wäre dieser Antrag hinfällig. Es gibt einen gleichlautenden Antrag der BIBS-Fraktion. für erledigt erklärt, da Antrag der BIBS-Fraktion angenommen: 7/3/0 (90.000 €) für erledigt erklärt, s.u. zu lfd. Nr. 172 |
| | | | BA AfSG | | | | | | | | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---------------------------|------------------------|--|------------------------------------|----------------------|----------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| 172 | 4S.210034 | FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm. | SPD/BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | | | | | | | | |
| | | | bisher | 4.801.300 | 3.721.300 | 270.000 | 270.000 | 270.000 | 270.000 | 0 | nachgereichter Antrag - zur AfSG-Sitzung: zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 63.600 EUR für die Erneuerung der sanitären Anlagen am Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg als Ergänzung der Ansatzveränderungen der Verwaltung (laufende Nr. 27 -26.400 EUR) |
| | | | neu | 4.864.900 | 3.721.300 | 333.600 | 270.000 | 270.000 | 270.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 63.600 | | 63.600 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | AfSG | 63.600 | | 63.600 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 7/4/0 - <u>Die Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen, bis die Verwaltung mit dem runden Tisch einen Konsens hergestellt hat.</u> Die Anträge 151 und 161 wurden gleichzeitig für erledigt erklärt. |
| Sonstige Maßnahmen | | | | | | | | | | | |
| | 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 30.000 | | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 127 | 4E.210210 | Kinder- und JZ B 58 /Sanierung | SPD | | | | | | | | |
| | | | bisher | 115.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 115.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € für die Entwurfsplanung zur Erweiterung und Sanierung des Kinder- und Jugendzentrums B 58 |
| | | | neu | 145.000 | 0 | 30.000 | 0 | 0 | 115.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 30.000 | | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | 30.000 | | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | Anmerkung der Verwaltung Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen angenommen 9/2/1 |
| | | | JHA | 30.000 | 0 | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|-----------|-------------------------------------|--|---------------|----------------------|----------------------------------|------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------------------|-------------|--|
| | 4S.210034 | FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm. | SB 113 | bisher neu | 4.801.300 4.801.300 | 3.721.300 3.721.300 | 270.000 270.000 | 270.000 270.000 | 270.000 270.000 | 270.000 270.000 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Überdachung im Bereich des Sportlereingangs an der Sporthalle Hondelage |
| | | | | Veränderung | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Anmerkung der Verwaltung: Der ansässige Sportverein möchte im Bereich des Sportlereingangs Verkaufsstände betreiben. Das ist bauordnungsrechtlich nicht zulässig, weil der Eingangsbereich im Verlauf des zweiten baulichen Rettungswegs liegt und nicht zugestellt werden darf. |
| | | | | BA | | | | | | | | abgelehnt 0/11/0 |
| | 4S.210034 | FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm. | SB 113 | bisher neu | 4.801.300 4.802.900 | 3.721.300 3.721.300 | 270.000 271.600 | 270.000 270.000 | 270.000 270.000 | 270.000 270.000 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Erstellung eines befestigten Untergrundes zwecks Umsetzung der Wertstoffcontainer im Bereich Feuerwehr/NEZ/Sternwarte |
| | | | | Veränderung | 1.600 | 1.600 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Anmerkung der Verwaltung: Als Alternativstandort für die Container ist die Grünfläche nördlich des jetzigen Standortes vorgesehen. Die Kosten für die Befestigung der Fläche werden auf ca. 1.600 € geschätzt (ohne Berücksichtigung der Beseitigung des Busch- und Wurzelwerkes). |
| | | | | BA | | | | | | | | abgelehnt 1/9/1 |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 300.000 | | 0 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 0 | | |
| | 5E.21 NEU | Grundschule Klint / Anschaffung von Außenjalousien | SB 131 | bisher neu | 0 175.000 | 0 0 | 0 175.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 175.000 EUR zur Anschaffung von Außenjalousien ("kleine Lösung") zum Sonnenschutz an der Grundschule Klint |
| | | | | Veränderung | 175.000 | 175.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | BA SchA | | | | | | | | abgelehnt 0/9/1 abgelehnt 5/8/3 |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|------------------------------------|------------------------|--|--------------------------------|----------------------|----------------------------------|--------------|----------------|----------------|----------------|-------------------------------|--|
| 162 | 5S.210004 | FB 20: Global-Baumaßnahmen | BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | | | | | | | | |
| | | | bisher | 1.335.800 | 1.335.800 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | neu | 1.635.800 | 1.335.800 | *) | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 300.000 | | *) | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 0 | |
| | | | BA | <u>300.000</u> | | *) | <u>100.000</u> | <u>100.000</u> | <u>100.000</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>300.000</u> | | *) | <u>100.000</u> | <u>100.000</u> | <u>100.000</u> | <u>0</u> | |
| | | | | | | | | | | | zusätzliche Haushaltsmittel für das Jahr 2018 um die Schulen GS Gliesmarode, IGS Franzisches Feld und GY Hoffmann von Fallersleben mit Abstellanlagen für Fahrräder entsprechend der DIN 79008 um- bzw. auszurüsten. Weitere zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € jährlich ab dem Jahr 2019, um alle Schulen sukzessive mit bedarfsgerechten Abstellanlagen für Fahrräder entsprechend der DIN 79008 auszustatten Anmerkung der Verwaltung: Eine Kostenschätzung für das Jahr 2018 liegt noch nicht vor angenommen 5/0/4 ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Protokollnotiz: Die Verwaltung sagt zu, zum FPA eine Mitteilung vorzulegen, aus der hervor geht, wie hoch der Bedarf ist. |
| Teilhaushalt 37 - Feuerwehr | | | | | | | | | | | |
| | 27 | Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen) | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | 5E.370029 | Löschfahrzeug OF Schapen / Beschaffung | SB 114 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 255.000 | 0 | 0 | 0 | 255.000 | 0 | 0 | |
| | | | neu | 255.000 | 0 | 255.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 0 | | 255.000 | 0 | -255.000 | 0 | 0 | |
| | | | FwA | | | | | | | | abgelehnt 0/9/1 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|--|-------------------|---------------|----------------------|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft | | | | | | | | | | | |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 5S.410013 | FB 41:Global-Sachanl. FB 41 intern | | SB 322 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.000 € für die Aufstellung der Gedenktafel an der Straße Hafentbahn/Sandanger anlässlich des 75. Jahrestages der Deportation der Sinti von Veltenhof aus nach Auschwitz |
| | | | neu | 2.000 | 0 | 2.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 2.000 | | 2.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | AfKW | | | | | | | | abgelehnt 0/9/0 |
| Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz | | | | | | | | | | | |
| 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 3E.61 NEU | Marktplatz Volkmarode-Nord / Planung Neugestaltung | | SB 114 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € für die Planung der Neugestaltung des Marktplatzes im Gebiet Volkmarode-Nord (Einsatz eines Projektentwicklers); Ziel des Auftrags soll die Gestaltung des Marktplatzbereichs, die Verkehrsanbindung (Parkplatzsituation) und die Ansiedlung von Nahversorgern für die weiter wachsende Einwohnerzahl in Volkmarode sein |
| | | | neu | 30.000 | 0 | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 30.000 | | 30.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | PIUA | | | | | | | | abgelehnt 0/12/0 |
| <p>Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung befindet sich in Hinblick auf die Stadtbahnverlängerung nach Volkmarode noch in Abstimmung. Solange die Streckenführung und die genaue Lage der Wendeschleife nicht abschließend geklärt sind, erscheint es nicht sinnvoll, einen Projektentwickler mit der Gestaltung des unmittelbar an die Stadtbahnstrecke angrenzenden Marktplatzes, der Verkehrsanbindung (Parkplatzsituation) und der Ansiedlung von Nahversorgern zu beauftragen. Zudem wird derzeit geprüft, ob hinsichtlich des städtischen Flurstücks (Gemarkung Volkmarode, Flur 4, Flurstück 380) die im „Kommunalen Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ vorgesehene Konzeptvergabe zur Anwendung kommen wird.</p> | | | | | | | | | | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|----------|------------------------|--|---------------|--|----------------------------------|------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------------|---|
| | 4S.610012 | FB 61:Instandh. Schutzgebiete/Schutzobj. | SB 113 | bisher 109.000 neu 112.600 Veränderung 3.600 | 69.000 69.000 | 10.000 13.600 3.600 | 10.000 10.000 0 | 10.000 10.000 0 | 10.000 10.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Schunterquerung an der Furt Gieseberg; es soll hierfür ein weiterer "Stein", zwischen dem ersten und dem zweiten Stein, installiert werden Anmerkung der Verwaltung Kostenschätzung der Verwaltung: 3.600 € abgelehnt 0/11/1 |
| | | | PIUA | | | | | | | | |
| 130 | 4S.610032 | FB 61:Förderprogramm f.regener.Energien | AfD | bisher 858.741 neu 793.741 Veränderung -65.000 | 338.741 338.741 | 130.000 65.000 -65.000 | 130.000 130.000 0 | 130.000 130.000 0 | 130.000 130.000 0 | 0 0 0 | Absenkung der Haushaltsmittel für das Jahr 2018 um die Hälfte (-65.000 €) abgelehnt 1/11/0 |
| | | | PIUA | | | | | | | | |
| | 4S.61 NEU | Zuschüsse / Umweltmaßnahmen | SB 211 | bisher 0 neu 2.000 Veränderung 2.000 | 0 0 | 0 2.000 2.000 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.000 € für die Errichtung eines Bootsanlegers in Stöckheim, Brücke Berkenbuschstraße Anmerkung der Verwaltung: Es liegt ein Beschluss zur Umsetzung der Maßnahme aus Stadtbezirksratsmitteln in Höhe von 2.000 € vor. Das Grundstück, auf dem der Bootsanleger errichtet werden soll, gehört nicht der Stadt Braunschweig. Danach müsste es sich um einen Zuschuss an den Eigentümer zur Errichtung des Bootsanlegers handeln. abgelehnt 0/11/1 |
| | | | PIUA | | | | | | | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|---|-------------------|---------------|----------------------|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 5E.61NEU | Spielplatz Ölper / Neubau | | SB 321 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung und Neuerrichtung eines Spielplatzes in Ölper |
| | | | neu | 145.000 | 0 | 145.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 145.000 | | 145.000 | | | | 0 | |
| | | | PIUA | | | | | | | | Anmerkung der Verwaltung: Die Errichtung eines neuen Spielplatzes in Ölper verursacht Kosten in geschätzter Höhe von 145.000 €, hiervon 100.000 € Baukosten, 25.000 € Planungskosten sowie rund 20.000 € für die ggf. notwendige Entsorgung belasteter Materialien. Die in Betracht kommende Fläche am Biberweg ist planungsrechtlich jedoch noch nicht abgesichert. für erledigt erklärt |
| 5S.610033 | FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7 | | SB 221 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 659.000 | 494.000 | 78.000 | 27.000 | 30.000 | 30.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € für den weiteren Ausbau der Wege des Westparks |
| | | | neu | 709.000 | 494.000 | 128.000 | 27.000 | 30.000 | 30.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 50.000 | | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | PIUA | | | | | | | | abgelehnt 0/10/2 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|--|-------------------|---------------|----------------------|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr | | | | | | | | | | | |
| DB Verknüpfungspunkt Bienrode / Umgestaltung | | | | | | | | | | | |
| 19 | Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 5E.660071 | DB-Verknüpfungspunkt Bienrode/Umgestaltung | | SB 112 | | | | | | | | |
| | | bisher | | 57.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 57.000 | Vorziehen der Einzahlungsrate 2022 für die Umgestaltung des DB-Verknüpfungspunktes Bienrode auf das Jahr 2019 |
| | | neu | | 57.000 | 0 | 0 | 57.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | Veränderung | | 0 | 0 | 0 | 57.000 | 0 | 0 | -57.000 | |
| | | BA | | | | | | | | | abgelehnt 1/10/0 |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 5E.660071 | DB-Verknüpfungspunkt Bienrode/Umgestaltung | | SB 112 | | | | | | | | |
| | | bisher | | 285.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 285.000 | Vorziehen der Finanzrate 2022 für die Umgestaltung des DB-Verknüpfungspunktes Bienrode auf das Jahr 2019 |
| | | neu | | 285.000 | 0 | 0 | 285.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | Veränderung | | 0 | 0 | 0 | 285.000 | 0 | 0 | -285.000 | |
| | | BA | | | | | | | | | abgelehnt 1/10/0 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|---|--|---------------|--|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| Errichtung Kreisel Senefelder Straße / Mascheroder Weg | | | | | | | | | | | |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | 5E.66 NEU | Ecke Senefelder Straße - Mascheroder Weg / Errichtung Kreisel | SB 211 | bisher 0 neu 800.000 Veränderung 800.000 | 0 0 | 0 800.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 800.000 € für die Erstellung eines Kreisel an der Ecke Senefelder Straße / Mascheroder Weg Anmerkung der Verwaltung: Es gibt einen gleichlautenden Antrag der BIBS-Fraktion. abgelehnt 4/5/2 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| 133 | 5E.66 NEU | Ecke Senefelder Straße - Mascheroder Weg / Errichtung Kreisel | BIBS | bisher 0 neu 800.000 Veränderung 800.000 | 0 0 | 0 800.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 800.000 € für die Erstellung eines Kreisel an der Ecke Senefelder Straße / Mascheroder Weg, dabei mögen insbesondere die von der Bürgerinitiative vor Ort erarbeiteten Alternativen berücksichtigt werden Anmerkung der Verwaltung: Die Gesamtkosten werden auf 800.000 € geschätzt. Es gibt einen gleichlautenden Antrag des Stadtbezirksrates 211. abgelehnt 4/5/2 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| Sonstige Maßnahmen | | | | | | | | | | | |
| 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | 3E.66 NEU | Kreuzung Berliner Heerstraße-Ziegelkamp-Am Feuerteich / Planung der Umgestaltung | SB 114 | bisher 0 neu 25.000 Veränderung 25.000 | 0 0 | 0 25.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 € für die Planung der Umgestaltung der zentralen Kreuzung Berliner Heerstraße/Ziegelkamp/Am Feuerteich (Ziel: klare und eindeutige Verkehrsführung) abgelehnt 1/9/1 |
| | | | BA | | | | | | | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|----------|------------------------|--|--------------------------------|--|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| | 3E.66 NEU | Bushaltestelle IGS Volkmarode / Planung des Umbaus | SB 114 | bisher 0 neu 20.000 Veränderung 20.000 | 0 0 | 0 20.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € für die Planung des Umbaus der Bushaltestelle inkl. der Zu- und Abfahrten an der IGS Volkmarode abgelehnt 2/9/0 für erledigt erklärt (Voraussetzung hierfür: siehe Protokollnotiz) Protokollnotiz: Die Verwaltung sagt zu, zum nächsten Schulausschuss eine Mitteilung über die örtliche Situation und die Gefährdungspotenziale sowie Lösungsmöglichkeiten vorzulegen. |
| | | | BA SchA | | | | | | | | |
| 163 | 3E.66 NEU | Radverkehrs-Förderung / Planung | BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | bisher 0 neu 30.000 Veränderung 30.000 | 0 0 | 0 30.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € zur Beauftragung eines Gutachtens mit dem die effizientesten, kurzfristigen Maßnahmen in Braunschweig zur Förderung des Radverkehrs identifiziert werden sollen abgelehnt 3/4/2 abgelehnt 4/9/0 |
| | | | BA PIUA | | | | | | | | |
| | 4E.66 NEU | Ortsausfahrt Bienrode Richtung Waggum / Verbesserung der Verkehrssituation | SB 112 | bisher 0 neu 500.000 Veränderung 500.000 | 0 0 | 0 500.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € für 2018 für die Verbesserung der Verkehrssituation im Bereich der Ortsausfahrt Bienrode in Richtung Waggum (z. B. durch einen Kreisel). Dabei sollen auch die Planungen für die Feuerwache berücksichtigt werden. abgelehnt 1/8/2 |
| | | | BA | | | | | | | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|-----------|---|-------------------|---------------|--|----------------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|-------------------------------|---|
| 4E.66 NEU | Straße "Am Nussberg" / Sanierung | | SB 120 | bisher 0 neu 500.000 Veränderung 500.000 | 0 0 | 0 500.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung der Straße "Am Nussberg"; die Sanierung soll die gesamte Straßenführung von der Ebertallee bis zum Bahnübergang umfassen Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten für die Sanierung in vorhandener Breite betragen geschätzte 500.000 €. Es wäre noch zu prüfen, ob diese Maßnahme straßenausbaubeitragspflichtig ist. Eine grundhafte Sanierung mit Planung und Neuordnung der Verkehrsflächen würde rd. 1,3 Mio. € kosten. abgelehnt 1/9/1 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| 4E.66 NEU | Obergstraße / Sanierung | | SB 132 | bisher 0 neu 230.000 Veränderung 230.000 | 0 0 | 0 230.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung der Obergstraße Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung sieht hier keinen Handlungsbedarf. Die Kosten für eine grundhafte Sanierung der Obergstraße werden auf 230.000 € geschätzt. Es wäre noch zu prüfen, ob diese Maßnahme straßenausbaubeitragspflichtig ist. abgelehnt 0/10/1 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| 4S.660006 | FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen | | SB 113 | bisher 18.691.200 neu 18.691.200 Veränderung 0 | 13.775.700 13.775.700 | 1.200.800 1.200.800 | 1.202.900 1.202.900 | 1.211.800 1.211.800 | 1.300.000 1.300.000 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Anbringung von Hinweisschildern auf das NEZ (Natur-Erlebniszentrum Hondelage) Anmerkung der Verwaltung Die Umsetzung der Beschilderung erfolgt nach Anordnung der Straßenverkehrsbehörde durch die BELLIS GmbH, zusätzliche Kosten entstehen hierdurch nicht. BA 0 0 0 0 0 0 angenommen 10/0/1 |
| | | | BA | | | | | | | | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|----------|------------------------|---|---------------|---|----------------------------------|----------------------------------|-----------------------------|-----------------------------|-----------------------------|-------------------------------|---|
| | 4S.660006 | FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen | SB 113 | bisher 18.691.200 neu 18.694.700 Veränderung 3.500 | 13.775.700 | 1.200.800 1.204.300 3.500 | 1.202.900 1.202.900 0 | 1.211.800 1.211.800 0 | 1.300.000 1.300.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des Fußwegs im Bereich Ackerweg/Tiefe Straße Anmerkung der Verwaltung: Im Einmündungsbereich des Ackerweges in die Tiefe Straße sollte vorrangig der südliche Gehweg im Radienbereich auf einer Länge von ca. 28 m saniert werden. Die Kosten werden auf ca. 3.500 € geschätzt. abgelehnt 1/10/0 |
| | 4S.660006 | FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen | SB 221 | bisher 18.691.200 neu 18.741.200 Veränderung 50.000 | 13.775.700 | 1.200.800 1.250.800 50.000 | 1.202.900 1.202.900 0 | 1.211.800 1.211.800 0 | 1.300.000 1.300.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € für die Sanierung der Gehwege in der Weststadt abgelehnt 0/10/1 |
| 132 | 4S.660006 | FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen | CDU | bisher 18.691.200 neu 18.731.200 Veränderung 40.000 | 13.775.700 | 1.200.800 1.240.800 40.000 | 1.202.900 1.202.900 0 | 1.211.800 1.211.800 0 | 1.300.000 1.300.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 € für die Installation von zwei Unterflurmüllbehälter im Bereich Kohlmarkt und Kattrepeln sowie insgesamt acht 100l-Behälter entlang des Damm, des Hutfiltern und auf dem Kohlmarkt abgelehnt 5/6/0 |
| | 4S.660020 | FB 66: Global Umbauten Straßen etc. | SB 131 | bisher 750.000 neu 756.000 Veränderung 6.000 | 250.000 | 150.000 156.000 6.000 | 150.000 150.000 0 | 100.000 100.000 0 | 100.000 100.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 6.000 EUR zur Beseitigung der Verkehrsinsel "Beckmann-Nase" an der Kreuzung Karrenführerstraße/Kuhstraße abgelehnt 0/9/2 |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|----------|------------------------|-------------------------------------|---------------|--|----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------------------|--|
| | 4S.660020 | FB 66: Global Umbauten Straßen etc. | SB 211 | bisher 750.000 neu 755.000 Veränderung 5.000 | 250.000 250.000 | 150.000 155.000 | 150.000 150.000 | 100.000 100.000 | 100.000 100.000 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 € für die Schaffung einer Querungshilfe für die Leipzigerstraße und Bertha-von Suttnerstraße; auf der Leipzigerstraße soll ein Zebrastreifen südlich der Einmündung in die Bertha-von-Suttner-Straße errichtet werden abgelehnt 1/10/0 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| | 4S.660020 | FB 66: Global Umbauten Straßen etc. | SB 321 | bisher 750.000 neu 950.000 Veränderung 200.000 | 250.000 250.000 | 150.000 350.000 | 150.000 150.000 | 100.000 100.000 | 100.000 100.000 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Beleuchtung und den Wetterschutz der Wartebereiche an den durch die Verlängerung der Linie 418 neu entstandenen Bushaltestellen Anmerkung der Verwaltung: - Haltestelle „Lammer Heide“, stadteinwärts: Ein mobiler Wetterschutz ohne Beleuchtung ist an dieser Haltestelle bereits vorhanden. Sollte ein fest installierter Wetterschutz aufgestellt werden, müsste die Haltestelle barrierefrei (einschließlich Folgemaßnahmen) umgebaut werden, was ca. 130.000 € kosten wird. - Haltestelle „Lammer Heide“, stadtauswärts: Kurz vor dem Linienende ist dies v. a. eine Ausstiegshaltestelle, weshalb ein Wetterschutz hier nicht erforderlich ist. - Haltestelle „Neudammstraße“, stadteinwärts: Ein Wetterschutz kann hier nur aufgestellt werden, wenn der Gehweg (Wartefläche) durch Umbau vergrößert wird. Ein solcher barrierefreier Umbau einschließlich der Aufstellung eines Wetterschutzes wird ca. 70.000 € kosten. - Haltestelle „Neudammstraße“, stadtauswärts: Diese Haltestelle ist bereits seit vielen Jahren mit einem Wetterschutz ausgestattet. Aufgrund einer anderen Linienführung war sie früher eine Einstiegshaltestelle abgelehnt 1/9/1 |
| | | | BA | | | | | | | | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|-----------|---|-------------------|---------------|--|----------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------|-----------------------------|-----------------------------|-------------------------------|---|
| 4S.660020 | FB 66: Global Umbauten Straßen etc. | | SB 322 | bisher 750.000 neu 765.000 Veränderung 15.000 | 250.000 250.000 | 150.000 165.000 15.000 | 150.000 150.000 0 | 100.000 100.000 0 | 100.000 100.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Aufstellung eines Fahrgastunterstandes an der Bushaltestelle Ernst-Böhme-Straße / Ecke Hafensstraße Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten werden für die Haltestelle "Ernst-Böhme-Straße", stadteinwärts, auf rund 15.000 € geschätzt. abgelehnt 2/8/1 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| 4S.660020 | FB 66: Global Umbauten Straßen etc. | | SB 322 | bisher 750.000 neu 830.000 Veränderung 80.000 | 250.000 250.000 | 150.000 230.000 80.000 | 150.000 150.000 0 | 100.000 100.000 0 | 100.000 100.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für den Rückbau der Haltebucht "Bushaltestelle Wendener Weg" und für die Aufstellung eines Fahrgastunterstandes Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten werden für die Haltestelle "Wendener Weg", stadteinwärts, auf rund 80.000 € geschätzt. abgelehnt 1/8/2 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| 4S.660023 | FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen | | SB 132 | bisher 8.100.000 neu 8.590.000 Veränderung 490.000 | 500.000 500.000 | 1.000.000 1.490.000 490.000 | 1.600.000 1.600.000 0 | 2.200.000 2.200.000 0 | 2.800.000 2.800.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Erneuerung des Straßenbelags der Campestraße Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung sieht für diese Maßnahme keinen dringenden Handlungsbedarf. Die Kosten einer grundhaften Sanierung der Fahrbahn der Campestraße (ohne Gehwege) werden auf 490.000 € geschätzt. Es wäre noch zu prüfen, ob diese Maßnahme straßenausbaubeitragspflichtig ist. abgelehnt 0/9/2 |
| | | | BA | | | | | | | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|----------|------------------------|---|---------------|--|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| | 4S.66 NEU | Hauptbahnhof / Zuschüsse für zusätzliche Fahrradabstellanlagen bzw. für | SB 132 | bisher 0 neu 240.000 Veränderung 240.000 | 0 0 | 0 240.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Erhöhung der Zahl der Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof und für die Prüfung der Möglichkeit eines Fahrradparkhauses Anmerkung der Verwaltung: Am Braunschweiger Hauptbahnhof fehlen rund 1.200 Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Allein die Fahrradständer hierfür würden ca. 240.000 € kosten (Ständer und Einbau je 200 €). Die Kosten für die Herstellung eines Fahrradparkhauses sind abhängig von der Ausgestaltung und der Größe (Anzahl der abzustellenden Räder). Vergleichswerte aus anderen Kommunen legen Kosten zwischen 1.700 € und 4.000 € je abzustellendem Fahrrad. Zusätzlich sind die Eigentumsverhältnisse am Braunschweiger Hauptbahnhof zu beachten, da es sich zu bedeutenden Teilen um Eigentum der Bahn AG handelt. abgelehnt 1/9/1 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| | 4S.66NEU | Brücke / Durchstich Okeraltarm | SB 211 | bisher 0 neu 10.000 Veränderung 10.000 | 0 0 | 0 10.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € für die Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mittels Durchstich an die Oker und für den Bau einer Brücke über den Durchstich Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten der Brücke werden zwischen 130.000 € und 160.000 € liegen. abgelehnt 0/10/1 |
| | | | BA | | | | | | | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|-----------|--|---|---------------|---|----------------------------------|----------------------------------|-----------------------------|-----------------------------|-----------------------------|-------------------------------|---|
| | 5S.660051 | FB 66:Ersatz-Invest-Straßenbel. | SB 132 | bisher 21.867.400 neu 21.887.400 Veränderung 20.000 | 14.483.900 14.483.900 | 1.790.800 1.810.800 20.000 | 1.826.700 1.826.700 0 | 1.864.000 1.864.000 0 | 1.902.000 1.902.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Verbesserung der Beleuchtung der Eisenbahnunterführung der Helmstedter Straße im Wege der stattfindenden Baumaßnahmen Anmerkung der Verwaltung: Im Rahmen der laufenden Baumaßnahme "Helmstedter Straße" wird die vorhandene Brückenbeleuchtung durch neue LED-Leuchten ersetzt. Zur weiteren Verbesserung (weitere Erhöhung des Beleuchtungsniveaus) sind Kosten von ca. 20.000 € zu veranschlagen. abgelehnt 3/7/0 |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 1.650.000 | | 1.650.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | 5E.66 NEU | Kreuzung Schapenstraße-Hordorfer Straße / Errichtung Kreisverkehr | SB 114 | bisher 0 neu 500.000 Veränderung 500.000 | 0 0 | 0 500.000 500.000 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € für die Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Schapenstraße/Hordorfer Straße abgelehnt 1/8/1 |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|----------|------------------------|--|------------------|--|----------------------------------|-----------------------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| | 5E.66 NEU | Elbestraße / Verlängerung mit Anb. Timmerlahstr. | SB 221 | bisher 0 neu 1.000.000 Veränderung 1.000.000 | 0 0 1.000.000 | 0 1.000.000 1.000.000 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1 Mio. € für die Verlängerung der Elbestraße mit Anbindung der Timmerlahstraße Anmerkung der Verwaltung: Eine Verlängerung wird erschließungstechnisch nicht für erforderlich und aufgrund der im Bereich nicht realisierbaren Wohngebiete auch planerisch nicht für gerechtfertigt gehalten. Darüber hinaus wird befürchtet, dass regionale Verkehre aus dem Umland angezogen werden und die Wohnbaubereiche der Weststadt zusätzlich belastet würden. abgelehnt 0/10/0 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| | 5E.66 NEU | Radweg Lehdorf-Lamme /Planung und Realisierung | SB 321 | bisher 0 neu 700.000 Veränderung 700.000 | 0 0 700.000 | 0 700.000 700.000 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung und Realisierung eines Radweges zwischen Lehdorf und Lamme Anmerkung der Verwaltung Die Kosten werden auf rund 700.000 € geschätzt. abgelehnt 2/6/2 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| 134 | 5E.66 NEU | Altstadtmarkt / Barrierefreier Umbau | DIE LINKE | bisher 0 neu 1.650.000 Veränderung 1.650.000 | 0 0 1.650.000 | 0 1.650.000 1.650.000 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des Altstadtmarktes: dabei sind folgende Maßnahmen durchzuführen: - Neubau der Marktfläche in einer bautechnischen Form, die sowohl eine barrierefreie Benutzung ermöglicht als auch gestalterischen Aspekten entspricht für den barrierefreien Umbau des Altstadtmarktes und der Haltestellen am Altstadtmarkt - Umbau der Haltestellen zu barrierefreien Haltestellen Anmerkung der Verwaltung: Es werden Kosten in geschätzter Höhe von 1,65 Mio. € erwartet, davon 150.000 € Planungskosten. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen |
| | | | BA | 1.650.000 | | 1.650.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|----------|------------------------|-----------------------------------|---------------|-----------------------------------|----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------------------|---|
| | 5S.660039 | FB 66: Global-Baumaßnahmen | SB 131 | bisher 540.200 neu 635.200 | 340.200 | 50.000 145.000 | 50.000 50.000 | 50.000 50.000 | 50.000 50.000 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 95.000 EUR zur Erstellung eines Fußweges vom Klint zum Löwenwall |
| | | | | Veränderung 95.000 | | 95.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | abgelehnt 0/8/2 |
| | | | BA | | | | | | | | |
| | 5S.660050 | FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis) | SB 211 | bisher 2.225.900 neu 2.237.900 | 1.625.900 | 210.000 222.000 | 130.000 130.000 | 130.000 130.000 | 130.000 130.000 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 12.000 € für die Weiterführung der Beleuchtung entlang des Deiwegs bis zur Thiedestraße |
| | | | | Veränderung 12.000 | | 12.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | abgelehnt 1/8/1 |
| | | | BA | | | | | | | | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|--|-------------------|---------------|--|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|------------------|
| Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport | | | | | | | | | | | |
| Mittelumsetzung Allgemeine Grünpflege zu Grüninstandhaltung Kinderspielplätze (Antrag des SB 321) | | | | | | | | | | | |
| Umsetzung von Haushaltsmitteln der allgemeinen Grünpflege zur Grüninstandhaltung von Kinderspielplätzen (Ziel: Grundsanierung mit deutlichem Rückschnitt von Gehölzen, rundum und auf den Spielplätzen) | | | | | | | | | | | |
| Anmerkung der Verwaltung: Gemäß Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 20.06.2017 soll durch die ab dem Jahr 2018 zusätzlich im Teilhaushalt des FB 67 bereitgestellten 234.000 € die mit dem Haushaltsplan 2002 beschlossene Absenkung des Pflegestandards in 22 Ortsteilen sowie vier Gewerbegebieten aufgehoben werden. Da Spielplätze nicht der Haushaltskonsolidierung unterlagen und knapp substanzerhaltend gepflegt wurden, sind diese nicht Bestandteil des gefassten Beschlusses. Eine Verwendung der Mittel für den geforderten Zweck ist daher nicht möglich. | | | | | | | | | | | |
| 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 4S.670007 | FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen | | SB 321 | bisher 19.016.000 neu 19.016.000 Veränderung 0 | 10.647.200 | 1.792.200 | 2.142.200 | 2.192.200 | 2.242.200 | 0 | abgelehnt 0/10/0 |
| | | | GA | | | | | | | | |
| 4S.670021 | FB 67: Grüninstand. Kinderspielplätze | | SB 321 | bisher 2.622.400 neu 2.622.400 Veränderung 0 | 1.694.400 | 232.000 | 232.000 | 232.000 | 232.000 | 0 | abgelehnt 0/10/0 |
| | | | GA | | | | | | | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|---------------------------------------|-------------------|---------------|----------------------|----------------------------------|---------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-------------------------------|--|
| Bolzplatztore in Veltenhof, Straße Wiesental | | | | | | | | | | | |
| zusätzliche Haushaltsmittel für die Aufstellung neuer Bolzplatztore auf dem Bolzplatz in Braunschweig - Veltenhof, Straße Wiesental | | | | | | | | | | | |
| Anmerkung der Verwaltung: | | | | | | | | | | | |
| Für die Beschaffung und den Einbau von zwei Stahlgittertoren sowie den Ausbau und die Entsorgung der Altgeräte werden Kosten von rd. 7.000 € geschätzt. Davon werden für den Einbau 4.000 € benötigt und für den Ausbau und die Entsorgung der Altgeräte 3.000 €. | | | | | | | | | | | |
| Der Bolzplatz ist derzeit auf Grund von Hochwasser- und Sturmschäden nur noch eingeschränkt bespielbar. Vor dem Einbau von neuen Bolzplatztoren sollte der Platz bei geeigneter Witterung grunderneuert werden. | | | | | | | | | | | |
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | 3.000 | | 3.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 4S.670021 | FB 67: Grüninstand. Kinderspielplätze | | SB 322 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 2.622.400 | 1.694.400 | 232.000 | 232.000 | 232.000 | 232.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Entsorgung der Altgeräte |
| | | | neu | 2.625.400 | 1.694.400 | 235.000 | 232.000 | 232.000 | 232.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 3.000 | 0 | 3.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | <u>3.000</u> | <u>0</u> | <u>3.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | ohne Beschlussempfehlung passieren lassen |
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | | | | | | | | |
| | | | | 4.000 | | 4.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 5S.670049 | FB 67: Global-Baum. Kinderspielplätze | | SB 322 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 5.078.100 | 3.268.100 | 430.000 | 460.000 | 460.000 | 460.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für den Aufbau der Bolzplatztore |
| | | | neu | 5.082.100 | 3.268.100 | 434.000 | 460.000 | 460.000 | 460.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 4.000 | 0 | 4.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | <u>4.000</u> | | <u>4.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | ohne Beschlussempfehlung passieren lassen |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|--|-------------------|---------------|--|----------------------------------|-----------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------------|---|
| Sanierung Spielplatz Angerburgstraße inkl. Aufstellung Korbschaukel | | | | | | | | | | | |
| 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 4S.670021 | FB 67: Grüninstand. Kinderspielplätze | | SB 113 | bisher 2.622.400 neu 2.622.400 Veränderung 0 | 1.694.400 1.694.400 | 232.000 232.000 0 | 232.000 232.000 0 | 232.000 232.000 0 | 232.000 232.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Spielplatzsanierung des Spielplatzes Angerburgstraße und für die Aufstellung einer Schaukel für Kleinkinder (Korbschaukel); hier: Haushaltsmittel für die Sanierung des Spielplatzes (siehe auch Antrag zur Zeile 26 - Baumaßnahmen) Anmerkung der Verwaltung: Der Spielplatz Angerburgstraße ist vorwiegend zur Benutzung durch kleinere Kinder gestaltet und befindet sich in einem guten Zustand. Die erwähnte "nötige" Sanierung wird seitens der Verwaltung fachlich als nicht erforderlich angesehen. abgelehnt 0/10/1 |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 8.500 | | 8.500 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 5S.670049 | FB 67: Global-Baum. Kinderspielplätze | | SB 113 | bisher 5.078.100 neu 5.086.600 Veränderung 8.500 | 3.268.100 3.268.100 | 430.000 438.500 8.500 | 460.000 460.000 0 | 460.000 460.000 0 | 460.000 460.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Spielplatzsanierung des Spielplatzes Angerburgstraße und für die Aufstellung einer Schaukel für Kleinkinder (Korbschaukel); hier: Haushaltsmittel für die Aufstellung einer Schaukel für Kleinkinder (siehe auch Antrag zur Zeile 17 - Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit) Anmerkung der Verwaltung: Für die Beschaffung und den Einbau einer entsprechenden Korbschaukel (Fa. Kaiser&Kühne) sowie für die Erstellung des Fallschutzbereiches betragen die Kosten rund 8.500 €. GA 8.500 8.500 0 0 0 0 angenommen 6/2/2 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---------------------------|--|-------------------|---------------|----------------------|----------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| Sonstige Maßnahmen | | | | | | | | | | | |
| 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 50.000 | | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 4S.670044 | Hochbauunterhaltung Friedhöfe StBez | | SB 112 | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Erneuerung der Eingangsfront der Trauerhalle in Bevenrode Anmerkung der Verwaltung: Zur Erneuerung der Tür stehen Haushaltsmittel in Höhe von 2.000 € zur Verfügung (Rückstellung für unterlassene Aufwendungen für Instandhaltungen zum Jahresabschluss 2016). abgelehnt 0/10/1 |
| | | | | neu 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | | | | | | | | |
| 4E.67 NEU | Friedhof Bevenrode / Schaffung von Parkmöglichkeiten | | SB 112 | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 EUR für die Einrichtung von Parkmöglichkeiten am Friedhof Bevenrode Anmerkung der Verwaltung: Die Fertigstellung der Friedhofsrahmenplanung sollte abgewartet werden. abgelehnt 0/10/1 |
| | | | | neu 60.000 | 0 | 60.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung 60.000 | 0 | 60.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | | | | | | | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|-----------|--|-------------------|-------------|----------------------|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| 4E.67 NEU | Jugendplatz Biberweg - Ölper / Sanierung | SB 321 | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des Jugendplatzes am Biberweg in Ölper Anmerkung der Verwaltung: Um den Jugendplatz deutlich aufzuwerten, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: - Lieferung und Installation eines Wetterschutzes für rd. 14.500 € - Rasenregeneration für rd. 5.500 € - Schaffung zusätzlicher Sitzgelegenheiten für rd. 6.500 € - Erneuerung der Einfriedungen zum Biberweg für rd. 5.000 € - Ergänzung der Zufahrtspoller für r. 1.500 € - Erweiterung der Skateranlage für rd. 18.000 € Die Gesamtsumme beläuft sich auf rd. 51.000 €. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen abgelehnt 1/6/3 |
| | | | neu | 51.000 | 0 | 51.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 51.000 | 0 | 51.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | | | | | | | | |
| | | | GA | | | | | | | | |
| 4S.670007 | FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen | SB 221 | bisher | 19.016.000 | 10.647.200 | 1.792.200 | 2.142.200 | 2.192.200 | 2.242.200 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € für die Pflege der Grünflächen in der Weststadt Anmerkung der Verwaltung: Die Flächen der Weststadt unterlagen nicht der Haushaltskonsolidierung und wurden knapp substanzerhaltend gepflegt. abgelehnt 0/9/1 |
| | | | neu | 19.066.000 | 10.647.200 | 1.842.200 | 2.142.200 | 2.192.200 | 2.242.200 | 0 | |
| | | | Veränderung | 50.000 | | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | | | | | | | | |
| 4S.670007 | FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen | SB 223 | bisher | 19.016.000 | 10.647.200 | 1.792.200 | 2.142.200 | 2.192.200 | 2.242.200 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Aufstellung einer Hundebeutelstation an der Turmstraße am Rand zu Feldmark Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten für die Lieferung und Installation einer Hundebeutelstation belaufen sich auf rund 1.000 € Das Entfernen von Hundekot stellt keine Pflichtaufgabe der Stadt dar, an einigen ausgewählten Bereichen wurden als besonderer Service Hundebeutelstationen errichtet. abgelehnt 0/9/1 |
| | | | neu | 19.017.000 | 10.647.200 | 1.793.200 | 2.142.200 | 2.192.200 | 2.242.200 | 0 | |
| | | | Veränderung | 1.000 | | 1.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | | | | | | | | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|-----------|--|-------------------|---------------|------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------|---------------------------------|-----------------------------|-----------------------------|-------------------------------|-------------|---|
| 4S.670007 | FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen | | SB 321 | bisher neu Veränderung | 19.016.000 19.022.400 6.400 | 10.647.200 10.647.200 | 1.792.200 1.798.600 6.400 | 2.142.200 2.142.200 0 | 2.192.200 2.192.200 0 | 2.242.200 2.242.200 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für den Ausbau der bestehenden Wegeverbindung für Fußgänger und Radfahrer zwischen Saarbrückenstraße und Blitzzeichenweg Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten für die Sanierung der bestehenden Wegeverbindung in wassergebundener Bauweise belaufen sich auf rund 6.400 €. abgelehnt 0/7/3 |
| | | | GA | | | | | | | | | |
| 4S.670021 | FB 67: Grüninstand. Kinderspielplätze | | SB 114 | bisher neu Veränderung | 2.622.400 2.632.400 10.000 | 1.694.400 1.694.400 | 232.000 242.000 10.000 | 232.000 232.000 0 | 232.000 232.000 0 | 232.000 232.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von ca. 10.000 € für die Errichtung eines neuen Zauns für den Spielplatz in Dibbesdorf (Ersatzzaun) Anmerkung der Verwaltung: Der Zaun wurde bereits im Oktober 2017 instandgesetzt. abgelehnt 0/9/1 |
| | | | GA | | | | | | | | | |
| 5S.670036 | FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen | | SB 211 | bisher neu Veränderung | 2.082.400 2.084.900 2.500 | 1.668.400 1.668.400 0 | 103.500 106.000 2.500 | 103.500 103.500 0 | 103.500 103.500 0 | 103.500 103.500 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.500 € für die Verlängerung der Baumreihe an der Ostseite der Leipziger Straße mit fünf Bäumen zur Stadtbezirksgrenze nach Melverode Anmerkung der Verwaltung: Die Anschaffungskosten (inkl. Pflanzung und Fertigstellungspflege) für 5 Bäume betragen 8.925 €. Für die Entwicklungspflege fallen in den Jahren 2019-2021 zusätzlich jährlich 631 € an. abgelehnt 0/8/2 |
| | | | GA | | | | | | | | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|----------|------------------------|---|---------------|---|----------------------------------|------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------------|---|
| | 4S.670048 | FB 67: Global-Instandh. Sportstätten | SB 211 | bisher 2.671.600 neu 2.696.600 Veränderung 25.000 | 1.040.400 1.040.400 | 407.800 432.800 25.000 | 407.800 407.800 0 | 407.800 407.800 0 | 407.800 407.800 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 € für die Erneuerung der Fenster im Gaststättenraum des Sportheims in Stöckheim Anmerkung der Verwaltung: Bei der Erneuerung der Fenster handelt es sich um eine Hochbaumaßnahme, die grundsätzlich vom Gebäudemanagement umzusetzen ist. Aufgrund einer Pilotphase erfolgt hier eine Zurordnung zum FB 67. Es werden Kosten in Höhe von 40.000 € geschätzt. SpA abgelehnt 0/9/1 |
| 135 | 4S.67 NEU | Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrün. / Förderprogramm | CDU | bisher 0 neu 500.000 Veränderung 500.000 | 0 0 | 0 100.000 100.000 | 0 100.000 100.000 | 0 100.000 100.000 | 0 100.000 100.000 | 0 100.000 100.000 | zusätzliche Haushaltsmittel für das Förderprogramm zur Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung von jährlich 100.000 € über fünf Jahre Anmerkung der Verwaltung: Für die Realisierung des Förderprogramms müssten zusätzlich Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden. Es gibt einen ähnlichen Antrag der BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Fraktion abgelehnt 4/6/0 abgelehnt 4/5/1 abgelehnt 6/7/0 Neue Anmerkung der Verwaltung: Für die Realisierung des Förderprogramms ist eine für die Laufzeit befristete Stellenschaffung eines/einer Techn. Sachbearbeiter/in E 11 erforderlich. Hierfür würden Personalkosten von rd. 59.200 €/jährlich anfallen. Für 2018 wird aufgrund des Genehmigungsverfahrens für den Haushalt und die anschließende Ausschreibung von einer Besetzung zum 1. Juli 2018 ausgegangen. Dies würde zusätzliche Personalkosten von rd. 29.600 € verursachen. |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|-----------|--|--|--------------------------------|----------------------|----------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| 164 | 4S.67 NEU | Dach- und Fassadenbegrün. / Förderprogramm | BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für das Förderprogramm zur Dach- und Fassadenbegrünung von einmalig 50.000 € Anmerkung der Verwaltung: Für die Realisierung des Förderprogramms müssten zusätzlich Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden. Es gibt einen ähnlichen Antrag der CDU-Fraktion. |
| | | | neu | 50.000 | 0 | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 50.000 | 0 | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | <u>50.000</u> | | <u>50.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 8/0/2 |
| | | | PIUA | <u>50.000</u> | | <u>50.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 11/1/1 |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | 4E.670017 | SpA Waggum /San. leichtath. Anlagen | SB 112 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 150.000 | 0 | 0 | 150.000 | 0 | 0 | 0 | Vorziehen der Finanzrate 2019 für die Sanierung der Leichtathletikanlagen auf der Sportanlage Waggum auf das Jahr 2018 Anmerkung der Verwaltung: Die Maßnahme soll in 2018 mit vorhandenen Haushaltsmitteln umgesetzt werden. Der Antrag hat sich durch die Stellungnahme der Verwaltung erledigt. Es erfolgte keine Abstimmung. |
| | | | neu | 150.000 | 0 | 150.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 0 | | 150.000 | -150.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | SpA | | | | | | | | |
| | 5S.670048 | FB 67: Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2 | SB 113 | | | | | | | | |
| | | | bisher | 2.588.400 | 1.688.400 | 225.000 | 225.000 | 225.000 | 225.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Anbringung einer Beleuchtung auf der Zuwegung Sternwarte/NEZ/Öffentliche Bücherei Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung: 75.000 € abgelehnt 0/7/3 |
| | | | neu | 2.663.400 | 1.688.400 | 300.000 | 225.000 | 225.000 | 225.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 75.000 | | 75.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | | | | | | | | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|-----------|--------------------------------------|-------------------|---------------|---|----------------------------------|------------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------------|--|
| 5S.670049 | FB 67: Global-Baum.Kinderspielplätze | | SB 321 | bisher 5.078.100 neu 5.143.100 Veränderung 65.000 | 3.268.100 3.268.100 0 | 430.000 495.000 65.000 | 460.000 460.000 0 | 460.000 460.000 0 | 460.000 460.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Umwandlung des Kinderspielplatzes Watenbüttel, Standort Celler Heerstraße (Teufelsbad), zu einem Kinder- und Jugendplatz nach dem Braunschweiger Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung mit der Prüfung der Errichtung einer Skateranlage Anmerkung der Verwaltung: Die Prüfung der örtlichen Situation hat ergeben, dass der Kinderspielplatz zu einem Kinder- und Jugendplatz umgewandelt werden kann. Für die Herstellung einer Skateranlage einschließlich der Erstellung des erforderlichen befestigten Untergrundes sowie der notwendigen Einzäunung werden Kosten in Höhe von derzeit rund 65.000 € ermittelt. Da das Platzangebot auf dem Kinder- und Jugendplatz begrenzt ist, ist im Zuge der Errichtung einer Skateranlage mit einer Verkleinerung der Bolzplatzfläche zu rechnen. abgelehnt 0/8/2 |
| | | | GA | | | | | | | | |

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt-kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|-------------------------------|-----------|--|----------------------------------|---------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|-------------------------------|---|
| Teilhaushalt 01 - Zentrale Steuerung | | | | | | | | | | | |
| Renovierung und Neuausstattung der Ratskantine | | | | | | | | | | | |
| 27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen) | | | | 17.200 | | 17.200 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1 a | 5S.000003 | Ref. 0100: GVG-Sammelprojekt | | bisher 104.300 neu 108.300 Veränderung 4.000 | 89.900 89.900 | 3.600 7.600 4.000 | 3.600 3.600 0 | 3.600 3.600 0 | 3.600 3.600 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Ausstattung der Ratskantine mit Vermögensgegenständen unter 1.000 EUR netto nach entsprechender Renovierung, die Renovierung wird aus vorhandenen Haushaltsmitteln finanziert |
| 1 b | 5S.000004 | Ref. 0100: Global-Sachanlagen | | bisher 22.800 neu 36.000 Veränderung 13.200 | 17.200 17.200 | 1.400 14.600 13.200 | 1.400 1.400 0 | 1.400 1.400 0 | 1.400 1.400 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Ausstattung der Ratskantine mit Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto nach entsprechender Renovierung, die Renovierung wird aus vorhandenen Haushaltsmitteln finanziert |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|-----------------------------------|------------------------|-------------------------------------|-----------|--|----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------------------|---|--|
| Teilhaushalt 20 - Finanzen | | | | | | | | | | | | |
| Planungsaufträge | | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 12.000 | 12.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 2 | 3E.210012 | Gesundheitsamt / Planung Sanierung | | bisher 300.000 neu 300.000 Veränderung 0 | 0 0 | 300.000 0 | 0 300.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | Verschieben der Finanzrate für die Planung der Sanierung des Gesundheitsamtes von 2018 auf 2019 abgelehnt 0/9/1 abgelehnt 0/11/0 | |
| | | | | BA | | | | | | | | |
| | | | | AfSG | | | | | | | | |
| 3 | 3S.200001 | FB 20: Planungskosten Vergabe v. L. | | bisher 2.471.787 neu 2.483.787 Veränderung 12.000 | 1.471.787 1.471.787 | 250.000 262.000 | 250.000 250.000 | 250.000 250.000 | 250.000 250.000 | 0 0 | zusätzliche Planungsmittel für die Grundlagenermittlung und Vorentwurfsplanung "Umstrukturierung Straßenverkehrsabteilung" (Meldung vom FB 32) angenommen 9/0/1 | |
| | | | | BA | 12.000 | 12.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt- kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|---------------------------|---|-------------|---------------------------|-------------------------------------|----------------|----------------|-------------------|--------------|-------------------------------|---|
| Finanzbedarf sonstige Grundstückskäufe | | | | | | | | | | | |
| | 25 | Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen) | | 1.000.000 | | 500.000 | 500.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 4 | 5S.210008 | FB 20: Global - Ankauf von Grundst. | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 29.707.300 | 22.609.000 | 1.853.900 | 1.752.400 | 1.746.000 | 1.746.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für den Grunderwerb im Rahmen der Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans (Grunderwerb für die Feuerwachen Nord und Süd) |
| | | | neu | 30.707.300 | 22.609.000 | 2.353.900 | 2.252.400 | 1.746.000 | 1.746.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 1.000.000 | | 500.000 | 500.000 | 0 | 0 | 0 | |
| Rückzahlung Wohnungsbaudarlehen | | | | | | | | | | | |
| | 23 | sonstige Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | -2.257.800 | | 0 | 0 | -2.257.800 | 0 | 0 | |
| NEU | 5S.200024 | FB 20: Wohnbaudarlehen Dritte | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 10.411.954 | 7.510.154 | 164.000 | 160.000 | 2.417.800 | 160.000 | 0 | Wegfall einer eingeplanten Rückzahlung eines Wohnbaudarlehens für 2020 in Höhe von rd. 2,3 Mio. EUR, da die Rückzahlung bereits in 2017 erfolgt ist |
| | | | neu | 8.154.154 | 7.510.154 | 164.000 | 160.000 | 160.000 | 160.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | -2.257.800 | | 0 | 0 | -2.257.800 | 0 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|--|------------------------|--|-----------|--|----------------------------------|-----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------------------|---|--------------------------|
| Anpassung der Finanzraten zur Wilhelm-Bracke Gesamtschule | | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 15.600 | 3.900 | 3.900 | 3.900 | 3.900 | 0 | |
| 5 | 4S.210078 | FB 20: Instandhaltung Wilhelm-Bracke-IGS | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Instandhaltung der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule an die NiWo in Höhe von jährlich 3.900 EUR | |
| | | | | neu 15.600 | 0 | 3.900 | 3.900 | 3.900 | 3.900 | 0 | | |
| | | | | Veränderung 15.600 | | 3.900 | 3.900 | 3.900 | 3.900 | 0 | | |
| | | | | SchA 15.600 | | 3.900 | 3.900 | 3.900 | 3.900 | 0 | | angenommen 16/0/0 |
| 30 | | | | Sonstige Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | -280.000 | -70.000 | -70.000 | -70.000 | -70.000 | 0 | |
| 6 | 5S.200030 | FB 20: Ausleihungen Niwo (Mieterdarleh.) | | bisher 1.576.000 | 0 | 394.000 | 394.000 | 394.000 | 394.000 | 0 | geringere Haushaltsmittel für das Mieterdarlehen an die NiWo für die Bereitstellung der Gebäude "Wilhelm-Bracke-Gesamtschule" in Höhe von jährlich 70.000 EUR | |
| | | | | neu 1.296.000 | 0 | 324.000 | 324.000 | 324.000 | 324.000 | 0 | | |
| | | | | Veränderung -280.000 | | -70.000 | -70.000 | -70.000 | -70.000 | 0 | | |
| | | | | SchA -280.000 | | -70.000 | -70.000 | -70.000 | -70.000 | 0 | | angenommen 16/0/0 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|--|------------------------|-----------------------------------|-----------|--|----------------------------------|--------------------------|-----------------|----------------|--------------|-------------------------------|---|--|
| <p>Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden</p> <p>Teilhaushalt 20 - Finanzen</p> <p>Sanierung Stadthalle</p> | | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | -200.000 | -350.000 | 150.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 7 a | 3E.210007 | Stadthalle / Vorplanung Sanierung | | bisher 1.450.000 neu 900.000 Veränderung -550.000 | 900.000 900.000 | 550.000 0 -550.000 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | geringere Finanzmittel für die Vorplanung der Sanierung der Stadthalle in Höhe von 550.000 EUR, da diese Haushaltsmittel in dem neu eingerichteten Projekt 4E.210170 aufgegangen sind | |
| 7 b | 4E.210170 | Stadthalle / Sanierung | | bisher 0 neu 350.000 Veränderung 350.000 | 0 0 | 0 200.000 | 0 150.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für eine juristische Beratung für die Vorbereitung und Begleitung des Vergabeverfahrens und das Vertragscontrolling in der Umsetzungsphase der Sanierung der Stadthalle | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|------------------------|-----------|-----------------------|----------------------------------|------------------------|----------------|---------------------------------------|----------------|-------------------------------|--|
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 1.560.900 | | 0 | 765.300 | 397.800 | 397.800 | 0 | |
| 7 c | 4E.210170 | Stadthalle / Sanierung | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens sowie für die Projektsteuerung während der Realisierungsphase der Sanierung der Stadthalle |
| | | | | neu 5.952.300 | 0 | 3.150.000 | 1.621.900 | 590.200 | 590.200 | 0 | |
| | | | | Veränderung 5.952.300 | | 3.150.000 | 1.621.900 | 590.200 | 590.200 | 0 | |
| | | | | | VE 2019: 0 | VE 2019 neu: 1.621.900 | | VE 2019 Veränderung: 1.621.900 | | | zusätzliche Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2019 in Höhe von 1.621.900 EUR |
| | | | | | | | | | | | Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag wird für erledigt erklärt , da bereits in 2017 ein Teil der Haushaltsmittel durch außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von rd. 4,007 Mio. € (siehe auch Vorlage 17-05829-02) gedeckt wurde (aktuelle Anpassung der Finanzraten siehe unter lfd. Ziffer 7 d) |
| 7 d | 4E.210170 | Stadthalle / Sanierung | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens sowie für die Projektsteuerung während der Realisierungsphase der Sanierung der Stadthalle |
| | | | | neu 1.560.900 | 0 | 0 | 765.300 | 397.800 | 397.800 | 0 | |
| | | | | Veränderung 1.560.900 | | 0 | 765.300 | 397.800 | 397.800 | 0 | |
| | | | | | VE 2019: 0 | VE 2019 neu: 765.300 | | VE 2019 Veränderung: 765.300 | | | zusätzliche Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2019 in Höhe von 765.300 EUR |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt- kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|---------------------------|---|-------------|---------------------------|-------------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|----------------|-------------------------------|--|
| Verbesserung der Ganztagsbetriebseinrichtung der GS Comeniusstraße | | | | | | | | | | | |
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 900.000 | | -210.700 | 0 | 510.700 | 600.000 | 0 | |
| 8 a | 4E.21 NEU | GS Comeniusstraße / Verbesserung GTB | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Verbesserung der Ganztagsinfrastruktur an der GS Comeniusstraße in Höhe von 4,7 Mio. EUR und Einrichtung eines neuen Projektes (siehe auch Vorlage 17-05269) |
| | | | neu | 2.860.700 | 0 | 400.000 | 950.000 | 910.700 | 600.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 2.860.700 | | 400.000 | 950.000 | 910.700 | 600.000 | 0 | |
| | | | BA | <u>2.860.700</u> | | <u>400.000</u> | <u>950.000</u> | <u>910.700</u> | <u>600.000</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>2.860.700</u> | | <u>400.000</u> | <u>950.000</u> | <u>910.700</u> | <u>600.000</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 angenommen 16/0/0 |
| 8 b | 4E.210196 | GS Comeniusstraße / Brandschutzmaßnahmen | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 2.859.500 | 898.800 | 610.700 | 950.000 | 400.000 | 0 | 0 | Einrichtung eines neuen Projektes, da es sich nicht nur um Brandschutzmaßnahmen handelt (siehe auch 4E.21 NEU) |
| | | | neu | 898.800 | 898.800 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | -1.960.700 | | -610.700 | -950.000 | -400.000 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>-1.960.700</u> | | <u>-610.700</u> | <u>-950.000</u> | <u>-400.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>-1.960.700</u> | | <u>-610.700</u> | <u>-950.000</u> | <u>-400.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 angenommen 16/0/0 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|---|-----------|------------------------|----------------------------------|------------------------|--|------------------|------------------|-------------------------------|---|
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 3.800.000 | | -842.800 | 0 | 2.042.800 | 2.600.000 | 0 | |
| 8 c | 4E 21 NEU | GS Comeniusstraße / Verbesserung GTB | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Verbesserung der Ganztagsinfrastruktur an der GS Comeniusstraße in Höhe von 4,7 Mio. EUR und Einrichtung eines neuen Projektes (siehe auch Vorlage 17-05269) |
| | | | | neu 11.642.800 | 0 | 1.600.000 | 3.800.000 | 3.642.800 | 2.600.000 | 0 | |
| | | | | Veränderung 11.642.800 | | 1.600.000 | 3.800.000 | 3.642.800 | 2.600.000 | 0 | |
| | | | | | VE 2019: 0 | VE 2019 neu: 3.800.000 | VE 2019 Veränderung: 3.800.000 | | | | |
| | | | | | VE 2020: 0 | VE 2020 neu: 1.600.000 | VE 2020 Veränderung: 1.600.000 | | | | |
| | | | | BA 11.642.800 | 1.600.000 | 3.800.000 | 3.642.800 | 2.600.000 | 0 | 0 | |
| | | | | SchA 11.642.800 | 1.600.000 | 3.800.000 | 3.642.800 | 2.600.000 | 0 | 0 | angenommen 16/0/0 |
| 8 d | 4E.210196 | GS Comeniusstraße / Brandschutzmaßnahmen | | bisher 8.142.800 | 300.000 | 2.442.800 | 3.800.000 | 1.600.000 | 0 | 0 | Einrichtung eines neuen Projektes, da es sich nicht nur um Brandschutzmaßnahmen handelt (siehe auch 4E.21 NEU) |
| | | | | neu 300.000 | 300.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung -7.842.800 | | -2.442.800 | -3.800.000 | -1.600.000 | 0 | 0 | |
| | | | | | VE 2019: 3.800.000 | VE 2019 neu: 0 | VE 2019 Veränderung: -3.800.000 | | | | |
| | | | | | VE 2020: 1.600.000 | VE 2020 neu: 0 | VE 2020 Veränderung: -1.600.000 | | | | |
| | | | | BA -7.842.800 | -2.442.800 | -3.800.000 | -1.600.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | SchA -7.842.800 | -2.442.800 | -3.800.000 | -1.600.000 | 0 | 0 | 0 | angenommen 16/0/0 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-------------|--|----------------------------------|--------------|--------------|------------------|--------------|-------------------------------|---|
| Mehrkosten Einrichtung Ganztagsbetrieb GS Lamme | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | 356.000 | 0 | 0 | 356.000 | 0 | 0 | |
| 9 a | 4E.210154 | GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 592.600 | 331.900 | 20.000 | 240.700 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel zur Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Lamme in Höhe von 1,78 Mio. EUR (siehe auch Vorlage 17-05261) |
| | | | neu | 948.600 | 331.900 | 20.000 | 240.700 | 356.000 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 356.000 | | 0 | 0 | 356.000 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>356.000</u> | | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>356.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>356.000</u> | | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>356.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 angenommen 16/0/0 |
| 26 | | | | Baumaßnahmen (Veränderungen) | 1.424.000 | 0 | 0 | 1.424.000 | 0 | 0 | |
| 9 b | 4E.210154 | GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 1.945.400 | 902.600 | 80.000 | 962.800 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel zur Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Lamme in Höhe von 1,78 Mio. EUR (siehe auch Vorlage 17-05261) |
| | | | neu | 3.369.400 | 902.600 | 80.000 | 962.800 | 1.424.000 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 1.424.000 | | 0 | 0 | 1.424.000 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>1.424.000</u> | | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>1.424.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>1.424.000</u> | | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>1.424.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 angenommen 16/0/0 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|--|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|------------------|--------------|----------------|-------------------------------|--|
| Erweiterung der GS Edith Stein | | | | | | | | | | | |
| | 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 1.070.000 | | 0 | 1.070.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 10 | 4E.210181 | GS Edith Stein / Erweiterung | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 898.620 | 648.620 | 125.000 | 125.000 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel zur Erweiterung der GS Edith Stein in Höhe von 1,07 Mio. EUR (siehe auch Vorlage 17-05084) |
| | | | neu | 1.968.620 | 648.620 | 125.000 | 1.195.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 1.070.000 | | 0 | 1.070.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>1.070.000</u> | | <u>0</u> | <u>1.070.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>1.070.000</u> | | <u>0</u> | <u>1.070.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 16/0/0 |
| Erweiterung des GY Neue Oberschule | | | | | | | | | | | |
| | 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 320.000 | | 200.000 | 0 | 0 | 120.000 | 0 | |
| 11 a | 4E.210207 | GY Neue Oberschule / Erweiterung | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 720.000 | 0 | 80.000 | 320.000 | 220.000 | 100.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel zur Erweiterung des GY Neue Oberschule in Höhe von 0,8 Mio. EUR (inkl. Beschaffung von mobilen Raumeinheiten als Interimslösung) |
| | | | neu | 1.040.000 | 0 | 280.000 | 320.000 | 220.000 | 220.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 320.000 | | 200.000 | 0 | 0 | 120.000 | 0 | |
| | | | BA | <u>320.000</u> | | <u>200.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>120.000</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>320.000</u> | | <u>200.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>120.000</u> | <u>0</u> | angenommen 16/0/0 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|---|-------------|--|----------------------------------|-----------------|-----------------|----------------|----------------|-------------------------------|---|
| Bauten der Freiwilligen Feuerwehr | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | -125.000 | -125.000 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 14 | 4S.210017 | Ortsfeuerwehren / Mängelbeseitigung FUK | | bisher 2.170.500 neu 2.045.500 | 1.220.500 | 225.000 | 225.000 | 250.000 | 250.000 | 0 | geringere Haushaltsmittel für die Mängelbeseitigung an den Gebäuden der Ortsfeuerwehren in Höhe von 125.000 EUR für 2018 (Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf) |
| | | | Veränderung | -125.000 | | -125.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | -125.000 | | -125.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 26 | | | | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | 0 | -500.000 | 200.000 | 300.000 | 0 | 0 |
| 15 | 5E.210144 | FFW Timmerlah / Neubau | | bisher 1.500.000 neu 1.500.000 | 0 | 700.000 | 800.000 | 0 | 0 | 0 | Verschieben von Teilfinanzraten für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah von 2018 auf die Jahre 2019/2020 (Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Finanzbedarf) |
| | | | Veränderung | 0 | | -500.000 | 200.000 | 300.000 | 0 | 0 | |
| | | | BA | 0 | | -500.000 | 200.000 | 300.000 | 0 | 0 | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|---|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|----------------|----------------|--------------|-------------------------------|--|
| Brandschutzmaßnahmen | | | | | | | | | | | |
| GS Bürgerstraße | | | | | | | | | | | |
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 648.200 | | 648.200 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 16 | 4E.210201 | GS Bürgerstraße / Brandschutzmaßnahmen | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 150.000 | 150.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen an der GS Bürgerstraße in Höhe von 648.200 EUR angenommen 9/0/1 angenommen 16/0/0 |
| | | | neu | 798.200 | 150.000 | 648.200 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 648.200 | | 648.200 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>648.200</u> | | <u>648.200</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>648.200</u> | | <u>648.200</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| GS Altmühlstraße | | | | | | | | | | | |
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 1.410.000 | | 100.000 | 500.000 | 810.000 | 0 | 0 | |
| 17 | 4E. 21 NEU | GS Altmühlstraße / Brandschutzmaßnahmen | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen der GS Altmühlstraße in Höhe von 1,41 Mio. EUR angenommen 9/0/1 angenommen 16/0/0 |
| | | | neu | 1.410.000 | 0 | 100.000 | 500.000 | 810.000 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 1.410.000 | | 100.000 | 500.000 | 810.000 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>1.410.000</u> | | <u>100.000</u> | <u>500.000</u> | <u>810.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>1.410.000</u> | | <u>100.000</u> | <u>500.000</u> | <u>810.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt- kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|---------------------------|--|-------------|---------------------------|-------------------------------------|-----------------|----------------|----------------|--------------|-------------------------------|--|
| Johannes-Selenka-Schule Abt. Hochstr. / Brandschutzmaßnahmen | | | | | | | | | | | |
| | 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 1.000.000 | | 100.000 | 500.000 | 400.000 | 0 | 0 | |
| 18 | 4E. 21 NEU | Johannes-Selenka-Schule Abt. Hochstr. / Brandschutzmaßnahmen | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen der Johannes-Selenka-Schule Abt. Hochstraße in Höhe von 1 Mio. EUR angenommen 9/0/1 angenommen 16/0/0 |
| | | | neu | 1.000.000 | 0 | 100.000 | 500.000 | 400.000 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 1.000.000 | | 100.000 | 500.000 | 400.000 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>1.000.000</u> | | <u>100.000</u> | <u>500.000</u> | <u>400.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | SchA | <u>1.000.000</u> | | <u>100.000</u> | <u>500.000</u> | <u>400.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| sonstige Brandschutzmaßnahmen | | | | | | | | | | | |
| | 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | -648.200 | | -648.200 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 19 | 4S.210051 | Brandschutzmaßnahmen | bisher | 2.632.000 | 1.132.000 | 1.500.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | geringere Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen In Höhe von 648.200 EUR zur Finanzierung von Einzelprojekten im Brandschutz, die jeweils ein Volumen von über 150.000 EUR haben angenommen 9/0/1 |
| | | | neu | 1.983.800 | 1.132.000 | 851.800 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | -648.200 | | -648.200 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>-648.200</u> | | <u>-648.200</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|--|--|-------------|-------------------------|----------------------------------|-------------------------|-----------------------|-----------------|-----------------|-------------------------------|--|
| Dachsanierung Halle Hamburger Str. 267 | | | | | | | | | | | |
| 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 150.000 | | 0 | 150.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 20 | 4E. 21 NEU | Gebäude Hamburger Str. 267 / Dachsanierung | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Dachsanierung der Halle Hamburger Str. 267 in Höhe von 150.000 EUR |
| | | | neu | 150.000 | 0 | 0 | 150.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 150.000 | | 0 | 150.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>150.000</u> | | <u>0</u> | <u>150.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 |
| Container Lessinggymnasium | | | | | | | | | | | |
| 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 1.400.000 | | 1.400.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 21 | 4S. 21 NEU | Lessinggymnasium / Container | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Bereitstellung von 10 mobilen Raumeinheiten für das Lessinggymnasium für 2018 in Höhe von 1,4 Mio. EUR |
| | | | neu | 1.400.000 | 0 | 1.400.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 1.400.000 | | 1.400.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>1.400.000</u> | | <u>1.400.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 |
| | | | SchA | <u>1.400.000</u> | | <u>1.400.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 16/0/0 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---------------------------------|------------------------|----------------------------|-----------|--|----------------------------------|----------------|------------------|----------------|--------------|-------------------------------|--|
| Anbau Kita Schölkestraße | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | 400.000 | 60.000 | 260.000 | 80.000 | 0 | 0 | |
| 22 a | 4E. 21 NEU | Kita Schölkestraße / Anbau | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für den Anbau an die Kita Schölkestraße zur Schaffung weiterer Krippenplätze in Höhe von 2 Mio. EUR angenommen 9/0/1 angenommen 11/0/0 |
| | | | | neu 400.000 | 0 | 60.000 | 260.000 | 80.000 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung 400.000 | | 60.000 | 260.000 | 80.000 | 0 | 0 | |
| | | | | BA <u>400.000</u> | | <u>60.000</u> | <u>260.000</u> | <u>80.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | | JHA <u>400.000</u> | | <u>60.000</u> | <u>260.000</u> | <u>80.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| 26 | | | | Baumaßnahmen (Veränderungen) | 1.600.000 | 240.000 | 1.040.000 | 320.000 | 0 | 0 | |
| 22 b | 4E. 21 NEU | Kita Schölkestraße / Anbau | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für den Anbau an die Kita Schölkestraße zur Schaffung weiterer Krippenplätze in Höhe von 2 Mio. EUR angenommen 9/0/1 angenommen 11/0/0 |
| | | | | neu 1.600.000 | 0 | 240.000 | 1.040.000 | 320.000 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung 1.600.000 | | 240.000 | 1.040.000 | 320.000 | 0 | 0 | |
| | | | | BA <u>1.600.000</u> | | <u>240.000</u> | <u>1.040.000</u> | <u>320.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | | JHA <u>1.600.000</u> | | <u>240.000</u> | <u>1.040.000</u> | <u>320.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|---|-------------|--|----------------------------------|-----------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-------------------------------|--|
| Sanierung Städtische Baudenkmäler | | | | | | | | | | | |
| 10 | | | | Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 174.500 | 174.500 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 23 a | 4E.21 NEU | Villa Salve Hospes / San. Zaunanlage | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Erträge für die Sanierung der Zaunanlage "Salve Hospes" in Höhe von 200.000 EUR (Gesamtkosten: 378.000 EUR; Gesamteinnahmen: 200.000 EUR) Zur Deckung können die Haushaltsmittel des Projektes "Städtische Baudenkmäler / Sanierung" für 2018 herangezogen werden (Erträge: 25.500 EUR, Aufwendungen: 76.500 EUR) |
| | | | neu | 200.000 | 0 | 200.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 200.000 | | 200.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>200.000</u> | | <u>200.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| 24 a | 4S.210024 | Städtische Baudenkmäler / San. | bisher | 239.079 | 162.579 | 25.500 | 25.500 | 25.500 | 0 | 0 | geringere Haushaltsmittel für die Sanierung von Städtischen Baudenkmälern, da für die Sanierung Salve Hospes ein Einzelprojekt eingerichtet wird |
| | | | neu | 213.579 | 162.579 | 0 | 25.500 | 25.500 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | -25.500 | | -25.500 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>-25.500</u> | | <u>-25.500</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--------------------------------------|-------------|-----------------------|----------------------------------|-----------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-------------------------------|--|
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 301.500 | | 301.500 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 23 b | 4E.21 NEU | Villa Salve Hospes / San. Zaunanlage | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung der Zaunanlage "Salve Hospes" in Höhe von 378.000 EUR (Gesamtkosten: 378.000 EUR; Gesamteinnahmen: 200.000 EUR) Zur Deckung können die Haushaltsmittel des Projektes "Städtische Baudenkmäler / Sanierung" für 2018 herangezogen werden (Erträge: 25.500 EUR, Aufwendungen: 76.500 EUR) |
| | | | neu | 378.000 | 0 | 378.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 378.000 | | 378.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>378.000</u> | | <u>378.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 |
| 24 b | 4S.210024 | Städtische Baudenkmäler / San. | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 817.500 | 664.500 | 76.500 | 76.500 | 0 | 0 | 0 | geringere Haushaltsmittel für die Sanierung von Städtischen Baudenkmälern, da für die Sanierung Salve Hospes ein Einzelprojekt eingerichtet wird |
| | | | neu | 741.000 | 664.500 | 0 | 76.500 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | -76.500 | | -76.500 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>-76.500</u> | | <u>-76.500</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-------------|-------------------------|----------------------------------|--------------------------|-------------------------|-----------------|-----------------|-------------------------------|--|
| sonstige Instandhaltungsmaßnahmen "Allgemeines Grundvermögen" | | | | | | | | | | | |
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 1.356.400 | | -223.600 | 1.580.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 25 | 4E.21 NEU | Petzvalstraße 50 B / Fassadensan. | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Fassadensanierung Petzvalstraße 50 B in Höhe von 1,33 Mio. EUR |
| | | | neu | 1.330.000 | 0 | 750.000 | 580.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 1.330.000 | | 750.000 | 580.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>1.330.000</u> | | <u>750.000</u> | <u>580.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 |
| 26 | 4E.210171 | Tiefgarage Packhof / Sanierung | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 3.760.000 | 2.209.000 | 1.129.000 | 422.000 | 0 | 0 | 0 | Verschieben einer Teilfinanzrate für die Sanierung der Tiefgarage Packhof von 2018 auf das Jahr 2019 |
| | | | neu | 3.760.000 | 2.209.000 | 129.000 | 1.422.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 0 | | -1.000.000 | 1.000.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>0</u> | | <u>-1.000.000</u> | <u>1.000.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 |
| 27 | 4S.210034 | FB 20: Global-Instandhaltungen Grundvermögen | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 4.801.300 | 3.721.300 | 270.000 | 270.000 | 270.000 | 270.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Instandsetzung der WC/Duschanlage der Duschcontainer auf dem Madamenweg in Höhe von 26.400 EUR für 2018 |
| | | | neu | 4.827.700 | 3.721.300 | 296.400 | 270.000 | 270.000 | 270.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 26.400 | | 26.400 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | | | | | | | | Es liegen ähnlich lautende Anträge der BIBS-Fraktion, der BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN-Fraktion als auch ein gemeinsamer Antrag der SPD/BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN-Fraktion vor. für erledigt erklärt, da der Antrag der BIBS-Fraktion über 90.000 € angenommen (7/3/0) wurde |
| | | | AfSG | <u>26.400</u> | | <u>26.400</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|--|------------------------|--|------------|--|----------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|-------------------------------|---|--|
| Teilhaushalt 32 - FB Bürgerserv./Öfftl. Sicherh. | | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 6.800 | 1.700 | 1.700 | 1.700 | 1.700 | 0 | |
| 28 | 4S.320001 | FB 32: Instandhaltungen FB 32 intern | | bisher 2.373.700 neu 2.380.500 Veränderung 6.800 | 2.336.100 2.336.100 | 9.400 11.100 1.700 | 9.400 11.100 1.700 | 9.400 11.100 1.700 | 9.400 11.100 1.700 | 0 0 0 | zusätzliche Finanzmittel für das Modul "Gewerbe-Intranet Auskunft" sowie das Modul Prostituiertenschutzgesetz inkl. Modul "eAkte" | |
| Teilhaushalt 37 - Feuerwehr | | | | | | | | | | | | |
| Anpassung der Finanzraten für Fahrzeugbeschaffungen | | | | | | | | | | | | |
| 27 | | | | Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen) | | 0 | 210.000 | 215.000 | 85.000 | -510.000 | 0 | |
| 29 | 5E.370014 | Tragkraftspritzenfahrzeug IV (FF) /Beschaffung | | bisher 275.000 neu 275.000 Veränderung 0 | 65.000 65.000 0 | 0 210.000 210.000 | 210.000 0 -210.000 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | Vorziehen der Finanzrate 2019 in Höhe von 210.000 EUR für die Beschaffung eines Tragkraftspritzenfahrzeuges IV auf das Jahr 2018 | |
| | | | | VE 2019: | 210.000 | VE 2019 neu: | 0 | VE 2019 Veränderung: | -210.000 | | | |
| | | | FwA | 0 | | 210.000 | -210.000 | 0 | 0 | 0 | angenommen 10/0/0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|----------|------------------------|---|-------------|----------------------|----------------------------------|--------------|----------------------|----------------|-----------------|-------------------------------|--|
| 30 | 5E.370016 | Lkw/Beschaffung | bisher | 175.000 | 0 | 0 | 175.000 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2019 in Höhe von 175.000 EUR für eine LKW-Beschaffung |
| | | | neu | 175.000 | 0 | 0 | 175.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | VE 2019: | 0 | VE 2019 neu: | 175.000 | VE 2019 Veränderung: | 175.000 | | | |
| | | | FwA | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 31 | 5E.370024 | Abrollcontainer Gefahrgut / Beschaffung | bisher | 370.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 370.000 | 0 | Vorziehen der Finanzrate 2021 in Höhe von 370.000 EUR für die Beschaffung eines Abrollcontainers Gefahrgut auf das Jahr 2020 |
| | | | neu | 370.000 | 0 | 0 | 0 | 370.000 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 0 | 0 | 0 | 0 | 370.000 | -370.000 | 0 | |
| | | | VE 2020: | 0 | VE 2020 neu: | 370.000 | VE 2020 Veränderung: | 370.000 | | | |
| | | | FwA | 0 | 0 | 0 | 0 | 370.000 | -370.000 | 0 | |
| 32 | 5E.370025 | Abrollcontainer Astra / Beschaffung | bisher | 140.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 140.000 | 0 | Vorziehen der Finanzrate 2021 in Höhe von 140.000 EUR für die Beschaffung eines Abrollcontainers Astra auf das Jahr 2020 |
| | | | neu | 140.000 | 0 | 0 | 0 | 140.000 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 0 | 0 | 0 | 0 | 140.000 | -140.000 | 0 | |
| | | | VE 2020: | 0 | VE 2020 neu: | 140.000 | VE 2020 Veränderung: | 140.000 | | | |
| | | | FwA | 0 | 0 | 0 | 0 | 140.000 | -140.000 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|---|------------------------|--|-------------|----------------------|----------------------------------|--------------|-----------------------------|--------------------------|--------------|-------------------------------|--|--------------------------|
| 33 | 5E.370028 | Tanklöschfahrzeug (TLF) / Beschaffung | bisher | 425.000 | 0 | 0 | 0 | 425.000 | 0 | 0 | Vorziehen der Finanzrate 2020 in Höhe von 425.000 EUR für die Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges auf das Jahr 2019 | |
| | | | neu | 425.000 | 0 | 0 | 425.000 | 0 | 0 | 0 | | |
| | | | Veränderung | 0 | 0 | 0 | 425.000 | -425.000 | 0 | 0 | | |
| | | | VE 2019: | 0 | VE 2019 neu: | 425.000 | VE 2019 Veränderung: | 425.000 | | | | |
| | | | VE 2020: | 425.000 | VE 2020 neu: | 0 | VE 2020 Veränderung: | -425.000 | | | | |
| FwA | 0 | 0 | 0 | 425.000 | -425.000 | 0 | 0 | angenommen 10/0/0 | | | | |
| Projekt "Sirene" | | | | | | | | | | | | |
| 27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen) | | | | 78.300 | | 1.800 | 76.500 | 0 | 0 | 0 | | |
| 34 a | 5S.370004 | GVG Sammelprojekt Berufsfeuerwehr | bisher | 1.227.500 | 861.400 | 145.300 | 73.600 | 73.600 | 73.600 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung von Vermögensgegenständen unter 1.000 EUR im Rahmen des Projektes "Sirene" (Dynamische Verkehrslenkung, Mitteilung 17-05296) | |
| | | | neu | 1.230.800 | 861.400 | 147.100 | 75.100 | 73.600 | 73.600 | 0 | | |
| | | | Veränderung | 3.300 | 0 | 1.800 | 1.500 | 0 | 0 | 0 | | |
| | | | FwA | 3.300 | | 1.800 | 1.500 | 0 | 0 | 0 | | angenommen 10/0/0 |
| | | | | | | | | | | | | |
| 34 b | 5S.370007 | FB 37: Global-Spezialfahrzeuge BF | bisher | 2.952.700 | 2.645.700 | 70.000 | 147.000 | 90.000 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung von Fahrzeugen im Rahmen des Projektes "Sirene"; (Dynamische Verkehrslenkung, Mitteilung 17-05296) | |
| | | | neu | 3.027.700 | 2.645.700 | 70.000 | 222.000 | 90.000 | 0 | 0 | | |
| | | | Veränderung | 75.000 | 0 | 0 | 75.000 | 0 | 0 | 0 | | |
| | | | FwA | 75.000 | 0 | 0 | 75.000 | 0 | 0 | 0 | | angenommen 10/0/0 |
| | | | | | | | | | | | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|---------------------------------|------------------------|--|-----------|--|----------------------------------|---------------|---------------|--------------|--------------------------|-------------------------------|-------------|--|
| Teilhaushalt 40 - Schule | | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 48.500 | 42.500 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 0 | |
| 35 | 4S.400018 | FB 40: Softwarepflege (allgemein) | | bisher | 654.900 | 459.300 | 48.900 | 48.900 | 48.900 | 48.900 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Umstellung der Antragsverwaltung der Schülerförderung auf ein verwaltungsvereinfachendes elektronisches System „mikropro Sissy“ in Höhe von jährlich 2.000 EUR. Wesentliche Teile der Kosten für die Einführung der Software (z. B. Lizenzen, Schnittstellen, Datenimport, Formularerstellung, Schulungen usw.) werden von der Verkehrs GmbH als Geschäftspartner getragen (ca. 14.-15.000 €). Auf die Stadt Braunschweig entfallen lediglich laufende Kosten durch Softwarewartung. |
| | | | | neu | 662.900 | 459.300 | 50.900 | 50.900 | 50.900 | 50.900 | 0 | |
| | | | | Veränderung | 8.000 | | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 0 | |
| | | | | SchA | 8.000 | | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 0 | |
| 36 | 5S.400044 | FB 40: Einrichtung f. Schulkindbetreuung | | bisher | 299.000 | 213.500 | 22.500 | 36.000 | 13.500 | 13.500 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Ausstattung der Schulen für die Ausweitung der Schulkindbetreuung; mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 1. Juni 2017 (VO 17-04774) sollen im Bereich der Schulkindbetreuung 148 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Diese weiteren Gruppen erfordern zusätzliche Haushaltsmittel für die entsprechende Erstausrüstung. |
| | | | | neu | 339.500 | 213.500 | 63.000 | 36.000 | 13.500 | 13.500 | 0 | |
| | | | | Veränderung | 40.500 | | 40.500 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | SchA | 40.500 | | 40.500 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | JHA | 40.500 | 0 | 40.500 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 11/0/0 | | | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-------------|---|----------------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------|---|
| Teilhaushalt 41 - Kultur | | | | | | | | | | | |
| Anpassungen aufgrund der Aufhebung "Festwert Städtische Bibliotheken" | | | | | | | | | | | |
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | -40.000 | | -10.000 | -10.000 | -10.000 | -10.000 | 0 | |
| 37 a | 5S.410002 | FB 41: Bücher der Schlossbibliothek (Festwert) | | bisher 6.045.700 neu 4.328.500 Veränderung -1.717.200 | 4.328.500 | 429.300 0 -429.300 | 429.300 0 -429.300 | 429.300 0 -429.300 | 429.300 0 -429.300 | 0 0 0 | Auflösung des Festwertes für die Bücher der Städtischen Bibliotheken zum 01.01.2018; ab diesem Zeitpunkt entfällt das Projekt 5S.410002 und geht in das Projekt 4S.41 Neu auf |
| | | | AfKW | -1.717.200 | | -429.300 | -429.300 | -429.300 | -429.300 | 0 | angenommen 8/0/0 |
| 37 b | 4S.41 NEU | FB 41: Bücher der Schlossbibliothek | | bisher 0 neu 1.677.200 Veränderung 1.677.200 | 0 | 0 419.300 419.300 | 0 419.300 419.300 | 0 419.300 419.300 | 0 419.300 419.300 | 0 0 0 | Auflösung des Festwertes für die Bücher der Städtischen Bibliotheken zum 01.01.2018; ab diesem Zeitpunkt entfällt das Projekt 5S.410002 und geht in das Projekt 4S.41 Neu auf |
| | | | AfKW | 1.677.200 | | 419.300 | 419.300 | 419.300 | 419.300 | 0 | angenommen 8/0/0 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|---|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|---------------|---------------|---------------|-------------------------------|--|
| 27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen) | | | | 40.000 | | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 0 | |
| 37 c | 4S.41 NEU | FB 41: Bücher der Schlossbibliothek | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Auflösung des Festwertes für die Bücher der Städtischen Bibliotheken zum 01.01.2018; ab diesem Zeitpunkt entfällt das Projekt 5S.410002 und geht in das Projekt 4S.41 Neu auf angenommen 8/0/0 |
| | | | neu | 40.000 | 0 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 40.000 | | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 0 | |
| | | | AfKW | 40.000 | | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 0 | |
| sonstige Finanzmittelbedarfe im Kulturbereich | | | | | | | | | | | |
| 17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 180.600 | | 180.600 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 38 | 4E.41 NEU | Staatstheater Großes Haus / Gebäude Friesenstraße / Instandhaltungszuschuss | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für einen Instandhaltungszuschuss an das Staatstheater für die Erneuerung von Dach und Fassade am Gebäude Friesenstraße und für die Erneuerung der Evakuierungsaufzuges im Großen Haus (Lt. Staatstheatervertrag besteht die Verpflichtung sich zu einem Drittel an notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen zu beteiligen. angenommen 8/0/0 |
| | | | neu | 156.600 | 0 | 156.600 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 156.600 | | 156.600 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | AfKW | 156.600 | | 156.600 | 0 | 0 | 0 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|---|-------------|----------------------|----------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| 39 | 4S.410001 | FB 41: Instandhaltungen | bisher | 1.946.800 | 1.360.000 | 154.200 | 144.200 | 144.200 | 144.200 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für Glasarbeiten an der Stadtmodellvitrine im Altstadtrathaus in Höhe von 24.000 EUR; das vorhandene Glas genügt nicht den Sicherheitsanforderungen und sollte gegen Sicherheitsglas (ESG) ausgetauscht werden. angenommen 8/0/0 |
| | | | neu | 1.970.800 | 1.360.000 | 178.200 | 144.200 | 144.200 | 144.200 | 0 | |
| | | | Veränderung | 24.000 | | 24.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | AfKW | 24.000 | | 24.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit | | | | | | | | | | | |
| 17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 6.000 | | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 0 | |
| 40 | 4S.500005 | FB 50: Sonstige Instandhaltungen FB 50 insgesamt | bisher | 18.300 | 9.100 | 2.300 | 2.300 | 2.300 | 2.300 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für Softwarewartung des FB Soziales und Gesundheit für die neu installierte Alarmanlage Software und der Aufrufanlage in Höhe von jährlich 1.500 EUR angenommen 9/0/0 |
| | | | neu | 24.300 | 9.100 | 3.800 | 3.800 | 3.800 | 3.800 | 0 | |
| | | | Veränderung | 6.000 | | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 0 | |
| | | | AfSG | 6.000 | | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 0 | |
| 27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen) | | | | 50.000 | | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 41 | 5S.500001 | FB 50: GVG-Sammelprojekt FB 50 gesamt | bisher | 46.600 | 34.600 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung von Kellerregalen für die Naumburgstraße 25 nach Überschwemmung in Höhe von 50.000 EUR für 2018 angenommen 9/0/0 |
| | | | neu | 96.600 | 34.600 | 53.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 50.000 | | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | AfSG | 50.000 | | 50.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|--|--|-------------|----------------------|----------------------------------|------------------|------------------|------------------|--------------|-------------------------------|---|
| Teilhaushalt 51 - Kinder, Jugend und Familie | | | | | | | | | | | |
| 27 | Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen) | | | 27.500 | | 12.500 | 7.500 | 7.500 | 0 | 0 | |
| 42 | 5S.510001 | FB 51: GVG-Sammelprojekt Verwaltung | bisher | 173.900 | 107.500 | 23.200 | 14.400 | 14.400 | 14.400 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung von Mobiliar unter 1.000 EUR für die Verwaltung des FB Kinder, Jugend und Familie (Grund: Umstrukturierung und neue Projekte wie z.B. Early Excellence); die Deckung des Mehrbedarfs erfolgt durch Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem EH (510-0400, 427140) |
| | | | neu | 196.400 | 107.500 | 30.700 | 21.900 | 21.900 | 14.400 | 0 | |
| | | | Veränderung | 22.500 | | 7.500 | 7.500 | 7.500 | 0 | 0 | |
| | | | JHA | 22.500 | | 7.500 | 7.500 | 7.500 | 0 | 0 | |
| 43 | 5S.510005 | FB 51: GVG Kinderjugendschutzhaus | bisher | 47.300 | 35.300 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für Mobiliarbeschaffungen unter 1.000 EUR für das Jugendschutzhaus Ölper nach Abschluss der Umbaumaßnahmen und der Erweiterung um zusätzliche Plätze (Einrichtung der Zimmer und Beschaffung von Haushalts- und Vorratsschränken für Bettwäsche, Handtücher usw.) |
| | | | neu | 52.300 | 35.300 | 8.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 5.000 | | 5.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | JHA | 5.000 | | 5.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Referat 0120 - Stadtentwicklung und Statistik | | | | | | | | | | | |
| Kommunalinvestitionsförderungsgesetz | | | | | | | | | | | |
| 19 | Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | 6.760.600 | | 1.600.000 | 3.800.000 | 1.360.600 | 0 | 0 | |
| 44 | 4S.000020 | Ref. 0120: NKomInvFöG | bisher | 3.636.500 | 3.636.500 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Einzahlungen vom Bund/Land im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KIP II) |
| | | | neu | 10.397.100 | 3.636.500 | 1.600.000 | 3.800.000 | 1.360.600 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 6.760.600 | | 1.600.000 | 3.800.000 | 1.360.600 | 0 | 0 | |
| | | | PIUA | 6.760.600 | | 1.600.000 | 3.800.000 | 1.360.600 | 0 | 0 | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt- kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|---------------------------|---|-----------|---------------------------|-------------------------------------|--------------|----------------|------------------|-----------------|-------------------------------|---|
| Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz | | | | | | | | | | | |
| Sanierungsgebiete | | | | | | | | | | | |
| Campus Donauviertel - Sanierung des Gebäudes Kulturpunkt West (inkl. Beschäftigung eines Integrationsmanagers /-in) | | | | | | | | | | | |
| Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 1.764.000 | | 0 | 84.000 | 1.169.000 | 511.000 | 0 | |
| 45 a | 4S.61NEU | Campus Donauviertel / Investitionspakt | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Erträge aus dem Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für die Sanierung des Kulturpunktes West in Höhe von 2,268 Mio. EUR (Gesamtausgaben: 2,625 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,268 Mio. EUR) Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen angenommen 12/0/1 angenommen 10/0/0 |
| | | | | neu 2.268.000 | 0 | 0 | 108.000 | 1.503.000 | 657.000 | 0 | |
| | | | | Veränderung 2.268.000 | | 0 | 108.000 | 1.503.000 | 657.000 | 0 | |
| | | | | PIUA 2.268.000 | | 0 | 108.000 | 1.503.000 | 657.000 | 0 | |
| | | | | AfSG 2.268.000 | | 0 | 108.000 | 1.503.000 | 657.000 | 0 | |
| 45 b | 4S.610039 | Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt | | bisher 6.840.000 | 840.000 | 940.000 | 940.000 | 940.000 | 940.000 | 2.240.000 | Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel" angenommen 13/0/0 angenommen 10/0/0 |
| | | | | neu 6.336.000 | 840.000 | 940.000 | 916.000 | 606.000 | 794.000 | 2.240.000 | |
| | | | | Veränderung -504.000 | | 0 | -24.000 | -334.000 | -146.000 | 0 | |
| | | | | PIUA -504.000 | | 0 | -24.000 | -334.000 | -146.000 | 0 | |
| | | | | AfSG -504.000 | | 0 | -24.000 | -334.000 | -146.000 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-----------|-----------------------|----------------------------------|--------------|----------------|------------------|-----------------|-------------------------------|--|
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 1.764.000 | | 0 | 84.000 | 1.169.000 | 511.000 | 0 | |
| 45 c | 4S.61NEU | Campus Donauviertel / Investitionspakt | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Aufwendungen für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für die Sanierung des Kulturpunktes West in Höhe von 2,625 Mio. EUR (inkl. NFK-Mittel in Höhe von 105.000 EUR) -Gesamtausgaben: 2,625 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,268 Mio. EUR Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen angenommen 12/0/1 angenommen 10/0/0 |
| | | | | neu 2.625.000 | 0 | 0 | 125.000 | 1.740.000 | 760.000 | 0 | |
| | | | | Veränderung 2.625.000 | | 0 | 125.000 | 1.740.000 | 760.000 | 0 | |
| | | | | PIUA | <u>2.625.000</u> | <u>0</u> | <u>125.000</u> | <u>1.740.000</u> | <u>760.000</u> | <u>0</u> | |
| | | | | AfSG | <u>2.625.000</u> | <u>0</u> | <u>125.000</u> | <u>1.740.000</u> | <u>760.000</u> | <u>0</u> | |
| 45 d | 4S.610039 | Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt | | bisher 11.774.773 | 1.574.773 | 1.560.000 | 1.560.000 | 1.560.000 | 1.560.000 | 3.960.000 | Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel" |
| | | | | neu 10.913.773 | 1.574.773 | 1.560.000 | 1.519.000 | 989.000 | 1.311.000 | 3.960.000 | |
| | | | | Veränderung -861.000 | | 0 | -41.000 | -571.000 | -249.000 | 0 | |
| | | | | PIUA | <u>-861.000</u> | <u>0</u> | <u>-41.000</u> | <u>-571.000</u> | <u>-249.000</u> | <u>0</u> | |
| | | | | AfSG | <u>-861.000</u> | <u>0</u> | <u>-41.000</u> | <u>-571.000</u> | <u>-249.000</u> | <u>0</u> | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|---|------------------------|--|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|----------------|----------------|--------------|-------------------------------|--|--------------------------|
| <p>Campus Donauviertel - Neubau KTK-Gebäude Weiße Rose (inkl. Beschäftigung eines Integrationsmanagers /-in)</p> | | | | | | | | | | | | |
| <p>10 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</p> | | | | 136.500 | | 45.500 | 45.500 | 45.500 | 0 | 0 | | |
| 46 a | 4S.61NEU | Campus Donauviertel / Investitionspakt | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Erträge aus dem Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2,187 Mio. EUR (Gesamtausgaben: 2,525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,187 Mio. EUR) Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen | |
| | | | neu | 175.500 | 0 | 58.500 | 58.500 | 58.500 | 0 | 0 | | |
| | | | Veränderung | 175.500 | | 58.500 | 58.500 | 58.500 | 0 | 0 | | |
| | | | PIUA | <u>175.500</u> | | <u>58.500</u> | <u>58.500</u> | <u>58.500</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | | angenommen 12/0/0 |
| | | | AfSG | <u>175.500</u> | | <u>58.500</u> | <u>58.500</u> | <u>58.500</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | | angenommen 10/0/0 |
| 46 b | 4S.610039 | Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt | bisher | 6.840.000 | 840.000 | 940.000 | 940.000 | 940.000 | 940.000 | 2.240.000 | Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel" | |
| | | | neu | 6.801.000 | 840.000 | 927.000 | 927.000 | 927.000 | 940.000 | 2.240.000 | | |
| | | | Veränderung | -39.000 | | -13.000 | -13.000 | -13.000 | 0 | 0 | | |
| | | | PIUA | <u>-39.000</u> | | <u>-13.000</u> | <u>-13.000</u> | <u>-13.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | | angenommen 12/0/0 |
| | | | AfSG | <u>-39.000</u> | | <u>-13.000</u> | <u>-13.000</u> | <u>-13.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | | angenommen 10/0/0 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt- kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|---------------------------|---|-----------|---------------------------|-------------------------------------|----------------|----------------|----------------|--------------|-------------------------------|---|
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 136.500 | | 45.500 | 45.500 | 45.500 | 0 | 0 | |
| 46 c | 4S.61NEU | Campus Donauviertel / Investitionspakt | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Ausgaben für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2,525 Mio. EUR (inkl. NFK-Mittel in Höhe von 95.000 EUR) -Gesamtausgaben: 2,525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,187 Mio. EUR die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen angenommen 12/0/0 angenommen 10/0/0 |
| | | | | neu 290.000 | 0 | 75.000 | 115.000 | 100.000 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung 290.000 | | 75.000 | 115.000 | 100.000 | 0 | 0 | |
| | | | | PIUA | <u>290.000</u> | <u>75.000</u> | <u>115.000</u> | <u>100.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | | AfSG | <u>290.000</u> | <u>75.000</u> | <u>115.000</u> | <u>100.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| 46 d | 4S.610039 | Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt | | bisher 11.774.773 | 1.574.773 | 1.560.000 | 1.560.000 | 1.560.000 | 1.560.000 | 3.960.000 | Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel" angenommen 12/0/0 angenommen 10/0/0 |
| | | | | neu 11.621.273 | 1.574.773 | 1.530.500 | 1.490.500 | 1.505.500 | 1.560.000 | 3.960.000 | |
| | | | | Veränderung -153.500 | | -29.500 | -69.500 | -54.500 | 0 | 0 | |
| | | | | PIUA | <u>-153.500</u> | <u>-29.500</u> | <u>-69.500</u> | <u>-54.500</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | | AfSG | <u>-153.500</u> | <u>-29.500</u> | <u>-69.500</u> | <u>-54.500</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt- kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|---------------------------|---|-----------|--|-------------------------------------|----------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------|----------------------|-------------------------------|--|
| 19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | 1.564.500 | | 157.500 | 910.000 | 497.000 | 0 | 0 | |
| 46 e | 4S.61 NEU | Campus Donauviertel / Investitionspakt | | bisher 0 neu 2.011.500 Veränderung 2.011.500 | 0 0 | 0 202.500 | 0 1.170.000 | 0 639.000 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Einzahlungen aus Zuwendungen für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2,187 Mio. EUR (Gesamtausgaben: 2,525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,187 Mio. EUR) die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen |
| | | | | PIUA <u>2.011.500</u> AfSG <u>2.011.500</u> | | <u>202.500</u> <u>202.500</u> | <u>1.170.000</u> <u>1.170.000</u> | <u>639.000</u> <u>639.000</u> | <u>0</u> <u>0</u> | <u>0</u> <u>0</u> | angenommen 12/0/0 angenommen 10/0/0 |
| 46 f | 4S.610039 | Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt | | bisher 3.860.000 neu 3.413.000 Veränderung -447.000 | 560.000 560.000 | 560.000 515.000 | 560.000 300.000 | 560.000 418.000 | 560.000 560.000 | 1.060.000 1.060.000 | Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel" |
| | | | | PIUA <u>-447.000</u> AfSG <u>-447.000</u> | | <u>-45.000</u> <u>-45.000</u> | <u>-260.000</u> <u>-260.000</u> | <u>-142.000</u> <u>-142.000</u> | <u>0</u> <u>0</u> | <u>0</u> <u>0</u> | angenommen 13/0/0 angenommen 10/0/0 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt- kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|---------------------------|---|-----------|---------------------------|-------------------------------------|----------------|------------------|-----------------|--------------|-------------------------------|---|
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 1.564.500 | | 157.500 | 910.000 | 497.000 | 0 | 0 | |
| 46 g | 4S.61NEU | Campus Donauviertel / Investitionspakt | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Ausgaben für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2,525 Mio. EUR (inkl. NFK-Mittel in Höhe von 95.000 EUR) -Gesamtausgaben: 2,525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,187 Mio. EUR Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen angenommen 13/0/0 angenommen 10/0/0 |
| | | | | neu 2.235.000 | 0 | 225.000 | 1.300.000 | 710.000 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung 2.235.000 | | 225.000 | 1.300.000 | 710.000 | 0 | 0 | |
| | | | | PIUA | <u>2.235.000</u> | <u>225.000</u> | <u>1.300.000</u> | <u>710.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | | AfSG | <u>2.235.000</u> | <u>225.000</u> | <u>1.300.000</u> | <u>710.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| 46 h | 4S.610039 | Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt | | bisher 5.790.000 | 840.000 | 840.000 | 840.000 | 840.000 | 840.000 | 1.590.000 | Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel" angenommen 13/0/0 angenommen 10/0/0 |
| | | | | neu 5.119.500 | 840.000 | 772.500 | 450.000 | 627.000 | 840.000 | 1.590.000 | |
| | | | | Veränderung -670.500 | | -67.500 | -390.000 | -213.000 | 0 | 0 | |
| | | | | PIUA | <u>-670.500</u> | <u>-67.500</u> | <u>-390.000</u> | <u>-213.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| | | | | AfSG | <u>-670.500</u> | <u>-67.500</u> | <u>-390.000</u> | <u>-213.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|---|------------------------|---|-------------|--|----------------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|-------------------------------|---|--------------------------|
| KFW Förderprogramm Energetische Stadtsanierung | | | | | | | | | | | | |
| 10 | | | | Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 82.400 | 27.800 | 37.100 | 27.300 | -9.800 | 0 | |
| 47 a | 4S.610033 | FB 61:KfW Förderpr. energet. Stadtsan. | bisher | 19.600 | 0 | 0 | 0 | 9.800 | 9.800 | 0 | höhere Erträge aus dem KfW-Förderprojekt für die energetische Stadtsanierung in Höhe von 82.400 EUR (Gesamtausgaben neu: 187.300 EUR, Gesamteinnahmen neu: 102.000 EUR) | |
| | | | neu | 102.000 | 0 | 27.800 | 37.100 | 37.100 | 0 | 0 | | |
| | | | Veränderung | 82.400 | | 27.800 | 37.100 | 27.300 | -9.800 | 0 | | |
| | | | PIUA | <u>82.400</u> | | <u>27.800</u> | <u>37.100</u> | <u>27.300</u> | <u>-9.800</u> | <u>0</u> | | angenommen 13/0/0 |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 127.100 | 12.900 | 47.200 | 47.200 | 19.800 | 0 | |
| 47 b | 4S.610033 | FB 61:KfW Förderpr. energet. Stadtsan. | bisher | 60.200 | 0 | 30.000 | 10.000 | 10.000 | 10.200 | 0 | höhere Aufwendungen für das KfW-Förderprojekt zur energetischen Stadtsanierung in Höhe von 127.100 EUR (Gesamtausgaben neu: 187.300 EUR, Gesamteinnahmen neu: 102.000 EUR) | |
| | | | neu | 187.300 | 0 | 42.900 | 57.200 | 57.200 | 30.000 | 0 | | |
| | | | Veränderung | 127.100 | | 12.900 | 47.200 | 47.200 | 19.800 | 0 | | |
| | | | PIUA | <u>127.100</u> | | <u>12.900</u> | <u>47.200</u> | <u>47.200</u> | <u>19.800</u> | <u>0</u> | | angenommen 13/0/0 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|-------------------------------|------------------------|------------------------------|-------------|--|----------------------------------|-------------------------------|-----------------------|-----------------------|---------------------|-------------------------------|--|--|
| Renaturierung Schunter | | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 110.000 | 110.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 48 | 4E.610004 | Renatur.Schunter/Hondel. | | bisher 2.265.786 neu 2.375.786 Veränderung 110.000 | 2.245.786 2.245.786 | 5.000 115.000 110.000 | 5.000 5.000 0 | 5.000 5.000 0 | 5.000 5.000 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 110.000 EUR für die Renaturierung Schunter wegen Nichtinanspruchnahme der Haushaltsreste 2016/2017 (aufgrund von unterschiedlichen Positionen zwischen der Stadt Braunschweig und dem Unterhaltungsverband Schunter bzgl. einer Ablösevereinbarung über künftige Pflegemaßnahmen im Bereich der Schunter konnte bislang keine Vereinbarung getroffen werden) | |
| | | | PIUA | 110.000 | | 110.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 13/0/0 | |
| Umweltmaßnahmen EELA | | | | | | | | | | | | |
| 10 | | | | Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | -44.000 | -100.000 | 28.000 | 28.000 | 0 | 0 | |
| 49 a | 4S.610038 | Umweltmaßnahmen/EELA-Projekt | | bisher 128.000 neu 84.000 Veränderung -44.000 | 0 0 | 128.000 28.000 -100.000 | 0 28.000 28.000 | 0 28.000 28.000 | 0 0 0 | 0 0 0 | geringere Erträge für das EELA-Projekt (Umweltmaßnahmen) in Höhe von 44.000 EUR (Förderquote neu: 80 %); dafür werden auch die Gesamtkosten sinken (Gesamtkosten neu: 120.000 EUR, Gesamteinnahmen neu: 96.000 EUR) | |
| | | | PIUA | -44.000 | | -100.000 | 28.000 | 28.000 | 0 | 0 | angenommen 13/0/0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|-------------------------------------|---|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|--------------|-----------------|--------------|-------------------------------|--|
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 49 b | 4S.610038 | Umweltmaßnahmen/EELA-Projekt | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 200.000 | 160.000 | 24.400 | 15.600 | 0 | 0 | 0 | Anpassung der Finanzraten für das EELA-Projekt /Umweltmaßnahmen (Förderquote neu: 80 %); dafür werden auch die Gesamtkosten sinken --> Verzicht auf Haushaltsreste 2017 (Gesamtkosten neu: 120.000 EUR, Gesamteinnahmen neu: 96.000 EUR) |
| | | | neu | 200.000 | 160.000 | 24.400 | 15.600 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | PIUA | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 13/0/0 |
| Mehrbedarfe: Spielplatz Schwarzer Berg - Warnekamp / Spielplatz Biberweg | | | | | | | | | | | |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 0 | | 100.000 | 0 | -100.000 | 0 | 0 | |
| 50 | 5E.610004 | Westpark 2. BA | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 1.886.292 | 136.292 | 0 | 0 | 220.000 | 20.000 | 1.510.000 | geringere Haushaltsmittel für Baumaßnahmen im Westpark in Höhe von 100.000 EUR für das Jahr 2020 |
| | | | neu | 1.786.292 | 136.292 | 0 | 0 | 120.000 | 20.000 | 1.510.000 | |
| | | | Veränderung | -100.000 | | 0 | 0 | -100.000 | 0 | 0 | |
| | | | PIUA | -100.000 | | 0 | 0 | -100.000 | 0 | 0 | angenommen 13/0/0 |
| 51 | 5S.610033 | FB 61: Global-Baum.Grünflächen-Abt.61.7 | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 659.000 | 494.000 | 78.000 | 27.000 | 30.000 | 30.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 160.000 EUR für die Realisierung der Spielplätze Schwarzer Berg - Warnekamp und Biberweg; die bisher eingeplanten Haushaltsmittel sind nicht ausreichend |
| | | | neu | 819.000 | 494.000 | 238.000 | 27.000 | 30.000 | 30.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 160.000 | | 160.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | PIUA | 160.000 | | 160.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 13/0/0 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|-------------------------------------|---|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|------------------------|---------------------------------------|--------------|-------------------------------|---|
| 52 | 5S.610035 | FB 61: Lammer Busch-Ost / Erschließung (BPL LA32) | bisher | 888.996 | 539.096 | 349.900 | 0 | 0 | 0 | 0 | geringere Haushaltsmittel für die Erschließung Lammer-Busch-Ost in Höhe von 60.000 EUR für das Jahr 2018 angenommen 13/0/0 |
| | | | neu | 828.996 | 539.096 | 289.900 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | -60.000 | | -60.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | PIUA | -60.000 | | -60.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Mehrbedarf Altlastensanierung Feldstraße | | | | | | | | | | | |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 1.100.000 | | 0 | 1.100.000 | 0 | 0 | 0 | |
| NEU | 4S.610041 | Feldstraße /Altlastensanierung | bisher | 6.761.200 | 6.761.200 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1,1 Mio. EUR für die Altlastensanierung Feldstraße für 2019 (Gesamtkosten neu: 7.861.200 EUR, Gesamteinnahmen: 3.380.600 EUR) Es soll versucht werden, für den Mehrbedarf weitere Zuschüsse einzuwerben. Zusätzliche VE zu Lasten 2019: 1.100.000 EUR |
| | | | neu | 7.861.200 | 6.761.200 | 0 | 1.100.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 1.100.000 | | 0 | 1.100.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | | | VE 2019: 0 | VE 2019 neu: 1.100.000 | VE 2019 Veränderung: 1.100.000 | | | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|---|-----------|-----------------------------------|----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------------------|--|
| Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr | | | | | | | | | | | |
| Programm 8 - Straßensanierung i.V.m. Kanalarbeiten | | | | | | | | | | | |
| Die Ansatzveränderungen sind erforderlich aufgrund der Ergebnisse aus den Koordinierungsgesprächen mit den Leitungsträgern für das Baugrogramm 2018. | | | | | | | | | | | |
| Straßenerneuerung Siegfriedviertel | | | | | | | | | | | |
| 20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | -35.000 | | -35.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 53 a | 5S.660011 | Siegfriedviertel / Straßenerneuerung | | bisher 1.577.785 neu 1.542.785 | 967.785 | 160.000 125.000 | 150.000 150.000 | 150.000 150.000 | 150.000 150.000 | 0 0 | geringere Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Siegfriedviertel in 2018 in Höhe von 35.000 EUR |
| | | | | Veränderung -35.000 | | -35.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | BA -35.000 | | -35.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | -200.000 | | -200.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 53 b | 5S.660011 | Siegfriedviertel / Straßenerneuerung | | bisher 5.361.760 neu 5.161.760 | 4.011.760 | 450.000 250.000 | 300.000 300.000 | 300.000 300.000 | 300.000 300.000 | 0 0 | geringere Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Siegfriedviertel in 2018 in Höhe von 200.000 EUR |
| | | | | Veränderung -200.000 | | -200.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | BA -200.000 | | -200.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-------------|-----------------------------------|----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------------------------|--------------------|-------------------------------|---|
| Straßenerneuerung Lehdorf | | | | | | | | | | | |
| 20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | -185.000 | | -100.000 | -85.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 54 a | 5S.660014 | Lehdorf/Straßenerneuerung 2.BA | | bisher 3.688.839 neu 3.503.839 | 3.403.839 3.403.839 | 100.000 0 | 85.000 0 | 50.000 50.000 | 50.000 50.000 | 0 0 | geringere Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Lehdorf in 2018 in Höhe von 100.000 EUR und für 2019 in Höhe von 85.000 EUR |
| | | | Veränderung | -185.000 | | -100.000 | -85.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | -185.000 | | -100.000 | -85.000 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | -370.000 | | -200.000 | -170.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 54 b | 5S.660014 | Lehdorf/Straßenerneuerung 2.BA | | bisher 7.760.854 neu 7.390.854 | 7.190.854 7.190.854 | 200.000 0 | 170.000 0 | 100.000 100.000 | 100.000 100.000 | 0 0 | geringere Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Lehdorf in 2018 in Höhe von 200.000 EUR und in 2019 in Höhe von 170.000 EUR |
| | | | Veränderung | -370.000 | | -200.000 | -170.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | | VE 2019: 170.000 | VE 2019 neu: 0 | | VE 2019 Veränderung: -170.000 | | | |
| | | | BA | -370.000 | | -200.000 | -170.000 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet | | | | | | | | | | | |
| 20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | 15.000 | | -55.000 | 70.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 55 a | 5S.660015 | Östliches Ringgebiet/Straßenerneuerung | | bisher 7.113.530 neu 7.128.530 | 4.886.030 4.886.030 | 527.500 472.500 | 700.000 770.000 | 500.000 500.000 | 500.000 500.000 | 0 0 | zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet in Höhe von 15.000 EUR (für 2018: - 55.000 EUR und für 2019 + 70.000 EUR) |
| | | | Veränderung | 15.000 | | -55.000 | 70.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | 15.000 | | -55.000 | 70.000 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-----------|---|----------------------------------|----------------------------------|-----------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|-------------------------------|---|
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | -90.000 | | -230.000 | 140.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 55 b | 5S.660015 | Östliches Ringgebiet/Straßenerneuerung | | bisher 22.725.772 neu 22.635.772 Veränderung -90.000 | 18.150.772 18.150.772 | 1.175.000 945.000 -230.000 | 1.400.000 1.540.000 140.000 | 1.000.000 1.000.000 0 | 1.000.000 1.000.000 0 | 0 0 0 | geringere Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet in Höhe von 90.000 EUR (für 2018: - 230.000 EUR und für 2019: + 140.000 EUR) |
| | | | | VE 2019: | 1.400.000 | VE 2019 neu: | 1.540.000 | VE 2019 Veränderung: | | 140.000 | |
| BA | | | | -90.000 | | -230.000 | 140.000 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| Straßenerneuerung Innenstadt | | | | | | | | | | | |
| 20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | -400.000 | | 0 | 0 | -200.000 | -200.000 | 0 | |
| 56 a | 5S.660024 | Innenstadt/Straßenerneuerung | | bisher 4.310.651 neu 3.910.651 Veränderung -400.000 | 2.635.651 2.635.651 | 75.000 75.000 0 | 0 0 0 | 800.000 600.000 -200.000 | 800.000 600.000 -200.000 | 0 0 0 | geringere Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Innenstadt in 2020 in Höhe von 200.000 EUR und für 2021 in Höhe von 200.000 EUR |
| BA | | | | -400.000 | | 0 | 0 | -200.000 | -200.000 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | -800.000 | | 0 | 0 | -400.000 | -400.000 | 0 | |
| 56 b | 5S.660024 | Innenstadt/Straßenerneuerung | | bisher 10.989.974 neu 10.189.974 Veränderung -800.000 | 7.639.974 7.639.974 | 150.000 150.000 0 | 0 0 0 | 1.600.000 1.200.000 -400.000 | 1.600.000 1.200.000 -400.000 | 0 0 0 | geringere Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Innenstadt in 2020 in Höhe von 400.000 EUR und in 2021 in Höhe von 200.000 EUR |
| BA | | | | -800.000 | | 0 | 0 | -400.000 | -400.000 | 0 | angenommen 9/0/1 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--------------------------------|----------------|----------------------|----------------------------------|------------------|-----------------|--------------------------------------|-------------------------|-------------------------------|---|
| Straßenerneuerung Wilhelmitor | | | | | | | | | | | |
| 20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | 100.000 | | 315.000 | -215.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 57 a | 5S.660062 | Wilhelmitor/ Straßenerneuerung | bisher | 1.065.385 | 850.385 | 0 | 215.000 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Wilhelmitor in Höhe von 100.000 EUR und Vorziehen der Maßnahme auf 2018 (für 2018: + 315.000 EUR und für 2019 - 215.000 EUR) |
| | | | neu | 1.165.385 | 850.385 | 315.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 100.000 | | 315.000 | -215.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | 100.000 | | 315.000 | -215.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 0 | | 430.000 | -430.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 57 b | 5S.660062 | Wilhelmitor/ Straßenerneuerung | bisher | 2.146.886 | 1.716.886 | 0 | 430.000 | 0 | 0 | 0 | Vorziehen der Finanzrate für die Straßenerneuerung Wilhelmitor in Höhe von 430.000 EUR auf 2018 |
| | | | neu | 2.146.886 | 1.716.886 | 430.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 0 | | 430.000 | -430.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | | | VE 2019: 430.000 | VE 2019 neu: 0 | VE 2019 Veränderung: -430.000 | | | |
| BA | 0 | | 430.000 | -430.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 | | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-----------------|-----------------------|----------------------------------|-----------------|-----------------------|-----------------------------|-------------------------|-------------------------------|--|
| Straßenerneuerung Watenbüttel-Völkenrode | | | | | | | | | | | |
| 20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | 230.000 | | 0 | 230.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 58 a | 5S.660071 | Watenbüttel- Völkenrode/Straßenern. | bisher | 227.500 | 227.500 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Watenbüttel-Völkenrode in Höhe von 230.000 EUR für 2019 |
| | | | neu | 457.500 | 227.500 | 0 | 230.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 230.000 | | 0 | 230.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>230.000</u> | | <u>0</u> | <u>230.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 460.000 | | 0 | 460.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 58 b | 5S.660071 | Watenbüttel- Völkenrode/Straßenern. | bisher | 455.000 | 455.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Watenbüttel-Völkenrode in Höhe von 460.000 EUR für 2019 zusätzliche Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2019 in Höhe von 460.000 EUR |
| | | | neu | 915.000 | 455.000 | 0 | 460.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 460.000 | | 0 | 460.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | VE 2019: | 0 | VE 2019 neu: | 460.000 | VE 2019 Veränderung: | 460.000 | | |
| BA | <u>460.000</u> | | <u>0</u> | <u>460.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 | | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-------------|-----------------------|----------------------------------|-----------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-------------------------------|---|
| Straßenerneuerung Veltenhof-Rühme | | | | | | | | | | | |
| 20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | 100.000 | | 100.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 59 a | 5S.660074 | Veltenhof Rühme / Straßenerneuerung | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Veltenhof-Rühme in Höhe von 100.000 EUR für 2018 |
| | | | neu | 100.000 | 0 | 100.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 100.000 | | 100.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>100.000</u> | | <u>100.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 200.000 | | 200.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 59 b | 5S.660074 | Veltenhof Rühme / Straßenerneuerung | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Veltenhof-Rühme in Höhe von 200.000 EUR für 2018 |
| | | | neu | 200.000 | 0 | 200.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 200.000 | | 200.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | <u>200.000</u> | | <u>200.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|------------------------------------|-------------|--|----------------------------------|---------------|----------------|----------------|-----------------------------|-------------------------------|--|
| Umsetzung Stadtbahnausbaukonzept | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | 10.000 | 10.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 60 a | 4S.660025 | Stadtbahnausbaukonzept / Umsetzung | bisher | 600.000 | 0 | 600.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für Planungskosten für städtische Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnausbaukonzeptes in Höhe von 10.000 EUR; Gesamtkosten Planung neu: 610.000 EUR (Volkmarode: 80.000 EUR, Rautheim: 350.000 EUR, Campusb. / Salzdahlumer Str.: 180.000 EUR) |
| | | | neu | 610.000 | 0 | 610.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 10.000 | | 10.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | BA | 10.000 | | 10.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| 26 | | | | Baumaßnahmen (Veränderungen) | 27.470.000 | 0 | 400.000 | 570.000 | -610.000 | 27.110.000 | |
| 60 b | 4S.660025 | Stadtbahnausbaukonzept / Umsetzung | bisher | 3.450.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 3.450.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung der städtischen Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnausbaukonzeptes in Höhe von 27,47 Mio. EUR; Gesamtkosten der Umsetzung neu: 30,92 Mio. EUR (Volkmarode: 4,52 Mio. EUR, Rautheim: 4,6 Mio. EUR, Campusb. / Salzdahlumer Str.: 21,8 Mio. EUR) |
| | | | neu | 30.920.000 | 0 | 0 | 400.000 | 570.000 | 2.840.000 | 27.110.000 | |
| | | | Veränderung | 27.470.000 | | 0 | 400.000 | 570.000 | -610.000 | 27.110.000 | |
| | | | | | VE 2019: | 0 | VE 2019 neu: | 400.000 | VE 2019 Veränderung: | 400.000 | zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten 2019 in Höhe von 400.000 EUR, zu Lasten 2020 in Höhe von 570.000 EUR und zu Lasten 2021 in Höhe von 2.840.000 EUR |
| | | | | | VE 2020: | 0 | VE 2020 neu: | 570.000 | VE 2020 Veränderung: | 570.000 | |
| | | | | | VE 2021: | 0 | VE 2021 neu: | 2.840.000 | VE 2021 Veränderung: | 2.840.000 | |
| | | | BA | 27.470.000 | | 0 | 400.000 | 570.000 | -610.000 | 27.110.000 | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|--|-----------|--|----------------------------------|-------------------------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-------------------------------|---|
| Radschnellwege | | | | | | | | | | | |
| e-Radschnellweg Braunschweig-Wolfenbüttel/Salzgitter-Thiede | | | | | | | | | | | |
| 19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | 5.690.000 | | 0 | 0 | 600.000 | 750.000 | 4.340.000 | |
| 61 a | 5E.66NEU | BS-WF-SZ Thiede / Neubau e-Radschnellweg | | bisher 0 neu 5.690.000 Veränderung 5.690.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 600.000 | 0 750.000 | 0 4.340.000 | zusätzliche Einzahlungen aus Zuwendungen für den Bau eines e-Radschnellweges Braunschweig -Wolfenbüttel - Salzgitter Thiede in Höhe von 5,69 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 7,59 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 5,69 Mio. EUR) |
| | | | BA | <u>5.690.000</u> | | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>600.000</u> | <u>750.000</u> | <u>4.340.000</u> | angenommen 9/0/1 |
| 25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen) | | | | 200.000 | | 0 | 200.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 61 b | 5E.66NEU | BS-WF-SZ Thiede / Neubau e-Radschnellweg | | bisher 0 neu 200.000 Veränderung 200.000 | 0 0 | 0 0 | 0 200.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | zusätzliche Finanzmittel für den Erwerb von Grundstücken im Rahmen des Baus eines e-Radschnellweges Braunschweig -Wolfenbüttel - Salzgitter Thiede in Höhe von 0,2 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 7,59 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 5,69 Mio. EUR) |
| | | | | VE 2019: 0 | VE 2019 neu: 200.000 | VE 2019 Veränderung: 200.000 | | | | | |
| | | | BA | <u>200.000</u> | | <u>0</u> | <u>200.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 9/0/1 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|--|-------------|-------------------------|----------------------------------|-----------------------|-----------------------|-------------------------|-----------------------------|-------------------------------|---|
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 7.390.000 | | 100.000 | 500.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 4.790.000 | |
| 61 c | 5E.66NEU | BS-WF-SZ Thiede / Neubau e-Radschnellweg | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Finanzmittel für den Bau eines e-Radschnellweges Braunschweig -Wolfenbüttel - Salzgitter Thiede in Höhe von 7,19 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 7,59 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 5,69 Mio. EUR) |
| | | | neu | 7.390.000 | 0 | 100.000 | 500.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 4.790.000 | |
| | | | Veränderung | 7.390.000 | | 100.000 | 500.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 4.790.000 | |
| | | | | | VE 2019: | 0 | VE 2019 neu: | 200.000 | VE 2019 Veränderung: | 200.000 | |
| | | | BA | <u>7.390.000</u> | | <u>100.000</u> | <u>500.000</u> | <u>1.000.000</u> | <u>1.000.000</u> | <u>4.790.000</u> | angenommen 9/0/1 |
| e-Radschnellweg Braunschweig-Lehre-Wolfsburg | | | | | | | | | | | |
| 19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | 4.890.000 | | 0 | 0 | 600.000 | 750.000 | 3.540.000 | |
| 62 a | 5E.66NEU | BS-Lehre-WOB / Neubau e-Radschnellweg | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Einzahlungen aus Zuwendungen für den Bau eines e-Radschnellweges BS-Lehre - Wolfsburg in Höhe von 4,89 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 6,62 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 4,89 Mio. EUR) |
| | | | neu | 4.890.000 | 0 | 0 | 0 | 600.000 | 750.000 | 3.540.000 | |
| | | | Veränderung | 4.890.000 | | 0 | 0 | 600.000 | 750.000 | 3.540.000 | |
| | | | BA | <u>4.890.000</u> | | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>600.000</u> | <u>750.000</u> | <u>3.540.000</u> | angenommen 9/0/1 |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|---------------------------------------|-------------|---------------------------------|----------------------------------|------------------------------|----------------|------------------|------------------|-------------------------------|--|
| 25 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen) | | | | 200.000 | | 0 | 200.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 62 b | 5E.66NEU | BS-Lehre-WOB / Neubau e-Radschnellweg | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Finanzmittel für den Erwerb von Grundstücken im Rahmen de Baus eines e-Radschnellweges Braunschweig Lehre - Wolfsburg in Höhe von 0,2 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 6,62 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 4,89 Mio. EUR) |
| | | | neu | 200.000 | 0 | 0 | 200.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 200.000 | | 0 | 200.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | VE 2019: 0 VE 2019 neu: 200.000 | | VE 2019 Veränderung: 200.000 | | | | | |
| | | | BA | 200.000 | | 0 | 200.000 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 6.420.000 | | 100.000 | 500.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 3.820.000 | |
| 62 c | 5E.66NEU | BS-Lehre-WOB / Neubau e-Radschnellweg | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Finanzmittel für den Bau eines e-Radschnellweges Braunschweig Lehre - Wolfsburg in Höhe von 6,42 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 6,62 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 4,89 Mio. EUR) |
| | | | neu | 6.420.000 | 0 | 100.000 | 500.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 3.820.000 | |
| | | | Veränderung | 6.420.000 | | 100.000 | 500.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 3.820.000 | |
| | | | | VE 2019: 0 VE 2019 neu: 200.000 | | VE 2019 Veränderung: 200.000 | | | | | |
| | | | BA | 6.420.000 | | 100.000 | 500.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 3.820.000 | angenommen 9/0/1 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|--|--|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|-----------------------------|----------------|----------------|-------------------------------|--|
| LKW-Mauteinführung auf Bundesstraßen | | | | | | | | | | | |
| 10 | Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 175.000 | | 25.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 0 | |
| 63 | 4S.660010 | FB 66: Instandhaltungen Bundesstraßen | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Erträge aufgrund der Mauterhebung auf Bundesstraßen (Ortsdurchfahrten) in Höhe von jährlich 50.000 EUR (Einführung ab 01.07.2018) |
| | | | neu | 175.000 | 0 | 25.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 175.000 | | 25.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 0 | |
| | | | BA | 175.000 | | 25.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| Umgestaltung DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode | | | | | | | | | | | |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 700.000 | | 200.000 | 350.000 | 150.000 | 0 | 0 | |
| 64 | 5E.660073 | DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode/Umgest. | | | | | | | | | |
| | | | bisher | 900.000 | 50.000 | 0 | 850.000 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Umgestaltung des DB-Verknüpfungspunktes Gliesmarode in Höhe von 700.000 EUR (Gesamtkosten neu: 1,6 Mio. EUR); die Mehrkosten entstehen aufgrund von zusätzlichen Maßnahmen an den Verkehrsflächen und Lichtsignalanlagen |
| | | | neu | 1.600.000 | 50.000 | 200.000 | 1.200.000 | 150.000 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 700.000 | | 200.000 | 350.000 | 150.000 | 0 | 0 | |
| | | | | | | | | | | | zusätzliche VE's zu Lasten 2019 in Höhe von 350.000 EUR und zu Lasten 2020 in Höhe von 150.000 EUR |
| | | | VE 2019: | 850.000 | VE 2019 neu: | 1.200.000 | VE 2019 Veränderung: | | 350.000 | | |
| | | | VE 2020: | 0 | VE 2020 neu: | 150.000 | VE 2020 Veränderung: | | 150.000 | | |
| | | | BA | 700.000 | | 200.000 | 350.000 | 150.000 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|-----------------------------|---|--|-----------|--|----------------------------------|----------------|-------------------|-----------------------------|----------------|-------------------------------|---|
| Maßnahmen an Brücken | | | | | | | | | | | |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 1.420.000 | | -70.000 | -260.000 | 330.000 | 120.000 | 1.300.000 | |
| 65 | 5E.660136 | Brücke Im Alten Dorfe / Ersatzneubau | | bisher 400.000 neu 400.000 Veränderung 0 | 0 0 | 70.000 0 | 330.000 70.000 | 0 330.000 | 0 0 | 0 0 | Verschiebung der Finanzraten (inkl. VE) für den Ersatzbau der Brücke im Alten Dorfe von 2018/2019 auf die Jahre 2019/2020 |
| | | | | VE 2019: | 0 | VE 2019 neu: | 70.000 | VE 2019 Veränderung: | 70.000 | | |
| | | | BA | 0 | 0 | -70.000 | -260.000 | 330.000 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| 66 | 5E.66NEU | Schunterflutbrücke Bienrode Gifhorner Straße / Ersatzneubau | | bisher 0 neu 1.420.000 Veränderung 1.420.000 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 0 | 0 120.000 | 0 1.300.000 | zusätzliche Haushaltsmittel für den Ersatzbau der Schunterflutbrücke in Bienrode (Gifhorner Str.) in Höhe von 1,42 Mio. EUR |
| | | | BA | 1.420.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 120.000 | 1.300.000 | angenommen 9/0/1 |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|--|-----------|-----------------------|----------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------------------|------------------|
| Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport | | | | | | | | | | | |
| Förderprojekt "Klimaschutz mit urbanem Grün" | | | | | | | | | | | |
| Der Rat hat den Förderantrag "Braunschweig - Klimaschutz mit urbanem Grün" am 26. Sept. 2017 (Vorlage 17-05350) beschlossen. Unter der Voraussetzung eines positiven Förderbescheides sind in den Haushalt die folgenden Beträge einzustellen. Die Ansätze werden - bis zu einer positiven Bescheiderteilung - mit einem Sperrvermerk versehen. Es liegt inzwischen ein positiver Bescheid mit den genannten Förderbeträgen vor. Ein Sperrvermerk ist nicht erforderlich. | | | | | | | | | | | |
| Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 10 | 1.140.400 | 304.000 | 311.300 | 285.400 | 239.700 | 0 | |
| 67 a | 4E.67 neu | Förderprojekt / Klimaschutz mit urbanem Grün | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| | | | | neu 1.140.400 | 0 | 304.000 | 311.300 | 285.400 | 239.700 | 0 | |
| | | | | Veränderung 1.140.400 | | 304.000 | 311.300 | 285.400 | 239.700 | 0 | |
| | | | | GA 1.140.400 | | 304.000 | 311.300 | 285.400 | 239.700 | 0 | |
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | 17 | 1.425.500 | 380.000 | 389.100 | 356.800 | 299.600 | 0 | |
| 67 b | 4E.67 neu | Förderprojekt / Klimaschutz mit urbanem Grün | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| | | | | neu 1.425.500 | 0 | 380.000 | 389.100 | 356.800 | 299.600 | 0 | |
| | | | | Veränderung 1.425.500 | | 380.000 | 389.100 | 356.800 | 299.600 | 0 | |
| | | | | GA 1.425.500 | | 380.000 | 389.100 | 356.800 | 299.600 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|-------------|------------------------|--|-----------|--|----------------------------------|----------------------|-------------------------------------|----------------|--------------|-------------------------------|-------------|
| 19 | | | | Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | 726.900 | 266.000 | 227.300 | 233.600 | 0 | 0 | |
| 67 c | 4E.67 neu | Förderprojekt / Klimaschutz mit urbanem Grün | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | neu 726.900 | 0 | 266.000 | 227.300 | 233.600 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung 726.900 | | 266.000 | 227.300 | 233.600 | 0 | 0 | |
| | | | | GA 726.900 | | 266.000 | 227.300 | 233.600 | 0 | 0 | |
| 26 | | | | Baumaßnahmen (Veränderungen) | 908.800 | 332.500 | 284.200 | 292.100 | 0 | 0 | |
| 67 d | 4E.67 neu | Förderprojekt / Klimaschutz mit urbanem Grün | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | neu 908.800 | 0 | 332.500 | 284.200 | 292.100 | 0 | 0 | |
| | | | | Veränderung 908.800 | | 332.500 | 284.200 | 292.100 | 0 | 0 | |
| | | | | | VE 2019: 0 | VE 2019 neu: 284.200 | VE 2019 Veränderung: 284.200 | | | | |
| | | | | | VE 2020: 0 | VE 2020 neu: 292.100 | VE 2020 Veränderung: 292.100 | | | | |
| | | | | GA 908.800 | | 332.500 | 284.200 | 292.100 | 0 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|--|------------------------|-------------------------------|-----------|--|----------------------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-------------------------------|------------------|--|
| <p>Förderprojekt "Biodiversität"</p> <p>Bei der N-Bank wurde ein Förderantrag zur Stärkung der Biodiversität eingereicht. Bei einer positiven Bescheiderteilung ist mit einer Förderquote von rund 80 v. H. zu rechnen. Die Ansätze werden - bis zu einer positiven Bescheiderteilung - mit einem Sperrvermerk versehen.</p> <p>Es liegt inzwischen ein positiver Bescheid mit den genannten Förderbeträgen vor. Ein Sperrvermerk ist nicht erforderlich.</p> | | | | | | | | | | | | |
| 10 | | | | Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 2.218.900 | 521.700 | 478.500 | 585.700 | 503.000 | 130.000 | |
| 68 a | 4E.67 neu | Förderprojekt / Biodiversität | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 | |
| | | | | neu 2.218.900 | 0 | 521.700 | 478.500 | 585.700 | 503.000 | 130.000 | | |
| | | | | Veränderung 2.218.900 | | 521.700 | 478.500 | 585.700 | 503.000 | 130.000 | | |
| | | | GA | <u>2.218.900</u> | | <u>521.700</u> | <u>478.500</u> | <u>585.700</u> | <u>503.000</u> | <u>130.000</u> | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 2.623.700 | 502.200 | 598.200 | 732.200 | 628.700 | 162.400 | |
| 68 b | 4E.67 neu | Förderprojekt / Biodiversität | | bisher 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 | |
| | | | | neu 2.623.700 | 0 | 502.200 | 598.200 | 732.200 | 628.700 | 162.400 | | |
| | | | | Veränderung 2.623.700 | | 502.200 | 598.200 | 732.200 | 628.700 | 162.400 | | |
| | | | GA | <u>2.623.700</u> | | <u>502.200</u> | <u>598.200</u> | <u>732.200</u> | <u>628.700</u> | <u>162.400</u> | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|-------------------------------|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|---------------|-----------------------------|---------------|-------------------------------|------------------|
| 19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen) | | | | 148.000 | | 136.000 | 12.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 68 c | 4E.67 neu | Förderprojekt / Biodiversität | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| | | | neu | 148.000 | 0 | 136.000 | 12.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 148.000 | | 136.000 | 12.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | 148.000 | | 136.000 | 12.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 15.000 | | 0 | 15.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 68 d | 4E.67 neu | Förderprojekt / Biodiversität | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| | | | neu | 15.000 | 0 | 0 | 15.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 15.000 | | 0 | 15.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | VE 2019: | 0 | VE 2019 neu: | 15.000 | VE 2019 Veränderung: | 15.000 | | |
| GA | 15.000 | | 0 | 15.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | | | |
| 27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen) | | | | 170.000 | | 170.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 68 e | 4E.67 neu | Förderprojekt / Biodiversität | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 9/0/1 |
| | | | neu | 170.000 | 0 | 170.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 170.000 | | 170.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | 170.000 | | 170.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|---|--------------------|----------------------|----------------------------------|----------------|-----------------|----------------|----------------|-------------------------------|--|
| Beseitigung Sturmschäden (Sturm Xavier) | | | | | | | | | | | |
| | 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | 129.000 | | 129.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 69 | 5S.670046 | FB 67: Global-Baum.Freizeitwegenetz | bisher | 1.909.500 | 1.109.500 | 200.000 | 200.000 | 200.000 | 200.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Instandhaltung von Wegen in Grün- und Parkanlagen in Höhe von 70.000 EUR für 2018; beim Sturm Xavier sind eine Vielzahl von Bäumen auf Wege in Grün- und Parkanlagen gefallen oder so entwurzelt, dass es zu erheblichen Beschädigungen an Wegeabschnitten kam. |
| | | | neu | 1.979.500 | 1.109.500 | 270.000 | 200.000 | 200.000 | 200.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 70.000 | | 70.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 70 | 5S.670049 | FB 67: Global-Baum.Kinderspielplätze | bisher | 5.078.100 | 3.268.100 | 430.000 | 460.000 | 460.000 | 460.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für den Ersatz von Spiegeräten auf Spielplätzen in Höhe von 59.000 EUR für 2018; beim Sturm Xavier sind eine von Reihe von Bäumen auf Spielplätze gestürzt. |
| | | | neu | 5.137.100 | 3.268.100 | 489.000 | 460.000 | 460.000 | 460.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 59.000 | | 59.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| sonstige Grünbaumaßnahmen | | | | | | | | | | | |
| | 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | 930.000 | | 330.000 | 100.000 | 250.000 | 250.000 | 0 | |
| 71 | 4E.670017 | SpA Waggum /San. leichtath. Anlagen | bisher | 150.000 | 0 | 0 | 150.000 | 0 | 0 | 0 | geringere Haushaltsmittel für die Sanierung der leichtath. Anlagen auf der Sportanlage Waggum in Höhe von 150.000 EUR für 2019 Die Maßnahme soll bereits 2018 aus vorhandenen Haushaltsmitteln umgesetzt werden. Es liegt ein Antrag des Stadtbezirksrates 112 vor, der ein Vorziehen der Finanzrate auf 2018 beinhaltet. angenommen 10/0/0 |
| | | | neu | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | -150.000 | | 0 | -150.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | SpA | -150.000 | | 0 | -150.000 | 0 | 0 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|---|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|----------------|----------------|--------------------------|-------------------------------|---|
| 72 | 5S.670046 | FB 67: Global-Baum.Freizeitwegenetz | bisher | 1.909.500 | 1.109.500 | 200.000 | 200.000 | 200.000 | 200.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für den Rückbau des Hennebergweges und Herstellung des Weges als Fuß- und Radweg des Bürgerparks (Fernhaltung des fließenden und ruhenden PKW-Verkehrs) mit einem Kostenvolumen von 220.000 EUR; die SEBS wird dort im Zuge des Ausbaus der Hennebergstraße ihren Kanal erneuern, BS Netz sieht vor, ihre Grauguss-Wasserleitung DN 350 auszuwechseln; die Dritten werden sich an den Gesamtkosten mit 140.000 EUR beteiligen |
| | | | neu | 1.989.500 | 1.109.500 | 280.000 | 200.000 | 200.000 | 200.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 80.000 | | 80.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | 80.000 | | 80.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 73 | 5S.67 NEU | Spielflächen / Qualifizierung und Entwicklung | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Umgestaltung von einer Reihe von Spielplätzen im Stadtgebiet unter spiel- und bewegungspädagogischen Gesichtspunkten mit einem Kostenvolumen von 1 Mio EUR |
| | | | neu | 1.000.000 | 0 | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 1.000.000 | | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 0 | |
| | | | GA | 1.000.000 | | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 0 | |
| 27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen) | | | | 150.000 | | 0 | 150.000 | 0 | 0 | 0 | |
| 74 | 5E.67 NEU | LKW für Baumpflege / Beschaffung | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung eines LKW's für die Baumpflege in Höhe von 180.000 EUR für 2019 VE zu Lasten 2019: 180.000 EUR |
| | | | neu | 180.000 | 0 | 0 | 180.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 180.000 | | 0 | 180.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | | | | VE 2019: | 0 | VE 2019 neu: | 180.000 | VE 2019 Veränderung: | |
| GA | 180.000 | | 0 | 180.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | angenommen 10/0/0 | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|----------------|--------------|--------------|-------------------------------|---|
| 75 | 5S.670011 | FB 67:Global-Grün- und Spielanlagen | bisher | 4.281.480 | 2.821.480 | 400.000 | 400.000 | 330.000 | 330.000 | 0 | geringere Haushaltsmittel für Beschaffungen von Sachanlagen für Grün- und Spielanlagen in Höhe von 30.000 EUR für 2019 angenommen 9/0/1 |
| | | | neu | 4.251.480 | 2.821.480 | 400.000 | 370.000 | 330.000 | 330.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | -30.000 | | 0 | -30.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | GA | -30.000 | | 0 | -30.000 | 0 | 0 | 0 | |
| <p>Projekte, die teilhaushaltübergreifend abgewickelt werden:</p> <p>Roselies - Schaffung eines Gartens der Erinnerung</p> | | | | | | | | | | | |
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | -28.000 | | -28.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 76 a | 4S.410002 | FB 41: Kunst im Stadtbild/Instandhaltung | bisher | 288.623 | 84.223 | 51.100 | 51.100 | 51.100 | 51.100 | 0 | Deckungsmittel für die Schaffung eines Gartens der Erinnerung im Bereich Roselies in Höhe von 28.000 EUR - Abbildung unter 5S.610033 angenommen 8/0/0 angenommen 13/0/0 |
| | | | neu | 260.623 | 84.223 | 23.100 | 51.100 | 51.100 | 51.100 | 0 | |
| | | | Veränderung | -28.000 | | -28.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | AfKW | -28.000 | | -28.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | PIUA | -28.000 | | -28.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5.2.1

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt- kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|---------------------------|---|-------------|---------------------------|-------------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| 26 Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | | 28.000 | | 28.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 76 b | 5S.610033 | FB 61: Global-Baum.Grünflächen- Abt.61.7 | bisher | 659.000 | 494.000 | 78.000 | 27.000 | 30.000 | 30.000 | 0 | zusätzliche Haushaltsmittel für die Schaffung eines Gartens der Erinnerung im Bereich Roselies in Höhe von 28.000 EUR |
| | | | neu | 687.000 | 494.000 | 106.000 | 27.000 | 30.000 | 30.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 28.000 | | 28.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | AfKW | <u>28.000</u> | | <u>28.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 8/0/0 |
| | | | PIUA | <u>28.000</u> | | <u>28.000</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | <u>0</u> | angenommen 13/0/0 |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Finanzstelle | Haushaltsansatz-bezeichnung Bezeichnung der Finanzstelle | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art der Einzahlung/Auszahlung |
|---|---------------------------------|--|--|-----|--------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|----------|--|
| | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungen | Auszahlungen | | |
| Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft | | | | | | | | | | | | | | |
| | 16 | Sonst. haushaltswirksame Auszahlungen | | | 0 | + 1.734.072 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
| 1 neu | FS6110 | Allgemeine Finanzwirtschaft | Für den Zeitraum 2011 bis 2017 sind Umsatzsteuernachzahlungen für die Schülerbeförderung zu leisten, da die Abrechnung der Verkehrs-GmbH gegenüber der Stadt Braunschweig nach Abstimmung mit dem FA Wilhelmstraße netto erfolgte und dieser Sachverhalt vom Betriebsprüfer im Nachgang anders beurteilt wurde. Gegen die Bescheide wird Einspruch eingelegt werden. Die Zahlungen müssen dennoch Anfang 2018 geleistet werden. | | | | | | | | | | einmalig | 742940 Schülerbeförderungskosten |
| | | | | | | + 1.734.072 | | 0 | | 0 | | | 0 | |
| | 23 | Sonstige Investitionstätigkeit | | | 0 | 0 | 1.325.500 | 0 | 1.325.500 | 0 | 1.325.500 | 0 | | |
| 2 neu | 5E.20.neu | Experimentierklausel | Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel) hier: Tilgung der Darlehen bei der Stadt durch die Gesellschaften | | | | | | | | | | dauerh. | 688535 Rückflüsse Ausleihungen von verbundenen Unternehmen / Konzernfinanzierung |
| | | | | | | | + 1.325.500 | | + 1.325.500 | | + 1.325.500 | | | |
| | 30 | Sonstige Investitionstätigkeit | | | 0 | 43.650.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | | |
| 3 neu | 5E.20.neu | Experimentierklausel | Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel) hier: Weitergabe der Darlehen von der Stadt an die Gesellschaften | | | | | | | | | | einmalig | 788535 Ausleihungen an verbundene Unternehmen / Konzernfinanzierung Anmerkung der Verwaltung: Die aufgrund der Ausleihe von den städtischen Gesellschaft an die Stadt zu leistenden Zinsen, sind in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt. |
| | | | | | | + 43.650.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | |
| | 34 | Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen | | | 43.650.000 | 0 | 10.000.000 | 0 | 25.000.000 | 0 | 0 | 0 | | |
| 4 neu | FS6120 | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel) hier: Aufnahme von Darlehen bei den Kreditinstituten durch die Stadt | | | | | | | | | | einmalig | 692735 Investitionskredite von Kreditinstituten / Konzernfinanzierung Anmerkung der Verwaltung: Die aufgrund der Kreditaufnahme von der Stadt an die Kreditinstitute zu leistenden Zinsen, sind in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt. |
| | | | | | + 43.650.000 | | 0 | | 0 | | | 0 | | |
| 5 neu | FS6120 | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | Veränderung durch zusätzliche Kreditaufnahmen in den Jahren 2019 und 2020 hier: Aufnahme von Darlehen bei Kreditinstituten durch die Stadt | | | | | | | | | | einmalig | 692730 Investitionskredite von Kreditinstituten (Laufzeit mehr als 5 Jahre) Anmerkung der Verwaltung: Die aufgrund der Kreditaufnahme von der Stadt an die Kreditinstitute zu leistenden Zinsen, sind in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt. |
| | | | | | 0 | | + 10.000.000 | | + 25.000.000 | | 0 | | | |

| Nr. | Teilhaushalt Zeile Finanzstelle | Haushaltsansatz- bezeichnung Bezeichnung der Finanzstelle | Planansatz 2018 in € | | Veränderungen in € | | | | | | | | Dauer | Art der Einzahlung/Auszahlung |
|------------------------------------|---------------------------------------|--|--|-----|---------------------|---------------------|---------------------|--------------------|---------------------|--------------------|--------------------|--------------------|---------|---|
| | | | bisher | neu | 2018 | | 2019 | | 2020 | | 2021 | | | |
| | | | | | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungen | Auszahlungen | | |
| | 35 | Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen | | | 0 | 0 | 0 | 1.325.500 | 0 | 1.825.500 | 0 | 3.075.500 | | |
| 6 neu | FS6120 | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel) hier: Tilgung der Darlehen bei den Kreditinstituten durch die Stadt | | | | | | | | | | dauerh. | 792735 Tilgung von Investitionskrediten an Kreditinstitute / Konzernfinanzierung |
| | | | | | 0 | | + 1.325.500 | | + 1.325.500 | | + 1.325.500 | | | |
| 7 neu | FS6120 | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | Veränderung durch zusätzliche Kreditaufnahmen in den Jahren 2019 und 2020 hier: Tilgung der Darlehen bei den Kreditinstituten durch die Stadt | | | | | | | | | | dauerh. | 792730 Tilgung von Investitionskrediten an Kreditinstitute (Laufzeit mehr als 5 Jahre) |
| | | | | | 0 | | 0 | | + 500.000 | | + 1.750.000 | | | |
| Gesamt (+) mehr/(-) weniger | | | | | + 43.650.000 | + 45.384.072 | + 11.325.500 | + 1.325.500 | + 26.325.500 | + 1.825.500 | + 1.325.500 | + 3.075.500 | | |
| (-) Entlastung/(+) Belastung | | | | | | + 1.734.072 | | - 10.000.000 | | - 24.500.000 | | + 1.750.000 | | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Anlage 5.3

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt-kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|-------------------------|--|--|------------------------------|---|----------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|--|
| FB 20 - Finanzen | | | | | | | | | | | |
| 17 | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | 4S.200038 | FB 20: Software-Wartung IT Finanzwesen | bisher neu Veränderung | 12.977.500 12.973.700 -3.800 | 9.576.300 9.576.300 | 850.300 846.500 -3.800 | 850.300 850.300 0 | 850.300 850.300 0 | 850.300 850.300 0 | 0 0 0 | geringerer Haushaltsmittelbedarf für die Softwarewartung "SAP" in Höhe von 3.800 EUR für 2018, die zur Deckung der Mehrkosten bei der Softwarewartung für den Vollstreckungsdienst herangezogen werden soll (Deckung für 4S.210001) |
| | 4S.210001 | FB 20: Instandhaltungen FB 20 intern | bisher neu Veränderung | 358.400 362.200 3.800 | 208.400 208.400 | 50.700 54.500 3.800 | 43.100 43.100 0 | 28.100 28.100 0 | 28.100 28.100 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.800 EUR für die Softwarewartung für ein Personennotsignal-System der Vollstreckungsstelle |
| | 4S.210011 | FB 20: Instandhaltungen Messegelände | bisher neu Veränderung | 260.900 275.900 15.000 | 198.500 198.500 | 15.600 30.600 15.000 | 15.600 15.600 0 | 15.600 15.600 0 | 15.600 15.600 0 | 0 0 0 | zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 EUR für 2018 für die Beseitigung der Mängel an den Schaltschränken auf dem Messegelände; die Deckung erfolgt aus einem geringeren Haushaltsmittelbedarf für Instandhaltungen im allgem. Grundvermögen (4S-210013) |
| | 4S.210013 | FB 20: Instandhaltungen Grundvermögen | bisher neu Veränderung | 9.827.100 9.812.100 -15.000 | 6.868.300 6.868.300 | 739.700 724.700 -15.000 | 739.700 739.700 0 | 739.700 739.700 0 | 739.700 739.700 0 | 0 0 0 | geringerer Haushaltsmittelbedarf in Höhe von 15.000 EUR für 2018 für die Instandhaltungen im allgem. Grundvermögen |

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt-kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen | |
|--|------------------------|---|-----------|--|----------------------------------|---|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|-------------------------------|--|--|
| Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen Brandschutzmaßnahmen Straßenverkehrsabteilung | | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | 4S.210051 | Brandschutzmaßnahmen | | bisher 7.132.000 neu 6.842.500 Veränderung -289.500 | 1.132.000 1.132.000 | 1.500.000 1.210.500 -289.500 | 1.500.000 1.500.000 0 | 1.500.000 1.500.000 0 | 1.500.000 1.500.000 0 | 0 0 0 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 289.500 EUR für 2018 für die Brandschutzmaßnahmen in der Straßenverkehrsabteilung (Drucksache 17-05221) auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. | |
| | 4E.21 Neu | Straßenverkehrsabteilung / Brandschutzmaßnahmen | | bisher 0 neu 289.500 Veränderung 289.500 | 0 0 | 0 289.500 289.500 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 289.500 EUR für 2018 für die Brandschutzmaßnahmen in der Straßenverkehrsabteilung (Drucksache 17-05221) auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Anlage 5.3

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-----------|--|----------------------------------|--------------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|---|
| Sicherheitsbeleuchtungsanlagen Rathaus - Altbau | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | 4S.210088 | Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung | | bisher 2.735.000 neu 2.539.600 Veränderung -195.400 | 0 0 | 728.000 697.700 -30.300 | 932.000 766.900 -165.100 | 790.000 790.000 0 | 285.000 285.000 0 | 0 0 0 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 195.400 EUR, da für die Installation der Sicherheitsbeleuchtungsanlage im Rathaus-Altbau auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. |
| | 4E.21 Neu | Rathaus-Altbau/ Install. Sicherheitsbel. | | bisher 0 neu 195.400 Veränderung 195.400 | 0 0 | 0 30.300 30.300 | 0 165.100 165.100 | 0 0 0 | 0 0 0 | 0 0 0 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 195.400 EUR, da für die Installation der Sicherheitsbeleuchtungsanlage im Rathaus-Altbau auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Anlage 5.3

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|------------------------|---|-------------|----------------------|----------------------------------|----------------|-----------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| Sicherheitsbeleuchtungsanlagen GS Wenden | | | | | | | | | | | |
| 17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | | | | | | | | |
| | 4S.210088 | Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung | bisher | 2.735.000 | 0 | 728.000 | 932.000 | 790.000 | 285.000 | 0 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 156.000 EUR, da für die Installation der Sicherheitsbeleuchtungsanlage in der GS Wenden auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. |
| | | | neu | 2.579.000 | 0 | 704.000 | 800.000 | 790.000 | 285.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | -156.000 | | -24.000 | -132.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | 4E.21 Neu | GS Wenden/ Install. Sicherheitsbel. | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 156.000 EUR, da für die Installation der Sicherheitsbeleuchtungsanlage in der GS Wenden auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. |
| | | | neu | 156.000 | 0 | 24.000 | 132.000 | 0 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 156.000 | | 24.000 | 132.000 | 0 | 0 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Anlage 5.3

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt-kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|------------------------|--|-------------|-----------------------|----------------------------------|--------------|----------------|-----------------|--------------|-------------------------------|---|
| Sicherheitsbeleuchtungsanlagen Gesundheitsamt | | | | | | | | | | | |
| Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen) | | | | | | | | | | | |
| 17 | | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | 4S.210088 | Sicherheitsbel. /Installation-Sanierung | bisher | 2.735.000 | 0 | 728.000 | 932.000 | 790.000 | 285.000 | 0 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 156.000 EUR, da für die Installation der Sicherheitsbeleuchtungsanlage im Gesundheitsamt auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. |
| | | | neu | 2.579.000 | 0 | 728.000 | 908.000 | 658.000 | 285.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | -156.000 | | 0 | -24.000 | -132.000 | 0 | 0 | |
| | 4E.21 Neu | Gesundheitsamt/ Install. Sicherheitsbel. | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 156.000 EUR, da für die Installation der Sicherheitsbeleuchtungsanlage im Gesundheitsamt auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. |
| | | | neu | 156.000 | 0 | 0 | 24.000 | 132.000 | 0 | 0 | |
| | | | Veränderung | 156.000 | | 0 | 24.000 | 132.000 | 0 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Anlage 5.3

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|---|---|-------------|----------------------|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|-------------------|-------------------------------|---|
| Ersatzbau Feuerwehrhaus Geitelde | | | | | | | | | | | |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | 5S.210034 | Feuerwehrgerätehäuser / Ersatzbauten | bisher | 2.200.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.700.000 | 500.000 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 1,5 Mio. EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses in Geitelde auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. |
| | | | neu | 700.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 700.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | -1.500.000 | | 0 | 0 | 0 | -1.000.000 | -500.000 | |
| | 5E. Neu | Feuerwehrhaus Geitelde / Ersatzbau | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 1,5 Mio. EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses in Geitelde auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. |
| | | | neu | 1.500.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.000.000 | 500.000 | |
| | | | Veränderung | 1.500.000 | | 0 | 0 | 0 | 1.000.000 | 500.000 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Anlage 5.3

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamtkosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|--|---|---|-------------|----------------------|----------------------------------|--------------|--------------|--------------|-----------------|-------------------------------|--|
| Erweiterung und Umbau Feuerwehrhaus Stöckheim | | | | | | | | | | | |
| 26 | Baumaßnahmen (Veränderungen) | | | 0 | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | 5S.210034 | Feuerwehrgerätehäuser / Ersatzbauten | bisher | 2.200.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.700.000 | 500.000 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 0,7 Mio. EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses in Stöckheim auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. |
| | | | neu | 1.500.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.000.000 | 500.000 | |
| | | | Veränderung | -700.000 | | 0 | 0 | 0 | -700.000 | 0 | |
| | 4E. Neu | Feuerwehrhaus Stöckheim / Erweiterung u. Umbau | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Umsetzung der Haushaltsmittel von 0,7 Mio. EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses in Stöckheim auf ein Einzelprojekt - Aufgrund der Kostengröße ist ein Einzelprojekt vorzusehen. |
| | | | neu | 700.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 700.000 | 0 | |
| | | | Veränderung | 700.000 | | 0 | 0 | 0 | 700.000 | 0 | |

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Anlage 5.3

| Lfd. Nr. | Position / Projekt-Nr. | Projektdefinition | Ausschuss | Gesamt-kosten in € | Plan und Ist Vorjahre in € | 2018 in € | 2019 in € | 2020 in € | 2021 in € | Restbedarf ab 2022 in € | Bemerkungen |
|---|---|-------------------|-----------------|-----------------------|----------------------------------|-----------------|--------------|--------------|--------------|-------------------------------|--|
| Teilhaushalt 41 - Kultur | | | | | | | | | | | |
| Veranstaltungszentrum | | | | | | | | | | | |
| 27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen) | | | | 500.000 | | 500.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 5E.410006 | FB 41: Veranstaltungs-zentrum /Einrichtung | | bisher | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die für das Projekt Veranstaltungszentrum vorgesehenen Maßnahmen beinhalten auch 500.000 € für die Ausstattung des Veranstaltungszentrums (Eigentum Stadt). Es hat eine Umsetzung der Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR auf das Konto "Beschaffungen" zu erfolgen. |
| | | neu | 500.000 | 0 | 500.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | Veränderung | 500.000 | | 500.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 29 Aktivierbare Zuwendungen (Veränderungen) | | | | -500.000 | | -500.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 5S.410006 | FB 41: Veranstaltungs-zentrum /Einrichtung | | bisher | 2.000.000 | 500.000 | 1.500.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die für das Projekt Veranstaltungszentrum vorgesehenen Maßnahmen beinhalten auch 500.000 € für die Ausstattung des Veranstaltungszentrums (Eigentum Stadt). Es hat eine Umsetzung der Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR auf das Konto "Beschaffungen" zu erfolgen. |
| | | neu | 1.500.000 | 500.000 | 1.000.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| | | Veränderung | -500.000 | | -500.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |